

"Um den *Gedanken* des Privateigentums aufzuheben, dazu reicht der *gedachte* Kommunismus vollständig aus. Um das wirkliche Privateigentum aufzuheben, dazu gehört eine *wirkliche* kommunistische Aktion. Die Geschichte wird sie bringen, und jene Bewegung, die wir in *Gedanken* schon als eine sich selbst aufhebende wissen, wird in der Wirklichkeit einen sehr rauhen und weitläufigen Prozeß durchmachen. Als einen wirklichen Fortschritt müssen wir es aber betrachten, daß wir von vornherein sowohl von der Beschränktheit als dem Ziel der geschichtlichen Bewegung, und ein sie überbietendes Bewußtsein erworben haben."

Karl Marx, 26, In: Ökonomisch-philosophische Manuskripte (Pariser Manuskripte), 1844 - MEW, EB, 1. Teil, S. 553



Nr. 12, Dezember 1992

Gesamtansichten:

Kossok - **Revolutionstheorie**/Hahn -
Unbewältigte Herausforderungen/Schneider -
Jahrhundertmythos/Fülberth - **Spätsozialismus**

Einzelaspekte:

Heuer - **Staatsfrage**/Meyer - **Nationale Disparitäten**/Kebir - **Subjektiver Faktor**/Kuczynski, Judick, Krause - **Stalinismus, Entstalinisierung, Zusammenbruch**

Ökonomie:

Conert - **Scheitern der ökonomischen Perestroika**/Luft - **Effizienzschwäche**/Pauli -
Krise statt Aufschwung

Heidrich/Oittinen

Die Linke in Indien und Finnland

HERBERT SCHUI

ÖKONOMISCHE GRUNDPROBLEME

DES ENTWICKELTEN
KAPITALISMUS

111 Seiten, DM 14,80

GEORG FÜLBERTH

KPD UND DKP

1945 – 1990 Zweite, überarbeitete Auflage

Zweite, überarbeitete Auflage
215 Seiten, DM 24,80



199 Seiten, Abb., DM 26,80

HERBERT SCHUI

DIE ÖKONOMISCHE VEREINIGUNG DEUTSCHLANDS

BILANZ UND PERSPEKTIVEN

127 Seiten, DM 16,00

DISTEL VERLAG

Sonnengasse 11 7100 Heilbronn

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
3. Jahrgang
Heft 12 (Dezember 1992)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Wiesbaden)
und

Harry von Barga, Joachim Bischoff,
Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf
Cless, Monika Domke, Rainer Eienkel,
Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg
Heimbrecht, Johannes Henrich von
Heiseler, Jörg Huffschmidt, Stefan
Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg
Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull,
Steffen Lehdorff, Anja Maschinsky,
Hans-Joachim Müller, Norman Paech,
Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula
Schumm-Garling, Susanne Schunter-
Kleemann, Alexandra Wagner, Harald
Werner, Dietmar Wittich

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von
Heiseler, Heinz Jung.

4 Editorial

**Annäherung an die Ursachen des Zusammenbruchs
und des Untergangs des Realsozialismus in Europa**

(I)

I. Gesamtsichten

- Manfred Kossok:*
6 Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie?
- Erich Hahn:*
21 Unbewältigte Herausforderungen: Zu Ursachen des Scheiterns
des Realsozialismus
- Michael Schneider:*
34 Das Ende eines Jahrhundertmythos
- Georg Fülberth:*
50 Spätsozialismus

II. Aspekte

- Uwe-Jens Heuer:*
55 Die ungelöste Staatsfrage des Realsozialismus
- Gert Meyer:*
66 Regionale Disparitäten in der UdSSR
- Sabine Kebir:*
73 Überforderung des subjektiven Faktors?
- 78 Stalinismus - Entstalinisierung - Zusammenbruch:
*Jürgen Kuczynski: Entstalinisierung? / Günther Judick: Ohne Überwindung des
Stalinismus kein Neubeginn der Linken / Fritz Krause: Perestrojka und
Stalinismus*

III. Ökonomie

- Hansgeorg Conert:*
86 Ursachen der Effizienzschwäche der Sowjetökonomie und das
Scheitern der ökonomischen Perestrojka

Inhalt

- Hans Luft:*
102 Effizienzschwächen des Staatssozialismus in der DDR und
systemimmanente Alternativen
- Charles Pauli:*
111 Osteuropa: Krise statt Aufschwung?

-
- Joachim Heidrich:*
121 Die Linken und marxistisches sozialpolitisches Denken in Indien
- Vesa Oittinen:*
132 Die marxistische Linke in Finnland
- Frieda Kahlenberg:*
139 Mein Neffe war ein "Terrorist"

Diskussion, Kritik, Zuschriften

- Friedemann Schuster:*
144 Nochmals: Das neue Denken

-
- 148 Buchbesprechungen, Annotationen:
Marx, Markt, Sozialismus (Högemann-Ledwohn)
Asche für Phönix (Krause)
Harte Standpunkte - offene Fragen (Jung)
Perestrojka als Paralisierung des Sowjetsystems (Jung)
Letzter Schnappschuß von bundesdeutscher Sowjetologie (Högemann-Ledwohn)
Umbruch zur Neuzeit (Boris)
Ursprünge der Conquista (Hiedl)
Utopie und Zukunft
Bucheingänge

175 Impressum

176 Autorinnen und Autoren

49 Vorschau

Editorial

Der Schwerpunkt von Z-12 war mit dem zwar exakten aber etwas umständlichen Titel angekündigt "Annäherung an die Ursachen des Zusammenbruchs und Untergangs des Realsozialismus in Europa". Seine Kurzfassung lautet "Zusammenbruch des Realsozialismus: Annäherungen (I)". Die Ziffer steht für Teil I. Der Teil II wird in Z-13 erscheinen (siehe auch die Vorschau für diese Ausgabe). Infolge des von uns in Zukunft aus finanziellen Gründen strikt einzuhaltenden Seitenlimits sahen wir uns zu dieser Lösung veranlaßt. Sie bedeutete leider auch, daß Beiträge durch die Redaktion gekürzt und eben z.T. nach Z-13 "geschoben" werden mußten. Wir bitten die Autoren um Verständnis.

Am Beginn des Schwerpunktes stehen vier Beiträge, die von unterschiedlichen methodisch-theoretischen Ansätzen und gesellschaftspolitischen Standpunkten Beurteilungen und Einschätzungen des Gesamtprozesses vornehmen (Kossok, Hahn, Schneider, Fülberth). Es folgen Aufsätze, die eher Einzelaspekte in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken: Heuer die unbewältigte Staats- und Demokratiefrage, Meyer das Nationalitätenproblem, Kebir den "subjektiven Faktor". Es schließen sich drei Meinungsäußerungen auf Fragen der Redaktion zum Komplex Stalinismus - Entstalinisierung - Zusammenbruch an (Kuczynski, Judick, Krause). Schließlich folgen im Block "Ökonomie" Untersuchungen zum Effizienzproblem, zur Perestroika und zu den Perspektiven der ehemaligen RGW-Länder Osteuropas.

Die sich dem Schwerpunkt anschließenden Darstellungen (Heidrich, Oittinen) informieren über die aktuelle Entwicklung der marxistischen Linken in Indien und Finnland. Das folgende Plädoyer für den kurdischen Widerstand gegen das türkische Unterdrückungsregime und den Kampf der PKK ist in hohem Maße durch subjektive Betroffenheit geprägt (Frieda Kahlenberg) und verweist die Redaktion darauf, daß in Zukunft die Diskussion und Erörterung des Komplexes nationale Frage und Nationalismus heute auch in Z aufzunehmen ist.

Wegen Platzmangels können wir in der Diskussionsrubrik nur einen Beitrag und diesen auch nur gekürzt bringen. Wir hoffen, daß die weiteren vorliegenden Interventionen in Z-13 veröffentlicht werden können. Unser Rezensionsteil widmet sich wieder in der Hauptsache Titeln, die in Bezug zum Schwerpunktthema stehen. Leider kann auch ein Teil der vorliegenden Besprechungen erst in Z-13 erscheinen.

Mit Z-12 erscheint die letzte Nummer unseres 3. Jahrgangs. Nach gründlicher Prüfung unserer Möglichkeiten können wir mitteilen, daß Z auch im

4. Jahrgang zu den gewohnten Terminen (Anfang März, Juni, September, Dezember 1993) erscheinen wird. Zu einer solchen Prüfung waren wir nicht zuletzt dadurch veranlaßt, daß der bisherige Hauptvertriebspartner von Z den Konkurs beantragte - mit den bei solchen Fällen bekannten Folgen. Dies war ein wichtiger Grund für unser Bemühen, für das Projekt Z eine stabilere Basis zu suchen. Wir denken, daß dies damit gelungen ist, daß ab 1.1.1993 der IMSF e.V. neben dem Forum Marxistische Erneuerung (FME) e.V. die Mitherausgeberschaft von Z übernimmt.

In diesem Zusammenhang schien es auch geraten, eine Veränderung der personellen Repräsentanz der Zeitschrift in die Wege zu leiten. Dies betrifft den personellen Herausgeberkreis. Das Projekt Z ist den bisherigen Mitherausgebern und Mitherausgeberinnen zu außerordentlichem Dank verpflichtet, den wir hiermit auch öffentlich abstatten möchten. In der Gründungssituation des Herbstes 1989 und der folgenden Zeit wäre Z ohne ihre personelle Repräsentanz kaum möglich gewesen. Inzwischen hat sich Z auf den durch die damalige Herausgebererklärung bestimmten Bahnen bewegen gelernt und diese soll auch weiterhin die inhaltliche Grundlage des Projektes darstellen. Verbunden mit unserem Dank möchten wir auch die Hoffnung auf weitere Mitarbeit, Beratung, Unterstützung, Identifikation durch die bisherigen Mitglieder des Herausgeberkreises ausdrücken.

Anstelle des Hrg.-Kreises werden die Gremien des FME e.V. und des IMSF e.V. einen 8- bis 10-köpfigen Redaktionsbeirat berufen. Ihm sollen in erster Linie Mitglieder des alten Herausgeberkreises angehören.

Das Bemühen um die Vereinfachung und Rationalisierung unseres Vertriebes veranlaßt uns ab 1.1.1993 zu folgender Änderung: Ab Z-13 erfolgt die Zusendung an die Direktabonnenten über den Postzeitungsvertrieb, soweit die Bezieher nicht ausdrücklich auf der bisherigen Versandweise bestehen.

Zur Weihnachts- und Neujaarszeit wird allerorten Bilanz und Kasse gemacht. Wer Z für eine nützliche und in der heutigen Zeit notwendige Sache hält, sollte bitte auch daran denken, daß er/sie das Projekt mit Spenden, Geschenkabos, Neuabos, Kommissionsbestellungen usw. unterstützen und absichern kann. Wir bitten um Beachtung und Nutzung der entsprechenden Prospekte, die dieser Ausgabe beiliegen.

Wir wissen, daß die "proletarische Lebenslage", eben die "Unsicherheit der Existenz" (F. Engels), auch künftig für Z bestimmend sein wird. Dies gilt es nicht zu fürchten, sondern zu meistern. In diesem Sinne sehr herzliche Weihnachts- und Neujaarsgrüße allen Lesern, Abonnenten, Autoren, Helfern, Unterstützern und Spendern beiderlei Geschlechts!

Herausgeber, Produzentengruppe und Redaktion von Z

Was bleibt von der Revolution und ihrer Theorie?

Ein Gedankenspiegel in dreizehn Thesen.

1 Die geistige Situation der Gegenwart ist durch ein Paradoxon gekennzeichnet, das quer durch alle politischen Überzeugungen geht, unabhängig von ihrer Couleur. Obwohl der Charakter der Zeit als Transformationsperiode offensichtlich ist, bleibt die Bestimmung "nach vorn", d.h. ihrer positiven Fixierung bemerkenswert unbestimmt. Es ist leichter, das Verabschiedete zu definieren, als das Kommende präzise zu bezeichnen. Schon der Begriff "Postmoderne" lebt eher von der Vorstellung des Gewesenen und zu Kritisierenden und verzichtet nicht selten bewußt auf Neubestimmung. Einigkeit dagegen im Hinblick auf das, was zu "Ende" geht oder vermeintlich zu Ende geht:

- Ende des Staatssozialismus in Ost- und Südosteuropa.
- Ende der Ideologie(n).
- Ende der Utopie(n).
- Ende der Revolution.
- Ende aller Enden: Ende der Geschichte. Verzicht auf Alternativen im Denken wie im praktischen Handeln. Das, was ist, ist vernünftig. Hört man Hegel im Grabe rotieren?

Wann ist je in der Geschichte Hoffnung an soviel Ende gebunden gewesen?

Die Krise des Marxismus (welches Marxismus?), der Verfall auf seinem Ideenfundament beruhender Gesellschaft, die offensichtliche Orientierungslosigkeit der Linken, die auf die "reine" Kritik zurückgeworfen ist, ohne zu wissen, wie die Waffe der Kritik in die Kritik der Waffen umgewandelt und eine Theorie erneut die "Massen" ergreifen könne, betrifft auch die marxistische Revolutionstheorie, vorsichtiger ausgedrückt: Revolutionauffassung. Wenn die untergegangene Gesellschaft - nach Meinung nicht weniger linker (Alt- und Neu-)Theoretiker - in Wirklichkeit gar keine "richtige" sozialistische gewesen sei, welcher Typ von Revolution lag ihr dann zu Grunde, aus dem sie erwuchs? Die Geschichte seit 1917 als Geschichte einer einzigen Deformation? Da es den Marxismus längst, d.h. schon vor 1985/89, nicht mehr gibt, wäre auch nach den unterschiedlichen Möglichkeiten marxistischen Revolutionsverständnisses zu fragen. Entdogmatisierung bedeutet auch auf diesem Gebiet vor allem Internationalisierung des Kenntnisstandes, wofür Z mit den Überblicken über andere nationale und regionale Marxismen bislang gute Dienste geleistet hat.

Der kapitale Fehler der meisten Analysen über die Oktoberrevolution und die nachfolgende sozialistische Entwicklung liegt in ihrer teleologischen Grundtendenz: Weil es so gekommen ist, mußte die Entwicklung so kommen. Das Problem der Alternativität stellt sich generell nicht. Darin liegt nicht nur das Hauptargument für die Totalverurteilung des Sozialismus (als Idee, Bewegung, Programm, Revolution, Gesellschaft), sondern ebenso für die nicht minder totale Rechtfertigung der bürgerlichen Gesellschaft als historisch konkurrenzlose Einrichtung (F. Fukuyama). Stattdessen hat das historische Prinzip zu gelten: "Man darf nicht die Vergangenheit so untersuchen, als ob das, was geschehen ist, so passieren mußte, sondern so, als ob das was geschehen ist, nur ein Ergebnis von vielen wäre" (Charles S. Maier, 1992). Und weiter: "Unverwirklicht, heißt nicht ausgeschlossen." Dieses Prinzip bedeutet weder eine Relativierung der Realgeschichte, noch ein Ausweichen in eine apologetische "Was-wäre-wenn"-Position.

2 Das 19. Jahrhundert, das 1789 begann und 1914/17 endete, ist als "langes" Jahrhundert in die Geschichte eingegangen, das 20. Jahrhundert dagegen stellt ein "kurzes" Jahrhundert von 1917 bis 1989 dar. Beide Jahrhunderte waren "Jahrhunderte der Revolution". Der bürgerliche Revolutionszyklus ist relativ eindeutig erfaßbar, welchen Charakter hatte dagegen der Revolutionszyklus des 20. Jahrhunderts? Die Fülle der Revolutionen (Rußland, Ungarn, Deutschland, Lateinamerika: Mexiko, Chile, Kuba, Nicaragua u.a.m., China, Spanien, Ost- und Südosteuropa, Südostasien) mit dem Begriff "sozialistische" und/oder "proletarische" Revolutionen nach dem Wesen ihrer unterschiedlichen Triebkräfte und Hegemoniekonstellationen zu belegen, erweist sich als unmöglich. Während die marxistische Revolutionsforschung - ich verweise auf die Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung LBR, 1982-90, und auf die "Studien zur Revolutionsgeschichte", Berlin 1969-90 - beträchtliche Anstrengungen unternommen hat, um die unterschiedlichen Typen der bürgerlichen Revolution in Abhängigkeit von den Reifestadien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu definieren, ist eine vergleichbare stadial-strukturelle "Historisierung" der Revolutionen des 20. Jahrhunderts nicht erfolgt. Zu den wenigen Ausnahmen gehört die vierbändige Arbeit: *Storia delle rivoluzioni del XX. secolo*, hrsg. v. Roberto Bonchio, Rom, 1966, 4 Bde. Einer historisierenden und typologisierenden Analyse standen eindeutig politisch-ideologisch motivierte Hemmnisse und der ausgeprägte Legitimationsanspruch der Historiographie über die Zeit ab 1917 entgegen. Dieser innere Bruch der Revolutionsgeschichtsschreibung ist deutlich ablesbar an dem Band "Vergleichende Revolutionsgeschichte, Probleme der Theorie und Methode", hrsg. von Manfred Kossok und Wolfgang Küttler, Berlin 1988. Die nichtmarxistische Kritik hat nicht versäumt, diese geistige Kapitulation zu brandmarken. (Vgl. die Rez. in: *IWK*, 2/90).

Bei den "Grund"- oder "Fundamental" kategorien Bürgerliche oder Sozialistische Revolution handelt es sich um hochgradige Abstraktionen, die geeignet sind, die tatsächliche politisch-soziale und strukturelle Komplexität eines revolutionären Transformationsprozesses eher zu verschleiern als bloßzulegen. Die bürgerliche Revolution war weit mehr als eine Revolution der Bourgeoisie und erst die partielle Überschreitung ihrer bürgerlichen "Grenzen" durch die "Äußere Linke" (Walter Markov) ermöglichte ihre volle Realisierung. Die Basis der Revolution bildete ein "revolutionärer Block" (Albert Soboul), bestehend aus unterschiedlichen Komponenten mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichen Bewegungsrhythmen. In ähnlicher Weise verschmolzen in der Oktoberrevolution verschiedene politisch-soziale Strömungen: Proletariat, Bauern, Intelligenz, nationale und antikoloniale Bewegungen, Antikriegsbewegung, die ein primär negativer Grundkonsens gegen Krieg und Altes Regime einte, deren perspektivische Vorstellungen für die Zukunft aber mehr oder minder stark divergierten.

Für ein undogmatisches Revolutionsverständnis kann nur der Grundsatz von Albert Soboul gelten: "Es gibt keine Modelle, sondern nur Wege der Revolution". Die Festlegung auf ein sozialistisches "Grundmodell" (Große Sozialistische Oktoberrevolution) wirkte nicht weniger verheerend als der Maßstab der "klassischen" Revolution von 1789 für alle nachfolgenden des 19. Jahrhunderts, um lediglich nur noch "Abweichungen", "Deformationen", "Inkonsequenzen" und dgl. festzustellen, obwohl das entscheidende historische Kriterium darin bestehen muß, was eine Revolution im Rahmen der gegebenen inneren und äußeren Möglichkeiten leisten konnte und realiter geleistet hat. Die auf 1917 folgenden Revolutionen wurden in ein teleologisches Erfüllungsmodell gepreßt; tragischerweise nicht nur in der Interpretation, sondern auch in der gesellschaftlichen Praxis.

3 Die Revolution von 1917 war eine *Nachholerevolution* sui generis. Sie unterlag den Gesetzen der Moderne, die noch immer in ihren ökonomischen Parametern durch den Fordismus als Typ der zweiten industriellen Revolution geprägt wurden. Es ging nicht allein (nur) um den Anschluß an die Moderne (= Überwindung der Rückständigkeit Rußlands: Sowjetmacht + Elektrifizierung des ganzen Landes), sondern um die neue politisch-soziale Alternative innerhalb der möglichen Modernisierungswege, die im wesentlichen *dual* gedacht wurden: Kapitalismus vs. Sozialismus, ohne aber beide Modelle genügend differenzierend zu erfassen. Faktisch bedeutete also die sozialistische Revolution den Versuch des Überholens, ohne einzuholen, d.h. ohne den sozialen und politischen Preis des Kapitalismus zu bezahlen. Als periphere Revolution handelte es sich zugleich um den Aufstand der Peripherie gegen das Zentrum. Schwerer als die Nichterfüllung der Hoffnung auf die Weltrevolution, die keiner der vorangegangenen Revolution, die alle diesem Prinzip folgten, gelungen

war, wog die elementare Fehleinschätzung, daß der Kapitalismus/Imperialismus das Ende seiner Entwicklung erreicht hätte.

Diesen Irrtum teilte übrigens Lenin mit vielen seiner Zeitgenossen; ihn ihm allein anzulasten, ist eine konservativ-liberale Geschichtsfälschung, die jetzt erneut Konjunktur hat und von nicht wenigen "Linken" geteilt wird. Spätestens die Barbarei des Ersten Weltkrieges ließ das zuvor primär philosophisch-literarische "Endzeit"bewußtsein gegenüber der saturierten bürgerlichen Gesellschaft zu einem Massenphänomen werden und setzte völlig neue Potentiale einer Negation der bestehenden Verhältnisse frei (H. Konrad/K.M. Schidlechner, *Revolutionäres Potential in Europa am Ende des Ersten Weltkrieges*, 1991). Die Oktoberrevolution und ihre unmittelbaren Folgewirkungen in und außerhalb Europas lassen sich mit der These eines bolschewistischen Staatsstreiches nicht erklären. Zugleich ist daran zu erinnern, daß die Oktoberrevolution selbst *Teil* eines umfassenden Revolutionszyklus am Beginn des 20. Jahrhunderts gewesen ist: Türkei, Persien, Mexiko, China ...

4 Ein besonderes Gewicht kommt der Analyse des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie bei der Durchsetzung einer neuen Gesellschaftsordnung zu und der spezifischen Rolle, die Revolutionen dabei spielen. Auch die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft war über Jahrhunderte ein eindeutig "peripheres" Phänomen: Oberitalien, Niederlande, England, USA, d.h. jeweils regionale, periphere oder insulare Eingrenzung. Erst mit 1789 gelang der Vorstoß in das "Zentrum" des Feudalismus. Die "klassische" Revolution stand nicht am Anfang, sondern in der Mitte der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft. Gleichzeitig fußte die volle Ausprägung der bürgerlichen Ordnung auf dem Phänomen einer *Doppelrevolution*: Einheit von politisch-sozialer (Frankreich) und ökonomisch-technologischer Revolution (England). Der Internationalismus der Bourgeoisie war globale (= ökonomische) Realität; der Internationalismus des Proletariats blieb moralischer Anspruch, der erst nach 1945 militärisch untermauert wurde.

Während sich die bürgerliche Revolution mit der Epochenwende von 1789 und den Nachfolgerevolutionen des 19. Jahrhunderts (stets in Verbindung mit der Doppelrevolution!) "entperipherisierte", d.h. zur Zentralachse der weiteren Entwicklung wurde, blieb die sozialistische Revolution auf der Peripherie eingeeengt. Dieses Phänomen prägte sich mit dem Vorstoß nach Ost- und Südosteuropa und Asien, sowie Afrika und Amerika (Kuba) weiter aus. Der Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems wurde nicht, wie prognostiziert, zu einem Element der "Krise des Imperialismus", sondern erschloß dem Kapitalismus über das Instrumentarium des Neokolonialismus völlig neue Akkumulationsquellen (permanente Passivbilanz der Dritten Welt). Dagegen wuchsen sich die "sozialistischen" Länder Asiens, Afrikas und Kuba für die europäischen Länder des Realsozialismus zu einer auf die Dauer nicht zu verkraftenden wirtschaftlichen Bela-

stung aus, die deren strategischen Wert im Systemkonflikt faktisch neutralisierte.

Bereits 1853, im Ergebnis der Niederlage der 48er Revolution, überlegten Marx und Engels, ob der "bürgerliche Kosmos" von der Peripherie her erobert werden konnte. Dieser Gedanke war nicht besonders originell, da bekanntlich nicht wenige große Imperien dem Ansturm der Peripherie erlagen: Klassisches Beispiel - der Untergang des antiken Rom. Allerdings bemerkte Marx ausdrücklich, daß dieser Prozeß nur dann Erfolg habe, wenn das "Zentrum" falle, was damals England bedeutete. Gelänge der Vorstoß in das Zentrum nicht, reduziere sich die Revolution auf die Veränderung der "Formen", d.h. sie verfehle ihr eigentliches Ziel. Der entscheidende Unterschied zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Revolutionszyklus besteht darin, daß der Vorstoß der sozialistischen Revolution in das Zentrum des Kapitalismus *nicht* gelang. Symbolisch dafür wurde das Scheitern der deutschen Revolution 1918/19.

5 "Peripherisierung" ist nicht auf die geographische Distanz zum "Zentrum" reduzierbar, sondern stellt ein strukturelles Phänomen dar. Dabei gilt es, speziell der Tatsache der *Präfiguration* revolutionärer Prozesse (wie geschichtlicher Vorgänge generell) die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Es handelt sich dabei nicht - wie nicht selten gemutmaßt - um eine Variante des Geschichtsfatalismus oder einen neuen Determinismus. Wie jeder historische Vorgang steht auch die Revolution in der Geschichte, kommt aus der Geschichte und wird Teil der Geschichte. Keine Revolution macht "tabula rasa", auch nicht die radikalste. Stattdessen besteht ein kompliziertes Beziehungsgeflecht zwischen Kontinuität und Bruch, wobei in revolutionären Transformationsprozessen eindeutig das Element der Zäsur (dies aber in den verschiedenen Sektorelebenen der Transformation unterschiedlich) überwiegt. Präfiguration umfaßt das innere/äußere Bedingungsgefüge, unter dessen Wirkung eine Revolution sich entfaltet. In gewissem Sinne heißt Revolution immer, die Geschichte "überspringen" zu wollen. Die Frage, was der "Sprung" über die Geschichte kostet, ist in der marxistischen Revolutionsdebatte nie oder nur am Rande gestellt worden. Kennzeichnend für eine fatalistische/deterministische Auffassung für das Kriterium sind m.E. die von Wittvogel genährten Thesen von R. Bahro und R. Henrich über das "asiatische" Erbe in der russischen Geschichte und damit dem Realsozialismus. Faktisch wird damit der größte Teil Osteuropas (ganz zu schweigen von Asien) zum Gefangenen der eigenen Geschichte gemacht. Letztlich verlöre damit auch der Begriff "Nachholerevolution" seinen Sinn. Schließlich blieben auch die USA nicht dazu verbannt, das "Erbe" der Sklaverei als prägendes Merkmal ihrer Gesellschaft mitzuschleppen, obwohl deutliche Spuren über Generationen verblieben.

Wie die sozialistische, so begann - wie betont - bereits die bürgerliche Umwälzung über eine Welle Revolutionen. Jedoch bestand von Anfang an ein

entscheidender historisch-struktureller Unterschied, den J. Kuczynski (1992) in seinen Überlegungen über Aufstieg und Untergang neuer Gesellschaftsordnungen m.E. ignoriert: Unter prä- oder protobürgerlichen Verhältnissen war die bürgerliche Peripherie das jeweils *stärkste* und eben nicht das *schwächste* Kettenglied. Das so häufig zitierte Oberitalien als Zentrum des Frühkapitalismus (zur Stützung der Analogie these des "Frühsozialismus") bildete das zu seiner Zeit am weitesten fortgeschrittene Produktionsgebiet Europas (Florenz) und gab die Grundlage für eine Kulturrevolution ab (Blüte der Renaissance). Zwar wurde diese Region von einer (relativen) Refeudalisierung eingefangen; trotzdem wanderte die neue Produktionsweise weiter: neuer geographischer Schwerpunkt wurde Nordwest-Europa (Flandern, England). Wenn in abstrakter historischer Analogie von Frühsozialismus gesprochen wird, wohin soll der im Moment demontierte ost- und südeuropäische Sozialismus "wandern"?

6 Trotz ihrer zum Teil sehr unterschiedlichen Erfahrungshorizonte und dementsprechend unterschiedlichen Rezeption des Marxismus (einschließlich der daraus abgeleiteten Revolutionsvorstellungen und -strategien) dominiert bei den europäischen Intellektuellen die "eurozentrische" Sicht der Dinge, schließlich ist Europa auch am heftigsten durch das Ende des Staatssozialismus berührt. Andere Kontinente bewältigen diese Krise auf wesentlich souveränere (um nicht zu sagen: würdigere) Art. Ein Beispiel dafür ist Amerika: Die Debatte wird nicht im denunzierenden Feuilletonstil geführt, wie es die deutsche Szene beherrscht, sondern auf sachlich-analytische Weise, um zu prüfen, was bleibt. Selbst einem auch nur einigermaßen seriösen Professor an einer USA-Universität würde es nicht im Traum einfallen, in der Art von "Christ und Welt" über das "Ende" des Marxismus zu philosophieren. Immerhin bezeichneten bei Umfragen in den achtziger Jahren zwischen 60 und 80 Prozent aller Sozialwissenschaftler den Marxismus (in seinen originären methodischen Grundlagen, die es jetzt allerdings neu zu entdecken gilt) als die fruchtbarste Quelle wissenschaftlicher Forschung. Vergleichbare Werte für Europa sind schwerlich vorstellbar. Andererseits die Debatte in Lateinamerika: Hier geht es, wie u.a. Augustin Cueva (Mexiko), Luis Inácio de Silva (Brasilien) oder Tomás Borge (Nicaragua) feststellten, nicht um die Krise *des* sondern *welchen* Marxismus (und des danach neu zu bestimmenden Revolutionsverständnisses). Ein, theoretisch wie auch immer begründeter, Verzicht auf die Revolution - und des Sozialismus selbst als gesellschaftliche Alternative - ist nicht auszumachen, weil die Unhaltbarkeit der bestehenden Verhältnisse im Unterschied zum (scheinbar) saturierten Europa bzw. den USA zu offensichtlich ist. Obwohl auch in Lateinamerika die intellektuelle Opposition an Einfluß verloren hat und es große Vorbilder eines fast schon giordanischen Abschwörens gibt (Mario Vargas Llosa, der sich vom kommunistischen Saulus zum neoliberalen Paulus bekehrte), kann von einer Domestizierung europäischen Maßes, wie sie unter dem Einfluß der drei entscheidenden Wendepunkte sich vollzog (Ende des

Staatssozialismus, deutsche Einheit unter konservativem Vorzeichen, Golfkrieg II) nicht die Rede sein. Noch wird der aufklärerische Auftrag ernstgenommen.

7 W.I. Lenin unterschied zwischen der Revolution im "engeren" und im "weiteren Sinne" (LBR, 1-1982), womit er den historisch relativ kurzen Moment der Konstituierung der neuen Macht von der wesentlich länger dauernden Konstituierung der neuen Gesellschaft und ihrer eigenen Reproduktionsgrundlagen abhob. Frankreich durchlief fünf Revolutionen bis zur endgültigen Konstituierung der bürgerlichen Ordnung, weshalb Lenin die bürgerliche Revolution für Frankreich im weiteren Sinne erst mit 1871 als beendet ansah. Eine ebenso deutliche Zäsur wäre die Errichtung der III. Republik (1875). Nach dem Leninschen Kriterium muß die sozialistische Revolution im weiteren Sinne als *unvollendet* bezeichnet werden, da die sozialistische Gesellschaft keine eigenen Reproduktionsmechanismen entwickelte, die auf die Dauer unabhängig vom Kapitalismus existieren bzw. bei Integration in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem überleben konnten. Die These W. Ulbrichts von der "Selbstregulierung" des Plans und des Charakters des Sozialismus als einer relativ selbständigen Gesellschaftsformation (und nicht nur einer Übergangsphase zum Kommunismus), die von "Moskau" zurückgewiesen wurde, umschrieb das Problem unbewußt sehr exakt, ohne jedoch praktische Konsequenzen zu haben, wenn solche überhaupt möglich waren. Von E. Labrousse stammt der bildhafte Ausdruck, das 18. Jahrhundert habe "bürgerlich" gedacht. Damit ist exakt umschrieben, wie stark die Bourgeoisie das Ancien Régime bereits vor der politischen Machtergreifung durchsetzt hatte. Vergleichbare Voraussetzungen kannte die sozialistische Revolution nicht. Das 20. Jahrhundert hat nur sehr begrenzt proletarisch gedacht. Hegemonie bedeutet mehr als politische Machtübernahme und -ausübung. Der von A. Gramsci geprägte Begriff fand in das orthodox-dogmatische Revolutionsverständnis keinen adäquaten Eingang. Hegemonie umfaßt ein Komplexum unterschiedlicher Ebenen ("Segmente"). Dazu gehören zumindest (Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung, LBR, 17/1-1987) die folgenden:

- wirtschaftliche Ebene;
- soziale Ebene;
- schließlich als "letzte" Stufe die politisch-institutionelle Ebene.

Wichtig ist der Hinweis auf die keineswegs lineare Dialektik zwischen den genannten Ebenen. Der Fall Deutschlands im 19. Jahrhundert belegt, daß eine wirtschaftlich starke Bourgeoisie keineswegs eine politisch mächtige sein mußte. Auch läßt sich von der Stärke des Kapitalismus - ganz entgegen der naiven Idealisierung durch Francis Fukuyama - nicht auf den Grad der Demokratisierung (Liberalisierung) einer Gesellschaft folgern. Hinzu kommt, daß infolge des spontan-naturwüchsigen Charakters der Entstehung der bürgerlichen Ordnung die Bourgeoisie auf die Dauer ihre wirt-

schaftlichen Fundamentalinteressen selbst nach gescheiterten Revolutionen, quasi unter "nichtbürgerlichen" Machtstrukturen durchsetzen kann. Abgesehen von wenigen Pionier- oder/und Leitrevolutionen, ist spätestens seit der Realisierung der "Doppelrevolution" die gesellschaftliche Revolution *keine* *conditio sine qua non* mehr für die Herausbildung bürgerlicher Verhältnisse. Im Gegenteil, es dominiert bei der quantitativen Ausdehnung der neuen Ordnung der reformerische Weg. Schon ein oberflächlicher Vergleich läßt erkennen, daß diese "Gesetzmäßigkeiten" für die sozialistische Revolution nicht zutreffen, bzw. im dogmatisierten Verständnis überhaupt nicht in Betracht gezogen wurden. Gemessen an der ständig erforderlichen Forcierung der gesellschaftlichen Prozesse im Sozialismus gleicht die bürgerliche Gesellschaft (fast) einem *perpetuum mobile* (mit den entsprechenden chaotischen Konsequenzen, aber auch dem weitgehend geringeren Regulierungszwang, gegen den sich nicht zuletzt die Revolution von 1989 wendete).

8 Im Unterschied zur bürgerlichen Revolution und Gesellschaft brachten Revolution und Gesellschaft des Sozialismus keine neuen Produktivkräfte hervor. Bildlich formuliert, wurden die Produktivkräfte der (regional) gestürzten, (global) aber nicht überholten Gesellschaft verwaltet und quantitativ ausgeweitet, um ein relatives Gleichgewicht zwischen den Systemen zu gewährleisten. Die Enteignung der Produktivkräfte gelang, dagegen mißlang ihre demokratische Aneignung. Durch die staatssozialistische Monopolisierung der Produktivkräfte entfiel die wirtschaftliche Basis für die Verwirklichung der Marxschen Forderung, daß die Freiheit des Einzelnen die Voraussetzung für die freie Assoziation aller sei. Eine Doppelrevolution realisierte der Staatssozialismus nicht; in der qualitativen Entwicklung der ökonomischen Triebkräfte blieb das "überholte" System bestimmend. Die entscheidende ökonomische Niederlage erlitt der Staatssozialismus infolge seiner Unfähigkeit der Beherrschung der wissenschaftlich-technischen Revolution seit den sechziger Jahren. Politische Repression und Stagnation auf dem erreichten Niveau, bei gleichzeitiger tendenzieller Erschöpfung infolge des überdimensionierten Rüstungswettlaufes und wirtschaftlich nicht mehr gedeckten Globalpolitik (Wirkung der von P. Kennedy, 1987/89, herausgearbeiteten "Überdehnungsfaktoren" imperialer Reiche) mündeten in die innere und äußere Instabilität des Realsozialismus. Im Vergleich zu den "Revolutionen im Kapitalismus für den Kapitalismus" (Beispiel: Frankreich 1848) stand das sozialistische System vor der Notwendigkeit einer "Revolution im Sozialismus für den Sozialismus". Stattdessen manifestierte sich eine völlige Reformunfähigkeit der Gesellschaft: Sowohl von "unten" durch Entmündigung oder offene Protesthaltung, als auch von "oben" durch Inkonsequenz und Konzeptionslosigkeit. Dazu hatte die partielle Öffnung des sozialistischen Systems (KSZE, beginnende Integration in die kapitalistisch dominierte Weltwirtschaft) wesentlich beigetragen. Die Öffnung zeigte schlagartig den Grad im Rückstand der Modernisierung an.

9 Neben der sich herausbildenden ökonomischen Instabilität des Staatssozialismus (keine Revolutionierung der Produktivkräfte, die weiterhin vom "alten" System ausging: Postfordismus als Folge der WTR) wirkten zwei weitere Faktoren auf die Deformierung und schließlich die Sklerosierung der sozialistischen Gesellschaft:

1. die Unfähigkeit zur dauerhaften Etablierung eines neuen Typs von Demokratie;
2. die Nichtlösung der nationalen Frage, die in gewisser Weise auch eine koloniale Frage war, angesichts der großrussisch dominierten imperialen Strukturen.

Die Geschichte der Revolution und der nachfolgenden Entwicklung ist durch einen bemerkenswerten Prozeß der politischen und sozialen Reduktion gekennzeichnet, dessen Hauptkriterium in der Beseitigung der direkten Demokratie lag (bereits unter Lenin Entmachtung der Sowjets, Aufhebung der Trennung von Partei- und Staatsgewalt, Instrumentalisierung der Gewerkschaften). Was Lenin noch als transitorische Notlösung angesichts der inneren wie äußeren Ausnahmelage ansah, wurde später als "Grundmodell" der sozialistischen Revolution dogmatisiert. An die Stelle des Wissens um die historische Ausnahme- und Extremsituation trat der Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Hegemonie im revolutionären Prozeß.

Zum Problemfeld "Reduktion" gehört nicht minder die tendenzielle Eingrenzung der Revolution: Von der Masse über die Klasse zur Partei, weiter zum "Apparat", mit der ihm eigenen Qualität der Entfremdung (Ausschaltung der Faktoren einer Selbstregulierung von "unten"). Die Vergesellschaftung des Staates schlug um in die Verstaatlichung der Gesellschaft (vgl. die Debatte Bakunin - Marx!).

So wie die "sozialistische" Revolution als Negation der "bürgerlichen" Revolution und nicht im weiteren Sinne als deren Fortsetzung im Sinne eines übergreifenden Emanzipationsprozesses (Marx: Von der "politischen" zur "menschlichen" Emanzipation) begriffen wurde, galt die "bürgerliche" Demokratie als in keiner Weise in ihren Grundelementen als Repräsentation des Citoyen (d.h. des souveränen Staatsbürgers und nicht des Bourgeois) in die "sozialistische" Demokratie integrierbar. Umso mehr differiert damit die Tatsache, daß die Symbolik der frühen Revolutionsjahre vom französisch-jakobinischen Vorbild geprägt worden ist (vgl. A. Narodnicki u.a., *La Révolution Française et la Russie*, 1989). Immerhin wurde der erste sowjetische Panzerkreuzer auf den Namen "Marat" getauft.

Eine komplexe Sicht auf die Moderne und ihre unterschiedlichen Wege revolutionären und reformerischen Charakters lenkt die Aufmerksamkeit auf ein weiteres Problem, das mit den Phänomenen des "Nachholens" und "Überspringens" zu tun hat. Viele Länder (unter ihnen insbesondere Deutschland) erreichten den Status des Bourgeois, ohne je die Erfahrung

des (wenn auch transitorischen) Anspruchs des Citoyen verwirklicht zu haben. Rußland "übersprang" ebenfalls die Phase des Citoyen, um sich vom feudalen Gospodin zum sozialistischen Genossen zu verwandeln.

Jede Revolution kommt an den Schnittpunkt des Widerspruchs von sozialer und politischer Hegemonie: Der robespierristische Jakobinismus stand auf dem Höhepunkt der Terreur im Widerspruch zu den saturierten Interessen des "Durchschnittsbourgeois", gleichzeitig aber zu Forderungen der Sansculotten, die an die Grenzen der bürgerlichen Umwälzung (plebejisch-kleinbürgerlicher Egalitarismus) rührten. Carl von Ossietzky wies auf die Gefahren, die *jeder* Revolution von opportunistischen Mitläufern droht ("Herr Durchschnittsmensch"). "Ob er noch lebt?" - "Er hat alle Erschütterung der Weltgeschichte überlebt, ist immer Gaffender gewesen, niemals Erlebender, immer Zeuge, niemals Blutzeuge" (vgl. M. Kossok, *Die Spuren von 1789, in: Nachdenken über Ossietzky*, 1989). Als der Kopf Dantons fiel, "wird es kalt und still. Die Revolution hat ihr Genie erschlagen". Wieviele Genies erschlug, vertrieb oder entmündigte die sozialistische Revolution? Welche "Kälte" zog im damaligen Zentrum der Revolution ein? Weil Ossietzky nie seine *kritische* Sympathie für die Bolschewiki verlor, bemerkte er bereits 1927, "daß Hinrichtungen sich noch niemals als geeignet erwiesen haben, ein Volk im Augenblick der Gefahr hinter seine Führer zu bringen". Ossietzky begriff auch, wie rasch und tragisch die sozialistische Revolution ihrer heroischen Illusionen beraubt wurde, die nicht Selbsttäuschungen, sondern sozioenergetisches Potential darstellten, um ein Stück gedachte Zukunft in die Gegenwart holen zu können: "Tausend Hoffnungen sind zerflattert, tausend Pläne zerfetzt". Cassandra schon im Jahre 1927.

Was die nationale und koloniale Frage anging, so verfügten sowohl Lenin als auch J.W. Stalin (1913) über konzise theoretische und strategische Vorstellungen für deren Lösung. Teils existierten Nationen mit langer Eigen Geschichte, teils Nationalitäten, die gleichsam unter Umgehung der historischen Stufe der "bürgerlichen" Nation in den Sozialismus integriert werden sollten, andere vornationale Ethnien gewannen ihre nationale und kulturelle Identität erst im Ergebnis von 1917. Die mögliche Assoziation "freier" Regionen (als Gemeinschaften selbstorganisierter kulturell-ethnisch-sprachlich verbundener "freier" Individuen) scheiterte an den Hegemonialstrukturen des Imperiums und der Tatsache, daß die realsozialistische Gesellschaft keinen eigenen Typ der Zivilgesellschaft ausprägte. Imperial-strategische Ambitionen gehen noch auf die Zeit Lenins und Trotskis zurück (Invasionen gegen Georgien und Polen). Proletarischer Internationalismus mutierte nach innen wie nach außen vom klassenspezifischen Solidar- zum Machtelement. Nicht die wirtschaftliche und defizitäre demokratische Entwicklung, sondern nationaler Fundamentalismus erweist sich deshalb als der entscheidende Sprengstoff für das totale Auseinanderbersten der einstigen UdSSR. "Nationalismus" und "Ethnisierung" fungieren als Krisenmanagement minoritärer Eliten und regionaler Cliquen. Das

ist kein Rückfall" in das 19. Jahrhundert (Peter Glotz: "Irrweg der Nation" 1991) sondern das Aufbrechen nicht gelöster, d.h. zeitlich vertagter Probleme. Beweis für das notorische Versagen der kosmopolitisch-internationalistisch irisierenden Linken und die Besetzung des Themas Nation durch konservativ-rechts. Die in Ost- und Südosteuropa explosive Nationalisierung ist für das "westliche" Europa als schleichende Renationalisierung virulent. Der Verfassungsbürger erweist sich als intellektuelles Konstrukt, spätestens dann, wenn der "Asylant" an die Tür klopft. Vereintes (West-)Europa = Festung Europa; Europaidee = wirtschaftlich-regionaler Supranationalismus? Der Weg "nach Europa" erweist sich für den Osten in Wirklichkeit als Marsch in eine neue Peripherie mit der Tendenz zur Tiermondisierung.

10 Das historische Dilemma des Jahres 1917 bestand m.E. - und über diese These läßt sich gewiß streiten - für Rußland darin, daß die Bedingungen für eine "klassische" bürgerliche Revolution nicht mehr und für eine "klassische" sozialistische Revolution noch nicht bestanden. Ersteres ergab sich aus der Hegemonieunfähigkeit des Bürgertums (Abgleiten der Februarrevolution in den Neobonapartismus Kerenskis), für das Zweite spricht die Überzeugung Lenins, daß ein "normales" Überleben der russischen Revolution nur durch die Revolutionierung "wirklich" kapitalisierter Regionen Europas (Deutschland!) möglich sein würde.

Gleichzeitig wußte Lenin, daß sich die Geschichte, das hieß in diesem Falle konkret die bürgerliche Revolution, nicht überspringen ließ. Entgegen den Menschewiki, die auf die Vollendung der bürgerlichen Revolution setzten, glaubte Lenin nicht an die Fähigkeit der Bourgeoisie als "historische Klasse" (A. Gramsci) in Rußland. Ebenso wenig bestand ein um die Bourgeoisie als Hegemon gescharter revolutionärer ("jakobinischer") Block. Die historische Initiative lag eindeutig bei den Kräften links von der Bourgeoisie. Darin stimmte R. Luxemburg (und anfangs auch K. Kautsky) mit Lenin überein. Nach Lenin sollte die bürgerliche Revolution als Teil der sozialistischen Revolution realisiert werden. Das galt gewiß für deren "zerstörerische" Seite, z.B. die Beseitigung des Großgrundbesitzes (eine spezifisch "bürgerliche" Revolutionsaufgabe), aber wie stand es um die "kreative" Seite: Parlamentarismus, Gewaltenteilung, politischer Pluralismus, individuelle Freiheiten, Rechtsstaat? Trotz ihrer bourgeoisen Deformierung bildeten diese Elemente in den fortgeschrittenen Ländern (USA, Frankreich, England) unverzichtbare Säulen einer auf gesellschaftlichem Konsens fußenden Zivilgesellschaft. Konnte diese Erfahrung unter den Bedingungen des permanenten inneren und äußeren Ausnahmezustandes nachgeholt werden und welche Konsequenzen mußte es haben, wenn dies nicht gelang? Lenin, der offensichtlich mehr war, als ein "mittelmäßiger Doktorand" (U. Wehler) - ein solches "bon mot" aus dem Munde eines seriösen französischen Historikers wäre gewiß undenkbar - erkannte in den letzten Lebensjahren die Gefahren einer Deformierung

der Revolution als Folge ihrer Forcierung, die nicht nur eigengesetzlicher Spontaneität, der jede Revolution unterworfen ist, geschuldet war, sondern vorwiegend ein Resultat der negativen Dialektik von inneren und äußeren Faktoren darstellte. Auch die Jakobiner überschritten die ursprünglich gesetzten Grenzen nicht aus "Machtgier", sondern angesichts von ihnen kaum beeinflussbarer Umstände, was in der anhaltenden Debatte um 1789 noch immer Gegenstand der *Théorie de circonstances* darstellt. Eine vergleichbare *Théorie de circonstances* für die sozialistische Revolution fehlt bislang.

Mit der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) wurde nicht eine taktische, sondern eine eindeutig strategische Wende eingeleitet, die dem Prozeß der revolutionären Transformation ein völlig neues Gesicht verlieh. Wollten Lenin und die Bolschewiki, die in den strategischen Fragen um diese Zeit schon keine Einheit mehr verkörperten (Lenin - Trotzki - Bucharin - Stalin), damit die Revolution "zurücknehmen"? Eher handelte es sich um ein neues Verständnis von Revolution angesichts der gemachten Erfahrungen. Im Prinzip "integrierte" die NEP Elemente der bürgerlichen Umwälzung in die sozialistische Transformation. Damit wurde zugleich deutlich, daß die Spezifik der russischen Revolution nicht - wie später proklamiert - das Grundmodell der sozialistischen Revolution für fortgeschrittene Länder sein konnte. Am deutlichsten formulierte Lenin sein *neues* Revolutionsverständnis in der Arbeit "Lieber weniger, aber besser" (2.3.1923), die schon im Titel programmatisch ist und als Teil seines politischen Vermächtnisses gelten kann. Folgende Gedanken sind bemerkenswert:

- Die Kritik an der Bürokratisierung der Revolution, d.h. der Entfremdung von der Basis. Die Erinnerung an Saint-Justs hilflosen Ruf in der Französischen Revolution drängt sich auf: "La révolution est glacée!"
- Die Forderung, das Tempo der Revolution zu drosseln und eine neue Zeitperspektive zu setzen ("viele, viele, viele Jahre").
- Die Revolution nicht für den Sozialismus zu halten und dessen Aufbau als Langzeitaufgabe zu begreifen: "Uns mangelt es ebenfalls an Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus überzugehen". Die Ablehnung jedes voluntaristischen Sozialismus- und Revolutionsverständnisses ist bemerkenswert.
- Die Erkenntnis der Gefahr, daß die Revolution auf den "Osten", d.h. die Peripherie eingegrenzt bleibt. "Aber wir haben auf unserer Seite das Minus, daß es dem Imperialisten gelungen ist, die ganze Welt in zwei Lager zu spalten ..." - "Im Ergebnis erreichten sie (die Imperialisten, M.K.) eine halbe Lösung ihrer Aufgabe. Sie haben das neue, von der Revolution geschaffene Regime nicht gestürzt, aber sie haben ihm auch die Möglichkeit genommen, sofort einen solchen Schritt vorwärts zu tun, der die Voraussetzungen der Sozialisten gerechtfertigt hätte, der es den Sozialisten ermöglicht hätte, mit ungeheurer Schnelligkeit die Produktivkräfte zu entwickeln, alle

jene Möglichkeiten zu entfalten, die sich zum Sozialismus verdichtet hätten."

- Als ernüchternde Bilanz heißt es: "Für den Anfang sollte uns eine wirkliche bürgerliche (!, M.K.) Kultur genügen".

11 Kann in der Entwicklung der sozialistischen Revolution und des entstandenen Staatssozialismus ein point of no return festgestellt werden?

Entgegen der ausgearbeiteten Krisentheorie des Kapitalismus - deren reale wissenschaftliche Substanz hier nicht erörtert werden soll - fällt auf, daß jeder Versuch einer Krisentheorie des Sozialismus tabuisiert wurde, obwohl Krisen in nach vorn in ihrer Entwicklung offenen Gesellschaftsformationen wesentliche Prozesse darstellen, um Selbstregulierungskräfte für eine weitere Entwicklung auf höherer Stufe freizusetzen. Jegliche Potentiale für eine "Revolution in der Revolution" blieben im Sozialismus unter dem Verdikt des Trotzkismus blockiert. Für die Freisetzung und etappenweise Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft waren zwei Typen von Revolutionen kennzeichnend: 1. die intraformationelle Revolution (Übergang von einer sozialen Formation in die andere); 2. die infraformationelle Revolution (revolutionäre bzw. radikal-reformerische Wandlungen innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung). Frankreich durchlief bis zur Etablierung der parlamentarisch-republikanischen Ordnung nicht weniger als fünf Revolutionen.

Die Fähigkeit des Kapitalismus, die Herausforderung des Sozialismus anzunehmen, äußerte sich auf zweifache Weise: Repressiv in Gestalt des Faschismus, flexibel in der Politik des New Deal, der den Weg zum "sozialen" Kapitalismus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vorwegnahm.

Parallel zur "sozialen Wende" des Kapitalismus vollzog sich in der UdSSR die endgültige Etablierung des Stalinismus. Die unterschiedlichen Reaktionsweisen beider Systeme offenbarte die Krise von 1968/69: im Westen - Unterdrückung der Opposition bei gleichzeitig erfolgreicher Politik der politischen und sozialen Integration; im Osten - einseitige militärische und politische Repression, die keinerlei Möglichkeiten für eine innere Öffnung des Systems mehr bot.

Solange das quantitative Wachstum bestimmendes Kriterium blieb (Nachholesituation), erwies sich der Realsozialismus als konkurrenzfähig und zeitweilig in den Wachstumsraten überlegen. Hinzutreten muß bei der Beurteilung die Tatsache des Fehlens eines normalen gesellschaftlichen Entwicklungsrythmus: Bürgerkrieg, Invasion, Industrialisierung/"Entkulturation", politische "Säuberungen", Zweiter Weltkrieg, Nachkriegsrekonstruktion, Fehlen eines Marshallplans, technologische Dauerblockade. Wenn es darum geht, um nochmals auf Ch. S. Maier zu verweisen, den Niedergang des Staatssozialismus in "ein Modell von Systemkrisen" einzuordnen, "das auch die Schwierigkeiten innerhalb von Gesellschaften mit

Marktwirtschaft abdecken kann", dann wird deutlich, welchen Platz die mit 1917 eingeleitete Entwicklung als Alternative *innerhalb* und nicht *gegen* die Moderne einnimmt.

12 Jede Revolution unterliegt dem Phänomen des Thermidor bzw. der Thermidorianisierung. Darunter ist keine "Gegenrevolution" zu verstehen, sondern die Stabilisierung der mit der Revolution verbundenen Übergangssituation auf neuer ("höherer" gesellschaftlicher) Ebene. Es hat lange gedauert, bis in der Geschichtsschreibung der 9. Thermidor vom Ludergeruch der "bourgeois Konterrevolution" entledigt war und begriffen wurde, daß die "Normalität" der bürgerlichen Entwicklung eintrat, was zugleich den Sieg des Interesses über die Idee (K. Marx) bedeutete und damit das Ende der heroischen Illusion, anders formuliert: Die Idee wurde auf die Realität zurückgenommen, was naturgemäß das Ende des "revolutionären Blocks" zur Folge hatte.

Eine wissenschaftliche und politisch-strategische Debatte über die "Thermidorianisierung" von Revolution und Gesellschaft im Sozialismus fand nicht statt. Es ist fraglich, ob Trotzkis Definition des Stalinismus als die eigentliche Form des Thermidor in Rußland aufrechterhalten werden kann, oder ob der Stalinismus nicht eher die thermidorianische "Normalisierung" und Konstituierung (Institutionalisierung) der neuen Gesellschaft verhindert hat, indem der Weg in eine sozialistische Zivilgesellschaft (verstanden als demokratischer Konsens emanzipierter Individuen) unwiderruflich blockiert wurde, und zwar so unwiderruflich, daß alle späteren Reformansätze scheiterten, womit der Prozeß der Selbstzerstörung der Gesellschaft programmiert war.

Auf neue Weise stellt sich das Problem der Thermidorianisierung in den Transformationsprozessen Ost- und Südosteuropas nach 1985/89. Für Ostdeutschland steht außer Frage, daß die demokratische Oktober/Novemberrevolution von 1989 durch eine nationale Thermidorianisierung konservativ demobilisiert und in eine bloße Anschlußbewegung umfunktioniert wurde. Aus dem doppelten Hegemonievakuum (Schwäche bzw. Marginalisierung der basisdemokratischen Potentiale - Reformunfähigkeit der politischen Klasse) resultierte der Umschlag von der sozialen und politischen Revolution in die nationale Restauration.

13 In dem Moment, da die Linke sich in ihrer Mehrheit vom Begriff der Revolution verabschiedet und ihr neues Heil in einem demokratisierten Kapitalismus mit "menschlichem" Gesicht sucht, was für den Moment gewiß nicht unerheblich ist, aber für die (schon absehbare) Dauer angesichts der allgemeinen Zivilisationskrise, die auch und gerade "westlich" bedingt ist, keinen Lösungsweg darstellt, kommt der Ruf nach Revolution von einer völlig unerwarteten Seite. Es ist der Club of Rome, der die Bedingungen für eine "Global Revolution" (1992) umschrieben hat, will die Menschheit in den kommenden Generationen überleben: Die Revolution nicht mehr als Klassen-, sondern Gattungsfrage! Das heißt

einerseits Abschied vom tradierten "politischen" (historischen) Revolutionsbegriff, andererseits Anerkennung eines gattungsspezifischen Revolutionsbegriffes. Nur, wer soll das "Subjekt" dieser globalen Revolution, deren Schauplatz das 21. Jahrhundert - die Jahrhunderte der Revolution nehmen offenbar kein Ende - sein wird, abgeben: Klassen? Klassenüberschreitende Bewegungen? Institutionen globalen Charakters? Regionen, die in Schmelzpunkten der Zivilisationskrise stehen? Soviel steht fest: Die "Modelle" des 18., 19. und 20. Jahrhunderts haben ausgedient. Eine Extrapolation tradierter Erfahrungen, die "Ererbtes" weitergeben können, stößt unwiderruflich an ihre Grenzen.

Für die globale Revolution gibt es zwei Schlüssel: Der eine liegt in der westlich-europäischen Welt, der andere in der sog. Dritten Welt. Beide müßten, wie bei der Öffnung eines Banktresors, zusammen eingeführt werden. Bereits heute ist jedoch ablesbar, daß die Fähigkeit des "Nordens", seiner Rolle in der globalen Revolution der Zukunft gerecht zu werden, eine radikale Revolutionierung seiner politischen, sozialen, institutionellen, wirtschaftlichen, kulturellen und mentalen Existenzbedingungen, die noch immer im Wesen die Bedingungen der wachstumsorientierten Moderne sind, zur Voraussetzung hat. Also doch kein Abschied von der Revolution ("alten Stils")?

Was ist außerhalb Europas, z.B. im Falle Lateinamerikas, von der Revolution geblieben: Für Mexiko schlägt der Übergang in eine industriell-agrarische Moderne zu Buche, die allerdings die Probleme des inneren Kolonialismus bislang nicht gelöst hat; Chile bleibt von den Erfahrungen der Pinochet-Diktatur traumatisiert (wie lange Zeit das franquistische Spanien); in Nicaragua das noch längst nicht verarbeitete Abdrängen in die parlamentarische Opposition; schließlich Kuba, das seiner Doppelblockade nur um den Preis einer Deformierung seiner sozialistischen Alternative widerstehen kann. Folglich dürfen zunächst die Hoffnungen in eine Erneuerung der peripheren Revolution nicht zu hoch gesteckt werden. Selbst China hat den Kampf des "Weltdorfes" gegen die "Weltstadt" aufgegeben. Auch der zweite Schlüssel klemmt.

Erich Hahn

Unbewältigte Herausforderungen: Zu Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus

Komplexe innere und äußere Faktoren

Anzuerkennen, daß bei der Frage nach den Ursachen für das Scheitern der Gesellschaftssysteme des Realsozialismus eine Komplexität von Gesichtspunkten, Bedingungen und Faktoren zu berücksichtigen ist, scheint selbstverständlich. Und doch stoßen wir bei der Realisierung dieser Forderung auf Schwierigkeiten. Es geht nicht nur darum, eine Mehrzahl von Einflüssen ins Auge zu fassen, sondern zu sehen, daß kaum eine der in Betracht zu ziehenden Größen unabhängig von anderen gewirkt hat. Und es geht um Faktoren ganz unterschiedlicher Art. So ergeben sich in nicht wenigen Debatten schroffe Gegensätze zwischen dem Verweis auf systemimmanente Defizite und innere historische Bedingungen einerseits, der Blickrichtung auf das Faktum der Systemauseinandersetzung andererseits. Das Geltendmachen der ersten beiden Aspekte wird von denen, die die Rolle der Systemauseinandersetzung in den Vordergrund rücken, nicht selten als Kapitulantentum abqualifiziert. Umgekehrt gilt der Verweis auf diesen "äußeren" Faktor für manchen als Ausdruck mangelnder Bereitschaft zu sozialistischer Selbstkritik. In zahlreichen Darstellungen der sozialismusinternen Mängel und Fehler gibt es nicht einmal den Hinweis darauf, daß diese Entwicklung sich seit 1917 unter den Bedingungen einer existentiellen Bedrohung vollzogen hat. Daß dies heute so oft aus dem Blick gerät, ist offenbar eine verspätete Reaktion darauf, daß vor 1989 nur allzu oft der äußere Gegensatz zur Kaschierung oder Verdrehung innerer Probleme bemüht wurde. Und - um ein letztes Beispiel verengter und vereinseitigter Sichtweise zu nennen - in jüngsten Debatten treten bisweilen alle anderen Faktoren hinter dem einen zurück, der selbstzerstörerischen Rolle der Reformen Gorbatschows, seinem Verzicht auf ein klassenmäßiges Herangehen an die Realitäten des zu Ende gehenden Jahrhunderts.

Im folgenden sollen einige der Faktoren und Bedingungen benannt werden, die beim letztendlichen Scheitern dieses sozialistischen Ansatzes zusammengewirkt haben. Ich sehe mich nicht in der Lage, sie reinlich in äußere oder innere, objektive oder subjektive zu sondern. Jeder einzelne von ihnen weist verschiedene Dimensionen auf, kann und muß unter verschiedenen Aspekten beurteilt werden.

Letztendlich ist dieser Sozialismus daran gescheitert, daß es nicht gelungen ist, den materiellen und geistigen Lebensprozeß der Gesellschaft so zu

strukturieren, daß - gemessen an der Entwicklung in den führenden Industrieländern und an den systeminternen Maßstäben des Sozialismus selbst - moderne, effiziente Produktivkräfte entstehen und sich in dem erforderlichen Ausmaß entwickeln konnten. Lenins Prognose und Postulat, daß die Arbeitsproduktivität entscheiden wird, hat sich als zutreffend erwiesen. Dies ist die entscheidende Ursache dafür, daß es der Sozialismus nicht vermochte, jenen Grad der Befriedigung materieller Bedürfnisse zu garantieren, der den Erwartungen der Menschen und dem in den entwickelten kapitalistischen Ländern erreichten Stand, an dem jene Erwartungen orientiert sein mußten, entsprochen hätte.

Das hängt seinerseits mit den historischen Entstehungsbedingungen und dem historischen Weg dieses Sozialismus zusammen. Die materiellen und geistig-kulturellen Entstehungsbedingungen dieses Sozialismus unterscheiden sich grundlegend von den Bedingungen, die Marx und Engels als unumgänglich für den Erfolg einer sozialistischen Revolution angesehen hatten. Und sie haben in entscheidendem Maße die Formen, Strukturen und Mechanismen geprägt, in denen sich der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR vollzog. Von ihnen gingen starke Einflüsse auf grundlegende Weichenstellungen, Konzepte und Prozesse in allen anderen sozialistischen Ländern aus. Diese Elemente entsprachen Erfordernissen des extensiven Reproduktionstyps unter bestimmten Bedingungen und haben die sowjetische Gesellschaft in die Lage versetzt, außerordentlichen Belastungen standzuhalten. Sie haben beträchtliche Modernisierungsschübe und bedeutsame soziale Fortschritte ermöglicht. Sie waren jedoch bereits in dieser Phase mit größten Opfern verbunden. Sie wirkten um den Preis verheerender antihumaner und antisozialistischer Deformationen. Vor allem gelang es nicht, in der durch objektive Umstände erzwungenen Zeit den Übergang auf die Erfordernisse eines intensiven Reproduktionstyps zu vollziehen. Der Widerspruch zwischen dem Funktionsmechanismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ist nicht gelöst worden. Ansätze dazu blieben stecken.

Der Sozialismus ist an der Überlegenheit des kapitalistischen Weltsystems gescheitert. Jegliche Sichtweise, die die quantitative und die qualitative Einlagerung dieses Sozialismus in die Gesamtentwicklung der Welt des XX. Jahrhunderts ignoriert, ist inadäquat. Unter dem Vorzeichen der bereits im XIX. Jahrhundert beginnenden und im XX. sich rapide fortsetzenden, von der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses dominierten Vereinheitlichung der Welt war es undenkbar, daß die Herausbildung einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft sich unabhängig von dieser Weltentwicklung hätte vollziehen können.

Dabei unterscheiden wir zwischen der von der antikommunistischen Propaganda und Politik über den Wirtschaftskrieg bis zum Totrücken (als bewußtem Kalkül nicht nur militärischer Doktrinen, sondern der umfassenden Systemauseinandersetzung mit der gezielten Absicht, den Sozialismus

Zeitschrift Marxistische Erneuerung



1993: *Wir sind im 4. Jahrgang*
Es geht weiter

"Mit der Herausgabe von Z wollen wir einen Beitrag dazu leisten, an einem Tiefpunkt der marxistischen Bewegung unseres Landes die Chance des Neubeginns zu ergreifen. Dieser Neubeginn muß radikale Fragen stellen. Ihr Ausgangspunkt sind das internationale Übergewicht und der derzeitige Triumph des entwickelten Kapitalismus, der historische Zusammenbruch des Sozialismus in Europa sowie die mit beiden verbundene, tiefe Krise marxistischer Theorie, Politik und Bewegung. Unabdingbar scheint uns in der heutigen Situation die Fähigkeit zur radikalen Kritik und Infragestellung der eigenen theoretischen Voraussetzungen, des politischen Erbes und tradierter Kultur marxistischen Denkens und Handelns. Das Festhalten an Kerngedanken marxistischer Theorie und Methode kann deshalb kein unbegründetes Verweisen auf irgendwelche 'unbefleckten' Gewissheiten sein, sondern muß als Anstrengung verstanden werden, kritische und emanzipatorische Impulse

Einzelpreis: 15.-DM
Im Abonnement
(4 Hefte pro Jahr): 45.-DM
Bezug: Z. - Vertrieb
Kölner Straße 66
6000 Frankfurt/M. 1
Tel.: (069) 739 29 34

Für uns schrieben 1992:

Vera Affeln * Holger Artus * Renate Bastian *
Elisabeth Bessau * Heinz Bierbaum *
Joachim Bischoff * Henning Böke * Hermann
Bömer * Dieter Boris * Ulrich Briefs *
Thomas Collmer * Hansgeorg Conert * Frank
Deppe * Richard Detje * Horst Dietzel *
Ulrich Dolata * Yves Dorestal * Dietmar Düe
* Norbert Elb * Klaus D. Fischer * Georg
Fülbert * Jörg Goldberg * Manfred Grieger *
Roland Haas * Erich Hahn * Gert Hautsch *
Keizo Hayasaki * Wladislaw Hedeler *
Joachim Heidrich * Johannes Henrich von
Heiseler * Uwe-Jens Heuer * Peter Hiedl *
Elvira Högemann-Ledwohn * Jörg
Huffschild * Shigekazu Ikeda * Hermann
Jacobs * Günther Judick * Heinz Jung *
Frieda Kahlenberg * Robert Katzenstein *
Sabine Kebir * Heidi Knake-Werner * Claus
Dieter König * Jürgen Köster * Manfred
Kossok * Nicos Kotzias * Fritz Krause *
Hermann Krüger * Jürgen Kuczyński * André
Leisewitz * Hans Luft * Gert Meyer * Jörg
Miehe * Harald Neubert * Vesa Oittinen *
Charles Pauli * Werner Petschik * Klaus
Pickshaus * Werner Rätz * Alexander Rager *

strukturieren, daß - gemessen an der Entwicklung in den führenden Industrieländern und an den systeminternen Maßstäben des Sozialismus selbst - moderne, effiziente Produktivkräfte entstehen und sich in dem erforderlichen Ausmaß entwickeln konnten. Lenins Prognose und Postulat, daß die Arbeitsproduktivität entscheiden wird, hat sich als zutreffend erwiesen. Dies ist die entscheidende Ursache dafür, daß es der Sozialismus nicht vermochte, jenen Grad der Befriedigung materieller Bedürfnisse zu garantieren, der den Erwartungen der Menschen und dem in den entwickelten kapitalistischen Ländern erreichten Stand, an dem jene Erwartungen orientiert sein mußten, entsprochen hätte.

Das hängt seinerseits mit den historischen Entstehungsbedingungen und dem historischen Weg dieses Sozialismus zusammen. Die materiellen und geistig-kulturellen Entstehungsbedingungen dieses Sozialismus unterscheiden sich grundlegend von den Bedingungen, die Marx und Engels als unumgänglich für den Erfolg einer sozialistischen Revolution angesehen hatten. Und sie haben in entscheidendem Maße die Formen, Strukturen und Mechanismen geprägt, in denen sich der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR vollzog. Von ihnen gingen starke Einflüsse auf grundlegende Weichenstellungen, Konzepte und Prozesse in allen anderen sozialistischen Ländern aus. Diese Elemente entsprachen Erfordernissen des extensiven Reproduktionstyps unter bestimmten Bedingungen und haben die sowjetische Gesellschaft in die Lage versetzt, außerordentlichen Belastungen standzuhalten. Sie haben beträchtliche Modernisierungsschübe und bedeutsame soziale Fortschritte ermöglicht. Sie waren jedoch bereits in dieser Phase mit größten Opfern verbunden. Sie wirkten um den Preis verheerender antihumaner und antisozialistischer Deformationen. Vor allem gelang es nicht, in der durch objektive Umstände erzwungenen Zeit den Übergang auf die Erfordernisse eines *intensiven* Reproduktionstyps zu vollziehen. Der Widerspruch zwischen dem Funktionsmechanismus unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ist nicht gelöst worden. Ansätze dazu blieben stecken.

Der Sozialismus ist an der Überlegenheit des kapitalistischen Weltsystems gescheitert. Jegliche Sichtweise, die die quantitative und die qualitative Einlagerung dieses Sozialismus in die Gesamtentwicklung der Welt des XX. Jahrhunderts ignoriert, ist inadäquat. Unter dem Vorzeichen der bereits im XIX. Jahrhundert beginnenden und im XX. sich rapide fortsetzenden, von der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses dominierten Vereinheitlichung der Welt war es undenkbar, daß die Herausbildung einer zum Kapitalismus alternativen Gesellschaft sich unabhängig von dieser Weltentwicklung hätte vollziehen können.

Dabei unterscheiden wir zwischen der von der antikommunistischen Propaganda und Politik über den Wirtschaftskrieg bis zum Totrücken (als bewußtem Kalkül nicht nur militärischer Doktrinen, sondern der umfassenden Systemauseinandersetzung mit der gezielten Absicht, den Sozialismus

an der Verwirklichung seiner sozialen Ideen zu hindern!) reichenden mehr oder weniger direkten *Einflußnahme* der entwickelten kapitalistischen Staaten auf die Länder des Sozialismus und der sich objektiv ergebenden Einwirkung, die von der bloßen Existenz ökonomisch und industriell höher entwickelter (kapitalistischer) Gesellschaften ausging, andererseits. Wir sehen diese *Einwirkung* vor allem darin, daß die seit 1917 gegebene Situation der zurückgebliebenen Seite und der damit verbundene Zwang zur Aufholjagd den Sozialismus daran gehindert hat, seinen Zielen und Prinzipien gemäß seine innere Entwicklung zu gestalten. Der in unterschiedlichen Phasen und in unterschiedlichen Erscheinungsformen wirkende, sich insgesamt verschärfende Widerspruch zwischen Zielen und Mitteln erlangte seinen sichtbarsten Ausdruck in der Unfähigkeit, real Demokratie zu verwirklichen. Ein ausschließlich auf Machtsicherung angelegtes, dabei freilich an einem niemals gründlich reflektierten und daher verengten Machtverständnis orientiertes, letztendlich kontraproduktives politisches System verhärtete sich zusehends. Es ergab sich ein tödlicher Kreislauf: Da der Sozialismus unterlegen war, vermochte er nicht, den historisch auf der Tagesordnung stehenden höheren Typ von Freiheit zu realisieren; und da dies unterblieb, vermochte er nicht, überlegene Triebkräfte zur Überwindung der Unterlegenheit auszubilden.

Eine viel zu geringe Rolle in der Debatte über die Ursachen des Scheiterns dieses Sozialismus spielt die Zuspitzung weltwirtschaftlicher und globaler Krisenprozesse während der siebziger Jahre in ihren Auswirkungen auf das sozialistische System. In dieser Zeit ergab sich eine Bündelung von Faktoren, die aufgrund der oben hervorgehobenen inneren, strukturellen Schwächen und Defizite vom Sozialismus nicht aufgefangen werden konnten und zu einer raschen Verschärfung der ihm eigenen Widersprüche führen mußte: die Rohstoff- und Preisentwicklung; neue Rüstungsrunden; Sichtbarwerden der Krise in den Beziehungen zwischen Gesellschaft und Umwelt; Zäsur in der wirtschaftlichen Entwicklung der USA.

Ein Umschlag erfolgte offenkundig auch in der Entwicklung der Dritten Welt. Die Mehrzahl der kolonial befreiten Länder schlug einen kapitalistischen Weg ein - mit welchen Konsequenzen auch immer. Der Einfluß des sozialistischen Systems erreichte zu dieser Zeit einen gewissen Höhepunkt - Schock in der politischen Klasse der USA angesichts des sowjetischen bzw. kubanischen Einflusses in Angola, Mozambique, Äthiopien. Allerdings war damit auch ein Scheitelpunkt markiert. Macht- und militärpolitische Einflußmöglichkeiten konnten nicht durch ökonomische Hilfe in ausreichendem Maße ergänzt werden.

Es sind jedoch auch systemexterne bzw. allgemein-zivilisatorische Faktoren *kultureller* Art in Rechnung zu stellen. Die paradoxe Situation ergab sich, daß Phänomene wie der Wertewandel (von materiellen zu postmateriellen), der "Individualisierungsschub", relativistische Züge der Postmoderne, Politik- und Systemmüdigkeit, Mißtrauen gegenüber Totalentwürfen be-

sonders bei der jüngeren Generation oder die tiefen Verunsicherungen und Erschütterungen angesichts der Ambivalenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den sozialistischen Ländern um sich griffen, ohne daß die materiellen Grundlagen dieser Prozesse - das hohe Niveau der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und der Bedürfnisbefriedigung in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern - gegeben war. Mehr noch. Aufgrund spezifischer Entwicklungswidersprüche und extremer Ungereimtheiten, also realer Erfahrungen war der Boden besonders aufnahmebereit: höchstentwickelte Militär- und Raumfahrttechnik - veraltete Technik in weiten Bereichen der Wirtschaft - Tschernobyl; zunehmendes Auseinanderklaffen zwischen Idealen von höchstem Anspruch und einer mehrfach zurückgebliebenen Realität - gegenüber den eigenen Vorhaben und gegenüber der wahrgenommenen Realität der kapitalistischen Länder; Realitätsverarbeitung und -kritik in der Kunst - Realitätsverdrängung und -affirmation in der Propaganda und den Massenmedien usw. Äußere Einflüsse und innere Faktoren verschmolzen auf verhängnisvolle Weise zuungunsten der Stabilität und der Dynamik des sozialistischen Gesellschafts- und Herrschaftssystems.

Konzept und Realität der Partei

Daß Konzept und Realität der marxistisch-leninistischen Partei im Gesamtsystem der inneren Faktoren der Entwicklung der Krise dieses Sozialismus eine Schlüsselrolle spielen, steht außer Zweifel. Allerdings auch, daß einer nüchternen, objektiven Analyse vorerst sehr viel im Weg steht.

Die marxistisch-leninistischen Parteien waren unstrittig das geistige und organisatorische Zentrum der Gesamtentwicklung dieser Gesellschaften, der Gesamtentwicklung in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit! Es ist absurd, alle Fehlentwicklungen und Irrwege, alle Ge- und Verbrechen sowie den schließlichen Untergang dieses System diesen Parteien anzulasten, zugleich aber den Eindruck zu erwecken, alles Positive, alle Fortschritte und Errungenschaften seien unabhängig von diesen Parteien oder gegen sie erreicht worden.

Andererseits waren sie in der Tat der Ausgangspunkt und Träger jener Verselbständigung der Realität gegenüber, jener verhängnisvollen Eingriffe in deren Entwicklung bzw. jener Blockierung ihrer Dynamik, die für das letztendliche Scheitern dieses sozialistischen Ansatzes ausschlaggebend waren.

Existenz, Entwicklung und Wirksamkeit der kommunistischen Partei als Vermittlungsfaktor gesellschaftlicher Prozesse müssen aus dem Charakter sozialistischer Revolutionen und sozialistischer Gesellschaftsgestaltung erklärt werden.

Man kann nicht davon absehen, daß die sozialistische Bewegung als Bewegung von Unterdrückten, von Machtlosen, von Entrechteten und Ausge-

beuteten entstanden ist, die zur Formierung von Gegenmacht der Organisation bedurften, einer Organisation, die im Unterschied zu anderen Organisationen darauf angelegt war, als Instrument einer gesamtgesellschaftlichen Umwälzung zu fungieren. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß Elemente dieser Funktion nach der Oktoberrevolution dadurch erhalten und reproduziert wurden, daß im internationalen Maßstab nach wie vor die Situation des Schwächeren, der sich gegen existenzgefährdende Attacken zur Wehr zu setzen hatte, gegeben war, daß der Sozialismus die schwächere Seite eines antagonistischen Gegensatzes verkörperte.

Weiter. Der aus allen bisherigen Traditionen sozialistischen Denkens wie aus den objektiven Bedingungen bisheriger sozialistischer Revolutionen hervorgegangene Versuch, eine Wirtschaft im gesamtgesellschaftlichen Maßstab zu organisieren, bedurfte spezifischer gesamtgesellschaftlicher Leitungs- und Lenkungsmechanismen. Dies umso mehr, als eine derartige Organisation der Wirtschaft angesichts hochgradig differenzierter Interessen - besonders angesichts einer historisch neuartigen und überaus anspruchsvollen Verbindung aktueller und zukünftiger, besonderer und allgemeiner Interessen - eine enge Verflechtung von Ökonomie und Politik erzeugen mußte. Die institutionelle Verarbeitung dieser Erfordernisse war mit der Wahrnehmung und Verarbeitung vielfältiger Informations-, Erkenntnis- und Entscheidungsfunktionen verbunden.

Die Bedingungen und Faktoren, die den Umschlag von der Realisierung derartiger unentbehrlicher, rationeller normaler Funktionen einer auf gesellschaftlichem Eigentum basierenden Gesellschaft zu einem Mechanismus, der letztlich das Gegenteil des Erforderlichen bewirkte, hervorgerufen haben, sind nicht befriedigend geklärt. Tatsache ist, daß keine kommunistische Partei es vermochte, die Transformation der sozialistischen Gesellschaft in jenen durch innere und äußere Faktoren erzwungenen höheren Entwicklungsstand zu bewerkstelligen, der Überleben und Fortexistenz gesichert hätte. Wenn wir diese Erfahrungen unter systemtheoretischen Gesichtspunkten prüfen, so scheint sicher, daß der in zahlreichen sozialistischen Prinzipien und Positionen angelegte Anspruch, moderne Gesellschaften auf umfassende Weise nach einem Gesamtplan, mehr oder weniger von einem Zentrum aus zu leiten und zu organisieren, mit der hochgradigen Komplexität und Differenziertheit derartiger Gesellschaften unvereinbar ist.

Zugleich ergeben sich weitere Fragen. Der grundlegende Ausgangspunkt dieses Ansatzes sind die Funktionsbedingungen gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln. Klar ist, daß das Konzept der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in seinen bisher verwirklichten Formen ebenso des grundlegenden Neuansatzes bedarf wie Konzepte gesellschaftlicher Lenkungs- und Leitungsmechanismen, die diesem Ausgangspunkt - in welcher Form auch immer - entsprechen. Denn klar ist auch, daß die wirtschaftlich-organisatorische Entwicklung in den kapitalistischen Zentren

strukturelle Einheiten von gigantischen Ausmaßen hervorgebracht hat, eine beträchtliche Dynamik aufweisen, aber bislang ihre Fähigkeit nicht unter Beweis gestellt haben, übergreifende gesellschaftliche Interessen dem Maße zu realisieren, wie das perspektivisch unumgänglich sein dürfte - und die ihre ökonomische Effektivität wohl kaum einem ausgeprägten demokratischen Innenleben verdanken.

Die Analyse des Scheiterns des bisherigen Parteikonzepts kann natürlich nicht nur materiell-ökonomische Umstände in Betracht ziehen. Ein weiteres Schlüsselglied wäre die gründliche soziologische Analyse der Interessen und Interessenbeziehungen, die die Entwicklung dieser Parteien als Reflex der sozialen Anatomie dieser Gesellschaften mit sich gebracht haben. Nicht zuletzt wäre zu berücksichtigen, daß diese Parteien klassische Züge der inneren Logik von Machtzentren und Großorganisationen ausgebildet haben, die umso negativer wirkten, als sie nicht wahrgenommen, gelassen und schweige denn bewußt und kritisch reflektiert worden sind.

Die Demokratiefrage

Auch in der Problematik der Demokratie kreuzen sich eine Fülle widerspruchsvoller Erfahrungen und unbeantworteter Fragen. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die durch grundlegende Entwicklungszüge und das schließliche Scheitern des Sozialismus verursachte Diskreditierung der sozialistischen Idee insgesamt in allererster Linie auf dessen un- und antidemokratische Praktiken zurückzuführen ist. Unstrittig ist wohl auch, daß bestimmte Elemente des Selbstverständnisses der kommunistischen Parteien als führende und organisierende Kraft, als Zentrum von Wahrheit und Weisheit, als legitimer Vollstrecker einer geschichtlichen Mission, die radikale Eingriffe in bestehende Realitäten rechtfertigt, eine Rolle bei diesen Praktiken gespielt haben. Begünstigt wurden derartige Faktoren durch Macht- und Interessenbeziehungen oder auch durch menschliche, charakterliche Defizite.

Drängend ist die Frage, welche spezifischen Demokratieauffassungen oder -konzepte innerhalb der marxistisch-leninistischen Theorie bei diesen Irrwegen Pate gestanden haben. Bisherige Debatten verweisen auf folgende mögliche Bruchstellen: Die Leugnung jeglicher Kontinuität zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie, die Verabsolutierung des zentralen vorhandenen Gegensatzes zwischen diesen beiden historischen Typen von Demokratie; die krasse Unterschätzung der Bedeutung formaler Demokratie, deren ausschließliche Pejorierung als Instrument der Herrschaftssicherung; die Instrumentalisierung von Demokratie, ihre Reduktion auf ein Instrument der Bewältigung vorgegebener ökonomischer oder anderer Aufgaben und Prozesse, die Leugnung des Eigenwertes von Demokratie als Medium menschlicher Selbstbestätigung und persönlicher Entfaltung.

Der besonderen und gründlichen Analyse bedarf das Verhältnis von Leninismus und Demokratie.

Dennoch ist die Hauptursache der betreffenden Fehlentwicklungen meines Erachtens in den objektiven Begleiterscheinungen des historischen Weges dieser Gesellschaften und den daraus resultierenden Zwängen zu sehen: Der Durchbruch der Revolution in einem Land ohne demokratische Traditionen von gesamtgesellschaftlich prägender Wirkung, die Genese dieser Gesellschaften aus verheerenden Kriegen, die kontinuierliche Bedrohung durch einen unversöhnlichen Gegner, die sukzessive Abwendung beträchtlicher Teile der Bevölkerung angesichts der zunehmenden Aussichtslosigkeit, den ökonomischen und sozialen Rückstand zu überwinden. Von besonderer Bedeutung für die DDR war zweifellos die Erfahrung der faschistischen Diktatur und die unbedingte Entschlossenheit, keine Wiederholung des durch sie heraufbeschworenen Leids zuzulassen.

Zu einer realitätsgerechten Analyse gehört es allerdings auch, nicht in Abrede zu stellen, daß das Konzept und die Realität sozialistischer Demokratie ganz im Sinne von Marx auf die historische Überwindung grundsätzlicher Mängel des bürgerlichen Demokratietyps zielte und dabei keinesfalls ohne Wirkungen geblieben ist. Das Marxsche Programm der Ergänzung und Erweiterung der (bürgerlichen) politischen durch die (proletarische) menschliche Emanzipation ist dadurch nicht widerlegt, daß es mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten abgebrochen wurde. Daß ökonomische Abhängigkeit mit politischer Freiheit und Selbstbestimmung eine überaus konfliktgeladene Beziehung eingehen, ist dadurch nicht widerlegt, daß die politische Realität entwickelter kapitalistischer Industriestaaten Elemente beider Seiten dieses Gegensatzes zu vermitteln vermag - eine gewisse soziale und ökonomische Stabilität vorausgesetzt. Für diese Länder muß auf unabsehbare Zeit davon ausgegangen werden, daß strukturell bedingte soziale Unsicherheit der Tendenz nach mit dem Abbau und der Einschränkung von Demokratie verbunden ist. Seine Hauptursache hat das in der Fortexistenz gravierender sozialökonomisch zementierter Gegensätze zwischen arm und reich. Es ist eine Analyse wert zu prüfen, ob die politische Realität der sozialistischen Länder mit der starken Einschränkung bis Aufhebung dieses Gegensatzes bei gleichzeitiger sozialer Grundsicherung dazu nicht eine historische Alternative hätte bieten können.

Theorie und Politik

Es liegt nahe, die Wurzel aller Krisen und des schließlichen Zusammenbruchs dieses Sozialismus in der Theorie bzw. Ideologie zu suchen. Geistige Vorgaben für Politik, öffentlich proklamierte Zielvorstellungen haben eine bedeutsame Rolle gespielt, da diese Gesellschaft - von internationalen Einflüssen und Verflechtungen abgesehen - sich nicht mehr nach den Ge-

setzen und Triebkräften der Konkurrenz und Spontaneität entwickeln sollte.

Gleichwohl bedarf der Zusammenhang zwischen marxistischer Theorie und sozialistischer Politik noch eingehender Überlegungen.

Zunächst müßte zwischen Theorie und Konzept unterschieden werden. Es trifft zu, daß grundlegende politische Entscheidungen von einem mehr oder weniger klaren und nachvollziehbaren Konzept getragen werden. Allerdings waren Folgerungen aus der marxistischen Theorie wohl bestenfalls ein Element des jeweiligen Komplexes konzeptioneller Grundlagen der Politik. Abgesehen von objektiven Bedingungen dürfte eine zwischen Theorie und Politik vermittelnde Schicht subjektiver Überzeugungen, Erfahrungen, Einstellungen, Wahrnehmungsmustern, Stereotypen und auch Vorurteilen eine sehr viel größere Rolle als bisher angenommen, gespielt haben, die in starkem Maße persönlichkeits- und gruppenbezogen waren. Es gehört zu den bitteren Erfahrungen des Autors, daß die Rolle der Theorie gegenüber Politik und Praxis in der realsozialistischen Gesamtentwicklung sehr viel geringer war, als es den Proklamationen der Politiker und dem Selbstverständnis der Theoretiker entsprach.

Jahrzehntelang haben wir uns gegen die These von der Degradation der marxistischen Theorie zur Legitimationswissenschaft gestraubt. Akzeptiert werden muß jedoch, daß die Theorie in entscheidendem Maße dazu eingesetzt wurde, die gegebene Politik zu rechtfertigen. Das Absurde war gerade, die Theorie fortgesetzt dafür zu kritisieren, daß sie keinen geistigen "Vorlauf" für Politik erarbeite, gleichzeitig aber Angebote und Ideen, die über die gegebene Politik hinausgingen, als "lebensfremd" zu verwerfen.

Allerdings darf die notwendig kritische Wertung dieser Funktionsweise sozialistischer Theorie nicht dazu verführen, den Einsatz von Theorie zur Legitimation von Politik schlechthin als illegitim anzusehen. Das realsozialistische System bedurfte in der gegebenen Welt wahrhaftig der Legitimation. Es war ein Fehler, das Legitimationsproblem als solches für die spezifischen Bedingungen und Erfordernisse dieses Systems nicht anerkannt und nicht bewußt reflektiert zu haben.

Zu unterscheiden wäre weiter zwischen der Funktion der Theorie bzw. Ideologie als geistigem Medium von Realitätsaneignung im umfassenden Sinne und der politisch-konstruktiven Funktion der Theorie im engeren Sinne. Auf beiden Feldern stehen sich zutreffende, der Realität gerecht werdende, dem Gang der Ereignisse wie den fundamentalen Konstellationen dieses Jahrhunderts entsprechende Einsichten und Verallgemeinerungen einerseits und katastrophale Fehleinschätzungen, Zerrbilder und subjektivistische Urteile, die großen Schaden angerichtet haben, andererseits gegenüber.

Beschaffenheit, Funktion und Wirksamkeit der marxistischen Theorie in den sozialistischen Ländern dürfen nicht zeitlos betrachtet werden. Ohne

dies hier im einzelnen zeigen zu können - in der Entwicklung der Theorie in der UdSSR und den anderen Ländern gab es Einschnitte, Brüche, Wendungen und Korrekturen, die insgesamt meiner Überzeugung nach auf eine allmähliche aber fortschreitende Zurückdrängung der negativen und eine Kräftigung der positiven Tendenzen, auf eine stärkere Hinwendung zur Realität in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit und auch zur kritischen Verarbeitung der internationalen Wissenschaftsentwicklung hinausliefen - übrigens auch auf die stärkere Integration in die Weltwissenschaft und ihre Institutionen.

Derartige Korrekturen betrafen unterschiedliche Problemfelder. Sie vollzogen sich in unterschiedlichen Richtungen und keinesfalls nur unabhängig von wissenschaftspolitischen Orientierungen der SED oder gar in Opposition zu ihr.

Was den vielfach gezogenen Schluß vom Zusammenbruch dieses Sozialismus auf das Scheitern oder Versagen des Marxismus insgesamt betrifft, so ist erstens in Rechnung zu stellen, daß der Anwendungs- und Gültigkeitsbereich des Marxismus sehr viel umfassender ist als die geschichtliche Praxis der am Modell der Oktoberrevolution orientierten Länder. Zweitens kommt diesem Schluß zwar die von uns selbst seit Stalin in Umlauf gesetzte These von der Identität des Marxismus mit dem Marxismus-Leninismus ("Leninismus = Marxismus des zwanzigsten Jahrhunderts") entgegen, er ist nichtsdestoweniger falsch. Konsequenter geprüft werden muß vielmehr der "marxistische Gehalt" der Oktoberrevolution und der mit ihr einsetzenden Entwicklung sowie die tatsächliche internationale Entwicklung der marxistischen Theorie nach Marx - nicht zuletzt die faktische Integration marxistischer Ansätze durch das nichtmarxistische wissenschaftliche Denken dieses Jahrhunderts. Drittens müssen wir anerkennen, daß Fehlentwicklungen und Defizite marxistischer Theoriebildung darauf zurückzuführen sind, daß eine Fülle von Ideen oder Ansätzen bei Marx und Engels nicht aufgenommen, fortentwickelt, erneuert oder ergänzt wurden, um einer fortentwickelten geschichtlichen Praxis und einem enormen Wissenschaftsfortschritt gerecht zu werden.

Handlungsspielräume des subjektiven Faktors

Die Frage nach subjektiven Faktoren des Scheiterns dieses Sozialismus, nach Versagen, Fehlern oder Schuld wird erst dann befriedigend geklärt werden können, wenn solche wie die hier genannten Bedingungen, Prozesse und Faktoren dieses Geschichtsabschnittes noch sehr viel gründlicher erhellt sind. Begründete Urteile über Verhaltensweisen setzen das Wissen um reale Entscheidungsspielräume, um Alternativen und Entwicklungsvarianten voraus. Und Klarheit darüber, daß die angelegten Maßstäbe unvermeidlich kontroversen Charakter tragen, an Interessen, Positionen und Werten orientiert sind, die tiefe Gegensätze enthalten. Die gegenwärtig vorherrschende Verteufelung, der Schluß vom Scheitern des sozialistischen

Versuchs auf dessen Charakter als Irrweg, von Unrecht auf Unrechtssystem und die unvermeidliche Konsequenz einer Reduktion von Engagement auf Schuld werden der Realität nicht gerecht.

Wir möchten vier Gesichtspunkte zur Diskussion stellen, die bei der Beurteilung politischen Handelns Berücksichtigung finden können. Daß auch diese Überlegungen keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben, ist offenkundig.

Erstens. Die grundlegenden Ziele und Werte, an denen sozialistische Politik orientiert war, waren und sind legitim. Sie entsprachen realen Verhältnissen, Widersprüchen und Erfordernissen dieses Jahrhunderts und basierten auf zutreffenden Einsichten und Erkenntnissen. Der krisen- und konfliktgeladene Zusammenhang von Kapitalismus, Ausbeutung, Krieg und Unterentwicklung wirkte und wirkt als verhängnisvolle Grundkonstante unserer Zeit. Fehlentwicklungen und begangenes Unrecht, die massenhafte Ablehnung dieser Politik und ihr schließliches Scheitern können nicht in Abrede stellen, daß insbesondere bei der Realisierung der Grundwerte Frieden und Gerechtigkeit, bei der Gewährleistung sozialer Sicherheit, bei der Befriedigung der materiellen und kulturellen Grundbedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft, bei Ansätzen zur Herausbildung humaner und solidarischer zwischenmenschlicher Beziehungen gewichtige Resultate erzielt worden sind.

Dafür sprachen nicht zuletzt die Wirkungen dieser Grundzüge einer sozialistischen Realität im nichtsozialistischen Teil der Welt. Die Existenz der sozialistischen Gesellschaftsordnung bedeutete objektiv eine Begrenzung der internationalen Macht des Kapitals - und sie wurde so verstanden. Deshalb wurde sie bekämpft - oder man arrangierte sich mit ihr. Und das Kapital war gezwungen, im Umgang mit der "eigenen" Arbeiterklasse auf Errungenschaften, Potenzen und Perspektiven dieser neuen Gesellschaft Rücksicht zu nehmen.

Als Grund für Identifizierung und Engagement kam bei vielen die Erfahrung hinzu, daß der Sozialismus bzw. die kommunistischen Parteien sich als durchaus fähig erwiesen hatten, grundlegende Korrekturen ihres eigenen Kurses vorzunehmen. Erinnert sei an den XX. Parteitag der KPdSU oder an die Dialog-Politik der achtziger Jahre, die mit einer gründlichen Überprüfung und Korrektur von Eckpunkten sozialistischer Ideologie und Politik verbunden war - Korrekturen, die auf der anderen Seite bis heute auf sich warten lassen, um einer friedvollen und humanen Zukunft der Menschheit willen jedoch nach wie vor auf der Tagesordnung stehen. Warum also sollten die nun geforderten Änderungen nicht zu bewältigen sein.

Zweitens. Der konkrethistorische Ausgangspunkt sowohl der Oktoberrevolution als auch der Umwälzungen in Osteuropa nach 1945 war durch kapitalistische Kriege erzeugtes Elend, war existentielle Not in Massenumfang, war die das Massenbewußtsein prägende verzweifelte Hoffnung auf

eine Alternative. Erst und nur auf dieser Grundlage konnte das Wirken der Kommunisten von Erfolg gekrönt sein. Dies ist zu betonen, weil gegenwärtig Kommentare und Urteile dominieren, nach denen die sozialistischen Staaten ausschließlich die Umsetzung eines auf Weltrevolution zielenden ideologischen Programms waren. Die Verankerung dieser Umwälzungen in massenhaften Stimmungen und Bestrebungen, die für die Identität und das Selbstverständnis von bleibender Bedeutung waren, wird geleugnet.

Zugleich waren in diesen Konstellationen künftige Konflikte angelegt. Der Ausgangspunkt von Massenaktivitäten Ende der vierziger Jahre war nicht das In-Erscheinung-Treten des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise, des Ausbeutungsverhältnisses, sondern ein davon abgeleiteter politischer Widerspruch, der zwischen kapitalistischem Krieg und Frieden. Die Entscheidung unserer Generation für den Sozialismus erfolgte als Konsequenz des Zusammenhangs von Kapitalismus und Krieg, nicht des Zusammenhangs von Kapitalismus und Ausbeutung. Die auf die sozialistische Revolution im engeren Sinne gerichteten Aktivitäten in den fünfziger Jahren waren zwar aus dieser Situation hervorgegangen, trugen jedoch nicht mehr in dem gleichen Maße den Charakter einer Massenbewegung. Sie waren in stärkerem Maße Sache eines Aktivs, einer "Avantgarde", einer mit Macht ausgestatteten Minderheit.

Die vorherrschende Bewußtseinslage 1945 war durch Verzweiflung und Wut angesichts der materiellen und geistigen Katastrophe im Gefolge des verlorenen Krieges, durch die Sorge um das unmittelbare Überleben gekennzeichnet. Der Wille zum Aufbau, die Entscheidung zum Engagement entwickelten sich da, wo es jemanden gab, der voranging, der ein Beispiel gab, der die Sache in die Hand nahm. Die zur Klärung und Verständigung anstehenden politischen Grundfragen (der Charakter des Krieges und des deutschen Imperialismus, das Verhältnis zur SU, die Wertung des Verlustes der Ostgebiete usw.), geistige Voraussetzung einer sozialistischen Perspektive im Massendenken bedurften zielgerichteter ideologischer Auseinandersetzungen. Die auch wahrhaftig stattfanden! Die Intensität dieser Klärungsprozesse darf jedoch darüber nicht hinwegtäuschen, daß antisowjetische und antikommunistische Vorbehalte niemals völlig ausgeräumt werden konnten und als latenter Boden für eine Aktivierung bestehen blieben.

Drittens. Alle Bemühungen um die Verwirklichung der gestellten Ziele erfolgten aus der Situation der Unterlegenheit, des Rückstandes in den materiellen Potenzen gegenüber den führenden kapitalistischen Industriestaaten. Damit ergab sich der ständige (frustrierende!) Schwebezustand, daß jedes realisierte Ziel Erwartungen offen und Wünsche unbefriedigt ließ, daß die Ziele, denen wir hinterher jagten, nur noch bedingt unsere eigenen waren. Als Konfliktpotential wurde dieser Zustand dadurch verschärft, daß über die Ziele vor der Entscheidung nicht in gesellschaftlichen

Verständigungsprozesses Konsens erzielt worden war, was zur Folge hatte, daß tatsächlich erzielte Resultate als Errungenschaften in erster Linie für die ins Bewußtsein traten, die sich mit der DDR bzw. SED ohnehin identifiziert hatten, nicht aber für die Masse der Bevölkerung.

Politisch brisant wurde dies wohl vor allem über folgenden Widerspruch. Die den traditionellen Idealen der Arbeiterbewegung verhaftete Orientierung auf die "höchste Wohlfahrt und die freie allseitige Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft" (Lenin, Werke, Bd. 6, S. 8) geriet angesichts des begrenzten ökonomischen Spielraums in Konflikt mit der Notwendigkeit, der hochgradigen Differenzierung und Dynamik von Interessen und Bedürfnissen innerhalb der Arbeiterklasse, die mit der WTR rapide zugenommen hatte, gerecht zu werden. Die auf weite Strecken am Prinzip der Gleichheit orientierte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums verhinderte die gezielte und differenzierte Befriedigung von Bedürfnissen, die für die Hebung der gesellschaftlichen Effektivität und für die politische Systemstabilität von größter Bedeutung gewesen wäre. Freilich - die Befriedigung grundlegender Massenbedürfnisse war eine reale historische Errungenschaft dieses Sozialismus. Der Fakt ist bislang unbestritten, daß die Opposition gegen die DDR nicht von den ärmeren Schichten der Bevölkerung getragen wurde. Die Sackgasse bestand darin, daß ein Abgehen von dieser Orientierung für einen sozialistischen Staat mit einem ganz bestimmten Wertprofil ebensowenig möglich war wie die gleichzeitige Berücksichtigung beider Erfordernisse oder die Beibehaltung der lange praktizierten Politik. Ein Aufbrechen derartiger Dilemmata hätte wahrscheinlich keine geringeren als die tatsächlichen Konflikte aufgerissen.

Viertens. Der politische Spielraum der DDR-Führungen war dadurch stets eingeschränkt, daß die Möglichkeit eines dritten Weges in Deutschland bzw. für die DDR ausgeschlossen und die unerläßliche Bedingung einer beliebigen Variante sozialistischer Entwicklung die Aufrechterhaltung einer führenden Rolle der SED war.

Eine Reform mit sozialistischer Zielsetzung ohne oder gegen die SED hätte nicht erfolgreich sein können, solange das wirtschaftliche und soziale Gefälle gegenüber der BRD in dem gegebenen Ausmaß anhielt. Solange diese Bedingung gegeben war, war die Selbständigkeit der DDR an die Existenz einer Macht gebunden, die sich als Widerpart zur BRD definierte. Ein durch Einschränkung oder Rücknahme dieser Macht entstehender gesellschaftlicher Zustand hatte keine Überlebenschance - natürlich unter der Voraussetzung der Beibehaltung einer sozialistischen Orientierung.

In unserem Zusammenhang geht es nun um folgendes. Es war offenkundig die Einsicht in dieses Abhängigkeitsverhältnis, welches in entscheidendem Maße die Politikunfähigkeit der DDR- bzw. SED-Führung in dieser Krisensituation hervorgerufen hat. Das Festhalten an der grundlegenden Entscheidung für den Sozialismus war objektiv und subjektiv mit der Preisgabe

der Macht unvereinbar. Der objektive politische Zusammenhang erzeugte in Wechselwirkung mit einer bestimmten Subjektivität, mit bestimmten Erfahrungen, Wahrnehmungsmustern, Denkweisen und Einstellungen im Kreis der Machtausübenden jene verhängnisvolle Starre, Unbeweglichkeit und Lähmung, die das gesamte System paralyisierten. Wir unterscheiden also zwischen der objektiven politischen Zwangslage und ihrer Verarbeitung durch politisches Handeln. Und es war wohl mehr als symptomatisch, daß Egon Krenz während der 10. ZK-Tagung am 9. November kurz nach Beendigung der Mittagspause jene berühmte Mitteilung über die Absicht, die Grenzen zu öffnen, mit den Worten einleitete: "Was wir auch machen in dieser Situation - wir machen einen falschen Schritt."

Mit den vorstehenden Überlegungen soll allerdings keinesfalls der bislang ausstehenden Antwort auf die Frage, ob die Entwicklung in der DDR und der SED in jeder Hinsicht alternativlos war, vorgegriffen werden. Zum einen haben wir vom Zustand und vom Verhalten der UdSSR als der entscheidenden außenpolitischen Existenzbedingung der DDR abgesehen. Diese Problematik ist zu komplex, um beiläufig abgehandelt oder herangezogen werden zu können. Daß bei einer stabilen UdSSR alles anders verlaufen wäre, ist wohl zweifelsfrei, aber nicht mehr von praktischer Bedeutung. Zum anderen müßte bei der Erörterung dieser Frage zwischen zwei Gesichtspunkten oder Ebenen unterschieden werden. Einerseits der Möglichkeit eines grundsätzlich anderen Entwicklungsweges bei Vorhandensein anderer Bedingungen - einer anderen Deutschland- und Europapolitik der UdSSR; anderen Konsequenzen aus dem XX. Parteitag der KPdSU; einer anderen Reaktion der sozialistischen Staatengemeinschaft auf die wissenschaftlich-technische Revolution. All dies muß in unserem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben.

Davon abzuheben wäre die Möglichkeit anderer Entscheidungen und Orientierungen unter den gegebenen Bedingungen. Diese Möglichkeit muß - in Grenzen - bejaht werden. Andere Optionen in der Wirtschafts-, Wissenschafts-, Medien- oder Kulturpolitik, eine andere Verarbeitung der mit der Durchbrechung der völkerrechtlichen Blockade gegen die DDR oder mit der Schlußakte von Helsinki entstandenen neuen Situationen, eine gründlichere Analyse und Konsequenzen aus den 68er Ereignissen in Westeuropa, ein anderes Verhalten der Kirche gegenüber - von einzelnen Entscheidungen ganz abgesehen - wären natürlich denkbar gewesen. Und wurden teilweise auch in Angriff genommen! Das ist meines Erachtens die Dimension, in der die Frage nach Fehlern, Unfähigkeit, Verantwortung und Versagen anzusiedeln ist und angenommen werden muß - den Autor dieser Zeilen eingeschlossen.

Das Ende eines Jahrhundertmythos

Die eigentliche Frage, die die Epochenwende von 1989 aufgeworfen hat, ist gar nicht die, welche jetzt in aller Munde ist: Warum "der" Sozialismus gescheitert ist. Die Frage müßte vielmehr lauten: Warum mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen den "Staat-sozialismus" der rückständigen Regionen - denn nur dort ist er ja zur Macht gelangt und jenes Modell entstanden, das nach 1945 auch den industriell und kulturell entwickelteren Ländern Osteuropas oktroyiert wurde - gegenüber den hochentwickelten kapitalistischen Industrienationen als Fortschritt und höhere Zivilisationsstufe begreifen konnten? Wie war es möglich, daß ein System, dessen vorherrschende Charakteristika Zentralverwaltungswirtschaft, Einparteienherrschaft, Allmacht der Sicherheitsapparate und Zensur waren, überhaupt so lange mit "Sozialismus" verwechselt werden konnte?

1. Der "blinde Fleck" in Lenins Entwicklungskonzeption

Vom Ende des "Realsozialismus" her gesehen, muß auch die alte Streit- und Kardinalfrage der Linken noch einmal neu aufgerollt und belichtet werden: War der Leninsche Bolschewismus die Anwendung des Marxismus auf den konkreten Fall Rußland oder war er es nicht?

Der Sowjetmarxismus und die kommunistische Weltbewegung haben diese Frage stets mit einem uneingeschränkten "Ja" beantwortet. Der Leninismus wurde als konsequente Weiterentwicklung des organischen Marxismus ausgegeben, was in dem Bindestrich-Begriff "Marxismus-Leninismus" seinen kanonischen Ausdruck fand. Zwar findet sich in den Schriften von Marx und Engels nirgendwo der Hauch einer Rechtfertigung für das Walten von Diktatoren oder diktatorischen Politbüros, von allmächtigen Staatsbürokratien und Staatssicherheitsapparaten. Auch ließe sich leicht belegen, daß Marx nicht als theoretischer Vorläufer der bolschewistischen Partei-Diktatur hingestellt werden kann. Es ist auf der anderen Seite unzweifelhaft, daß der Marxismus, wenn auch in verkürzter und ideologisch funktionalisierter Gestalt, der Hauptbezugspunkt, die Quelle der Leninschen Erkenntnisse und der revolutionären Strategiebildung der Bolschewiki gewesen ist.

Nicht die Frage, ob und inwieweit die Leninsche Theoriebildung im Marxismus wurzelt, bedarf der Erörterung; denn daran kann es keinen Zweifel geben. Vielmehr muß man die Frage genau umgekehrt stellen: Ob nicht gerade die Fixierung auf den westeuropäischen Marxismus Lenin von An-

fang an daran gehindert hat, die Spezifik der russischen Formations- und Sozialgeschichte zu begreifen? Ob nicht gerade sein Bemühen, die ganz anders gerartete russische Formationsgeschichte und das russische Revolutionsgeschehen in denselben Begriffen und Kategorien zu deuten, in denen Marx die Entwicklung Westeuropas vom Mittelalter in die Neuzeit gedeutet hat, den "tragischen Irrtum" des Leninismus ausmacht? Ob nicht Lenins Marxismus-Rezeption vor allem von dem Wunsche geprägt war, das noch weitgehend "halb-asiatische" Rußland auf einen westeuropäischen Pfad der Entwicklung zu führen, sodaß seine ganze politische Strategiebildung daher einem Entwicklungs- und Revolutionsschema folgte, das weniger aus den spezifischen Bedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der russischen Gesellschaft heraus abgeleitet worden, sondern vom eschatologischen Geist des "Kommunistischen Manifest" von 1847 abgezogen war?

Tatsächlich läßt sich zeigen, daß Lenin und die Bolschewiki wohl den revolutionär-eschatologischen Urmarxismus von 1847 beerbt haben, der eher dem Wunschdenken ihrer Begründer entsprungen war, nicht dagegen den reifen und wissenschaftlichen Marx, nicht den unbestechlichen Sozialhistoriker und Formationsanalytiker der bürgerlichen Gesellschaft und der ihr vorausgegangenen Produktionsweisen.

Die Wirklichkeit der Sowjetrevolution entzieht sich nämlich gerade dann, wenn man sie mit der Marxschen Methode analysiert, dem leninistischen Schema einer Theorie des "weltgeschichtlichen Übergangs vom Kapitalismus in den Sozialismus", ein Schema, das fast die gesamte kommunistische Weltbewegung von den Bolschewiki übernommen hat. Warum aber kann und konnte dieses Schema respektive die Qualifizierung des Oktoberaufstandes als "Große Sozialistische Oktoberrevolution" nur eine epochale Mystifikation sein? Die Antwort lautet: Weil es den Kapitalismus im Rußland des Zaren als eigenständige und entwickelte Produktionsweise nie gegeben hat, weil Rußland, um mit Marx zu sprechen, die "positive Seite des Privateigentums", die Entwicklung von Subjektivität, Individualität und Freiheit sowie die bürgerliche Kultur der Produktivkräfte und der Arbeit nie erfahren hat. Eben darum konnte der Kapitalismus durch die Sowjetrevolution auch nicht überwunden, nicht im Hegelschen Sinne "aufgehoben" und durch eine qualitativ höhere sozialistische Produktionsweise abgelöst werden; vielmehr ist die sowjetische Gesellschaft (wie die nach ihrem Modell gestalteten ehemaligen osteuropäischen Volksrepubliken) weit unterhalb des im westlichen Kapitalismus erreichten Niveaus der zivilisatorischen und Produktivkraftentwicklung verblieben.

Der Marxschen Theorie zufolge kann die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft überhaupt nur auf der Grundlage entstehen, die der hochentwickelte Kapitalismus selbst geschaffen hat; und eine ihm überlegene Produktionsweise und höhere Gesellschaftsformation könnte sie nur dann ausbilden, wenn sie den Kapitalismus, seine antagonistischen

Widersprüche, aber auch seine zivilisatorischen Errungenschaften, sein progressives Erbe, im Hegelschen Sinne "aufgehoben" hat.

Entgegen der Marxschen Theorie (wenn auch in durchaus konsequenter Anwendung der Klassenkampf- und Revolutionstheorie des "Kommunistischen Manifests") siegte die erste plebejische, d.h. von Arbeitern und Bauern getragene Revolution der Weltgeschichte - und darin lag bei all ihrer Bedeutung eben auch eine geschichtliche Fatalität! - just in einem Land, das die für Westeuropa typische Formationsfolge Feudalismus/Kapitalismus nie durchlaufen, das also - um mit Marx zu sprechen - die erste Negation in Gestalt des kapitalistischen Privateigentums noch gar nicht bzw. nur in rudimentären Formen vollzogen hatte. Aufgrund seiner ökonomischen wie kulturellen Rückständigkeit war Rußland alles andere als prädestiniert, eine sozialistische/kommunistische Gesellschaft im Sinne jener doppelten Negation hervorzubringen, von der Marx spricht, geschweige denn den fortgeschrittenen Kapitalismus des Westens "einzuholen und zu überholen", wie dies nach dem Oktober 1917 Lenin und die Bolschewiki proklamierten. Dies dennoch und mit allen Mitteln erreichen zu wollen, darin lag ihr eigentümlicher Voluntarismus, ihre heroische Selbsttäuschung. Was bei dieser revolutionären "Übersprunghandlung", die der Oktoberumsturz einleitete, herauskam - und mit einer gewissen Zwangsläufigkeit herauskommen mußte - war nicht "der" Sozialismus bzw. Kommunismus (im Marxschen Sinne), sondern *die asiatische Variante des "rohen Kommunismus", den Marx selbst (in den "Philosophisch-Ökonomischen Manuskripten") als die schlechte, die abstrakt-totale Negation des Privateigentums charakterisiert hat*; eine Negation, die später zur Hauptsache der inneren Stagnation und der existentiellen Krise der Sowjetunion (und der Volksrepubliken des ehemaligen Ostblocks) werden sollte.

Es entstand eine Gesellschaftsformation eigenen Typs, die sich auf der Grundlage einer ganz anderen, nämlich "halb-asiatischen" Formationsfolge herausgebildet hatte und mit deren "Muttermerkmalen" behaftet war. Ihre sich nach dem Oktober herausbildenden staatlichen Eigentumsformen aber konnten von den führenden bolschewistischen Eliten deshalb mit "Sozialismus" verwechselt werden, weil sie durch die Schule der westeuropäischen Arbeiterbewegung, zumal durch die der Deutschen Sozialdemokratie gegangen waren, die seit Lassalle in der Verstaatlichung den Kern der Sozialismusfrage erblickte. Die Verwechslung von Etatismus mit Sozialismus aber gestattete es den Bolschewiki (und der gesamten kommunistischen Weltbewegung) sich über ihr grundlegendes Dilemma hinwegzutäuschen: daß sie zunächst einmal dazu verdammt waren, *den ökonomischen Inhalt der frühbürgerlichen Epoche, nämlich eine "ursprüngliche Akkumulation" und Industrialisierung nachzuholen*. Beides aber auf einmal vollbringen zu wollen: nämlich die historische Mission des Bürgertums unter der Ägide des Staates und der Staatspartei nachzuholen und zugleich den Sozialismus aufzubauen, dies konnte nicht gelingen, dies wäre vielmehr die Quadratur des Kreises gewesen.

2. Die "halb-asiatische" Formationsgeschichte Rußlands

Bekanntlich qualifizierte Lenin, wie fast alle russischen Marxisten, den Zeitabschnitt von 1861, der sog. Bauernbefreiung, bis 1917 als "beginnende kapitalistische Entwicklung in Rußland". Dabei wollte Marx, gerade aufgrund seiner späten Rußlandanalysen die historische Unvermeidlichkeit einer kapitalistischen Entwicklung "ausdrücklich auf die Länder Westeuropas beschränkt" wissen. Es ist eine "Ironie der Geschichte", daß der sonst so marxistisch gebildete Lenin gerade jene Marxsche Formationskategorie nicht kannte, die für das tiefere Verständnis der russischen Geschichte von fundamentaler Bedeutung gewesen wäre: nämlich die Kategorie der "asiatischen Produktionsweise", die im "Kapital" (das Lenin selbstverständlich kannte) nur verstreut vorkommt, ausführlich aber nur in den (damals noch nicht zugänglichen) "Grundrissen" entwickelt ist. Später aber hat der Sowjetmarxismus Marxens Formationskategorie der "asiatischen Produktionsweise" aus den Büchern und Lehrbüchern eliminiert, weil sie zur offiziellen, leninistischen Periodisierung der russischen Geschichte vor dem Oktober in auffälligem Widerspruch stand.

Aufgrund seiner Spezialstudien zur Ökonomik und Geschichte Rußlands war Marx zu dem Ergebnis gekommen, daß die spezifisch vorkapitalistischen Strukturen der russischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts in den Begriffen des westeuropäischen Feudalismus nicht zu fassen sind, vielmehr eine russische Abart der "asiatischen Produktionsweise" darstellen. Das Eigentümliche an der "asiatischen Produktionsweise" ist, daß sie den Übergang zum Privateigentum an Grund und Boden noch nicht vollzogen hat. Marx: "Es ist der einfache produktive Organismus dieser selbstgenügsamen Gemeinwesen, die sich beständig in derselben Form reproduzieren", der "den Schlüssel zum Geheimnis der Unveränderlichkeit asiatischer Gesellschaften" liefert.

Diese voneinander isolierten, autarken Dorfgemeinschaften bedurften zum Schutz vor ausländischer Intervention, vor Naturkatastrophen usw. einer besonderen Staatsform, die sich in einem langen historischen Prozeß herausbildete und die Engels den "orientalischen Despotismus" nannte. "Eine solche vollständige Isolierung der einzelnen Gemeinden voneinander, die im ganzen Lande zwar gleiche, aber das gerade Gegenteil von gemeinsamen Interessen schafft, ist die naturwüchsige Grundlage für den orientalischen Despotismus; und von Indien bis Rußland hat diese Gesellschaftsform, wo sie vorherrschte, ihn stets produziert, stets in ihm ihre Ergänzung gefunden. Nicht bloß der russische Staat im allgemeinen, sondern sogar seine spezifische Form, der Zarendespotismus ... ist notwendiges und logisches Produkt der russischen Gesellschaftszustände."

Der "orientalische Despotismus" unterschied sich vom feudalen Despotismus europäischer Prägung vor allem dadurch, daß "es nicht Privateigentümer sind, sondern (wie in Asien) der Staat ist, der ihnen (den Produzen-

ten) direkt als Grundeigentümer und gleichzeitig als Souverän gegenübertritt, so fallen Rente und Steuer zusammen. . . Der Staat ist hier der oberste Grundherr. Die Souveränität ist hier das auf nationaler Stufe konzentrierte Grundeigentum." (Marx) Die neben der Priesterkaste entscheidende Fraktion innerhalb der despotischen Regierung war die Beamten-schaft, ohne die jene ihre Steuern bzw. Renten nicht eintreiben konnten. Der despotische Beamtenapparat hatte - darüber hinaus - die Aufgabe, die "öffentliche Arbeit" zu organisieren und zentral zu leiten, um die lebensnotwendige Wasserregulierung, das Bauen von Schleusen, Kanälen, Straßen etc. sicherzustellen. Während also im europäischen Feudalismus das gesellschaftliche Mehrprodukt über die Fronarbeit bzw. über die Naturalrente (später über die Geldrente) vom Grundherren privat angeeignet wurde, wurde dieses in der asiatischen Gesellschaft über die Steuer/Rente sowie über die "öffentliche Arbeit" von der despotischen Regierung *gemeinschaftlich* angeeignet. Darum konnte sich in dieser Produktionsweise das Privateigentum und die mit ihm verbundene Entwicklung der Produktivkräfte nicht durchsetzen.

Im Unterschied zu der privaten Sklaverei der Antike und den leibeigenen Bauern des europäischen Feudalismus unterstanden die bäuerlichen Untertanen nicht einem privaten Grund- oder Dienstherrn, sondern sie waren als "allgemeine Staatssklaven" sozusagen Gemeingut der despotischen Regierung. Man ahnt schon hier, wie diese "asiatische Erbschaft" in die "ursprüngliche sozialistische Akkumulation", d.h. in die Stalinsche Industrialisierung und Zwangskollektivierung später eingehen sollte.

Die Eroberung Rußlands durch die mongolischen Tartaren zwischen 880 und 1169 stellte nach Marx die Weiche für die nachfolgende Asiatisierung der russischen Gesellschaft. Denn die mongolischen Eroberer unterwarfen das Land nicht nur ihrer Schreckensherrschaft, sondern auch ihrer eigenen, d.h. der "asiatischen Produktionsweise".

Die sich nach dem Aufstieg Moskaus (Ende des 15. und 16. Jahrhunderts) zur Metropole herausbildende zaristische Despotie begründete dann den russischen Einheitsstaat. Während sich in Europa die nationale und staatliche Einheit über den inneren Markt und die entwickelte Warenwirtschaft herstellte, konnte die Vermittlung der voneinander isolierten Dorfgemeinden in den riesigen Weiten Asiens nur durch eine zentrale Bürokratie bewerkstelligt werden.

Auch der russische Militäradel, der im Unterschied zu den europäischen Feudalherren keine eigenen Knechte mitbrachte, unterstand unmittelbar dem Despoten bzw. Zaren. "Nahe dem Zaren, nahe dem Tod", lautet ein altes Sprichwort. Die Moskowiter Despotie ordnete somit jedem Mitglied, egal, welchen Rang in der Hierarchie es innehatte, jeder russischen "Seele" zu, wohin sie gehörte. Für die öffentlichen Arbeiten wurden die Bauern als "Staatssklaven" herangezogen. So rekrutierte beispielsweise Peter I. für den Bau seiner Hauptstadt hunderttausende Bauern als Arbeiter wie zum

Wehrdienst auf Lebenszeit (wie später Stalin Hunderttausende von Arbeitern und Sträflingen zur Zwangsarbeit in der Schwerindustrie und im Untertagebau).

In einer Zeit, in der in Europa die "ursprüngliche Akkumulation" des Kapitals voranschritt und - auf durchaus terroristische Weise - die materiellen Bildungselemente und Produktivkräfte der modernen bürgerlichen Gesellschaft freisetzte, fiel Rußland in jene tiefe Sackgasse zurück, aus der es aus eigener Kraft nicht herauskommen konnte. Alle späteren Versuche, von Katharina II bis Peter dem Großen, das asiatische Bauernrußland zu europäisieren und die zivilisatorischen Errungenschaften des Westens zu importieren, vermochten die mit der zaristisch-tributären Wirtschaftsweise verbundene Stagnation nicht aufzubrechen. Auch die verschiedenen Bauernrevolten Rußlands konnten die Apathie und Abhängigkeit der Untertanen von der despotischen Regierung und ihrem Beamtenapparat nicht aufheben. Geduldiges Warten auf den Erlöser-Zaren, das war die Haltung, die seit den Zeiten Ivans des Schrecklichen die subjektive Verfassung der bäuerlichen Massen bestimmte. Dieses Bewußtsein, an das der Stalinismus später anknüpfen konnte, war - wie Rosa Luxemburg schrieb - unberührt geblieben vom "Golfstrom der Renaissance", den "aufrüttelnden Stürmen der Reformation" und dem "Gluthauch der Philosophie des 18. Jahrhunderts".

Keine Subjektivität, keine Individualität und keine Freiheit, allein Religion, aber keine Philosophie, um mit Hegel zu sprechen, konnten sich hier institutionalisieren.

Auch die sog. "Bauernbefreiung" brachte, wie Marx ausdrücklich hervorhebt, keine Befreiung von der "allgemeinen Staatssklaverei", allenfalls eine modernisierte Form derselben; sie führte infolgedessen auch nicht zur Freisetzung eines "doppelt freien Lohnarbeiters" (nämlich frei von Produktionsmitteln und frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen), der die Voraussetzung für jede Art von Kapitalismus gewesen wäre.

Daß es im Gegensatz zu Europa im zaristischen Rußland von innen her keinerlei Impulse für eine modern-kapitalistische Entwicklung gegeben hat, ist vor allem darauf zurückzuführen, resumiert Rolf Henrich, "daß es - anders als im europäischen Feudalismus - keine weitestgehend sich selbst bestimmenden gesellschaftlichen Kräfte wie einen grundbesitzenden Adel, ein städtisches Bürgertum und mit privatem Boden wirtschaftende Bauern gab... Genau dieser objektive und subjektive Tatbestand veranlaßte Engels, Rußland als 'seinem Wesen und seiner Lebensart, seinen Traditionen und Einrichtungen nach ... halbasiatisch' zu benennen. Und ebenso wie andere Länder des Ostens war das Zarenreich in eine sozialökonomische Entwicklungsfalle geraten, aus der es aus eigener Kraft nicht entkommen konnte. Um diese Entwicklungsfalle aufzubrechen, bedurfte es äußerer Anstöße (Weltmarkt, Krieg)".

3. Lenins Illusion vom "russischen Kapitalismus"

In der Illusion, daß Rußland, nur eben mit Verspätung, den von Marx beschriebenen westeuropäischen Weg aus dem Mittelalter in die Neuzeit einschlagen werde, wurde Lenin bestärkt durch den zaristischen Import ausländischen Kapitals um 1890. Dieser leitete zwar eine bescheidene Industrialisierung ein und schuf eine kleine industrielle und kaufmännische Bourgeoisie sowie eine kleine, kämpferische Arbeiterminderheit, unter denen viele halbproletarisierte Bauern waren, die am Wochenende auf ihr Dorf zurückkehrten. Diese Kapitalkonzentration an wenigen Orten änderte jedoch die russische Produktionsstruktur kaum. Die meisten Städte waren fast durchweg bloß Verwaltungs- und Garnisonsorte, bürokratische Stützpunkte der Zarendespotie ohne Bürgertum. Auch litt die kleine großstädtische Unternehmerschicht an jenem handicap, das Engels für alle "orientalischen Despoten" ausgemacht hatte: "...es fehlt die erste Grundbedingung bürgerlichen Erwerbs: Sicherheit der kaufmännischen Person und ihres Eigentums."

Geblendet vom Schein der zaristischen Industrialisierung, die sich indes auf wenige Großstädte wie Petersburg, Moskau, Riga, Odessa beschränkte, unterstellte Lenin die Dominanz des Kapitalverhältnisses nicht nur in den wenigen Großstädten Rußlands, sondern auch zunehmend auf dem Lande. Aus dem allmählichen Vordringen der Warenproduktion und der Lohnarbeit auf dem russischen Dorf schloß er verfrüht auf eine kapitalistische, d.h. um des Mehrwerts willen produzierende Klasse innerhalb der Bauernschaft. (...)

Der kardinale Webfehler seines Konzeptes indessen sollte erst nach dem Oktobersieg und dem Bürgerkrieg zutage treten, als Lenin und viele seiner Mitstreiter mit Bestürzung registrierten, daß sie zwar die Gutsbesitzer und Bourgeois davongejagt hatten, daß an die Stelle der alten zaristischen jedoch nur eine neue, "ganz leicht mit Sowjetöl gesalbte" (Lenin) Bürokratie getreten war, ohne die das Riesenreich nicht zusammenzuhalten und seine zersplitterten Bauernwirtschaften nicht zu verwalten waren. Die Vermutung ist wohl nicht übertrieben, daß Lenins Krise und seine um 1922 beginnende lange Krankheit (zum Tode) mit der Ahnung zu tun hatte, daß sich der staatliche Überbau einer ganz anderen, älteren Produktionsweise gleichsam hinter dem Rücken der "Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" wieder durchgesetzt hatte; kurz: daß das bolschewistische Konzept, das rückständige Rußland über die proletarische Revolution auf einen westeuropäischen Weg der Entwicklung zu führen, hinten und vorne nicht aufgegangen war.

4. "Ursprüngliche Akkumulation" in Westeuropa und in Sowjetrußland

Zwar verweist der vom Sowjetmarxismus der Stalin-Epoche geprägte Begriff "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" nachdrücklich auf jenen Prozeß der "sogenannten ursprünglichen Akkumulation", der den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktionsweise, ihre Voraussetzung und Grundlage bildete, wie Karl Marx im letzten Kapitel des 1. Bandes des "Kapital" herausgearbeitet hat. Der analogen Wortschöpfung des Sowjetmarxismus lag jedoch eine legitimatorische Absicht zugrunde; sie sollte per Analogieschluß die Vorstellung suggerieren, daß die "ursprüngliche sozialistische Akkumulation" in der Sowjetunion die notwendige Voraussetzung und Grundlage einer entwickelten sozialistischen Produktionsweise schaffe, die der kapitalistischen im Prinzip überlegen sei.

So mußte der kommunistischen Bewegung der eigentliche Erkenntniswert eines historischen Vergleichs zwischen der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation", die unter der Peitsche des Stalinismus in den Dreißiger und Vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts ihren Lauf nahm, und der sog. ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, die sich in Westeuropa zwischen dem Ende des 15. und dem Ende des 18. Jahrhundert vollzog, verborgen bleiben. Dieser Vergleich, wäre er wirklich vorurteilslos durchgeführt worden, hätte die russischen Kommunisten und die gesamte kommunistische Weltbewegung vor zwei fatalen Mystifikationen bewahren können, sowohl was den Charakter der gesellschaftlichen Formation und Produktionsweise betrifft, die sich Anfang der 30er Jahre in der Sowjetunion herausgebildet hat, als auch hinsichtlich der sozialökonomischen Entwicklungsphase, in der sie sich zu diesem Zeitpunkt befunden hat: *nämlich nicht in der Phase des "sozialistischen Aufbaus", sondern in einem eher dem westeuropäischen Frühkapitalismus vergleichbaren Entwicklungsstadium.*

Nach Marx setzt das Kapitalverhältnis die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln (Grund und Boden, Arbeits- und Lebensmittel) voraus. "Die sog. ursprüngliche Akkumulation ist also nichts als der historische Scheidungsprozeß von Produzent und Produktionsmittel." Wie Marx in diesem berühmten Kapitel ausführt, hat sich dieser Scheidungsprozeß in Westeuropa in verschiedenen Stufen und in den gewaltsamsten Formen vollzogen. Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern von Grund und Boden, bildete die Grundlage des ganzen Prozesses.

Nicht von ungefähr erinnern die terroristischen Methoden der stalinistischen Industrialisierung und Kollektivierung an jene barbarische vor- und frühbürgerliche Epoche Westeuropas, da unter dem Schutz der absolutistischen Staaten die Grundbedingungen der neuen kapitalistischen Produktionsweise geschaffen wurden. So wie der feudalabsolutistische Staat im Prozeß der "ursprünglichen Akkumulation" auf Methoden der Sklaverei,

sogar der Kinderversklavung zurückgriff, um die neue dynamische Produktionsweise zu befördern, so griff auch der stalinistische Staat auf die "bewährten" Mittel der alten asiatischen Despotie (Deportation, Arbeitslager, allgemeine Staatssklaverei) zurück, um der neuen staatlichen Produktionsweise zum Durchbruch zu verhelfen.

Über die Rolle der Staatsmacht im Prozeß der "ursprünglichen Akkumulation" schreibt Marx: "Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht."

Der stalinistische Staatsterror hatte bei der 'asiatischen Industrialisierung' nach 1929 eine ähnliche Funktion: nämlich den Verwandlungsprozeß der längst zersetzten, in kapitalistische Gärung übergegangenen halb-asiatischen Produktionsweise (auf dem Lande) in eine neue verstaatlichte Produktionsweise "treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen". Mit der militärischen Beendigung der "Neuen Ökonomischen Politik" wurden ja nicht nur die "neue Bourgeoisie", die Großbauern und Großhändler, sondern auch Mittel- und arme Bauern, Klein- und Kleinsteigentümer enteignet, bis zuletzt nur ein Wirtschaftssubjekt übriggeblieb: Der Staat als "allgemeiner Eigentümer". Auch im Falle der Zwangskollektivierung haben wir es also mit einer Expropriation der unmittelbaren Produzenten zu tun: Die Bauern wurden von ihrem Grund und Boden, den ihnen die Oktoberrevolution gegeben hatte, und von ihren Arbeitsmitteln getrennt. Das Ergebnis der "ursprünglichen Akkumulation" des Kapitals in Westeuropa und der nachgeholten "ursprünglichen Akkumulation" in Sowjetrußland war also, nach dieser Seite hin betrachtet, das gleiche.

Völlig verschieden dagegen war ihr Ergebnis im Hinblick auf die sich entwickelnde Eigentumsform und Produktionsweise; hatte sich doch die "ursprüngliche Akkumulation" in Sowjetrußland auf einer ganz anderen formativen Grundlage und erst zu einem Zeitpunkt vollzogen, da sich in Westeuropa der Kapitalismus längst voll herausgebildet hatte und in seine imperialistische Phase getreten war.

In Sowjetrußland verwandelte sich das ehemals halb-feudale Eigentum, der gutsherrliche Grundbesitz, der durch die Oktoberrevolution enteignet und parzelliert wurde, zunächst in bäuerliches Privateigentum. Doch mit der gewaltsamen Kollektivierung ab 1929 wurde die beginnende kapitalistische Entwicklung auf dem Lande abgebrochen, indem das bäuerliche Privateigentum (an Grund und Boden, Arbeitsmitteln etc.) nun in kollektives bzw. Staatseigentum überging. Der Staat als "reeller Gesamtkapitalist" trat fortan den exproprierten Produzenten als eine ebenso fremde Macht gegenüber wie das Privatkapital den Lohnarbeitern in der bürgerlichen Gesellschaft. Nur haben wir es jetzt nicht mehr mit "doppelt freien Lohnarbeitern" zu tun, die über den Markt in ein formell freies Kontraktverhältnis

mit dem einzelnen Kapitalisten und Arbeitgeber treten, sondern mit Arbeitern und Bauern, die in ein unmittelbares, direktes Hörigkeitsverhältnis zum Staat treten (ohne die Vermittlung des Marktes), d.h. mit Staatsarbeitern und Staatsbauern, über die der Staat als "reeller Gesamtkapitalist" und monopolistischer Arbeitgeber nach Gutdünken verfügen kann.

Die völlig verschiedene Eigentumsform und Produktionsweise, zu der die "ursprüngliche Akkumulation" in Westeuropa und in Sowjetrußland geführt haben, mußten auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Produktivkraftentwicklung haben. Dies betrifft weniger den industrialistischen Produktivkrafttyp (und die mit ihm verbundene Arbeitsteilung und -organisation), den die Sowjetunion im wesentlichen (bis hin zum Taylorismus) vom Industriekapitalismus übernommen hat, vielmehr den Horizont und die Langzeitperspektive der Produktivkraftentwicklung.

Während die sog. ursprüngliche Akkumulation des Kapitals in Westeuropa die kapitalistische Industrialisierung mit sich brachte und, nach Jahrhunderten der Qual für die Arbeiterschaft, eine moderne bürgerliche Gesellschaft entstehen ließ, deren Entwicklungspotentiale noch längst nicht erschöpft sind, "schufen die Verwüstungen in Rußland nicht die Voraussetzungen für einen sozialistischen Aufbau. Aus verwüsteten Dörfern kann kein Mehrprodukt kommen, um der sogenannten 'sozialistischen Industrialisierung' behilflich zu sein." (Dutschke) Stalins "asiatische Industrialisierung" und "asiatische Kollektivierung" haben zwar zum Aufbau einer Staatsindustrie geführt, die extensives, d.h. Mengenwachstum betrieb, nicht aber - dies wurde spätestens in den siebziger Jahren deutlich - zum Aufbau einer modernen Industrie-Gesellschaft, die zu einer qualitativen Weiterentwicklung der Produktivkräfte in der Lage gewesen wäre. Die Sowjetunion - gleiches galt für die nach ihrem Bilde modellierten Ostblockstaaten - war vielmehr (wieder) in eine Sackgasse der Entwicklung geraten, aus der sie bzw. ihre Nachfolgestaaten ohne äußere Hilfe und Anstöße wohl kaum herausfinden dürfte.

Charakteristisch für die asiatische (industrielle) Despotie der Stalin-Ära ist, daß die herrschende Politbürokratie die doppelte Kommandogewalt sowohl über den Staatsapparat als auch über die verstaatlichten Produktionsmittel (einschließlich der Staatsarbeiter und Staatsbauern) ausübte und daß die quasi-militärische Hierarchie und Despotie, die Marx für das Fabrikssystem im Manchester-Kapitalismus beschrieben hatte, nun im Namen des Sozialismus auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt wurde. So gesehen, verkörperte die sowjetische Zentralverwaltungswirtschaft nur eine vergrößerte Karikatur des kapitalistischen Betriebsdespotismus: Die ganze Gesellschaft wird wie eine Staats-Fabrik, wie eine Mega-Firma verwaltet.

Der sowjetische Legitimations-"Marxismus" hatte es fortan leicht, den Charakter der Politbürokratie als neuer herrschender Klasse zu verschleiern, weil mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln, wie im "Kommunistischen Manifest" gefordert, scheinbar auch die ökonomische

mische Grundlage der Klassenbildung und der Ausbeutung entfallen war. Tatsächlich aber war in den alten ökonomischen Despotien, ob bei den Ägyptern oder den Inkas, den Manschu-Dynastien oder der Zaren-Despotie, das gemeinschaftliche, das Königs- oder Staatseigentum (an Grund und Boden) die Basis der Klassenherrschaft gewesen. Indem der despotische Beamtenapparat und die Priesterkaste exklusiv über dieses kollektive Eigentum verfügen konnten, die öffentlichen Arbeiten (Kanalbau, Wasserbewirtschaftung etc.) kommandierten und sich das Mehrprodukt gemeinschaftlich aneigneten, übten sie ihre Macht als herrschende Klasse aus, die natürlich in sich selbst wieder hierarchisch gestuft war. Und wie alle ökonomischen Despotien der Vergangenheit reproduzierte auch die industrielle Despotie des Stalinismus die Arbeitsteilung zwischen Kopf- und Handarbeit, die jenseits der Eigentumsform das älteste Element der Klassenbildung ist. Die neue bürokratische Staatsklasse gliederte sich in drei Hauptfraktionen: In die Polit- und Planbürokratie, in die Techno-Bürokratie der Leiter (auf Betriebsebene) und in die zahlreiche Kaste der Staatsideologen, die, wie die alte Priesterschaft, das Monopol auf das Wissen innehatte, d.h. den "Marxismus-Leninismus" als Herrschaftswissen und Staatsreligion verwaltete.

Letzterer war in doppelter Hinsicht zur Legitimationswissenschaft geworden: Schon durch Lenins Bemühen, die ganz anders geartete russische Formationsgeschichte mit der westeuropäischen Entwicklungsgeschichte und der Marxschen Formationslehre in Einklang zu bringen und den Oktoberumsturz zur "sozialistischen Revolution" zu ernennen. Doch während Lenin noch ehrlich genug war, sich die gefährliche Schiefelage einer "sozialistischen Revolution" einzugestehen, deren fehlende ökonomische und gesellschaftliche Basis erst noch zu schaffen war, machte Stalin aus der spezifisch russischen Not eine heroische "sozialistische Tugend". Der "marxistisch-leninistische" Kanon der Stalin-Ära hatte vor allem die Aufgabe, die asiatische Industrialisierung und Kollektivierung und ihre Verwüstungen zum "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" zu verklären und die Restauration des asiatischen Despotismus hinter dem staatssozialistischen Schleier als Vollendung des Leninschen Erbes und der Oktoberrevolution auszugeben.

Darum mußte der sowjetische Legitimations-"Marxismus" auch mit allen Mitteln die spezifische halbasiatische Formationsgeschichte Rußlands und die Marxschen Erkenntnisse über diese verleugnen bzw. aus der kritischen Theorie des historischen Materialismus verschwinden lassen. Noch Anfang der dreißiger Jahre gab es sowjetische Historiker und Marxisten, die diese Erkenntnisse und Marxens späte Rußland-Analysen in die öffentliche und parteiinterne Diskussion einzubringen suchten; doch sie wurden von Stalin verfolgt, deportiert oder erschossen. Auf dem Leningrader Kongreß über die Marxsche Formationstheorie im Jahre 1930/31 waren die Kenner in dieser Sache, Varga, Wittvogel, Bucharin und Rjasonov nicht mehr eingeladen bzw. parteilich schon ausgeschaltet worden. Der Stalinsche und

Komintern-Mythos vom "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" durfte und sollte gerade von marxistischer Seite her nicht mehr gefährdet bzw. angezweifelt werden. Im Nachhinein fällt es schwer zu verstehen, daß mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen, ja selbst gestandene Politökonomien und gebildete Marxisten einer so gravierenden Fehleinschätzung bzw. Verwechslung aufgesessen sind. Wie konnte eine Gesellschaft, die sich noch Ende der zwanziger Jahre auf dem Stand einer vorbürgerlichen Arbeits- und Industriekultur befand und erst noch eine "ursprüngliche Akkumulation" vor sich hatte, von sich glauben machen, daß sie nicht nur "den" Sozialismus aufbauen, sondern auch noch den fortgeschrittenen westlichen Kapitalismus "einholen und überholen" könnte!

Mir scheint, für diese epochale Mystifikation waren vor allem vier Faktoren und Umstände bestimmend:

Erstens zog die KPdSU, legitimiert durch ihren Erfolg, die "erste sozialistische Revolution der Weltgeschichte" vollbracht zu haben, nach 1917 die ganze kommunistische Weltbewegung in ihren Bann und beanspruchte auch die ideologische und politische Führung über alle europäischen kommunistischen Parteien, die der III. Internationale beigetreten waren. Dabei wurde die Vormundschaft der KPdSU über die KI-Zentrale, die nach dem Prinzip des "demokratischen Zentralismus" aufgebaut war, fest institutionalisiert. Damit hatten die Moskauer Komintern-Päpste, die natürlich mit Marx- und Engelszungen redeten und sich als "Marxisten" verstanden, auch das Deutungsmonopol inne: sowohl hinsichtlich der Bewertung der sowjetrussischen Entwicklung, als auch hinsichtlich der Auslegung der Marxschen Theorie überhaupt. Häretiker in den Reihen der III. Internationale aber wurden nicht geduldet.

Zweitens haben sich die europäischen KPs von den gänzlich anderen Politikformen blenden lassen, in denen sich in Sowjetrußland die "ursprüngliche Akkumulation" vollzog. Da deren Subjekt die kommunistische Partei und der "Arbeiter- und Bauernstaat" war, (und nicht wie in Westeuropa das Bürgertum in Verbindung mit dem absolutistischen Staat) konnte der Schein entstehen, die Sowjetunion habe die bürgerliche Entwicklung glattweg übersprungen. Dabei war ihr tatsächlicher Entwicklungsstand in den zwanziger Jahren eher dem des westeuropäischen Frühkapitalismus vergleichbar.

Drittens konnte die westeuropäische Arbeiterbewegung (nicht nur die Kommunisten, auch viele Sozialisten und Sozialdemokraten) die sich in der Sowjetunion herausbildende ökonomische Entwicklungsdespotie auf der Grundlage des Staatseigentums deshalb für eine "sozialistische Produktionsweise" halten, weil sie (in ihrer Mehrheit) in der verstaatlichten Ökonomie selber den Kern der Sozialismusfrage erblickte. So ging die aus der asiatischen Tradition kommende Zentralverwaltungswirtschaft mit den

etatistischen und "rohen" Kommunismusvorstellungen der europäischen Arbeiterbewegung eine schier ununterscheidbare Symbiose ein.

Viertens sahen sich die europäischen Kommunisten und Sozialisten angesichts der Dauerbedrohung der Sowjetunion durch den westlichen Imperialismus, zumal durch den deutschen, zu einer Solidarität gegenüber dem "ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt" verpflichtet, die den kritischen Blick von Anfang an vernebelte. Nach dem deutschen Überfall von 1941 aber war Kritik gegenüber einem Staat, der unter ungeheuren Opfern um sein Überleben kämpfte, noch schwieriger als vorher geworden, zumal die Existenz der Sowjetunion zu einer Zeit, da das Dritte Reich ganz Europa unter dem Stiefel hatte, zu einer Art Bestandsgarantie für die europäischen Arbeiterbewegung geworden war.

5. Der "Staatsozialismus" - ein zeitlich versetzter Sonderfall industriekapitalistischer Vergesellschaftung

Glaubt man der öffentlichen Meinung im Westen, dann ist der Osten deshalb so rückständig, weil hier fünfundvierzig Jahre oder noch länger der "Sozialismus" geherrscht hat. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Eben weil der europäische Südosten, Rußland und Asien so rückständig, in jedem Sinne Hinterland waren und nicht wenige seiner Länder vom Schicksal der Kolonisierung bedroht waren, kam es hier - wie auch in vielen Ländern des Südens - zu national- und sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen. Diese waren zunächst nichts anderes als kollektive Notwehraktionen von Völkern, die entweder - wie im Fernen Osten - schon halb kolonisiert waren oder die, wie das im europäischen Vergleich weit abgeschlagene Zarenreich, ihre baldige Kolonisierung, in jedem Fall den Ausverkauf ihrer Rohstoffe und Ressourcen, befürchten mußten. Durch eine staatskapitalistische Konzentration und Zentralisation der Produktionsmittel hofften die Bolschewiki, dem unwürdigen Schicksal eines halbkolonialen Schwellenlandes zu entgehen und den Anschluß an den fortgeschrittenen Westen durch eine beschleunigte Industrialisierung zu erreichen. Dieses Notstands- und Nachholprogramm nannten sie dann "Sozialismus". Vermittels dieser ideologischen Wunderdroge suchten sie die (noch weitgehend) analphabetischen Massen für den Aufbruch ins zwanzigste Jahrhundert zu mobilisieren - der Marxismus war hier das Opium des revolutionierten Volkes -, und zugleich ihr objektives Dilemma zu beschönigen: nämlich eine nachholende Industrialisierung von rückständigen Bedingungen aus gegen den Druck einer schon etablierten kapitalistischen Weltmarktwirtschaft betreiben zu müssen. In der aus der Angst und Bedrohung geborenen Parole "Einholen des Westens" drückte sich im Grunde das heimliche Eingeständnis aus, daß gar nicht der Sozialismus auf der Tagesordnung stand, sondern allein die Schaffung seiner zivilisatorischen Grundlagen, das Nachholen einer "ursprünglichen Akkumulation". Daß diese Gewaltkur, die mit dem Rückfall in halb-asiatische Knechtschaftsverhältnisse einher-

ging und mit einem millionenfachen Terror bezahlt wurde, den wehevollen Namen "Sozialismus" erhielt, war ein zusätzliches Unglück. Denn durch diesen Etikettenschwindel, auf den mehrere Generationen ehrlicher und opferbereiter Kommunisten und begeisterter Intellektueller hereinfielen, wurden Begriff und Menschheitsutopie des Sozialismus auf die fürchterlichste Weise diskreditiert. Die meisten national- und sozialrevolutionären Befreiungsbewegungen, die nach 1945 in den Ländern der Dritten Welt siegten, waren in der Einschätzung des unter ihren rückständigen Bedingungen Mach- und Erreichbaren nüchterner als die Bolschewiki in den zwanziger und dreißiger Jahren. Sie verstanden den "Staatsozialismus" keineswegs als Alternative zum entwickelten Kapitalismus des Westens, dieser erschien ihnen vielmehr als eine erfolgreiche Konzeption, um dem Status eines abhängigen, unterentwickelten Landes verlassen zu können. Nicht die Klassenkonflikte zwischen Bourgeoisie und Proletariat, sondern der Kampf gegen koloniale und neokoloniale Ausbeutung und nationale Unterdrückung waren ja die eigentlichen Triebkräfte dieser Revolutionen. Was das sowjetische Modell für viele von ihnen gleichwohl attraktiv machte, war die Aussicht auf Befreiung von größter Armut, Unwissenheit und Rückständigkeit.

Es ist klar, daß diese ungleiche Entwicklung allen sozialistischen Gehversuchen der zurückbleibenden Völker - ob in Asien, Afrika oder Mittel- und Lateinamerika - grausame Schranken auferlegen mußte. Was sich bisher "Sozialismus", "Realsozialismus" oder "Kommunismus" nannte, kann und sollte daher unter der Rubrik subsumiert werden: *Ausbruchsversuche aus rückständigen Verhältnissen bzw. Versuche der Überwindung der kolonialen Erbschaft*. Eine Ausnahme von dieser Regel bilden allerdings die nach 1945 sowjetisierten osteuropäischen Volksrepubliken, insbesondere Polen, die Tschechoslowakei, die DDR und die baltischen Republiken, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg eine entwickeltere Industriekultur und eine m. E. demokratische Entwicklung gekannt hatten. Ihre Völkerschaften haben denn auch das ihnen aufgezwungene sowjetische Modell als Rückschritt und Kolonisierung empfunden.

Auch die bürokratische und etatistische Erstarrung fast aller sozialer Revolutionen in diesem Jahrhundert, die Verwandlung ihrer einstigen sozialrevolutionären Avantgarden in repressive Staatsbürokratien haben etwas mit dem Fluch der Rückständigkeit, dem Zwang zum "Nachholen" und dem wirtschaftlichen und militärischen Druck des westlichen Imperialismus zu tun.

Diejenigen Völker, die sich gerade erst für die Industrialisierung formierten und die Ausbeutung der nationalen Ressourcen durch das ausländische Kapital verhindern wollten, konnten auf das Instrument des Staates und der Verstaatlichung - und damit auf den Beamten - nicht verzichten. Die Notwendigkeit des Staates - und damit auch der Bürokratie - liegt nämlich in der rückständigen Produktionsweise begründet. Wie Marx selbst gezeigt

hat, konnten weder die Manufaktur des Mittelalters, die die Szene beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus beherrschte (und die ja noch keineswegs weltweit überwunden ist), noch das Fabriksystem der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft ohne staatlichen Gewaltapparat organisiert werden, der die Menschen unter das Joch der Maschine und des Werkzeugs zwang. Der Staat als Zuchtmeister der Gesellschaft für ihre technische und soziale Modernisierung - dieses Grundmuster finden wir daher nicht zufällig seit 1917 wieder, wo immer sich vorkapitalistische Länder bzw. ihre maßgebenden Minderheiten für den aktiven Aufbruch ins 20. Jahrhundert formierten. Daß unter diesem Gesichtspunkt die Sowjetunion mit China, Nordkorea, Vietnam, Algerien, Albanien etc. vergleichbar ist, unterstreicht nur den fundamentalen Stellenwert des Staates in dem gemeinten Kontext. Eben weil all diese rückständigen Länder vor der Aufgabe standen, eine Ökonomie aus dem Boden zu stampfen, konnten sie auf einen neofeudalen Staat, der in der asiatischen Zone zumeist nur eine "sozialistische" Variante der alten orientalischen Despotie darstellte und auf eine Modernisierung alter Clanstrukturen hinauslief, offenbar so wenig verzichten wie Westeuropa in der Phase seiner "ursprünglichen Akkumulation" auf den absoluten Staat. Der neuerlich geprägte Begriff "Feudosozialismus" trägt diesem Tatbestand Rechnung. Freilich ist der despotische Staat in der asiatischen Zone nicht nur mit der Rückständigkeit und dem Zwang zur nachholenden Industrialisierung erklärbar, er war, wie bereits ausgeführt, auch Ausdruck der Kontinuität bzw. Restauration uralter Herrschaftsformen und hatte, im Fall der Sowjetunion, auch die Funktion, ein multinationales Imperium mit Gewalt zusammenzuhalten.

Wie Marx gezeigt hat, lag ja der eigentliche Fortschritt der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft gegenüber ihrer barbarischen Frühphase darin, daß der "außerökonomische (staatliche) Zwang" allmählich durch den "stummen Zwang" der ökonomischen Verhältnisse, der Marktgesetze, ersetzt wurde. Auch der Staats- oder Feudosozialismus mußte einen analogen systemischen Formationswandel, wenn auch lange kaschiert unter der anderen bürokratisch-zentralistischen Wirtschafts- und Herrschaftsform, nachvollziehen; er konnte dies aber, von seinen rückständigen Ausgangsbedingungen her, erst mit entsprechender historischer Verspätung. Bereits die vielen Versuche seit Chruschtschow, die Staatswirtschaft zu dezentralisieren und durch den Einbau von Ware-Geld-Beziehungen zu liberalisieren und zu dynamisieren, deuteten in diese Richtung. So betrachtet, war die Auflösung der "realsozialistischen" Staatsökonomien unter der Flagge von "Freiheit, Demokratie und Markt" nur ein zeitlich versetzter Sonderfall jener Entwicklung, die in Westeuropa seinerzeit vom feudal-absolutistischen Staat zur modernen bürgerlichen Gesellschaft geführt hat, und Gorbatschows Perestroika nur die sozialistisch verbrämte Hülle, die ihr selbst noch nicht bewußte, verpuppte Gestalt eben dieses Formationswandels. Der mystifikatorische Begriff "Realsozialismus" und

die große Zeitverschiebung haben den Blick auf die strukturelle Ähnlichkeit dieses Formationswandels verstellt, der sich in Westeuropa schon im Laufe des 19. Jahrhunderts (in einigen Ländern erst am Ende des Ersten Weltkrieges), im rückständigen Osten aber erst im späten 20. Jahrhundert vollzogen hat.

Von Anfang an war der Sowjetkommunismus einem höchst ungleichen Wettkampf mit dem kapitalistischen Westen ausgesetzt, der ihn in einer dauernden Abhängigkeit von dem hielt, was er überwinden wollte; ein Kampf, den er bei seinen miserablen Ausgangsbedingungen, vor allem auf der Ebene der Produktivität, nur verlieren konnte. Er verkörperte nicht, wie er glaubte und propagierte, die progressive sozialistische Alternative zum Kapitalismus, er blieb diesem vielmehr strukturell, bis in den Industrialisierungstyp, bis in das ökologisch zerstörerische Wachstums- und Akkumulationsmodell hinein, verhaftet. Er war nicht das "ganz Andere" des Kapitalismus, sondern dessen einfache, dessen schlechte Negation, sein Schattenreich gleichsam.

Die "postsozialistischen" Intellektuellen brauchen sich also nicht so rasch von etwas zu verabschieden, was es noch gar nicht gegeben hat.

Vorschau

Z - Nr. 13

erscheint Anfang März 1993
mit dem Schwerpunktthema

Annäherung an die Ursachen des Zusammenbruchs und des Untergangs des Realsozialismus in Europa (II)

Mit Beiträgen von Joachim Bischoff, F.I. Firsow, Eric Hobsbawm,
Heinz Jung, Richard Kossolapow, Herbert Schui u.a.

Ferner: Fortsetzung der Gewerkschaftsdiskussion mit Beiträgen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz, zur Internationalisierung von unten, zur Autoindustrie, zu Jugend und Gewerkschaften, zur Ökologiefrage u.a.

Außerdem Beiträge zur Gramsci-Rezeption (Anne Showstak-Saason), zu Laclau/Moffe (Henning Böke), zur Barbarei des deutschen Faschismus (Manfred Grieger) u.a.

Spätsozialismus

In seinem 1992 erschienenen Buch "Asche für Phönix" hat Jürgen Kuczynski das Problem der "verfrühten Gesellschaften" untersucht. Hierunter rechnet er das Kolonat (als Vorläufer des Feudalismus), die frühkapitalistischen oberitalienischen Städte und den Realen Sozialismus. Im Abschnitt "Florentinische Analogie" meiner "Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen" hänge ich denselben Gedanken nach. In beiden Fällen sind diese Überlegungen durch das Scheitern des Realen Sozialismus ausgelöst. Hält man ihn für "verfrüht", nimmt man eine Geschichtslinie an, in deren Fortgang er wiederkommen kann. Immerhin könnte auch bedacht werden, daß die Gründlichkeit einer Niederlage künftige Versuche ausschließt (nach dem Motto: Vestigia terrent - "Die Spuren schrecken ab"; Übers. der Red.), aber das wäre depressiv.

Dennoch soll im folgenden geprüft werden, ob der Sozialismus der Jahre 1917-1991 (bzw. seine Vorformen, die u.a. von Lenin als notwendiger Staatskapitalismus bezeichnet wurden), zumindest in seiner Schlußphase nicht so sehr als verfrüht wie als verspätete Produktionsweise angesehen werden kann.

Mit großer Wahrscheinlichkeit gilt dies für die RGW-Staaten nach ca. 1968. Mit der Intervention in der Tschechoslowakei wurde ein Experiment beendet, das wir aufgrund der Gorbatschow-Niederlage und ähnlicher Ergebnisse in Ungarn und Jugoslawien als prokapitalistisch zu bezeichnen vielleicht etwas vorschnell bereit sind. Ob es, wäre es in allen RGW-Staaten gleichzeitig, aber differenziert nach deren Entwicklungsstand vorgenommen worden, notwendig hätte fehlschlagen müssen, wird wohl für alle Zeit unentschieden bleiben. In jedem Fall war es der - sei es der von Anfang an zum Scheitern verurteilte, sei es der unter besseren Voraussetzungen durchaus auch realitätstüchtige - Versuch, ein Modell überzentralistischer Planung und Leitung abzulösen, das in mittlerweile sehr komplex gewordenen sozialistischen Gesellschaften zum Entwicklungshemmnis geworden war. Ab 1968 hat auch die DDR ihr 1963 verkündetes "Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung" nicht weiterentwickelt, sondern den Versuch abgebrochen.

Von diesem Augenblick an muß sie als "Spätsozialismus" gelten: als eine Ordnung, in der unter Beibehaltung des staatlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln eine eigenständige Weiterentwicklung nicht mehr möglich war und durch die allmähliche Orientierung auf den kapitalistischen Weltmarkt und danach - seit Anfang der achtziger Jahre - durch

die prinzipienlose, Gorbatschows späterem angeblichem "Verrat" in manchem vergleichbare - Anlehnung an die BRD ersetzt wurde.

Will man untersuchen, was der Reale Sozialismus zu leisten imstande war, sollte man sich auf die Periode bis ca. Ende der sechziger Jahre beschränken. Was danach kam, war Abwicklung, auch wenn dies durch die diplomatischen Erfolge in Europa 1969-1975 und durch die Siege der Befreiungsbewegungen bis 1978 noch verdeckt wurde.

Es empfiehlt sich, die Geschichte des Experiments, das 1917 begann, in eine Aufstiegs- und eine Abstiegsphase zu unterteilen. Allerdings sollte man sich dabei sofort bewußt machen, daß derlei sehr schematisch ist. In Wirklichkeit trat diese Produktionsweise zweimal in die Phase des "Spätsozialismus" ein: nach 1968 und - vorher - bereits 1923 mit der Proklamation des "Sozialismus in einem Land" durch Stalin. Letztere enthielt ja implizit das Eingeständnis, daß die bisherige Prämisse der Oktoberrevolution: die Weltrevolution, insbesondere in den altkapitalistischen Staaten, nicht erfüllt war. Sollte der These der inzwischen längst ausgeschalteten Menschewiki, daß zunächst auch in Rußland die bürgerliche Gesellschaft durchgesetzt werden müsse, nicht im Nachhinein noch Genugtuung widerfahren, blieben nur zwei Optionen:

Einerseits Trotzki's Devise: Die Weltrevolution bleibe die Voraussetzung für die Behauptung der Sowjetmacht. Als Maxime aktueller operativer Politik war sie problematisch. Die UdSSR hatte nicht die Macht zum Revolutions-Export (falls man überhaupt der Ansicht sein kann, dieser sei ein Mittel revolutionärer Politik und könne tatsächlich mehr bringen als Fremdherrschaft), der Kapitalismus im Westen blieb stabil, zugleich waren in Sowjetrußland dringende Sofortmaßnahmen zur Rettung der 1917 errichteten Ordnung notwendig. Deren Unabweisbarkeit war die Voraussetzung der Stalin-Herrschaft, in der die Priorität einer nachholenden ursprünglichen Akkumulation unter dem Zwang der Systemauseinandersetzung die Erwartungen, die Lenin in "Staat und Revolution" formuliert hatte (u.a. rasches Absterben des Staates und eine Entwicklung der Produktivkräfte, die an den von den Mitgliedern der Gesellschaft selbst formulierten Bedürfnissen der Menschen orientiert sei), enttäuschen mußte. Das Verhältnis der formulierten Ziele der Bolschewiki zur tatsächlichen Geschichte der UdSSR machte letztere zum "Spätsozialismus" (vielleicht sogar schon zum Nach-Sozialismus).

Der somit eingeleitete Abstieg schien 1945 revidierbar. In diesem Jahr beginnt die zweite Aufschwungphase des Realen Sozialismus. Mit der Tschechoslowakei und der Sowjetischen Besatzungszone kamen zwei Regionen in den Einflußbereich der UdSSR, die den am Ende der revolutionären Nachkriegskrise von 1917-1923 zutagegetretenen Defekt, daß die altkapitalistischen Gesellschaften hatten nicht umgewälzt werden können, wenigstens teilweise kompensieren zu können schienen. Das neue Wettüben machte diese Chance zunichte. Dabei hielt die Selbstbehauptung der

sozialistischen Länder im Kalten Krieg immerhin noch zweieinhalb Jahrzehnte lang die Möglichkeit offen, daß sie, nachdem erst einmal das staatliche Eigentum gegen die Rollback-Versuche erfolgreich verteidigt war, imstande sein würden, ihre systemspezifischen Qualitäten zu entfalten. Bald nach 1968 war dies - wie im nachhinein festgestellt werden muß - nicht mehr möglich: der Reale Sozialismus war zum Spätsozialismus geworden, zu einer Ordnung, welche ihre Zukunft hinter sich hatte.

Als die zentrale, allerdings niemals vermeidbare Ursache des Scheiterns wird man heute festhalten müssen, daß die Revolution von 1917 niemals über den Zustand der Staatlichkeit, der nach Lenins Auffassung möglichst schnell überwunden werden mußte, hinausgelangen konnte. Es gab kein gesellschaftliches Eigentum in relevantem Umfang, sondern mehrheitlich staatliches. (Jugoslawiens genossenschaftliche Experimente liefern insofern kein Gegenargument, als sie nach der in hohem Maße durch Stalin verursachten Abspaltung vom gleichzeitig entstehenden RGW-Bereich sehr früh der Penetration durch den kapitalistischen Weltmarkt ausgesetzt waren.) Negativ für den fehlschlagenden Versuch, in der Arbeiterklasse dauerhaft die Hegemonie zu gewinnen, wirkte sich vor allem aus, daß auch die Arbeitskraft verstaatlicht, nicht aber vergesellschaftet, das heißt: in die demokratisch-kooperative, die Bedürfnisse der Individuen respektierende Verfügung aller gestellt wurde. Sie sank damit in einen Status ab, der dem der freien Lohnarbeit in hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften unterlegen war.

Von Spätsozialismus muß noch in einem weiteren Sinn gesprochen werden:

Marx und Engels haben bekanntlich die utopischen Kommunisten scharf kritisiert. Es komme nicht darauf an, einem schlechten Gesellschaftszustand einen ausgedachten idealen entgegenzustellen, sondern das Neue müsse durch die Eigenbewegung des Alten, welche durch den wissenschaftlichen Sozialismus zu untersuchen und zu befördern sei, erzeugt werden. Die Kritik der Politischen Ökonomie war das Herzstück des Historischen Materialismus. Zukunftsmodelle zu entwerfen hat Marx sich gehütet. Wo er es dennoch tat - in der Kritik des Gothaer Programms - interessierte ihn dies nur zum Zwecke einer Kritik des - in diesem Fall: Lassalle'schen - Utopismus. Er griff den jeweils aktuellen Irrtum an, 1875 z.B. die Lehre vom unverkürzten Arbeitsertrag, und ließ anderes unbeachtet stehen, ja nahm es, da gegenwärtig nicht weiter störend, sogar hin. Hierher gehört die Weiterverwendung der Owenschen Arbeitszettel-Vorstellungen in den "Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei". Diese Nachlässigkeit ist allerdings kein Zufall, sondern sie steht in Verbindung mit jener offenen, in dieser Zeitschrift durch Jörg Hahn¹ noch einmal

¹ Hahn, Jörg: Transformationsproblem und Werttheorie. Zum Dualismus von Werten und Produktionspreisen im "Kapital". In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung (Z) Nr. 8 (Dezember 1991), S. 186-197. Die Antwort von Michael Heinrich im selben Heft läßt den

markierten Stelle der Marxschen Theorie, dem ungelösten Transformationsproblem. Solange es nicht bewältigt ist, wird die Arbeitskraft in jedem etwaigen künftigen Sozialismus entweder nicht aus dem Status der Verstaatlichung herauskommen oder eine fiktive Arbeitsgeld-Vergütung erhalten, woran schon im 19. Jahrhundert die Projekte utopischer Kommunistinnen und Kommunisten in den USA mit gescheitert sind. Der Reale Sozialismus hatte ein ökonomisches Modell, das hinter dem im Kapitalismus inzwischen erreichten, offensichtlich in hohem Grade auch monetären Ausdruck findenden Grad der Vergesellschaftung zurückblieb, also auch in dieser Hinsicht Spätsozialismus blieb.

Eine künftige Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden Menschen auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist und in der die Beziehungen zwischen dieser Spezies und der Natur reproduktiv und ausschließlich gebrauchswertorientiert gestaltet werden, wird sich zum Realen Sozialismus nicht in einer ähnlichen (wenngleich gebrochenen und verschobenen) Kontinuität befinden wie der Feudalismus zum Kolonat oder der moderne Kapitalismus zu seinen oberitalienischen Vorformen. Es sind aus der RGW-Ökonomie kaum Vergesellschaftungsweisen überkommen, die neuzubeleben sich lohnen würde. Anders mag es mit einigen vernünftigen Vorstellungen über Gebrauchswertökonomie² stehen, die z.B. in der DDR formuliert, aber nicht durchgesetzt wurden.²

Kernpunkt der Kritik von Hahn bestehen. Vgl. Heinrich, Michael: Die Marxsche Werttheorie - mit dem Transformationsproblem erledigt? In: Ebd., S. 198-203.

² Tjaden, Karl Hermann: Politische Ökonomie des Sozialismus: Außer Spesen nichts gewesen? In: Das Argument 180 (1990) S. 225-232.

Podium Progressiv

Das Buch zur Programmdiskussion der PDS

*Dietzel/Gehrcke/Hopfmann/Werner
(Hrsg.)*

Brückenköpfe

Texte zur Programmdiskussion der PDS
PP 17, 128 S., DM 19.80, ISBN 3-89144-156-8

Harald Werner

Kapitalistische Krise, Zivilisationskrise
oder Ende der Geschichte

Harald Werner

Der moderne Kapitalismus

Arndt Hopfmann

Entwicklung als Unterentwicklung

Frank Steffen

Der »reale Sozialismus« - Versuch und
Irrtum

Wolfgang Gehrcke/Christiane Reymann
Bericht zur Lage der Nation im geteilten
Deutschland

Horst Dietzel/Harald Werner
Sozialismus - der andere Weg

Harald Werner

Alternative Entwicklungswege

Harald Wolf

Angleichung der Lebensverhältnisse oder
ökologisch-sozialer Umbau?

Hans-Henning Adler

Wirtschaftsdemokratie durch Gewaltenteilung

*Petra Bläß/Heidi Knake-Werner/Roswitha
Steinbrenner*

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung...

Heidi Knake-Werner

Sozialpolitik als gesellschaftliche
Gestaltungsaufgabe

Horst Dietzel

Wer verändert die Welt heute?

Günther Fuchs/Udo Scholze
Feindschaft und Wahlarithmetik
Die Linke in Frankreich

PP 24, 58 S., DM 7.80, ISBN 3-89144-159-4

Günther Politt/Rainer Schwenke
Volkshelm passé?

Die Linke in Schweden

PP 21, 48 S., DM 7.80, ISBN 3-89144-159-2

Jens Renner

Rückkehr zur europäischen
Normalität

Die Linke in Italien

PP 23, 50 S., DM 7.80, ISBN 3-89144-160-6

Ulrike Grötken/Jutta Nickel
Frauen. Revolution. Kultur

PP 18, ca. 100 S., ca. DM 11.80, ISBN 3-89144-162-2

Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.)
Rassismus in Europa

PP 16, 108 S., DM 13.80, ISBN 3-89144-156-8

Michael Harms

Die Linke in Rußland

PP 22, ca. 52 S., ca. DM 7.80, ISBN 3-89144-165-7

Jelpke/Maurer/Schröder (Hg.)
Hausordnung und Putztruppen

Der Aus- und Umbau des
Staatssicherheitsapparates

PP 15, ca. 100 S., ca. DM 11.80, ISBN 3-89144-161-4

Hartmut Ritzheimer

Ein trotziges Dennoch!

Orthodox-marxistische Marginalien

PP 19, ca. 100 S., ca. DM 11.80, ISBN 3-89144-163-0

Bestellungen an:

Pahl-Rugenstein-Verlag

Breite Straße 47, 5300 Bonn

Uwe-Jens Heuer

Die ungelöste Staatsfrage des Realsozialismus

Positionen im Marxismus

Ein zentrales Feld der Analyse des Zusammenbruchs des Realsozialismus muß die Staats-, Rechts- und Demokratiekonzeption sein. Es ist die sicher zutreffende allgemeine Meinung, daß nächst der geringeren Effektivität der sozialistischen Wirtschaft die Demokratiedefizite eine entscheidende Rolle für den Zusammenbruch gespielt haben.

Die kopernikanische Wende bei Karl Marx lag in der Ableitung der gesellschaftlichen Grundübel aus dem kapitalistischen Privateigentum. Zunächst hatte er gleich den anderen Junghegelianern das Werk Hegels gegen den Staat gewandt. Aber schon sehr bald stellte er die Frage nach den materiellen Grundlagen des Staates in Gestalt des Eigentums als seinem Inhalt und wandte sich immer stärker gegen die Einseitigkeit des politischen Verstandes, gegen seinen Glauben an die Allmacht des Willens. Nur der politische Aberglaube bildet sich heutzutage noch ein, so hieß es in der "Heiligen Familie", daß das bürgerliche Leben vom Staat zusammengehalten werden müsse, "während umgekehrt in der Wirklichkeit der Staat von dem bürgerlichen Leben zusammengehalten wird".¹

Nicht nur der Staat, der in den Augen von Marx ein Übel war und blieb, sondern das Privateigentum als seine Grundlage ist jetzt der eigentliche Feind. Daraus ergab sich auch, daß Marx den überwiegenden Teil seiner Kraft dem Studium der Gesetze der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der Kritik der politischen Ökonomie widmete, daß diesen Arbeiten trotz glänzender politischer Schriften, wie der Arbeit über den 18. Brumaire, keine ausgearbeitete, systematische Theorie des Staates, der Politik an die Seite gestellt wurde.

Zwar leugneten Marx und Engels nicht die Notwendigkeit von Politik für einen bestimmten Übergangszeitraum, aber sie gingen nach wie vor von einem baldigen Absterben des Staates aus. In der Pariser "Kommune" sahen sie - in erstaunlichem Gegensatz zu ihrer realistischen Sicht ihrer Erfolgsaussichten - den Beweis für die Möglichkeit der Abschaffung des Staates. Die Selbstregierung der Produzenten ohne Staatsmaschine, durch das Volk selbst, könne alle öffentlichen Funktionen zu wirklichen Arbeiterfunktionen machen. Die Kommune war für Marx die "endlich entdeckte

¹ Marx, Engels Werke, Berlin 1956 ff, Band 2, Seite 128.

politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte".²

Während Marx sein Instrumentarium für die Analyse der ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus immer mehr ausbaute, entwickelte er keine auch nur einigermaßen adäquate Methodik für die Analyse der politischen Verhältnisse. Das betraf den Kapitalismus selbst, viel mehr aber noch die neue Gesellschaftsordnung.

In der Polemik mit Bakunin wurde das ganz deutlich. Engels hatte 1872 in einem Brief an Cuno die theoretischen Meinungsverschiedenheiten so zusammengefasst: Wir seien der Ansicht daß der Staat eine Organisation der Kapitalisten und Grundbesitzer sei, Bakunin dagegen behauptete, der Staat habe das Kapital geschaffen. "Da also der Staat das Hauptübel sei, so müsse man vor allem den Staat abschaffen, dann gehe das Kapital von selbst zum Teufel, während wir umgekehrt sagen: schafft das Kapital ab, so fällt der Staat von selbst."³

Diese Position bot keinen Platz für eine spezifisch demokratische Zielstellung. Auf der einen Seite ging es für Marx und Engels nicht um demokratische Errungenschaften im Rahmen der bürgerlichen Ordnung, sondern um ihren gewaltsamen Sturz. Demokratie als Verhältnis von Gesellschaft und Staat war nach dem Sieg der Revolution mit dem baldigen Absterben des Staates ebenfalls kein Problem mehr. Die spezifische Demokratiefragestellung war also vor der Revolution nicht möglich und nach ihr nicht mehr nötig. Es geht hier nicht darum, den Beitrag von Marx für die Gesellschaftswissenschaft zu schmälern. Seine Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist in vielen, wie ich meine sogar in den wesentlichen Punkten zum Bestandteil der Wissenschaft geworden. Gerade wegen des Gewichts und der Überzeugungskraft dieser Erkenntnisse haben aber Fehleinschätzungen und Lücken auf anderen Gebieten erhebliche Auswirkungen gehabt; nicht zuletzt auch deshalb, weil sie Hoffnungen der Unterdrückten bestärkten, ihnen das Ende der Vorgeschichte der Menschheit zu versprechen schienen.

Die politischen Erfolge der Arbeiterbewegung in Deutschland, der Wegfall der Bedrohung durch Ausnahme Gesetze einerseits, die Veränderungen in der Gesellschaftsstruktur, die Entwicklung zum Imperialismus andererseits zwangen die Arbeiterbewegung, zwangen ihre Theoretiker zum Neudurchdenken des Verhältnisses zum bürgerlichen Staat, zur Demokratie. Mit dem Tode Friedrich Engels 1895, dem Wegfall dieser unbestrittenen Autorität, kam die Gegensätzlichkeit der Standpunkte in der deutschen Partei zum Ausbruch.

Die Diskussion wurde ausgelöst durch Eduard Bernstein. Er wandte sich einerseits gegen die von Kautsky vertretene Auffassung, daß die ökonomi-

² Ebenda, Band 17, Seite 342.

³ Ebenda, Band 33, Seite 388.

sche Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, zu seiner Verdrängung durch kolossale Großbetriebe und damit zu einem immer erbitterteren Klassenkampf führt. Die Sozialdemokratie solle ihre Taktik nicht durch die Aussicht auf eine bevorstehende große Katastrophe bestimmen. Man müsse, und das war die andere Seite der Überlegungen, von einer ständigen Entfaltung der Demokratie ausgehen. Demokratie heiße für ihn "jedes Mal soviel Herrschaft der Arbeiterklasse als diese nach ihrer intellektuellen Reife und dem Höhegrad der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt auszuüben fähig ist".⁴

Konsequent wandte er sich wenig später gegen die "Phrase von der Diktatur der Proletariats". Kautsky verteidigte seine Position, betonte die Reife der Produktivkräfte für die Umwälzung und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution. Allerdings hielt auch er Gewalt, militärische Gewalt für wenig wahrscheinlich. Wie problemlos die Aufhebung des Staates geschehen wurde, zeigen auch die entsprechenden Ausführungen in der von 1878 bis 1909 in immerhin fünfzig Auflagen erschienen Schrift August Bebel's "Die Frau und der Sozialismus".

Am gründlichsten beschäftigte sich Lenin mit der künftigen politischen Ordnung, dabei an die Sicht der Pariser Kommune von Marx und Engels anknüpfend. Den demokratischen Charakter der Revolution und der neuen Ordnung leitet Lenin aus den Interessen der Mehrheit, der Arbeiter und Bauern und ihrer eigenen Aktivität ab, nicht aber von bestimmten Formen, schon gar nicht von bürgerlich parlamentarischen Formen. Demokratie war für ihn in erster Linie eine inhaltliche Frage der durchzusetzenden Interessen, nicht aber die Frage demokratischer Institutionen. Der Sieg der Revolution werde "eine Diktatur sein, das heißt er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Massen, auf den Aufstand stützen müssen". Ein dreiviertel Jahr später wurde die Formulierung wieder aufgenommen und die Diktatur jetzt ausdrücklich als unbeschränkte gesetzliche Macht definiert.⁵

Das Herangehen Lenins war dem Entwicklungsniveau Rußlands, dem Charakter des zu stürzenden Zarismus ebenso geschuldet wie dem Übergang vom Krieg zum Bürgerkrieg. Es bildeten sich schrittweise zwei Positionen heraus, die wenig später die internationale Arbeiterbewegung spalten sollten. Auf der einen Seite die Orientierung auf den Kampf innerhalb der bestehenden Ordnung, auf die Nutzung der in ihr gegebenen Möglichkeiten, wobei die künftige politische Ordnung des Sozialismus immer weniger von realer politischer Bedeutung war. Auf der anderen Seite die Zielstellung, einen gänzlich anderen Staat zu schaffen, der in keiner Weise an

⁴ E. Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899, Seite V ff.

⁵ W.I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in demokratischen Revolution, Werke Band 9, Berlin 1960, Seite 44.

Bestehendes anknüpfte. Mit bestimmter Notwendigkeit mußte die erste Seite immer mehr die Vorzüge der "bürgerlichen" Demokratie hervorheben, die Möglichkeiten ihrer Ausnutzung im Interesse der Arbeiterklasse, während die andere Seite jegliche Kontinuität zur bürgerlichen Staats- und Rechtsordnung zu negieren entschlossen war.

Nur bei Rosa Luxemburg finden wir in dieser Debatte den ernsthaften Versuch, die Analyse der Veränderungen des bürgerlichen Staates mit der proletarischen Revolution und dem künftigen "Staatswesen" zu verbinden. In ihrer Broschüre "Sozialreform oder Revolution" von 1899 wandte sie sich gegen die Vorstellung Bernsteins einer stets fortschreitenden Entwicklung der Demokratie, sah aber zugleich in der Beteiligung aller Volksschichten am politischen Leben die Möglichkeit der Schaffung politischer Formen, "die als Ansätze und Stützpunkte für das Proletariat bei seiner Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft dienen werden".⁶ Sie sah diese Kontinuität aber keineswegs nur in den Wahlen, sondern in der berühmten Diskussion des Jahres 1907 vor allem auch im Massenstreik.

Die Katastrophe des ersten Weltkrieges warf alle Annahmen in Bezug auf eine ununterbrochene Entwicklung der Demokratie, eine stetige Festigung der Positionen der Arbeiterbewegung im Gefolge der Entwicklung der Produktivkräfte über den Haufen. Sie machte die ungeheure Kraft der Widersprüche des Kapitalismus, aber auch die Potenzen des Nationalismus und die Integrationskraft des bürgerlichen politischen Systems deutlich. Rosa Luxemburg wie Lenin sahen sich in ihrer Kritik an Bernstein und Kautsky bestätigt.

Der praktische Versuch in der SU

Mit der russischen Oktoberrevolution begann dann jener Weg, der zu einem ganz anderen Staat führte und an dessen Ende wir heute stehen. Thomas Meyer charakterisierte vor kurzem diesen Vorgang mit den Worten: "Kommunismus spaltete sich am Ende des ersten Weltkrieges vom Sozialismus ab mit dem Versprechen, durch Macht und Plan die Geschichte zu bezwingen."⁷

Tatsächlich aber ist diese Revolution ohne den ersten Weltkrieg und die von ihm ausgelösten tiefen Konflikte überhaupt nicht zu begreifen. Aus den ungeheueren Opfern des von den Herrschenden zu verantwortenden Weltkrieges leiteten die Revolutionäre ihr Recht ab, Blut zu vergießen, um dieses System zu beseitigen. Das Tor zum europäischen Massenmord wurde nicht im November 1917, sondern im August 1914 geöffnet. Die Kerenski-Regierung stürzte, weil sie sich weigerte, Frieden zu schließen und den Bauern Boden zu geben. Lenin hat wieder und wieder betont, daß ei-

⁶ R. Luxemburg, Sozialreform oder Revolution, in: Gesammelte Werke, Band 1/1, Berlin 1974, Seite 422.

⁷ T. Meyer, Was bleibt vom Sozialismus?, Reinbeck b. Hamburg, 1991, Seite 119.

gentlich in Rußland die Voraussetzungen für eine sozialistische Revolution nicht bestanden. Er sah die Revolution als eine Initialzündung für die Fortsetzung in den entwickelten Ländern.

Hatte Lenin zunächst das Ziel der Revolution in der Verwirklichung der Prinzipien der Pariser Kommune gesehen, alles in seiner Schrift "Staat und Revolution" zielt auf die Verwirklichung dieses Modells, so wird wenig später in der Schrift "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht" vom April 1918 ein Programm entwickelt, an die Stelle der elementaren Kraft des Marktes strengste Rechnungsführung und Kontrolle, die Befehlsgewalt des Staates, das staatliche Eigentum zu setzen. Die Dialektik der Revolution, des Kampfes eines einzelnen durch den Krieg geschwächten und zerrütteten Landes gegen innere und äußere Feinde führte zu äußerster Zentralisierung der Macht. Die von Lenin mehrfach geforderte "Herrschaft ohne Gesetz" wurde zur Wirklichkeit.

Die Widersprüche zwischen Ziel und Mittel, zwischen Inhalt und Form, wurden immer deutlicher. Immer stärker artikuliert Lenin seine Kritik an der Macht des Apparates, am Bürokratismus. Mit der neuen ökonomischen Politik wurde nach dem Ende des Bürgerkriegs in Ablösung des Kriegskommunismus eine neue ökonomische Konzeption entwickelt. In Bezug auf das politische System, insbesondere in Bezug auf die Gewährleistung sozialistischer Demokratie aber wurde keine prinzipielle Antwort mehr gegeben. Ursächlich hierfür war nicht nur die Arbeitsüberlastung, die mörderische Krankheit Lenins, sondern vor allem die Zurückgebliebenheit des isolierten Rußlands. Es wurde immer deutlicher, daß die Sowjetunion für längere und unbestimmte Zeit in der kapitalistischen Umkreisung allein und isoliert bleiben würde. Die Erwartungen Lenins und vieler anderer in Bezug auf eine Revolution im Westen hatten sich nicht erfüllt. Die Auseinandersetzung um den Kurs der Sowjetunion, vor allem um die Fortführung der neuen ökonomischen Politik, dauerten bis Ende der zwanziger Jahre und endeten mit dem Sieg der Konzeption Stalins.

In Gestalt der Arbeiten Stalins, die bald zum verbindlichen Kanon für die gesamte sowjetische Wissenschaft, darüber hinaus für Arbeiten von Marxisten zahlreicher Länder erhoben wurden, wurde eine "marxistisch-leninistische" Demokratietheorie entwickelt, die nicht nur das Verständnis der Gegenwart ausschloß, sondern zugleich auch Wege in die Zukunft versperrte. Was bei Lenin als Widerspruch, ja als qualvolle Notwendigkeit erschien, wurde jetzt zum Höhepunkt der Geschichte der Menschheit. Mit einer Vielzahl einfachster Formeln wurde die absolute Macht des Staates verteidigt, eines Staates, der ein ganz anderer Staat als die bisherigen Staaten war und eben deshalb keiner Kontrolle bedurfte. 1932 erklärte Stalin: "Die Aufhebung der Klassen wird nicht durch das Erlöschen des Klassenkampfes, sondern durch seine Verstärkung erreicht. Das Absterben des

Staates wird nicht durch Abschwächung der Staatsmacht kommen, sondern durch ihre maximale Verstärkung."⁸

Von dieser Konzeption her war eine Analyse innerer Widersprüche unmöglich, blieb kein Raum für eine spezifische Demokratiefragestellung. Diktatur des Proletariats und proletarische Demokratie wurden identifiziert, zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie gab es nur Diskontinuität, keine Kontinuität, das Recht wurde nur als Instrument des Staates, nicht aber als Maßstab von Politik angesehen.

Die ungeheure Kraft des Staates hatte - um einen außerordentlichen Preis - eine gewaltige gesellschaftliche Umwälzung ermöglicht, die Produktion in großen Dimensionen gesteigert, dem Land die Kraft gegeben, dem deutschen Faschismus zu widerstehen. Sie stand zugleich immer mehr dem weiteren Fortschritt entgegen. Eine theoretische marxistische Kritik, wie sie in den Werken von Trotzki, Bloch und vieler andere erfolgte, war nur noch außerhalb der Sowjetunion möglich. Bloch schrieb im Jahre 1938: "Der Sozialismus siegt nur insofern und in dem Maße, als er die errungenen Freiheiten der bürgerlichen Revolution in sich trägt und sie danach konsequent, als materielle Demokratie, nicht zurücknimmt, sondern umfunktioniert".⁹

Ansätze und Blockaden in der DDR

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus ermöglichte in Osteuropa, darunter auch in Ostdeutschland einen neuen Versuch des Sozialismus. Es wurden große Anstrengungen unternommen, den Weg eines anderen Sozialismus zu gehen, wie er in Ostdeutschland etwa als "besonderer deutscher Weg zum Sozialismus" gekennzeichnet wurde. Für Lukács bildete in Ungarn ein neuer Begriff der Demokratie die notwendige Verbindung zwischen den Bestrebungen der radikalen revolutionären Demokratie und des Sozialismus. 1948/49 wurde diese Entwicklung im Gefolge des heraufziehenden Kalten Krieges weitgehend, wenn auch nicht vollständig, gebrochen. Mit dem am 11.6.1953 in der DDR verkündeten neuen Kurs, dem allerdings der 17.6.1953 folgte, begannen, ausgehend dann vom 20. Parteitag der KPdSU von 1956, immer wieder neue Versuche eines grundlegenden neuen Ansatzes. Die wohl größte Chance in der DDR gab es in den sechziger Jahren. Unter Nutzung der 1961 mit der Mauer geschaffenen neuen Bedingungen sollte eine radikale Wirtschaftsreform durchgeführt werden. Es ging um eine wirklich neue Strategie, um eine Alternative zum administrativen Kommandosystem. Der Erfolg hing allerdings davon ab, daß die Veränderungen über das ökonomische Gebiet hinaus auf den gesamten politischen Bereich

⁸ J. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1947, Seite 477.

⁹ E. Bloch, Der Intellektuelle und die Politik, in: Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, Frankfurt/Main, 1970, Seite 202 ff.

ausgedehnt wurden. Gerade hiergegen richtete sich der Widerstand, der auch in der Sowjetunion Unterstützung fand, je mehr eine Vorbildrolle gegenüber anderen sozialistischen Ländern in Anspruch genommen wurde. Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages am 21.8.1968 in der CSSR kündigte dann das Ende der Reformbestrebungen an. Es war deutlich geworden, daß ohne eine grundlegende Reformierung des sozialistischen Systems in der Sowjetunion kein Ausweg mehr möglich war.

Auch auf dem Gebiet der Theorie des Staates und des Rechts hatte es mit den Reformbewegungen der sechziger Jahre einen wesentlichen Aufschwung gegeben. In der DDR hatte seit 1958 - seit der Babelsberger Konferenz - die Konzeption Karl Polaks die Rechtswissenschaft beherrscht. Seine Behauptung, das von ihm angestrebte Ideal der Pariser Kommune sei zur Wirklichkeit geworden, führte zu verhängnisvollen Schlußfolgerungen. Die Identitätsthese - in der sozialistischen Gesellschaft seien "Staat und Volk, Gesellschaft und Individuum eins geworden" - verschloß den Zugang zu den inneren Widersprüchen der Gesellschaftsordnung, zur Fundierung des sozialistischen Rechts. Karl Polak hatte erklärt, daß schon die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Recht bürgerlich sei, von ihrer Trennung ausginge. "Denn nur wenn Staat und Recht als getrennte Größen angesehen werden, entsteht diese Frage des 'Verhältnisses' beider".¹⁰

Trotz immer erneuter Versuche ging im ganzen der Einfluß des Werkes von Karl Polak dann zurück, aber noch in den achtziger Jahren wurden führende Wissenschaftler der DDR nicht müde zu behaupten, daß die DDR kein Staat im eigentlichen Sinne, daß Diktatur und Demokratie im Sozialismus gleichbedeutend seien. Das Recht erschien nicht als Mittler von Staat und Gesellschaft sondern als Instrument des Staates. Der ganz andere Staat bedurfte eben gerade deshalb keiner Kontrolle, keiner Bändigung.

Obwohl, im Ganzen gesehen, sich auf dem Gebiete von Staats - und Rechtspraxis und Staats - und Rechtswissenschaft in den siebziger und achtziger Jahren bestimmte Fortschritte vollzogen, reichte dieser Fortschritt nicht aus, um das System vor der Niederlage gegenüber dem Kapitalismus zu bewahren. Als 1985 die Reform in der Sowjetunion in Angriff genommen wurde, war es offenbar - entgegen vielen damaligen Hoffnungen - zu spät. Der von Glasnost über Demokratisierung eingeschlagene Weg der Überleitung der sowjetischen zentralgeleiteten Staatswirtschaft in ein System des demokratischen Sozialismus, also jedenfalls bei Erhaltung der Dominanz nichtkapitalistischen Eigentums, ist gescheitert. Auch Staaten wie Jugoslawien und Ungarn, die schon wesentlich früher andere Wege eingeschlagen hatten, wurden in den Strudel des Untergangs der Führungsmacht gerissen. Die Möglichkeiten der Erneuerung des Sozialismus,

¹⁰ Karl Polak, Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin 1963, Seite 252, Seite 393.

der Verbindung von Sozialismus und Demokratie sind nicht erprobt worden.

Es ist heute offenbar, daß die Annahme eines raschen Absterben des Staates eine Illusion und noch dazu eine gefährliche Illusion war. Der Staat nahm in der Gesellschaft einen immer größer werdenden Platz ein, die Verstaatlichung der Gesellschaft erreichte einen Höhepunkt in den dreißiger Jahren in der Sowjetunion. Grundlage dieser Macht des Staates war das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Der Bürokratismus war zur Hauptgefahr des politischen Systems geworden. Abnehmende Gestaltungskraft der Zentrale führte zu Stagnation, zur Verschärfung des Widerspruchs von Massen und Staat. Es hat sich gezeigt, daß die Übermacht des Staates keine Alternative zur Übermacht des Privateigentums sein kann. Ein politisches System, daß auf dem Machtmonopol einer Partei beruht, kann die demokratischen Potenzen der Gesellschaft nicht zur Entfaltung bringen. Der ganz andere Staat ist gescheitert, er hat den Kampf gegen das kapitalistische Privateigentum verloren. Jedenfalls in Osteuropa spricht alles dafür, daß sich wieder bürgerliche Staaten, sicher unterschiedlichster Prägung, herausbilden.

Das Scheitern des ersten Versuches, eine andere, sozialistische Gesellschaftsordnung als Alternative zum Kapitalismus aufzubauen, hat die vom kapitalistischen Privateigentum ausgehenden Übel nicht beseitigt. Im Gegenteil, der Wegfall der Gegenmacht in der Weltarena, die weitgehende Schwäche der antikapitalistischen Kräfte in Osteuropa, führt dazu, daß viele Hemmnisse, die der schrankenlosen Macht des kapitalistischen Privateigentums auferlegt waren, weggefallen sind. Im Bewußtsein der Völker Osteuropas, auch im Bewußtsein der Ostdeutschen steht jenes Bild des Kapitalismus wieder auf, das sie in Jahrzehnten gelehrt erhielten, dem sie aber - jedenfalls zu einem erheblichen Teil - immer weniger Glauben schenken. Auch die in der westlichen Linken geführten Erörterungen "über das neue Gesicht des Kapitalismus erscheinen wie eine Zumutung, wenn er sich im Alltag von seiner ältesten Seite zeigt".¹¹

Aktualität des Kampfes um Demokratie und Rechtsstaat

Welche Schlußfolgerungen können heute schon aus dieser Situation für das Verhältnis zum bürgerlichen Staat, für eine mögliche Alternative zu diesem Staat gezogen werden? Die Legitimation des politischen Systems allein aus der Abschaffung des kapitalistischen Privateigentums, aus der Schaffung eines nichtkapitalistischen Privateigentums, die Negierung einer spezifischen Demokratiefragestellung für den Sozialismus, wie sie ihre krasseste Form in den Werken Stalins annahm, hat sich als historisch

¹¹ H. Knake - Werner / H. Werner, Nicht nur alte Fragen in den neuen Ländern, Z Nr. 11 September 1992, Seite 110. Die Autoren stellen dies offenbar mit einem gewissen Bedauern fest, es beweist aber mir die Realität des Klassenkampfes.

widerlegt erwiesen. Es erscheint mir moralisch und theoretisch unmöglich, heute schon ein anderes Modell der Alternative aus der Tasche zu ziehen. Der erste Versuch einer ganz anderen Gesellschaft, eines ganz anderen Staates ist gescheitert. Jedes heute anzubietende Modell steht notwendig unter dem Zwang der Auseinandersetzung mit diesem Versuch. Sicher scheint mir nur zu sein, daß Sozialismus ohne entwickelte Demokratie, ohne Rechtsstaatlichkeit keine erfolgreiche Alternative sein kann. Die entscheidene gegenwärtige Aufgabe liegt in meinen Augen darin, Veränderungen des politischen Systems aus den heutigen Widersprüchen abzuleiten. Es geht darum, diejenigen ökonomischen und vor allem auch politischen Widersprüche aufzudecken, die heute die Gesellschaft bestimmen, und auf deren Boden eine Einschränkung der Macht des kapitalistischen Privateigentums möglich ist. Gerade in diesem Kampf kann auch das Bild der künftigen Gesellschaft wieder deutlichere Züge annehmen.

Der Sieg des Kapitalismus, die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen den großen Industriestaaten und der übrigen Welt, die großen Möglichkeiten, die gerade die BRD in Bezug auf Osteuropa gegenwärtig erblickt, zugleich der gewaltige finanzielle Aufwand, der mit einer Neuorientierung der BRD auf Osteuropa verbunden sein muß, die damit verbundene Bedrohung des erreichten Zustandes im Westen und der fehlende Aufschwung im Osten, das alles verstärkt Tendenzen zum autoritären Staat, ruft zugleich Gegenkräfte hervor. Die BRD strebt einen Sitz im Weltsicherheitsrat an, gleichzeitig wird der Ruf nach einem Gewaltmonopol der UNO immer lauter, was in der Realität nur die Rechtfertigung von Kolonialkriegen bedeuten würde.¹² Die Kritik an den Parteien wird jetzt sogar vom Bundespräsidenten aufgenommen. Die Überarbeitung des Grundgesetzes, ursprünglich nur als kosmetische Operation gedacht, droht jetzt zu einer wesentlichen Verschlechterung des Grundgesetzes zu führen.¹³

Schon diese Skizzierung politischer Widersprüche zeigt sehr deutlich die Schwierigkeit, aber auch die Notwendigkeit der Nutzung und Reformierung der politischen Demokratie unter den Bedingungen des Kapitalismus. Einen guten Überblick über unterschiedliche Positionen in dieser Frage gibt die Schrift "Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik". Während Joachim Bischof dort eine radikale Reformpolitik fordert, die die Kapitallogik immer mehr einschränkt, den Markt beibehält und dazu beiträgt, daß Entscheidungen immer mehr im Rahmen eines demokratischen Gesamtprozesses getroffen werden, wendet sich Joachim Hirsch gegen jegliche Partei- und Staatsfixierung, entwickelt er eine Utopie jenseits von Markt und Staat. Michael Brie und Dieter Klein gehen von der evolutionären

¹² Vergleiche dazu W.-D. Narr, Der Welt-King Kong kann die Geißel des Krieges nicht besiegen, Frankfurter Rundschau vom 21.9.1992.

¹³ Vergleiche dazu U.-J. Heuer und E. Lieberam, Verfassungsgebung - Große Parteien kungeln, Neues Deutschland vom 7.9.1992.

Überlegenheit moderner Gesellschaften, ihrer funktionalen Ausdifferenzierung sozialer Subsysteme aus. Einen Ausweg aus der Gefahr der Übermacht des siegreichen Kapitalismus sehen sie in der Teilung der Macht, in der Konstituierung neuer Gegenmächte.¹⁴

Andere Überlegungen knüpfen an die theoretischen Aussagen Gramscis zur Theorie der Zivilgesellschaft an. Hierbei wird davon ausgegangen, daß in der modernen kapitalistischen Gesellschaft sich neben dem Staat eine breite Sphäre der zivilen Gesellschaft entwickelt habe, die gegen das Privateigentum einerseits, den Staat andererseits geschützt und ausgebaut werden müsse. In dieser Sphäre könne, gerade in der Auseinandersetzung mit dem Einfluß des kapitalistischen Privateigentums, eine Gegenmacht gegen das Kapital aufgebaut werden.¹⁵

Eine in meinen Augen besonders wichtige Richtungsbestimmung ist die Entscheidung über das Verhältnis zum Rechtsstaat. Viele in Ostdeutschland sind von der Art und Weise, wie sich ihnen der bürgerliche Rechtsstaat heute darstellt, enttäuscht, manche Illusionen sind zerstoßen. So wie die kapitalistische Marktwirtschaft sich hier als besonders ungeregelt, unkontrolliert erweist, so ist auch hier das teilweise auferlegte Sonderregime, verbunden mit der Unfähigkeit vieler Menschen, sich rasch genug die Formen und Methoden des rechtlichen Streitens anzueignen, kaum geeignet, die positiven Seiten des Rechtsstaates gegenüber der DDR-Vergangenheit zur Geltung zu bringen. Es ist offensichtlich, daß auch im bürgerlichen Staat das Recht nicht nur Maß, sondern auch Instrument der Politik ist, daß Recht und Rechtsanwendung darüber hinaus gerade in Umbruchsituationen, bei Schwäche der Gegenkräfte genutzt werden, um rechtsstaatliche Errungenschaften in Frage zu stellen. Das zeigte besonders kraß der vom zweiten Staatsvertrag eingeleitete und dann von den Verwaltungen vollstreckte und vom Bundesverfassungsgericht sanktionierte Prozess der Abwicklung und die damit Hand in Hand gehenden Berufsverbote. Dasselbe gilt vom Rentenüberleitungsgesetz, von der Verfahrensweise der Treuhandanstalt, vom Rechtsanwaltsüberprüfungsgesetz, von dem Bestreben, die DDR-Vergangenheit strafrechtlich aufzuarbeiten, bis hin zu der jetzt beabsichtigten Aufhebung der Verjährung und nicht zuletzt von den Entscheidungen in Bezug auf die PDS. Hinzu kommen die massenhaften Erfahrungen, daß die Mittel und Institutionen des Rechtsstaates nicht vor Medienkampagnen schützen. In vielen Fällen wird das eigentliche Urteil von den Medien gefällt, die Staatsanwalt und Richter in einer Person sind.

Manche Bürger Ostdeutschlands und auch eine Reihe Westlinker leiten aus solchen Erscheinungen eine Ablehnung des Rechtsstaates ab. Ich sehe

¹⁴ F. Deppe, S. Kebir und andere, *Eckpunkte moderner Kapitalismuskritik*, Hamburg 1991, Seite 55 ff, Seite 34, 27, Seite 206, 213.

¹⁵ J. Keane, *Democracy and Civil Society*, London, New York 1988, sowie S. Kebir, *Gramscis Zivilgesellschaft*, Hamburg 1990.

darin eine Gefahr "linksradikaler" Positionen. Neun Mitglieder der Bundestagsgruppe PDS/LL haben sich deshalb unter entschiedener Kritik der Rechtspraxis, vor allem in Ostdeutschland, ausdrücklich zum Verfassungsprinzip der Rechtsstaatlichkeit bekannt.¹⁶

Der Rechtsstaat ist nichts überirdisches, kein letzter Maßstab menschlicher Tätigkeit. Auf seinem Boden können auch Angriffe gegen den Fortschritt vorgetragen werden, waren Berufsverbote möglich, werden sie heute sogar in Ostdeutschland zur Massenerscheinung. Ungeachtet dessen sehe ich im Rechtsstaat eine zivilisatorische Errungenschaft, die in der DDR trotz beachtlicher Entwicklungen bis zum Schluß fehlte, die gegen reaktionäre Angriffe verteidigt, zugleich aber auch ausgebaut werden muß, im Sinne seiner Demokratisierung. Das setzt auch voraus, daß streng auf einem formalen Begriff des Rechtsstaats bestanden wird. Gerade gegen diesen "juristischen Formalismus" waren in der DDR immer wieder Einwände der politischen Führung geltend gemacht worden, gerade er wird heute von Politikern wie dem sächsischen Innenminister Eggert ("einer meiner Träume ist, den Rechtsstaat nur für einen Tag außer Kraft zu setzen"), seinem Kollegen Heitmann ("deshalb brauchen wir den kreativen Juristen, der an dieser Stelle jetzt die Bücher zuklappt und, wie ich es gesagt habe, den Blick zur Decke richtet") und Joschka Fischer ("übertrüge man konsequent die moralischen, rechtlichen und politischen Maßstäbe der Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit in Ostdeutschland auf unser Rechtssystem, so bliebe vom Rechtsstaat Deutschland nur noch ein schauriges Zerrbild". Aber es sei eben dort notwendig: "Man verschanze sich nicht hinter dem positiven Recht und dem Rechtsstaat.") nicht zuletzt wegen des für die Vergangenheitsaufarbeitung hinderlichen Grundsatzes "nulla poena, sine lege" bekämpft.¹⁷

Verteidigung und Weiterentwicklung des Rechtsstaates sind wieder, wie einst in den fünfziger Jahren für Wolfgang Abendroth, unsere Aufgabe in Ost und West.

¹⁶ Positionen von Bundestagsabgeordneten der PDS/LL zur Rechtsstaatlichkeit, Neues Deutschland 9.12.1991 Beilage. Zur Frage des Rechtsstaats aus theoretischer Sicht, vergleiche weiter U.-J. Heuer G. Riege, *Der Rechtsstaat - Eine Legende?*, Baden - Baden 1992, Kapitel 3, Seite 82 ff.

¹⁷ K. Hartung, *Der Prediger als politischer Tribun*, Die Zeit vom 18.9.1992. Wir wollen die Erneuerung mit den Mitteln des Rechtsstaates, ein Gespräch mit Justizminister S. Heitmann, Deutsche Richterzeitung 1992 Nr. 8, Seite 317; Kleine und Große Schufte, *Der Spiegel* Nr. 9, 1992.

Regionale Disparitäten in der UdSSR

Über regionale und soziale Ungleichheiten sind in der ehemaligen UdSSR nur wenig empirische Materialien veröffentlicht worden. Das politische und gesellschaftliche Ideal war eher "Gleichheit" und "harmonische Entwicklung", so daß ein Nachweis innerer Differenzierungen und Spannungen dem Selbstanspruch des Systems widersprochen und seiner Selbstdarstellung geschadet hätte. So wurden auch vergleichende ethnologische Untersuchungen weitgehend für überflüssig gehalten, weil sich ja schon in allen Landesteilen der "Sowjetmensch" in wesentlichen Konturen herausgebildet habe. Auf diese Weise wurde die gesellschaftliche Lern- und Korrekturfähigkeit erheblich reduziert. Die Sozialwissenschaften bestätigten nur die politischen Postulate und wurden selbst von den realen Entwicklungen überrascht, die zum Zusammenbruch der UdSSR führten.

Allerdings enthielten die letzten Veröffentlichungen des Staatlichen Komitees der UdSSR für Statistik etwas mehr Material zu einigen Problemfeldern, über die man bisher fast gar nichts veröffentlicht hatte: Dies gilt etwa für ökologische Fragen, für die Kriminal- und die Suizid-Statistik, für Migrationsprozesse oder die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den 15 Unionsrepubliken. Die letzte Volkszählung von 1989 gab detailliertere Aufschlüsse über demographische Fragen. Einige dieser Materialien werden im folgenden wiedergegeben.¹ Es sind die letzten, die in der UdSSR publiziert worden sind. Nach Auflösung der Sowjetunion und ihrer zentralen statistischen Ämter und Verlage ist kaum zu erwarten, daß in absehbarer Zukunft genauere Vergleichsdaten zur Verfügung stehen werden, es sei denn, daß früher geheimgehaltene Unterlagen das Licht der Welt

¹ Die statistischen Angaben dieses Beitrags stammen aus: SSSR w zifrach w 1989 godu (Die UdSSR in Zahlen im Jahr 1989), Moskau 1990; Narodnoe chosajstwo SSSR w 1989 g. (Die Volkswirtschaft der UdSSR im Jahr 1989), Moskau 1990; Narodnoe chosajstwo SSSR w 1990 g., Moskau 1991; Sozialnoe raswitie SSSR 1989 (Die soziale Entwicklung der UdSSR 1989), Moskau 1991; Shentschnij w SSSR 1989 (Die Frauen in der UdSSR 1989), Moskau 1989. Ich danke Carola Tischler (z. Zt. Moskau) für die Übersendung dieser Materialien. - Inzwischen ist versucht worden, für die UdSSR-Nachfolgestaaten die Kennziffer "Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Jahr 1990, in Dollar, zu Preisen von 1985" zu errechnen. Für die UdSSR wird ein Wert von 4.953 Dollar angegeben (Vergleichsdaten: USA 18.347, BRD 13.95, DDR 6.190, Mexiko 5.088, Türkei 3.970, Pakistan 1.665, Indien 839). Über dem UdSSR-Durchschnitt lagen: Lettland 6.199, Estland 5.871, Rußland 5.867, Belorußland 5.706. Unterdurchschnittliche Werte wiesen auf: Litauen 4.832, Ukraine 4.644, Armenien 4.036, Moldova 3.795, Georgien 3.670, Kasachstan 3.433, Aserbajdschan 3.056, Turkmenistan 2.772, Kyrgystan 2.758, Usbekistan 2.232, Tadschikistan 1.789. Die Kennziffer Lettlands betrug fast das 3,5fache von derjenigen Tadschikistans. Vgl. A. Illarionow, "Die ehemaligen Unionsrepubliken im weltweiten System der ökonomischen Koordinaten", in: "Woprosy ekonomiki", Jg. 1992, Nr. 4-6, S. 122-143.

erblicken sollten. Ein gravierender Mangel der Daten besteht darin, daß sie über die oft ganz unterschiedlichen Verhältnisse innerhalb der Republiken nichts aussagen, sondern nur Hinweise auf die Differenzen zwischen ihnen geben.

Die Kernaussage der Statistiken: Trotz zahlreicher Maßnahmen der letzten Jahrzehnte zur Angleichung der materiellen und kulturellen Verhältnisse durch Umverteilungsmaßnahmen im Rahmen des zentralen Budgets, trotz verstärkter Investitionen und der Entsendung von Fachkräften in die schwächeren Regionen, trotz der weitestgehenden Einheitlichkeit des politisch-administrativen und rechtlichen Systems der UdSSR blieben gravierende Unterschiede erhalten, die sich auf wichtigen Gebieten in der letzten Zeit sogar noch verstärkt haben. Das zentrale Entwicklungsgefälle verläuft zwischen den nordwestlichen (baltischen) Regionen über die drei slawischen Republiken (Rußland, Ukraine, Belorußland) hin zu den südlichen (transkaukasischen) und südöstlichen (mittelasiatischen) Räumen.

Beginnen wir mit der - sicherlich etwas ermüdenden - Auflistung des verfügbaren statistischen Materials. Das deutliche ökonomische Gefälle spiegelt sich in der von der sowjetischen Statistik erarbeiteten Kennziffer "Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung in Prozent zum UdSSR-Durchschnitt". Sie lag 1989 in Estland (135,8 Prozent), Lettland (127,7), Litauen (117,2), Rußland (111,4) und Belorußland (106,5) über dem unionsweiten Durchschnitt, in Armenien (95,5), Moldova (91,5), Kasachstan (89,9), in der Ukraine (88,2), in Georgien (76,8), Kyrgystan (71,4), Turkmenistan (63,7), Usbekistan (52,9), Aserbajdschan (51,2) und Tadschikistan (47,6) teilweise weit darunter. Neun Jahre zuvor, 1980, hatten Estland (133,1), Lettland (121,9), Litauen (107,9) auf der einen und Tadschikistan (60,9), Aserbajdschan (64,8), Usbekistan (67,5), Turkmenistan (66,7), Georgien (89,5) auf der anderen Seite noch nicht so weit vom UdSSR-Mittel entfernt gelegen. Der Wert für Rußland (114,3) war damals etwas höher, der für die Ukraine (86,6) und Belorußland (95,2) niedriger als 1989. Der Rückfall fast aller mittelasiatischer Republiken (mit Ausnahme Kyrgystans, das früher 67,5 Prozent aufgewiesen hatte) ist auf die ausgeprägte ökonomische Effizienzschwäche und auch den geringeren Industrialisierungs- und Urbanisierungsgrad sowie das hohe Bevölkerungswachstum dieser Region zurückzuführen.

Während die Stadt-Land-Proportion der Gesamtbevölkerung der UdSSR zum 1. Januar 1991 66 : 34 betrug, wiesen Rußland (74 : 26) und die baltischen Republiken einen überdurchschnittlichen Urbanisierungsgrad auf, wohingegen in Turkmenistan (45 : 55), Usbekistan (40 : 60), Kyrgystan (38 : 62) und Tadschikistan (31 : 69) noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf dem Lande lebte. In Mittelasien hat sich - vor allem aufgrund der starken Bevölkerungsvermehrung auf den Dörfern - der Anteil der Landbevölkerung in der letzten Zeit sogar noch vergrößert. 1987 hatte die Proportion für Turkmenistan 48 : 52, für Usbekistan 42 : 58, für Kyrgystan 40 : 60 und

für Tadshikistan 33 : 67 betragen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise geht womöglich auch in manchen europäischen Regionen die Bevölkerungszahl großer Städte zurück - dieser Prozeß ist gegenwärtig etwa in Moskau zu beobachten.

Die Bevölkerungsentwicklung der einzelnen Republiken ist sehr ungleichmäßig. Von 1970 bis 1991 vergrößerte sich die UdSSR-Bevölkerung um 20 Prozent. Unterdurchschnittliche Werte wiesen die Ukraine (10,2), Lettland (13,4), Rußland (14,2), Estland (16,7), Litauen (19,2) auf, während Armenien (35,5), Aserbajdschan (39,5), Kyrgystan (50,7), Turkmenistan (72,0), Usbekistan (75,5) und Tadshikistan (84,8 Prozent) extrem hohe Wachstumsraten zeigten. Zwischen 1970 und 1991 ging der Anteil der RSFSR an der Gesamtbevölkerung von 53,8 auf 51,2 Prozent zurück, wohingegen jener Usbekistans, der größten mittelasiatischen Republik, von 4,9 auf 7,1 Prozent stieg.

Nach der Volkszählung 1989 betrug der natürliche Bevölkerungszuwachs der UdSSR in diesem Jahr 0,76 Prozent. In der Ukraine waren es nur 0,17, in Lettland 0,24, in Estland 0,37, in der RSFSR 0,39 Prozent - aber in Aserbajdschan 2,0, in Usbekistan 2,7, in Turkmenistan 2,73, in Tadshikistan 3,22 Prozent.

Die mittlere Familiengröße (Zahl der in einem Haushalt zusammenlebenden Familienmitglieder) betrug in der UdSSR 1989 3,5 Personen, in den drei slawischen Republiken jeweils 3,2, in Usbekistan 5,5, in Turkmenistan 5,6 und in Tadshikistan 6,1 Personen.

In Rußland entfielen 1989 auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter 75 Personen (43 jüngere und 32 ältere) im nichtarbeitsfähigen Alter; in Tadshikistan waren es 111 Personen (95 jüngere und 16 ältere).

Die für das Jahr 1989 gezeichneten Bevölkerungspyramiden der Republiken spiegelten die unterschiedlichen demographischen Entwicklungen in den europäischen und asiatischen Landesteilen wider. Ein Vergleich beispielsweise zwischen der Ukraine und Kyrgystan zeigt folgende Besonderheiten: Für die Ukraine sind ein höherer Anteil älterer und ein geringerer Anteil jüngerer Menschen charakteristisch, so daß die Pyramide - wie in vielen westeuropäischen Ländern - eher säulenförmig ist; sie zeigt drei tiefe Kerben für die jeweils 71- bis 74-jährigen, die 54- bis 56-jährigen und die 43- bis 46-jährigen, die auf die großen Bevölkerungsverluste während des Ersten Weltkrieges, der Kollektivierung und der ihr folgenden Hungersnot sowie des Zweiten Weltkriegs und des ihm folgenden Hungers hinweisen. Die verringerte Geburtenzahl der letzten Jahre hängt vielleicht mit der Tschernobyl-Katastrophe zusammen. Signifikant für die älteren Jahrgänge ist der höhere Frauenanteil - womöglich ein Hinweis auf die geringere Lebenserwartung der mit schwerer körperlicher Arbeit (u.a. in Bergbau und Hüttenindustrie) beschäftigten Männer. Die kirgisische Pyramide weist hingegen nur einen großen demographischen Einschnitt auf - für den Zweiten Weltkrieg und die Hungerzeit danach. Sie hat einen viel

breiteren Sockel als die ukrainische und ähnelt dem Bevölkerungskörper vieler Länder der "Dritten Welt".

Die mittlere Lebenserwartung betrug für die UdSSR 1989 69,5 Jahre (64,6 für Männer und 74,0 für Frauen), wobei die höchsten Werte auf Armenien (72,0), Georgien (72,1), Belorußland und Litauen (mit jeweils 71,8) entfielen und die niedrigsten auf Kyrgystan (68,5) und Turkmenistan (65,2).

Die Kindersterblichkeit (Zahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen) bezifferte sich 1989 für die UdSSR auf 2,27 Prozent - mit sehr niedrigen Ziffern in Litauen (1,07), Lettland (1,11), in der Ukraine (1,30) und in Estland (1,47) und sehr hohen in Mittelasien: Kyrgystan 3,22, Usbekistan 3,77 und Turkmenistan 5,47. Auch die Müttersterblichkeit liegt in Mittelasien deutlich über dem Durchschnitt. Beides ist eine Folge u.a. der hohen Geburtenziffer, der wachsenden Umweltvergiftung, der schlechteren Ausstattung mit Gesundheitseinrichtungen. Während 1989 auf 1.000 Einwohner der UdSSR 44,4 Ärzte kamen, waren es in Lettland 50,0, in Estland 48,3, aber in Usbekistan nur 35,8 und in Tadshikistan 28,5. Eine soziale Krankheit war in den nördlichen Gebieten erheblich weiter verbreitet als im Süden: An Alkoholismus starben 1989 in Litauen 11,0, in der Ukraine 10,2, in der RSFSR 9,9, in Estland 9,7 von 100.000 Personen, wohingegen es in Gebieten mit einer traditionell "kulturvolleren" Einstellung zum Alkohol weniger waren - in Georgien 1,6, in Turkmenistan 1,4, in Tadshikistan 0,8, in Armenien 0,6, in Aserbajdschan 0,3 (UdSSR-Durchschnitt: 8,0). Ebenso waren Suizide in den slawischen und baltischen Republiken häufiger als in den transkaukasischen und mittelasiatischen (1990 in Estland 26,9, in Rußland 26,4 Personen je 100.000 Einwohner; in Armenien 2,6, in Aserbajdschan 1,6 Personen; UdSSR-Durchschnitt: 21,0).

Die nationale Homogenität war unterschiedlich. Der Anteil der Titularnation an der Bevölkerung "ihrer" Republik bezifferte sich 1989 für Armenien auf 93 Prozent, für Aserbajdschan auf 83, für die RSFSR auf 81,5, für die Ukraine auf 72,7, für Estland aber nur auf 61,5, für Kyrgystan auf 52,4, für Lettland auf 52 und für Kasachstan auf 39,7 Prozent. 1989 lebten 80,6 Prozent der UdSSR-Bevölkerung innerhalb der Grenzen der "eigenen" nationalen Republiken und Gebiete und 19,4 Prozent (über 54 Millionen) außerhalb. Von den Russen lebten 17,4 Prozent (oder 25 Millionen) außerhalb, von den Ukrainern 15,3 Prozent, von den Belorussen 21,2 Prozent, den Kasachen 19,7 Prozent, den Armeniern 33,3 Prozent; von den Georgiern, Litauern und Letten aber nur jeweils unter 5 Prozent außerhalb der Grenzen der nach ihnen benannten Republik. Von den Juden (laut Volkszählung 1989 1,378 Millionen Personen) lebten 99,4 Prozent außerhalb des Jüdischen Autonomen Gebiets Birobidshan im Fernen Osten.

Zwischennationale Ehen waren unter den einzelnen Nationalitäten unterschiedlich weit verbreitet. Am häufigsten waren sie bei den über kein eigenes Territorium verfügenden und meist als Minderheit unter anderen Nationen siedelnden Deutschen (die nach der Volkszählung 1989 2 Millionen

ausmachen): 66,9 Prozent der heiratenden Männer und 64,4 Prozent der heiratenden Frauen gingen 1989 Ehen mit Nicht-Deutschen ein. Hohe Anteile waren auch für Juden (57,5 und 46,6), Tataren (42,1 und 43,1), Belorussen (38,5 und 37,2), Ukrainer (32,4 und 32,1) und auch für Russen (16,1 und 17,7 Prozent) charakteristisch. Weit weniger beliebt waren zwischenationale Ehen in Mittelasien, insbesondere bei den Frauen: Die Vergleichsdaten für Turkmenen lauteten 8,2 und 4,0 Prozent, für Kirgisen 6,1 und 5,8 Prozent, für Usbeken 6,5 und 5,2 Prozent. In Kasachstan waren zwischenationale Ehen bei 24,5 Prozent der Russen und 27,2 Prozent der Russinnen, aber nur bei 4,2 Prozent der Kasachen und 3,7 Prozent der Kasachinnen verbreitet.

Die Sprachkenntnisse waren unterschiedlich. Offensichtlich ist das Ziel, jeder Sowjetbürger solle zwei in der UdSSR gesprochene Sprachen - Russisch und eine andere Sprache - beherrschen, nicht erreicht worden. Weder sprachen die meisten Russen eine andere UdSSR-Sprache, noch hatten die meisten Nicht-Russen gute Kenntnisse der allgemeinen Verkehrssprache Russisch. Nach Ergebnissen der Volkszählung 1989 beherrschten nur 4,1 Prozent der Russen eine andere in der UdSSR gesprochene Sprache, und von den Usbeken hatten nur 23,8 Prozent, den Tadshiken und Turkmenen jeweils 27,7 Prozent, den Georgiern 33,1 Prozent, den Aserbajdschanern 34,4 Prozent ausreichende Russischkenntnisse. Von den Deutschen betrachteten etwa 49 Prozent das Deutsche und 51 Prozent das Russische als ihre Muttersprache; 45 Prozent beherrschten das Russische als zweite Sprache. Von den Juden betrachteten nur noch 11 Prozent das Jiddische, über 86 Prozent das Russische und 2 Prozent andere Sprachen als Muttersprache.

Die materiellen Lebensverhältnisse zeigten in den einzelnen Republiken erhebliche Abstufungen. Das durchschnittliche Gesamteinkommen pro Kopf lag 1990 in der UdSSR bei 7,7 Prozent unter 75 Rubel (was als eine Armutsgrenze angesehen werden konnte). Diese Ziffer war am geringsten in den baltischen Republiken (etwa 1 Prozent), in den slawischen Republiken (unter 4 Prozent) sowie in Moldova, Armenien, Georgien (5 bis 6 Prozent), wohingegen sie in Kirgystan (25 Prozent), in Turkmenistan (27 Prozent), in Aserbajdschan (30 Prozent), in Usbekistan (34 Prozent) und in Tadshikistan, der ärmsten Republik (45 Prozent), auf den großen Anteil armer Menschen verwies. Umgekehrt hatten in Tadshikistan nur 0,5 Prozent ein Pro-Kopf-Monatseinkommen von über 300 Rubel, während es in Estland annähernd 20 Prozent (und im UdSSR-Durchschnitt 7 Prozent) waren.

Der Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels pro Kopf bezifferte sich 1989 in den Städten der UdSSR auf 1739 und in den Dörfern auf 763 Rubel (was eine tiefe Kluft zwischen Stadt und Land bezeugt, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß auf den Dörfern Privathandel, Privattauch und familienbetriebene Hofwirtschaft eine grö-

ßere Rolle spielen und in Krisenperioden zunehmend wichtiger werden). Für Estland lauteten diese Ziffern 2581 bzw. 1112 Rubel, für Turkmenistan aber nur 1456 bzw. 542 Rubel.

Die gesamte Wohnnutzfläche pro Kopf betrug 1989 in den Städten der UdSSR 15,3 und in den Dörfern 16,8 qm. Die Zahlen für Estland, der wohnraummäßig am besten ausgestatteten Republik: 19,7 bzw. 25,9 qm; die Zahlen für Turkmenistan, das eine Schlußposition einnahm: 11,2 bzw. 10,4 qm.

1989 entfielen in der UdSSR auf 1.000 Einwohner in den Städten 114 und in den Dörfern 36 Privattelefone. Die Spitzenposition hielt Lettland mit 196 bzw. 124 Apparaten, und das Schlußlicht stellte Tadshikistan mit 83 bzw. 7 Anschlüssen.

Die Zahl der PKW je 100 Familien betrug 1989 in der UdSSR 18, in Estland aber 37, in Litauen 36, in Lettland 27. Auch einige mittelasiatische Republiken wiesen überdurchschnittliche Werte auf (Turkmenistan 27, Usbekistan 24), wohingegen die RSFSR mit 17 leicht unter dem Durchschnitt lag. 1980 hatte der UdSSR-Durchschnitt erst 10 PKW je 100 Familien betragen.

Höherer Lebensstandard ging einher mit besserer Bildung. 1989 hatten in der UdSSR von je 1.000 Beschäftigten eine höhere Bildung oder mittlere Spezialbildung: Arbeiter 194, Angestellte 809, Kolchosbauern 135. Für die Ukraine lauteten diese Ziffern: 211 - 827 - 131; für Tadshikistan 134 - 782 - 76.

Die Zahl der Hochschulstudenten je 10.000 Einwohner bezifferte sich 1990/91 in der UdSSR auf 178, in der RSFSR auf 190 und in Belorussland auf 184 - aber in Kirgystan auf 133, in Tadshikistan auf 128 und Turkmenistan auf 113. Auf je 10.000 Russen entfielen 1989/90 190 Hochschulstudenten - bei Georgiern waren es 274, bei Juden 257, bei Esten 213, bei Litauern 208 - aber bei Tadshiken nur 129 und Turkmenen 146.

Von den allgemeinbildenden Mittelschulen hatten 1989/90 in der UdSSR 18,5 Prozent Kabinette für Informatik und Rechentechnik - in Lettland waren es 52,3 Prozent und in Turkmenistan nur 7,7 Prozent.

Die Zahl der Bücher in Massenbibliotheken betrug 1989 in der UdSSR je 100 Einwohner 744 - in Lettland 1043 und in Tadshikistan 308.

Die jährlichen Pro-Kopf-Aufwendungen von Arbeiter- und Angestelltenfamilien für kulturelle Zwecke (Kino, Theater u.a.) bezifferten sich 1989 in der UdSSR auf 13,3 Rubel, in den baltischen Republiken auf über 19 Rubel und in Usbekistan und Aserbajdschan auf weniger als 5 Rubel. Ähnliche Tendenzen zeigten die Budgets von Kolchosbauern.

Schließlich verwiesen einige Daten auf signifikante Unterschiede in der gesellschaftlichen Stellung der Frauen. Der Anteil der Frauen an der Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug 1989 in der UdSSR 51 Prozent und lag in den slawischen und baltischen Republiken sogar noch über diesem

Wert. In Turkmenistan waren es aber nur - bedingt durch die hohe Kinderzahl und die Vorherrschaft traditioneller Geschlechterrollen - 42 Prozent, in Tadshikistan 39 Prozent. Bei den in Industrie und Verwaltungen anstehenden Entlassungen wird dieser Anteil künftig wahrscheinlich in allen Republiken zurückgehen.

Der Anteil der Frauen an Hochschulstudenten betrug im Studienjahr 1988/89 in der UdSSR 54 Prozent. Der höchste Wert entfiel auf Lettland (62 Prozent), der niedrigste auf Tadshikistan (41 Prozent). Der Richterberuf wurde 1987 in der UdSSR zu 44,5 Prozent von Frauen ausgeübt - in Lettland zu 60,4 Prozent, in Armenien nur zu 22 Prozent. Wie weit der Durchschnittslohn der Frauen in den einzelnen Republiken unter dem der Männer lag, wird in den hier ausgewerteten statistischen Sammelbänden nicht mitgeteilt.

Die letzten statistischen Veröffentlichungen sowjetischer Institutionen zeigen bei aller Lückenhaftigkeit (beispielsweise in bezug auf einen Vergleich der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität, der Zeitbudgets u.a.), daß in verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zwischen den Republiken erhebliche Differenzen existierten. Dies mußte nicht per se zu einem Auseinanderdriften und einer Separierung führen. Die Auflösung der UdSSR 1991 hat nicht in erster Linie ökonomische, sozialstrukturelle oder demographische, sondern politische Ursachen: Die Krise der Perestrojka, die politische Konzeptionslosigkeit und Handlungsunfähigkeit der KPdSU und der hiermit einhergehende Vertrauensverlust, die Diskreditierung des bisherigen Entwicklungswegs, die Militäreinsätze in einzelnen Republiken, der Putschversuch der Zentralisierer vom August 1991, die Bildung massenunterstützter "nationaler Fronten", die Umorientierung der politischen Führungen und breiter Bevölkerungsgruppen in den Republiken vom bisherigen Sozialismus hin zum Nationalismus. Aber der politische Auflösungsprozeß wurde durch die ungleichmäßige sozialökonomische Entwicklung unterstützt und beschleunigt. In den weiterentwickelten baltischen Republiken wuchs die Neigung, aus der dahinsiechenden Sowjetökonomie auszuscheiden und sich durch einen Sprung in die Marktwirtschaft der "ersten Welt" zu retten. Umgekehrt hielten die ärmeren mittelasiatischen Republiken bis weit in das Jahr 1991 hinein an der Gesamtunion fest, von deren Planungs- und Umverteilungsmechanismen sie eine Besserung ihrer Lage und eine Verhinderung des Absturzes in die "Dritte Welt" erhofften. Nach dem endgültigen Zusammenbruch des Zentrums in der zweiten Jahreshälfte 1991 verwandelten auch sie sich in selbständige Staaten. Nun stehen sie vor dem Problem, die überkommene sozialökonomische Rückständigkeit mit Hilfe marktwirtschaftlicher Mechanismen zu überwinden, die zu neuen Ungleichheiten führen.

Sabine Kebir

Überforderung des subjektiven Faktors?

"Während man grandiose hegemoniale Pläne schmiedet, wird man nicht gewahr, daß man selbst Objekt ausländischer Hegemonie ist..."

Antonio Gramsci, Qu.23 (1934)

Als mich die Redaktion von Z bat, etwas zur Überforderung des subjektiven Faktors im Realsozialismus zu schreiben, überließ mich zunächst ein kalter Schauer. Lag da nicht ein Irrtum vor? Solange ich noch unter einem realsozialistischen Regime lebte, fühlte ich mich ständig unterfordert, in meinen Fähigkeiten unterschätzt, in meinem Tatendrang gebremst, in meiner Phantasie beschnitten. Am schlimmsten war für mich das Jahr 1968 in Ostberlin gewesen. Während man im anderen Teil der Stadt die Revolution im Geist und auf der Straße probte - was im Osten über das Fernsehen wahrnehmbar war - mußte ich Maxl-Seminare (Studentenkürzel für Marxismus-Lenismus) über mich ergehen lassen, in denen u.a. der Begriff des "subjektiven Faktors" vorkam. Das Pneuma des Revolutionsversuchs im Westen war durchaus über die Mauer gekommen, richtete aber nur Unglück an: Eine von einem Freund beantragte Demonstration gegen den Vietnamkrieg wurde nicht genehmigt, der Freund aber gemäßregelt. Solche Demonstrationen seien bei uns überflüssig, wurde gesagt, da der Staat eine Antikriegspolitik betreibe. Natürlich waren auch alle anderen denkbaren Demonstrationsthemen obsolet, denn der Staat erledigte ja selbst alles bestens.

Mir blieb nichts anderes übrig, als meine ganze überschüssige Kraft in ein aussichtsloses Liebesabenteuer zu investieren, an dem vor allem wichtig war, daß es großartig, heroisch und ebenso aussichtslos war wie die Revolution im Westen. Obwohl die Liebe echt war, war ich mir doch ganz bewußt, daß es sich zugleich um ein Substitut handelte, zu dem es in dieser, etwas lächerlich-hartnäckigen Form nicht gekommen wäre, wenn man uns erlaubt hätte, für oder gegen etwas zu demonstrieren oder gar mitzuentcheiden. Im Jahr drauf setzte ich das Ganze in einen Roman um, der "Ahmed oder die Liebe zur Revolution" betitelt war. Motto: "Der Krieg ist zuende. Was macht er jetzt, der Soldat?" Mit dem Krieg war die Revolution gemeint. Daß die Oktoberrevolution ein tolles Ding gewesen sei, mochte nämlich auch ich gerne glauben. Gerade deshalb wollte auch ich eine Revolution haben, meine. Daß sie notwendig war, hielt ich für zweifelsfrei. Aber ihr Eintreffen war ebenso unwahrscheinlich wie im Westen. Auch wir mußten bald einsehen, daß uns nichts blieb, außer der im

Westen ausgegebenen Losung vom "Langen Marsch durch die Institutionen" zu folgen, der bei uns freilich völlig erfolglos blieb.

Der Unterforderung des Volkes, insbesondere der Jugend, entsprach freilich eine Überstrapazierung des subjektiven Faktors der Führung. Es soll noch einmal deutlich ausgesprochen werden, daß die Wirtschaftspolitik der DDR Woche für Woche jeden Freitag im stillen tete à tete zwischen Honecker und Mittag ausgeheckt wurde. Kombinatdirektoren, die Bedenken gegen die Direktiven äußerten, wurden ausgewechselt. Donnerstags war dann die Sicherheitspolitik dran, die allein zwischen Honecker und Mielke festgelegt wurde. Selbst andere Mitglieder des Zentralkomitees erfuhr von manchen Entscheidungen erst über das "Neue Deutschland" am morgen, nachdem sie von Honecker und Mielke getroffen worden waren.¹

Überforderung des subjektiven Faktors? Mich hat der Begriff sofort an meine alten Maxl-Seminare erinnert, die ich zwischen Schule und Doktorandenexamen zu absolvieren hatte. Ich erinnere mich, daß der Begriff oft auch in den Reden der Oberen vorkam und zwar nicht, wenn sie sich direkt an das Volk wandten, sondern wenn sie zu ihren Funktionären sprachen. Es ist handelt sich also um einen machttechnischen Begriff, der konkret nichts anderes als die "Erschließung eigener Ressourcen" bedeutete, was in der DDR zumeist nur die Intensivierung, bzw. Umorganisation menschlicher Arbeitsressourcen sein konnte: Der Funktionär sollte dafür sorgen, daß durch ein verbessertes Arbeitsmilieu eine höhere Produktion möglich werde. In diesem - aber auch nur in diesem Sinne - kann durchaus von einer Überforderung des subjektiven Faktors bei der Bevölkerung gesprochen werden. Denn die Menschen, die zum großen Teil an sehr alten Maschinen mit unzureichenden Materialien arbeiteten, mußten immer mehr aus sich selbst herausholen, um den Produktionsausstoß aufrechtzuhalten.

Daß der Begriff nicht dem Vokabular der Klassiker entstammt, schließe ich daraus, daß ich ihn jetzt in einschlägigen Wörterbüchern der marxistischen Philosophie nicht finden kann. Dort findet sich allerdings eine "Subjekt-Objekt-Dialektik", die wohl etwa das beinhaltet, was manchmal eben auch "subjektiver Faktor" genannt wurde: "Die Subjekt-Objekt-Dialektik... stellt ein gesellschaftliches Verhältnis bzw. einen gesellschaftlichen Prozeß dar... Das Subjekt ist der Mensch als Ensemble gesellschaftlicher Verhältnisse bzw. die vergesellschaftete Menschheit auf bestimmter geschichtlicher Entwicklungsstufe, mit ihren produktiven, intellektuellen und sonstigen Kräften und Fähigkeiten. Dieses Subjekt entwickelt sich in der praktischen gesellschaftlichen Tätigkeit, indem es immer neue Bereiche der Welt zum Objekt seiner Tätigkeit und seiner Erkenntnis macht,

¹ Zeugnisse des ehemaligen Prenzlauer Kreis- und Bezirkssekretärs der SED, Wolfgang Herrmann (der selbst einmal Kombinatdirektor gewesen war) und des ehemaligen Leiters für Sicherheitsfragen des ZK der SED, Wolfgang Herger. In: Jean Villain: Die Revolution verstößt ihre Väter. Zytglogge, Berlin 1990.

indem es seine Kräfte und Fähigkeiten vergegenständlicht, objektiviert und auf diese Weise eine sich geschichtlich entwickelnde objektive gesellschaftliche Welt schafft. Das Wechselverhältnis von Subjekt und Objekt wird auf diese Weise reicher, differenzierter, komplizierter und entfaltet sich auf geschichtlich immer höhere Stufe."² Das klingt nicht schlecht, ist aber ein Hohn auf die wirklichen Verhältnisse, die so eingerichtet waren, daß die Schöpferkräfte der Völker darniederlagen.

Aus der Zeit nach dem Mauerbau erinnere ich mich freilich an die Losung "Plane mit, arbeite mit, regiere mit", die oft im Straßenbild auftauchte. Zugleich studierten wir im Deutsch- und Staatsbürgerkundeunterricht der Oberschule ein "Jugendkommuniqué", das unter dem Vorsitz Walter Ulbrichts ausgearbeitet worden war und den Titel "Der Jugend mehr Vertrauen und Verantwortung" trug. Man weiß ja heute, daß hinter diesen Losungen in der Tat Machtkämpfe zwischen Demokratisierern und Holzköpfen in der Parteiführung standen, daß es dort also auch Kräfte gegeben hatte, die Lenins Auftrag, die Köchin das Regieren lernen zu lassen, noch ernst nahmen. In der Praxis, d.h. für die Menschen, erwiesen sich diese Losungen als Chimären, denn der Machtkampf in der Partei ging selbstverständlich zugunsten der Holzköpfe aus.

Um es noch einmal klar zu sagen: Im Unterschied zum Kapitalismus war es schon so, daß der Einzelne durchaus gebraucht wurde. Aber er wurde nur als Arbeitskraft gebraucht, nicht als ganzer Mensch mit einem Gehirn, nicht als Mensch mit Gestaltungs- und Mitbestimmungskraft. Und das traf selbst für sehr hohe Kader zu. Aufstiegschancen hatten nur Menschen, die in weiten Lebensbereichen charakterlich anpassungswillig waren.

Dem Buch "Die Alternative" von Rudolph Bahro verdanke ich die Erkenntnis, daß im Realsozialismus das Mißverhältnis zwischen der seit 1917 enorm gewachsenen und ständig weiter wachsenden Bildung und Kompetenz der Bevölkerung einerseits und ihren Mitgestaltungsmöglichkeiten andererseits immer größer wurde. Daß die russischen Analphabeten nach 1917 kein Rätssystem aufrechterhalten konnten, erklärte sich demnach nicht nur daraus, daß ihre Führer das nicht wollten, sondern vor allem daraus, daß der Kompetenzmangel der Bevölkerung in der Tat in objektivem Widerspruch zu den anstehenden ökonomischen Aufgaben stand.

Bei Lenin läßt sich deutlich ein Schwanken erkennen - man lese "Staat und Revolution" -, wo er der Köchin, d.h. dem Rätssystem, die Zukunft gibt. Diese Vorstellung brach freilich schon mit der Niederschlagung der Revolte von Kronstadt zusammen und wurde mit der NÖP als für lange Zeit unrealistisch abgetan.

Von der Führungsgarde nach Lenin hat freilich nur Nikolai Bucharin diesen Widerspruch deutlich gesehen und in seinem Ansatz eines Entwick-

² Philosophisches Wörterbuch, 10. Neubearb. Auflage, hrsg. v. Georg Klaus, Manfred Buhr, Leipzig 1974., S. 1190ff.

lungsmodells des langsameren Tempos auch positiv zu lösen versucht. Die statt dessen entschiedene rasche Hochindustrialisierung konnte gar nicht anders als autoritär vonstatten gehen, geleitet von einer technologisch mehr oder weniger ausgebildeten Schicht, die politisch engstens an die Partei gebunden wurde, mit ihr faktisch identisch war. Auch spätere Wirtschaftsabenteuer wie die rabiate Neulandgewinnung und der von Chruschtschow persönlich beschlossene Maisanbau konnten nur gegen die Erfahrungswerte der Bevölkerung in gang gesetzt werden, wieder nur mit Hilfe des nun schon fest etablierten Filzes von Technokratie und politischer Bürokratie. Insofern wundert es nicht, daß auch Chruschtschow im Bericht an den 20. Parteitag die gesellschaftspolitischen Überlegungen Bucharins noch immer nicht aus demokratietheoretischer Sicht rehabilitierte, sondern vielmehr Bucharin immer noch vorwarf, die Entwicklung zum Sozialismus im Schildkrötenschritt programmiert zu haben. Chruschtschow brachte hier nur das - freilich nicht von der Hand zu weisende - Argument an, daß eine Schwerindustrie zur Herstellung moderner Waffen für die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion unabdingbar war.³ Stalins Entscheidung für die rasche Hochindustrialisierung wurde aber keinesfalls ausschließlich aus Sicherheitsinteressen getroffen. Bekanntlich erfolgte die Produktion schwerer Waffen angesichts der deutschen Gefahr viel zu spät, ein Hauptgrund für das unwürdige Taktieren, das dann zum Hitler-Stalin-Pakt führte, der den Krieg noch um ein Weniges hinausschieben sollte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es die in der Sowjetunion nie in Frage gestellte zeitliche und qualitative Priorität der Schwerindustrie gegenüber der Leichtindustrie und der Landwirtschaft war, die eine Überwindung des autoritären Regierens unsäglich erschwerte. Auf Grund der relativ hohen Demokratisierung der Bildung und des zunehmenden Bildungsniveaus, wäre aber mit der Zeit eine Entwicklung zunehmender Demokratisierung der Entscheidungsprozesse denkbar gewesen. Dies hätte nicht nur manche Fehlentscheidung verhindern können, sondern auch die sich immer mehr anstauenden psychosozialen Frustrationen, die das nicht genutzte überschüssige Wissen und die überschüssige Phantasie in der Gesamtgesellschaft auslösten. Sie wurden, wie bekannt, im Alkoholismus ertränkt, da der Realsozialismus in der Sowjetunion nicht einmal zur Bereitstellung einer Freizeitindustrie fähig war. Diese hat sich im Westen als durchaus nützlich erwiesen, um die Menschen von Mitregierungswünschen abzulenken. (Wozu freilich auch die Toleranz gegenüber der Droge beizutragen hat.)

Das chinesische Modell hat der Leichtindustrie - und damit der direkten Versorgung der Menschen - eine wesentlich größere Bedeutung gegeben. Zudem war es in der Lage, nach einem "trial and error-Prinzip", die Landwirtschaft so lange zu reformieren, bis ein echter Produktionsfortschritt,

³ Rapport secret de Nikita Khrouchtchev sur Staline, suivi du testament de Lenine, Paris 1970, S. 13ff.

aber auch ein echter sozialer Fortschritt auf dem Lande zu verbuchen waren. Mir scheint, daß das chinesische Modell damit auch größere psychosoziale Reserven der Weiterentwicklung besitzen könnte. Ob sie ausreichen, zur Demokratisierung, zu einer sozialistischen Zivilgesellschaft in China zu führen, muß die Zukunft noch zeigen.

Die ökonomische Theorie von Marx, die in der Kritik am Gothaer Programm auch auf den Sozialismus extrapoliert wurde, führte sämtliche Theorieteile stets auf das ökonomische Individuum zurück, sei es in der Form des Kapitalisten oder des einzelnen Proletariers. Dieser sollte mit den anderen Proletariern Produkte zum Werte gleicher Arbeitszeit austauschen. Die Gleichheit ist bei Marx also nicht in der Distribution, sondern im gleichen Maßstab innerhalb der Produktion angesiedelt. Daß er uns - außer in den Frühschriften - relativ wenig über die Installierung einer die Interessen der Einzelnen abwägenden Zivilgesellschaft hinterließ, erklärt sich vielleicht, weil er in der ökonomischen Theorie von den Interessen der Einzelnen ausgegangen war und sich gar keinen anderen Überbau dazu vorstellen konnte. Als kollektive Masse sind die Proletarier von Marx weder als Produzenten noch als Konsumenten, sondern nur im Sinne ihrer Fähigkeit zur politischen Assoziation gesehen worden. Die Realisierung des angeblichen marxistischen Modells in der Sowjetunion stand aber auf der Basis eines Verteilungskollektivismus, der in Wirklichkeit nichts mit Marx zu tun hatte. Die schon in den zwanziger Jahren abgewürgten Debatten um einen sozialistischen Markt zeigen freilich, daß es durchaus Versuche gegeben hatte, doch das ökonomische Modell von Marx durchzusetzen. Freilich hat schon Trotzki konstatiert, daß Marxens Kritik am Gothaer Programm in der Sowjetunion allein zur Rechtfertigung der Privilegien der Funktionäre verkommen war.⁴

In der Sowjetunion und im europäischen Ostblock hat die gewaltsame Unterdrückung der teilweise unterirdisch herangereiften Zivilgesellschaft zu einer historischen Katastrophe geführt, deren Ausmaß heute noch nicht erkennbar ist. Ihre Ursachen müssen mit dem Marxschen Terminus der "Entfremdung" bezeichnet werden, die sich als weitaus gravierender als im Kapitalismus erwiesen hat. Die Menschen waren nicht in der Lage, selbst das zu verteidigen, was das System an sozialen Errungenschaften geboten hatte. Und das vor allem deshalb nicht, weil sie sie nie als ihr selbst erworbenes Eigentum erfahren haben. Schlimmer, das entmündigende System hat trotz aller Bildung und Ausbildung eine große Unfähigkeit zur rationalen Welterkenntnis und zur Toleranz erzeugt. Die jetzt ausgebrochenen ethnischen Konflikte können mit dem Motto betitelt werden, das Georg Lukács "Geschichte und Klassenbewußtsein" voranstellte: "Sie tun es, aber sie wissen es nicht".

⁴ Leo Trotzki: Stalin, Reinbeck 1972, Bd. II, S. 237.

Stalinismus - Entstalinisierung - Zusammenbruch

Unter diesen Stichpunkten bat die Z-Redaktion einige Historiker um ihre Meinung zur Rolle des Stalinismus in der Geschichte des Sozialismus bis zur Konstellation seines Zusammenbruches. Nachfolgend ihre Ansichten.

Jürgen Kuczynski

Entstalinisierung?

Eine Entstalinisierung hat bis heute nirgendwo in der Welt stattgefunden. Sofort nach dem XX. Parteitag der KPdSU, der dem Stalinkult endlich ein Ende machte, begann eine neue Art Stalinismus, während die alte Art fortgesetzt wurde.

Die neue Art, auf die zuerst eingegangen sei, bestand darin, daß Stalin, der bei all seinen Verbrechen und politischen Fehlern selbstverständlich eine historisch bedeutsame Gestalt war, in den sogenannten realsozialistischen Ländern zur "Unperson" erklärt wurde, in keinen dort erscheinenden Artikeln oder Büchern erwähnt werden durfte. Damals wehrte ich mich gegen diesen Stalinkult in einem Brief vom 12. März 1956 an meinen Lektor im Aufbauverlag so:

"Lieber Genosse Harich:

Hier die Prinzipien, unter denen ich auf Grund des XX. Parteitages Änderungen in den Korrekturen vorgenommen habe:

1. Ich habe alle Stalin-Zitate gestrichen, die ich durch Zitate von Marx, Engels und Lenin ersetzen konnte, was mir auch wissenschaftlich das Richtige erscheint; denn man soll nach den Originalforschern zitieren.
2. Ich habe alle Stalin-Zitate dangelassen, wo es sich um meiner Ansicht nach neue Ideen Stalins handelt. Das erscheint mir absolut richtig; denn wenn wir auch Stalin nicht mehr als Klassiker betrachten, so war er doch auch nach der Ansicht der Sowjetgenossen und auch des Genossen Walter Ulbricht, die diese Frage besser beurteilen können als ich, ein bedeutender Arbeiterführer, und das bestätigt mir, daß er auch ein großer Wissenschaftler war. Denn man kann kein bedeutender Arbeiterführer sein, ohne den Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterzuentwickeln. Einen großen Wissenschaftler aber nicht zitieren zu wollen, wenn man seine Gedanken wiedergibt, erscheint mir den Prinzipien jeder Wissenschaft, insbesondere aber denen der höchsten Wissenschaft, des Marxismus-Leninismus zu widersprechen.
3. Ich danke Dir, daß Du in dieser Problematik Dich als Lektor meinem Urteil auf Grund Deines Vertrauens in meine wissenschaftliche Qualität und politische Erfahrung angeschlossen hast.

Mit sozialistischem Gruß
Jürgen Kuczynski"

Mit der Parteiführung mußte ich dann folgenden Kompromiß schließen: Nicht in Artikeln, wohl aber in meinen Büchern dürfte ich den Namen Stalin mit der mir richtig erscheinenden Beurteilung erwähnen.

Bis heute wird der Name Stalin in der ganzen Welt nur negativ erwähnt. Auch das ist Stalinismus, und so geschah es stets mit zahlreichen bedeutenden Gestalten der Geschichte, einschließlich der Kulturwelt - im "realen Sozialismus" nach 1948 mit Hegel oder Einstein.

Stalinismus - nicht als Kulturphänomen, sondern als Herrschaftssystem, als Gesellschaftssystem - ist heute in Osteuropa abgeschafft, nicht freiwillig, sondern zuerst durch zum Sozialismus tendierende Revolution - in der DDR im Oktober und November 1989 - und dann durch eine kapitalistische Konterrevolution.

Das stalinistische System ist gekennzeichnet durch die Diktatur einer winzigen Parteidique, dem Politbüro - nicht etwa einer Parteiführung, zu der man doch noch das Zentralkomitee der Partei rechnen sollte, erst recht nicht einer Partei oder der Arbeiterklasse. Die Clique herrschte mit Hilfe einer von ihr geschaffenen Bürokratie.

Basisdemokratie, Kritik von Unten, Meinungsstreit wurden ausgeschlossen. In Deutschland war die Pressefreiheit unter Friedrich dem Großen im untergehenden feudalen Absolutismus größer als in der DDR. In der BRD war die kümmerliche Basisdemokratie größer als in der DDR. Uniformität der Meinungsäußerung war Befehl. Als ich in einem Interview im Mai 1987 mit der westdeutschen Zeitschrift "Konkret" erklärte, daß Lenin jedes Zentralkomitee, das Beschlüsse über operative Fragen einstimmig faßt, auseinanderjagt hätte, weil es entweder aus Dummköpfen oder Feiglingen besteht, erhielt ich - wie so viele meinten nur aus Milde - eine Parteistrafe, statt ausgeschlossen zu werden.

Abschließend sei erwähnt, daß Lenin in der Zeit, als seine letzte Krankheit ihn an der aktiven Parteiführung verhinderte, als er auf seinem Sterbelager außerhalb Moskaus lag, in kurzen Mitteilungen an die Parteiführung noch einen letzten Kampf führte: gegen die sich herausbildende Bürokratie in Partei und Staat, gegen die Bürokratie, die die entscheidende Stütze für die Diktatur des Politbüros mit Stalin an der Spitze werden sollte.

Günter Judick

Ohne Überwindung des Stalinismus kein Neubeginn der Linken

Zwei Argumente wurden mir in der jüngsten Zeit bei Diskussionen über den Stalinismus entgegengehalten. Das eine hieß: Nicht unter Stalin, auch

nicht unter Chruschtschow und Breschnew ist das Sowjetsystem liquidiert worden, sondern unter Gorbatschow. Also liegt bei ihm die Verantwortung. Und das andere: Mit dem Stalinismus wurde auf dem XX. Parteitag abgerechnet, alles was danach darüber gesagt wurde, war überflüssig und schädlich.

Beide Argumente widerspiegeln Wut und Enttäuschung ehrlicher Kommunisten über die jämmerliche Rolle einstmals führender KPdSU-Funktionäre, die sich heute als prinzipienlose Wendehälse, als skrupellos um die Futtertäpfe des Kapitals buhlende und sich gegenseitig besudelnde Gauner erweisen. So ehrlos und skrupellos heute auch die Gorbatschow, Jelzin, Schewardnadse, Krawtschuk u. a. alles verkaufen, was sie selbst früher verkündeten, so sehr sie auch die Verantwortung tragen für den Verrat am Internationalismus und für den kriegstreibenden Nationalismus, so ist es doch zu einfach, den europaweiten Zusammenbruch des "Realsozialismus", seine eindeutige Niederlage im Systemwettbewerb nur auf den "Verrat" einiger Funktionäre zurückzuführen. Die Ursachen für diese Niederlage liegen in nicht überwundenen Schwächen und Fehlern eines Systems, das von Stalin geprägt wurde.

Über die objektiven Bedingungen, die die Herausbildung des Stalinismus förderten, ist viel geschrieben worden. Historische Rückständigkeit Rußlands, Intervention, imperialistische Umkreisung, Zwang zum raschen Aufbau einer Verteidigungsindustrie, faschistischer Überfall im zweiten Weltkrieg mit den bitteren Folgen sollen hier als Stichworte genügen. Die Verteidigung der Sowjetmacht und ihre Entwicklung zur zweiten Weltmacht waren mit dem Namen Stalins verbunden, stärkten sein Ansehen, verdeckten aber auch Verbrechen, die nicht zuletzt die eigene Bewegung trafen. Sie festigten den Glauben an die Unfehlbarkeit Stalins, die auch seine jeweiligen Nachfolger jeweils für sich in Anspruch nahmen. Im Namen Stalins, des "Mitschöpfers des Leninismus", erfolgte die Dogmatisierung eines der Dialektik beraubten Marxismus, wurde der Sozialismusbegriff reduziert, das sowjetische Modell als verbindlich für alle erklärt, die innerparteiliche Diskussion erstickt. An die Stelle des stets verkündeten "demokratische Zentralismus" trat eine Kaderpolitik, die der Festigung der Machtpositionen einzelner diente, Karrierismus und Bürokratismus züchtete, Mittelmäßigkeit und Duckmäusertum an Stelle kritischen Denkens und kollektiver Arbeit förderte.

Sicher, der XX. Parteitag der KPdSU 1956 hat einiges getan, offensichtliches Unrecht aufzudecken und den offenen Terror in den eigenen Reihen weitgehend zu beenden. Selbst das blieb relativ, es blieb das Wahrheitsmonopol der jeweiligen Parteiführung, die allein darüber entschied, was Marxismus war. Abweichende Meinungen wurden weiter abgestempelt, Diskussionen abgeblockt, kritische Meinungen zu Dissidententum umgefälscht und oft genug auch noch als kriminelle Handlung verfolgt. Die notwendige kritische Aufarbeitung des vergangenen Weges wurde bereits unter

Chruschtschow aufgegeben, sie diente in den folgenden Jahren jeweils bestenfalls dazu, unbequem werdende Konkurrenten im Machtapparat kaltzustellen (Molotow, Malenkov, Kaganowitsch). Auch bei Gorbatschow hatten manche der Enthüllungen zumindest noch ähnliche Zielstellungen (siehe Ausscheiden von über hundert gewählten, alten Mitgliedern des Zentralkomitees 1988 auf Druck Gorbatschows).

Der Stalinismus ist also mit dem XX. Parteitag keineswegs überwunden worden, es blieb bei einigen Schönheitsreparaturen. Es blieb vor allem bei der bürokratischen Lenkung von Staat und Wirtschaft, bei der Reglementierung von Wissenschaft und Kultur, bei der Niederhaltung demokratischer Mitsprache der Arbeiter, - alles Bedingungen, die eine schöpferische Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution behinderten und damit den immer größer werdenden Rückstand der Produktivkräfte gegenüber den kapitalistischen Hauptländern wesentlich verursachten. Mit dieser Ausgangslage, die niemand vertuschen darf, trat Gorbatschow 1985 an. Daß er außer großen Phrasen für ihre Lösung keine Antwort wußte, aber das Gegenteil behauptete, daß er versuchte, die eigene Macht durch prinzipienlose Kompromisse mit dem Imperialismus zu retten und auch eine ahistorische Enthüllungspolitik über die eigene Geschichte an die Stelle einer notwendigen allseitigen Aufarbeitung des vergangenen Wegs setzte, bleibt seine Schuld. Das aber befreit keinen Marxisten von der Aufgabe, eben diese notwendige geschichtliche Aufarbeitung des allseitigen stalinistischen Erbes und seiner Folgen zu leisten.

Stalinismus blieb keine nur sowjetische Erscheinung, seine Methoden wirkten in allen Ländern des europäischen "Realsozialismus". Und nicht nur dort, sondern auch in den kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder. Er kann und darf nicht reduziert werden auf den staatlich ausgeübten Terror gegen Andersdenkende, obwohl repressives Machtverständnis zu seinen Wesenszügen gehört. Für den Neubeginn der revolutionären Linken ist die Ausarbeitung eines umfassenderen Stalinismusbegriffs notwendig.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, möchte ich die meiner Meinung nach wichtigsten Seiten stalinistischen Verhaltens und Denkens so formulieren:

Unter Stalinismus verstehe ich

- eine Reduzierung des Sozialismusbegriffs, der in der Schaffung neuer Machtverhältnisse unter Führung einer sich marxistisch verstehenden Partei, in staatlichem Eigentum und zentraler Planung bereits die Verwirklichung des Ziels sieht und alle weitergehenden Inhalte des Sozialismus, seine demokratischen, humanistischen und ethischen Grundlagen ignoriert;

- einen Begriff von politischer Macht, in dem eine Partei die Macht im Namen der Arbeiterklasse ausübt, ohne auf Dauer um die Legitimierung

ihrer Macht durch die Massen der Klasse zu ringen, eine Macht, die vorrangig auf Unterdrückung nichtgenehmer Meinungen statt auf geistige Auseinandersetzung und Überzeugung setzt und im Extremfall auch offenen Terror selbst gegen die eigene Klassenbasis und engste Mitkämpfer akzeptiert;

- ein Verständnis von sozialistischem Eigentum, das seine höchste Form in Staatseigentum findet, das zentral-bürokratisch geleitet wird und so keineswegs der Aufhebung der Entfremdung, sondern ihrer Vertiefung dient;

- eine bürokratische Planung, die faktisch jeden Ansatz zum Mitdenken und Mitgestalten durch die Arbeitenden erstickt, die Disproportionen durch überzogene Schwerpunktsetzung und Mißachtung ökonomischer Kriterien verstärkt und die Entfaltung der wichtigsten Produktivkraft, des Menschen, behindert;

- ein Wahrheitsmonopol einer oligarchisch strukturierten, sich immer mehr von jeder Kritik abschirmenden und sich von den Massen isolierenden Führungsmannschaft, die jede Alternativdiskussion verhindert;

- ein Theorieverständnis, das auf dogmatisch verengten Bruchstücken des Marxismus beruht und sie zur Legitimierung jedweder politischen Wendung mißbraucht. Wissenschaftliche Theorie ist ohne Meinungsstreit undenkbar;

- ein Geschichtsverständnis, das von der "Unumkehrbarkeit" der Geschichte ausging, das sich der kritischen Überprüfung der Theorie durch die geschichtliche Praxis entzieht, das Geschichte nur als Legitimationswissenschaft akzeptiert, das Fehlerdiskussion als überflüssig betrachtet, weil "Fehler im Vorwärtsschreiten überwunden" werden, das in falschverstandener Parteilichkeit kritische Seiten der Geschichte ausblendet, Personen und Gruppen abstempelt, statt ihr Wirken sachlich zu bewerten;

- ein Parteiverständnis, in dem die Einheit des Wollens und des Handelns nicht auf dem offenen Ausdiskutieren auch alternativer Vorstellungen beruht, sondern auf Unterordnung und Körperschaftsdisziplin, das unter dem Begriff des Fraktionsverbots praktisch ein Diskussionsverbot durchsetzt;

- eine zentral bestimmte Personalpolitik in Partei und Staat, bei der Funktionsbesetzungen vom Wohlwollen der Führung und der Bereitschaft zum Unterordnen abhängen, die nicht Kritikfähigkeit sondern Mittelmäßigkeit, Anpassungsbereitschaft und Duckmäusertum fördert und bei der demokratische Legitimation von unten ausschließlich als Akt formaler Zustimmung zu bereits "oben" getroffenen Entscheidungen betrachtet wird (die Ergebnisse dieser Kaderpolitik zeigen sich heute in der Summe der Wendehälse);

- ein Verständnis von internationaler Solidarität, das nicht auf kameradschaftlicher Diskussion gemeinschaftlicher oder unterschiedlicher Mei-

nungen beruht, sondern auf bedingungsloser Akzeptierung auch falscher Politik einer Bruderpartei.

Alle diese Erscheinungen entstehen in der Zeit, in der sich die kommunistische Bewegung Stalin unterordnet. Insofern gehören sie zu einem System, das mit dem Begriff Stalinismus umrissen werden kann, das nicht überwunden wurde und im Ergebnis in die Sackgasse, in die historische Niederlage des vor 75 Jahren mit großer Begeisterung und unter unermesslichen Opfern begonnenen Wegs führte. Diese Niederlage war nicht gesetzmäßig, sondern vor allem das Ergebnis eigener Versäumnisse und der Unterschätzung des imperialistischen Gegners.

Fritz Krause

Perestroika und Stalinismus

Noch vor nicht einmal einem Jahrzehnt blickte die Weltöffentlichkeit gespannt auf das Gorbatschow'sche "Experiment" Perestroika. 1989 - nur wenige Jahre danach - erlebte sie das totale Fiasko dieser Politik. Das Ergebnis dieses "Experiments" war der Zusammenbruch der UdSSR, der Volkendemokratien und im Gefolge damit die Destabilisierung des internationalen Kräfteverhältnisses mit ihren schrecklichen Folgen (Golfkrieg und Bürgerkrieg in Jugoslawien etc.).

Die Gorbatschow-Führung wollte "zurück" zu Lenin - hin zu einem "menschlichen" bzw. "demokratischen" Sozialismus. Das setzte u.a. die Aufarbeitung des Stalinismus voraus. Die gab es bis zu diesem Zeitpunkt nicht. Die KPdSU hatte zwar auf ihrem XX. Parteitag 1956 unter Führung von Chruschtschow durch Kritik am Personenkult um Stalin einige Schritte zu seiner Überwindung eingeleitet. Und dies hatte wie die Perestroika so manche Hoffnung auf eine Veränderung der sowjetischen Gesellschaft in Richtung "zurück zu Lenin" geweckt. Doch blieb es lediglich bei einem Ansatz durch die Verurteilung Stalins und seiner Politik. Der Stalinismus war aber mehr als nur "Personenkult". Er war "die Abkehr von Lenin, ... Mißbrauch, die Pervertierung, die Vergewaltigung seiner Grundideen. Stalinismus - das ist zuallererst und in seinem innersten Kern Antileninismus"¹. Er fand konkreten Ausdruck im bürokratisch überzentralisierten Kommandosystem. Die Beschränkung der in der Verfassung verankerten "sozialistischen Demokratie" war der Normalfall und reduzierte sich in der alltäglichen Praxis auf Administration bzw. Verwaltung der Menschen "von oben". Aber daran wurde auf dem XX. Parteitag der KPdSU nicht gerüttelt. Reformen erfolgten nur halbherzig. Das "Tauwetter" hielt aus diesem Grund auch nicht lange an. Zwar hörte der Terror Stalinscher Prä-

¹ Josef Schleifstein, Zur Historizität in Lenins Parteiauffassung. in: D. Boris, W. Gerns, H. Jung (Hg.). Keiner redet vom Sozialismus. Aber wir. Die Zukunft marxistisch denken, Bonn 1992, S. 119.

gung auf. Das führte zu mehr Sicherheit. Doch die Leninschen Prinzipien setzten sich in der kommunistischen Partei, im Staat und in der Gesellschaft nicht durch. Die Macht ging nicht vom Volk aus. Chruschtschow wurde im Oktober 1964 abgesetzt. Auch die nachfolgenden Führungskräfte der KPdSU hielten am bisherigen Kommando-System fest.

Die UdSSR nahm vor allem in den nachfolgenden Jahren Kurs auf die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Das erforderte der auch auf dem XX. Parteitag der KPdSU proklamierte Wettbewerb mit dem Kapitalismus. Aber der Zuwachs war und blieb ungenügend. Und ab Mitte der 80er Jahre gab es trotz Erfolgen in der Raumfahrt Stagnation und sogar Rückwärtsgang in Wirtschaft, Technik und Wissenschaft. Der Abstand zu den kapitalistischen Industrieländern - die UdSSR maß sich vor allem an den USA - nahm zu. Die zentrale Aufgabe der Politik lag nach wie vor in der Freisetzung der Modernisierungsschübe - und zwar durch die Verwirklichung der wissenschaftlich-technischen Revolution - mit dem Ziel der absoluten Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Auch die Gorbatschow-Führung stand vor dieser enorm schwierigen Aufgabe. Die Perestroika war angeblich das Zauberwort zur Lösung dieser und anderer herangereifter Probleme der sowjetischen Gesellschaft. Sie setzte zunächst Kräfte für die Erneuerung der UdSSR in dieser Richtung frei. Gorbatschow zog Mitte 1988 folgende Bilanz: "Der Wind der Erneuerung stärkt die moralische Gesundheit des Volkes. Die Demokratisierung hat ein gewaltiges Potential von Gedanken, Emotionen und Initiativen freigesetzt... Es vollzieht sich eine Konsolidierung der revolutionären Erneuerung. Die Menschen glauben an die Perestroika"². Doch war das nicht schon damals ein Trugschluß bzw. sogar Selbstbetrug?

Die Reformierung bzw. Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft und insbesondere der kommunistischen Parteien als Führungskraft stand m. E. zu Recht auf der Tagesordnung. Anders waren Stagnation und Rückgang im Wettbewerb mit dem Imperialismus nicht zu überwinden. Und zunächst schienen sie auch erfolgreich ihren Weg zu gehen. Der US-amerikanische Marxist Viktor Perlo vertritt dazu die Auffassung: "Bis etwa Ende 1988 war sie (die Perestroika - F.K.) ein Programm, um das sozialistische System zu modernisieren und zu demokratisieren. Ein wichtiges Moment war die Erhöhung des direkten Einflusses der Arbeiter in der Wirtschaftspolitik und beim Management. Seit 1989 wurde die Perestroika ein Programm, das drohte, den Sozialismus zu zerstören und den Kapitalismus wieder einzuführen"³.

Die Geschichte hat ihm leider Recht gegeben. Dabei vollzog die Perestroika nach meiner Auffassung von Anfang an eine Gratwanderung zwi-

² M.S. Gorbatschow, Es gibt kein Zurück, in: Es gibt keine Alternative zur Perestroika, Moskau 1988, S. 7f.

³ Viktor Perlo, Die ökonomische und politische Krise in der UdSSR, in: Marxistische Blätter, Heft 6/1991, S. 71ff.

schen Aufstieg und Abgrund. Denn sie mußte das bisherige Kommando-System radikal verändern. Vor allem war mehr direkter Einfluß des Volkes auf die Machtausübung - also tatsächliche "sozialistische Demokratie" - erforderlich. Das setzte klare Konzepte zur Verwirklichung voraus. Die Gorbatschow-Administration besaß zwar konkrete Vorstellungen über die Zerstörung der bisherigen Strukturen und sie setzte sie auch Zug um Zug um. Doch an konkreten Konzepten - abstrakte gab es mehr als genug - über den Aufbau eines "Sozialismus ohne Stalinismus" mangelt es. Die Perestroika stieß in der Praxis des Alltags auf große Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich rapide. Das wiederum führte zu einem noch stärkeren Vertrauensschwund der Bevölkerung gegenüber der Perestroika. Die Kluft zwischen "oben" und "unten" war nach wie vor unübersehbar. Dazu führte noch ein falsch - weil zu abstrakt - praktiziertes Demokratieverständnis, das bornierten Nationalisten und den Feinden des Sozialismus Tür und Tor öffnete, zur weiteren Destabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Zum anderen erfolgte im Zeichen von Glasnost und der "Abrechnung" mit dem Stalinismus geradezu eine selbstmörderische Zerstörung sozialistischer Grundwerte und -prinzipien. Die KPdSU als Führungskraft verlor rapide an Ansehen und trat selbst in eine Phase der Verunsicherung ein. Das machte die von Gorbatschow und seinen Anhängern praktizierte Perestroika keinesfalls attraktiver. Im Gegenteil. Es führte zur Zersetzung und dann zur Auflösung der KPdSU und der sowjetischen Gesellschaft.

Die Grundlagen der sowjetischen Gesellschaft waren offensichtlich schon vorher mehr als rissig. Zersetzung bzw. der Zerfallsprozeß war schon Jahre davor im Gange, und zwar erfolgten sie immer stärker von der Peripherie aus (Polen/Ungarn und sicherlich auch durch ideologische Einflüsse aus dem kapitalistischen Ausland). Die Aussöhnung mit dem Kapitalismus im Zeichen des "neuen Denkens" und in deren Gefolge die einseitige Preisgabe der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zugunsten der ehemaligen Feinde führten ebenfalls nicht zur erwünschten Stabilisierung des inneren und äußeren Kräfteverhältnisses.

Angeblich hat die Perestroika seinem Lande zur Demokratie verholfen - so Gorbatschow in einem ZDF-Interview anläßlich der zehnjährigen Kanzlerschaft Helmut Kohls. Die Nachrichten aus der ehemaligen UdSSR und die ZDF- und ARD-Dokumentationen unserer Zeit stehen allerdings im fundamentalen Widerspruch zu solcher Meinung. Die FAZ vertrat erst unlängst zu Gorbatschows Politik folgende Meinung: "Gorbatschow wird im Rückblick auf die globalen Umwälzungen der letzten Jahre von den großen Politikern des Westens nun einmal weitaus mehr geschätzt als von den kleinen Leuten daheim - in beiden Fällen mit gutem Grund"⁴. Der marxistischen Linken brachte sie eine tiefe Krise und sehr bittere Lehren.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.10.1992.

Ursachen der Effizienzschwäche der Sowjetökonomie und das Scheitern der ökonomischen Perestrojka

Daß der Zerfall¹ der Staats- und Gesellschaftsordnungen des "realen Sozialismus" letztlich und vor allem den Funktions- und Effizienzschwächen ihrer spezifischen Produktionsweise geschuldet war, ist so gut wie unbestritten. Den eingehender Interessierten sind heute auch Fachpublikationen in zureichender Zahl zugänglich, um sich näher über Bedingungen, Ursachen, Zusammenhänge etc. der seit den frühen 70er Jahren zunehmenden ökonomischen Probleme dieser Gesellschaften zu informieren. Ich nehme dennoch die Einladung der Zeitschrift Z. zu diesem Beitrag an.

1. Wirkungen struktureller ökonomischer Systemmerkmale: exemplarische Effizienzdefizite

Die Mehrzahl der ökonomischen Funktions- und Effizienzdefizite der staatssozialistischen Produktionsweise läßt sich unmittelbar auf deren strukturelle Determinanten zurückführen. In einigen Fällen ist dieser Zusammenhang aber vermittelt, und zwar vermittelt durch spezifische, konkrete Modalitäten und Maßregeln der rechtskräftigen Regulative und der eingespielten Formen der Wirtschaftsplanung und -leitung. Auf die ange-deutete Unterscheidung kann im folgenden nicht immer verwiesen werden. Auch läßt sich infolge der Umfangsbegrenzung die Komplexität der Ursache-Folge-Wirkungen nicht zureichend herausarbeiten.

Eine weitere Vorbemerkung: Der renommierte polnische Ökonom Oskar Lange bezeichnete den Typus staatssozialistischer Ökonomie einmal als "Kriegswirtschaft sui generis".² Kriegswirtschaften, auch kapitalistische, zeichnen sich durch hochzentralisierte Entscheidungs- und Verfügungs-gewalt und durch Konzentration der ökonomischen Anstrengungen auf wenige prioritäre Ziele bei Vernachlässigung durchaus auch relevanter anderer wirtschaftlicher und sozialer Belange aus. Im Rahmen der jeweils objektiven Möglichkeiten sind Kriegswirtschaften im allgemeinen erfolgreich; aber es ist das keine Wirtschaftsweise auf Dauer. Die staatssozialistische Produktionsweise der UdSSR, der ja bestimmte Erfolge auch von Gegnern

¹ Es ist nicht ganz einfach, einen rundum zutreffenden Begriff für die hier angesprochenen Prozesse zu finden. Als alternative Kennzeichnungen wären z.B. möglich und werden auch gebraucht: Auflösung, Zusammenbruch, Selbstdemontage, Implosion u.a.

² In: Lange, O.: Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse, Wien, Köln, Stuttgart, Zürich 1964, S.32.

zuerkannt wurden, existierte aber etwa 55 Jahre ohne Veränderung ihrer Grundmerkmale. Dabei ist die These, sie habe zunächst gut funktioniert und deshalb rasche Industrialisierungserfolge erzielt, problematisch.

Wie eine Kriegswirtschaft, vermochte die sowjetische ökonomische Ressourcen zu mobilisieren und konzentriert einzusetzen³, aber ihre Fähigkeit zur Schaffung neuer Ressourcen war stets systemspezifisch beschränkt. Das läßt sich am besten durch die Unterscheidung von extensiven und intensiven Methoden und Formen der Produktivkraftentwicklung verdeutlichen⁴. In komprimiertester Weise läßt sich definieren, daß "extensiv" Vermehrung von Produktivkräften des gleichen Typs bedeutet (bzw. Erhöhung der Produktion durch vermehrten Einsatz von Wirtschaftsmitteln der bisherigen Art), während "intensiv" Fortentwicklung der Ressourcen (Produktionsmaterialien, Arbeitsmittel, Arbeitsorganisation und -qualifikation) meint. Die folgenden Beispiele werden diese Differenz dokumentieren.

Mit den strukturellen Merkmalen der staatssozialistischen Produktionsweise wurden zugleich deren Funktions- und Effizienzmängel reproduziert.⁵ Ohne den Zwang zur Umfangsbegrenzung ließe sich das an den Rechenschaftsberichten zeitlich weit auseinander liegender Parteikongresse der KPdSU nachweisen. Ich ziehe nachfolgend absichtlich den XIX., 40 Jahre zurückliegenden heran, muß es aber aus dem genannten Grunde den LeserInnen überlassen, sich z.B. im Protokoll des XXVII. Parteikongresses (1986) von der Kontinuität der aufgelisteten Mängel zu überzeugen. Sie betreffen allesamt Probleme der Durchsetzung intensiver Wirtschaftsmethoden.

Die folgenden Beispiele haben die Funktion der Illustration der praktisch-ökonomischen Konsequenzen der zuvor bezeichneten strukturellen Merkmale der staatssozialistischen Produktionsweise. Ihr exemplarischer Charakter, d.h. auch: ihre Unvollständigkeit, sei nochmals betont.

Unzureichende Nutzung der materiellen Wirtschaftsmittel

- "Eine der Hauptursachen für die Nichterfüllung staatlicher Pläne ist der ungleichmäßige Produktionsausstoß im Laufe des Monats...noch heute arbeiten viele Betriebe ruckweise...Das führt zu einer unvollständigen

³ Dieses sicher unter Stalin wirksamer als unter Breschnew oder gar Gorbatschow, aber diese Differenz beruht eher auf einem politischen als auf einem ökonomischen Systemunterschied.

⁴ Dazu im Kontext des gleichen Themas eingehender: Conert, H.: Die Ökonomie des unmöglichen Sozialismus. Krise und Reform der sowjetischen Wirtschaft unter Gorbatschow, Münster 1990, Teil I, Kapitel 3 und 4.

⁵ Dabei handelt es sich in doppeltem Sinne gleichsam um "erweiterte Reproduktion". Zum einen wächst eine Wirtschaft natürlich auch extensiv und verändert sich damit, so daß Funktions- und Effizienzmängel i.d.R. stärkeres Gewicht erhalten. Zum anderen wird der Abstand zu konkurrierenden Ökonomien, die sich intensiv reproduzieren, größer.

(Ausnutzung) der Produktionskapazitäten, zu Überstunden, zur Zunahme des Ausschusses und zur Störung der Arbeit in den Abnehmerbetrieben."⁶

Hier wie in den folgenden Fällen handelt es sich um eine auch später nicht überwundene Ausdrucksform von Unwirtschaftlichkeit. Die Situation ausgeprägter Knappheit sämtlicher produktiver Ressourcen trug zu Beginn der 30er Jahre wesentlich zur Konzeption und Praxis zentraler, plangeleiteter Ressourcenzuteilung an die Betriebe bei. Je weiter sich die Industrie ausdehnte und differenzierte, je weniger gelang in der Realität kontinuierliche, termin- und sortimentgerechte Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen und Vorprodukten. Da so gut wie keine Reserven eingeplant wurden, waren Lieferausfälle nicht kurzfristig behebbar. Konsequenz war der im Zitat beanstandete ständige Wechsel zwischen Produktionsstillstand und Hauruck-Erzeugung ("shturmowschtschina"). Diese Dauermisere führte später verstärkt dazu, daß Betriebe in dem Bestreben, sich von Zulieferungen unabhängig zu machen, "am Plan vorbei" die Eigenerzeugung von Vorprodukten u.ä. aufnahmen. Abgesehen davon, daß das mit unzulänglicher Ausrüstung erfolgte und die Resultate oft qualitativ schlecht waren, bedeutet es in volkswirtschaftlicher Dimension generell Effizienzminderung aufgrund der Rücknahme von Arbeitsteilung.

- "In vielen Betrieben läßt man es durch Mißwirtschaft und unsparbaren Verbrauch von Hilfs-, Roh- und Brennstoffen, elektrischem Strom, Werkzeug und anderen materiellen Werten zu großen Verlusten kommen, wobei die festgesetzten Verbrauchsnormen oft übertreten...werden...Der in allen Volkswirtschaftszweigen vorkommende Überverbrauch an Material-, Geld- und Arbeitskraftressourcen zeugt davon, daß viele Leiter das Sparregime vergessen haben..."⁷

Diese Kritik verkennt, daß die strukturellen Determinanten der staatssozialistischen Produktionsweise zentral verordnete Ökonomisierung (Effizienz) der betrieblichen Wirtschaftsprozesse illusorisch machen, weil sie keinen Indikator zur verbindlichen Orientierung der Arbeit der Betriebe ermöglichen, der alle Momente effizienten Wirtschaftshandelns zusammenfaßt. Genau das leisten eben die in dem Zitat angesprochenen Verbrauchsnormen nicht. Sie werden in den Ministerien erstellt und vermögen die konkreten und verschiedenartigen Bedingungen in den einzelnen Betrieben nicht zu erfassen. Die beschworene "Sparsamkeit" müßte dem unmittelbaren Interesse der betrieblichen Arbeitskollektive überantwortet werden, was letztlich verlangt, daß diese über weitreichende ökonomische Dispositions- und Aneignungskompetenzen verfügen. Innerhalb der Logik des gegebenen Planungs- und Leitungssystems hätte allerdings dem Ökonomisierungsaspekt eine höhere, sich auch in den Gra-

⁶ G. Malenkov: Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag über die Tätigkeit des Zentralkomitees der KPdSU(B), (Oktober 1952), Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, S.58/59.

⁷ ebenda, S.86 und 90.

tifizierungsbedingungen ausdrückende Priorität gegeben werden können, während die in dem Zitat getroffenen Feststellungen zu erkennen geben, daß quantitative Planerfüllung für die Arbeitskollektive vorrangiger Handlungsparameter ist.

Erzeugnisqualität

- "In verschiedenen Industriezweigen wird gegen die vom Staat geforderte Disziplin hinsichtlich der Qualität der Erzeugnisse verstoßen. Es kommen Fälle vor, wo den Verbrauchern minderwertige Erzeugnisse...geliefert werden, die mit den festgesetzten Normen...nicht übereinstimmen."⁸

Zur Kommentierung dieses chronisch gebliebenen Funktionsmangels der staatssozialistischen Wirtschaftsweise genügt der Verweis auf das zum zuvor angesprochenen Aspekt Gesagte. Hinzugefügt sei nur, daß "Es kommen Fälle vor..." eine sehr euphemistische Formulierung ist. Realistischer wäre "Häufig..." oder "In der Regel...".

Arbeitsproduktivität

- "Die in unserer Industrie vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität werden aber noch längst nicht vollständig ausgenutzt. Davon zeugt vor allem die Nichterfüllung der Pläne hinsichtlich der Arbeitsproduktivität in vielen Betrieben."⁹

Arbeitsproduktivität ist ein Indikator, in dem wesentliche effizienzbestimmende Momente von Wirtschaftstätigkeit zusammengefaßt sind (v.a. Ressourcenökonomie, Stand der Produktionstechnik, Arbeitsorganisation und -qualifikation). Postulatorisch wurde der Steigerung der Produktivität (des Wirksamkeitsgrades) der gesellschaftlichen Arbeit stets hohe Priorität zuerkannt. Wie jedoch an der Ressourcenökonomie gezeigt wurde, ist in der staatssozialistischen Produktionsweise die Gestaltung jedes einzelnen Moments gesellschaftlicher Arbeit, das sich im Indikator der Arbeitsproduktivität ausdrückt, prekär. Abgesehen von der Fragwürdigkeit des Zustandekommens der in dem Zitat angesprochenen Planaufgaben kann Arbeitsproduktivität z.B. durch Verzicht auf Materialökonomie gesteigert werden, indem viele und teure Vorprodukte verwandt werden, die in den Preis des Endprodukts, der Dividende bei der Berechnung der Produktivität, eingehen.

Technischer Fortschritt

- "Man muß die Mängel in der Ausnutzung der reichen Technik, über die wir verfügen, entschiedener beseitigen, muß das Programm der komplexen Mechanisierung und Automatisierung...in die Tat umsetzen, in allen Volkswirtschaftszweigen die neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik weitgehender einführen..."¹⁰

⁸ Ebenda, S. 59.

⁹ Ebenda, S. 61.

¹⁰ Ebenda, S. 63.

Hier ist nicht nur der zentrale Faktor für die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit angesprochen, sondern zugleich das für sich genommen wohl wesentlichste, für die Niederlage des "realen Sozialismus" in der Systemkonkurrenz entscheidende Funktionsdefizit seiner Produktionsweise. Zugleich haben wir es hier mit einem komplexen Sachverhalt zu tun, dessen Erklärung im gegebenen Kontext unmöglich ist.

Das Problem wirft vorab zwei Fragen auf: 1. Weshalb verhalten sich sowjetische Betriebsleitungen eher abweisend gegenüber dem Postulat, die Initiative zu technischen Produkt- und Prozeßinnovationen zu ergreifen? 2. Weshalb gelingt es der (vor allem angewandten) staatssozialistischen Forschung & Entwicklung nicht, Anschluß an die technologischen Trends der Ökonomien des entwickelten Kapitalismus zu gewinnen? Die zweite Frage bezieht sich auf ein so vielschichtiges Problem, daß sich jeder Versuch einer gerafften Antwort verbietet.¹¹

Die eingefahrene Praxis der Wirtschaftsplanung und -leitung gibt eine Reihe von Hinweisen zur Beantwortung der ersten Frage. Bei all den verschiedenen Aufgaben, die sowjetischen Betrieben gestellt wurden, hatte stets die Aufrechterhaltung der Produktion, die Erfüllung der Produktionsmengenpläne Priorität. Das aber ist bei technischen Umrüstungen größerer Dimension nicht möglich. Überhaupt war das Normensystem der Pläne in seiner Wirkung eher konservativ als dynamisch: kontinuierliche Fortsetzung bzw. Steigerung eingefahrener Produktionslinien war nicht nur leichter zu gewährleisten als Erfolge bei Produkt- und Prozeßinnovationen, sondern wurde - zumindest auf kurze Sicht - auch besser gratifiziert. Beide Innovationsarten zogen nämlich Planänderungen nach sich, die keineswegs ohne weiteres und rechtzeitig durch entsprechende Anpassung der Zulieferungen sowie anderer Bedingungen gestützt wurden.

Investitionspraxis

- "Statt die Produktion durch eine bessere Auswertung der inneren Betriebsressourcen zu erhöhen, fordern die Ministerien nicht selten vom Staat Kapitalinvestitionen für den Bau neuer Betriebe."¹²

Daß es in der frühen Phase der forcierten planwirtschaftlichen Industrialisierung (ab 1929/30) vor allem um Errichtung neuer Produktionskapazitäten ging, ist selbstverständlich. Seither hat sich in der UdSSR jedoch offenkundig die Auffassung verfestigt, neue Produktionsstätten seien besser als umgerüstete. Oder aber es sind wiederum Wirkun-

¹¹ Ich muß mich deshalb auf einige Literaturhinweise beschränken: Berliner, J.S.: *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge/Mass. u. London 1976; Amann, R.u. Cooper, J.(Eds.): *Industrial Innovation in the Soviet Union*, New Haven, London 1982; dieselben: *Technical Progress and Soviet Economic Development*, Oxford 1986; Lubrano, L. u. Solomon, G.S. (Eds.): *The Social Context of Soviet Science and Technology*, London 1979. In meinem in Fn. 11 genannten Buch habe ich im Abschnitt 4.6. von Teil I eine Zusammenfassung von Erkenntnissen, die diese Veröffentlichungen bieten, versucht.

¹² Malenkow, a.a.O., S.86.

gen des spezifischen Planungs- und Leitungssystems, die ein Verhalten, wie es in dem Zitat gerügt wird, provozieren. Denn obgleich schon während der 60er und 70er Jahre in verstärktem Maße der Vorrang von Investitionen in technologische Umrüstungen vor der Neuschaffung von Kapazitäten propagiert wurde, blieb die Praxis die alte.¹³ Auch dafür war neben anderem maßgeblich, daß Betriebe, die technische Umrüstungen vornehmen wollten, es schwer hatten, die notwendigen Ausfallzeiten in den Plänen berücksichtigt zu bekommen, ein Problem, das sich bei Betriebserweiterungen nicht stellte. Zugleich war die Beschaffung technisch moderner und geeigneter Anlagen schwierig, terminlich ungewiß und die Einfahrzeiten neuer Anlagen notorisch langwierig.

Ergänzende Thesen

Die hier nur lückenhaft und verkürzt mögliche Behandlung des komplexen Problems der Effizienzdefizite der staatssozialistischen Ökonomie wird Fragen anregen und Einwände provozieren. Die folgenden Thesen sollen zu gewisser Klärung beitragen:

- Der in der UdSSR entwickelte und verfestigte Typus staatssozialistischer Produktionsweise kann nicht pauschal als "asiatisches Zerrbild" originärer Visionen einer sozialistischen Ökonomie gedeutet werden. Er läßt sich sehr wohl mit einigen Vorstellungen, Grundpositionen und Orientierungen in Zusammenhang bringen, die in Formulierungen von Marx und Engels eine Stütze finden und die zum Sozialismusverständnis der Parteien der II. Internationale gehörten.¹⁴

- Die Funktions- und Effizienzdefizite der staatssozialistischen Produktionsweise traten als solche vor allem als relative hervor, nämlich im Verhältnis zur ökonomischen Effizienz entwickelter kapitalistischer Ökonomien. Es sollte jedoch nicht verkannt werden, daß sich auch eine authentische sozialistische Produktionsweise neben materialer durch formale ökonomische Rationalität¹⁵ (=Produktivität, Effizienz) kennzeichnen muß

¹³ Zwischen 1976 und 1982 sollten 41% der gesamten Investitionsmittel in Neuerrichtungen und Erweiterungen fließen, tatsächlich aber nahmen diese 75,3% in Anspruch. Für technische Umrüstungen und Rekonstruktionen verblieben nur 24,7%, obgleich 59% dafür vorgesehen waren; nach: Malygin, A.A.: *Planirovanie vosproizvodstva osnovnykh fondov*, Moskva 1985, Tabelle S. 162.

¹⁴ Einen indirekten Beleg dafür bietet die Argumentation in einer der frühen und theoriegeschichtlich prominenten sozialismuskritischen Arbeiten, in Ludwig Mises' "Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen" (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47.Jg., 1920/21, S.86 - 121). Der größte Teil der Einwände des Autors bezieht sich auf Grundregeln und institutionelle Lösungen, die genau der staatssozialistischen Ökonomie entsprechen, die Mises jedoch nicht der (noch gar nicht existenten) Empirie, sondern den zu Beginn des 20.Jahrhunderts verbreiteten Vorstellungen entnahm.

¹⁵ Im Sinne Max Webers; vgl. ders.: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Studienausgabe, Tübingen 1956, erster Halbband, § 9.

und daß die Funktionsschwächen der staatssozialistischen Ökonomie auch insofern durchaus genereller Art waren.

- Die Mehrzahl der angesprochenen Ursachen von Funktions- und Effizienzblockaden scheinen unmittelbar in der Ausgestaltung des Planungs- und Leitungssystems zu wurzeln, also korrigierbar zu sein, ohne die grundlegende gesellschaftliche Verfaßtheit der Produktionsweise zu tangieren. Diese wird jedoch von zwei m.E. unabwiesbaren Schlußfolgerungen in Frage gestellt: daß nämlich entwickelte gesellschaftliche Arbeitsteilung ökonomische Entscheidungs-, Dispositions- und Aneignungskompetenzen der wirtschaftenden Partikulargebilde (Betriebe) erheischt und daß ökonomisches Kalkül und Wirtschaftsrechnung nicht möglich sind, ohne daß die Beziehungen zwischen diesen segmentierten Einheiten (nicht formell, sondern authentisch) geldförmig vermittelt werden.

- Die Belastung der sowjetischen Wirtschaft durch die Rüstungsproduktion war enorm¹⁶ und trug empirisch und aktuell entscheidend zu ihrer Auszehrung und zur Delegitimation und Erosion der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bei. Dieser unbestreitbare Sachverhalt ist aber zu trennen von den strukturellen Funktionsdefiziten der staatssozialistischen Produktionsweise, die generell (wenngleich graduell und zeitlich modifiziert) auch ohne Rüstungslast wirksam gewesen wären.

- Die Funktionsweise der staatssozialistischen Ökonomie, wie sie meiner Erklärung von Effizienzdefiziten vorausgesetzt ist, wird zuweilen mit dem Argument bestritten, diese habe sich, vor allem im Verlauf der Breschnew-Ära, zu einer Verhandlungs-Ökonomie entwickelt (bargaining zwischen Betriebsleitern und Ministerien, zwischen Ministern und ZK-Instanzen, zwischen Regionalpolitikern und Unionsministerien etc.). Die sowjetische Fach- und Tagespresse der 80er Jahre belegt jedoch umfassend, daß die Hauptprobleme, mit denen sich Betriebsdirektoren, Verantwortliche in den Bereichen des Handels, des Transport und Bauwesens etc., Planer, Parteifunktionäre und Wirtschaftsadministratoren konfrontiert sahen (und die sie durch jene Verhandlungen für sich zu lösen suchten) Konsequenzen der zentralistisch-direktiven und naturalwirtschaftlichen Struktur- und Funktionsdeterminanten der etablierten Produktionsweise waren.

- Man mag darüber streiten, ob eine *Demokratisierung der Produktionsverhältnisse* in n e r h a l b der meiner Darstellung zugrunde gelegten Strukturbestimmungen der staatssozialistischen Produktionsweise möglich wäre. In gewisser Weise (z.B. demokratische Verfahren für die Aufstellung zentraler Pläne) ist das zumindest denkbar. Das Resultat würde sich in einer mehr oder minder umfassenden material-rationalen Fundierung der gesellschaftlichen und ökonomischen Beziehungen und Prozesse ausdrü-

¹⁶ In jüngerer Zeit fanden sich in der sowjetischen Presse zahlreiche Angaben über den Umfang des Rüstungssektors. Im Unterschied zu früher mit der Tendenz zur Aufbauschung, weichen die quantitativen Daten erheblich voneinander ab und variieren etwa zwischen einem Drittel und zwei Dritteln Anteil an der Gesamtindustrie.

ken (die im höchsten Maße wünschbar ist, aber hier nicht zur Diskussion steht), nicht jedoch *zugleich* und *notwendig* in höherer formaler Rationalität und damit Effizienz.

2. Das Scheitern der ökonomischen Perestrojka

Zur Situation der sowjetischen Wirtschaft Mitte der 80er Jahre

Die erste Plenumstagung des ZK der KPdSU nach M.Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär im März 1985 fand am 23. April statt. In seinem hier gegebenen Bericht konstatierte der neue Parteiführer:

"Es ist bekannt, daß gleichzeitig mit den erreichten Erfolgen in der ökonomischen Entwicklung des Landes in den letzten Jahren negative Tendenzen nicht geringe Schwierigkeiten hervorriefen...(Diese) sind bei weitem nicht überwunden und uns stehen große Anstrengungen bevor, um eine sichere Grundlage für eine rasche Vorwärtsbewegung zu schaffen."¹⁷

Nachfolgend benennt Gorbatschow die Probleme, wobei neben anderen alle von Malenkow 33 Jahre zuvor aufgezählten (vgl.oben) wieder auftauchen. Zu ihren Ursachen bzw. Erscheinungsformen gehören:

- Das Wirtschaftswachstum hatte seinen niedrigsten Stand seit Beginn der Industrialisierungsperiode erreicht. Wuchs das produzierte Nationaleinkommen jahresdurchschnittlich in der 9.Fünfjahrplansperiode (1971-75) noch um 5,7%, so in der darauf folgenden um 4,3 und danach von 1981-85 um 3,6%¹⁸

- Die langjährige Praxis prioritärer Entwicklung der Sektoren Brennstoffe und Energie sowie Metallurgie und andere Grundstoffe hatte eine disproportionale Zweigstruktur vor allem zu Lasten der Ver- und Gebrauchsgüter erzeugenden Bereiche hervorgebracht, die den Übergang zu einer effektiveren Wirtschaftsweise blockierte. Die erstgenannten Industrien nahmen etwa die Hälfte aller Investitionsmittel in Anspruch, obgleich ihre Produktionstechnik rückständig und die Arbeitsproduktivität niedrig blieben.

- Die Produktivität der Investitionen war, vor allem wegen des bereits erwähnten geringen Anteils von technischen Modernisierungen, deutlich rückläufig. Brachte in der 8. FJPI-Periode (ab 1966) ein Rubel Anlageinvestition noch 92 Kopeken Produktionszuwachs, so in der 11. nur noch 45 K.¹⁹

- Der Übergang von extensiven zu intensiven Faktoren des Wirtschaftswachstums kam nur schleppend voran, die erstgenannten überwo-

¹⁷ Materialy plenuma Central'nogo Komiteta KPSS, 23 Aprilja 1985 goda, Moskva 1985, S. 7/8 (russ., Übersetzung des Verf.s).

¹⁸ Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1985g., Moskva 1986. Später wurden auch in der UdSSR, m.E. berechtigterweise, diese Angaben als "geschönt" problematisiert.

¹⁹ Narodnoe chozjajstvo SSSR za 70 let, Moskva 1987, S.104.

gen weiterhin. Lediglich hinsichtlich der Nutzung der Produktionsmaterialien wurden bescheidene Erfolge erzielt. Dagegen stagnierte das Wachstum der Arbeitsproduktivität seit 1976 auf jahresdurchschnittlich etwa 2,5% und die Produktivität der Ausrüstungen und Anlagen nahm seit 1971 je FJPI-Periode um ca. 15% ab.²⁰

- Letzteres ist der wirtschaftsrechnerische Ausdruck der überlangen Nutzung und mithin hochgradigen stofflichen und "moralischen" Obsoleszenz der Produktionsanlagen. Solche mit mehr als 20 Jahren Nutzungsdauer sind eher die Regel als die Ausnahme. 1990 waren die Anlagen im überwiegenden Teil der Industrie zu mehr als 50% abgenutzt, um die Mitte der 80er Jahre schwankte die jährliche Erneuerungsrate von Ausrüstungen/Anlagen um nur 2%.²¹

- Ungeachtet hoher Investitionen in die Landwirtschaft, vor allem im Laufe der 70er Jahre, blieb deren Leistungsfähigkeit unzulänglich und die jährlichen Getreideinfuhren, die erst Ende der 60er Jahre aufgenommen wurden, nahmen seither regelmäßig zu. Jahresdurchschnittlich importierte die SU zwischen 1971 und 1988 fast 27 Mio t Getreide, insgesamt für 70 Mrd \$, was wesentlich zur negativen Handelsbilanz gegenüber den kapitalistischen Ländern beitrug.

- Der Umfang der Rüstungsproduktion belastete die Volkswirtschaft immer stärker und hemmte deren Entwicklung. Betrug ihr Anteil am Bruttonationalprodukt seinerzeit nach offiziellen Angaben nur 4,2%, so schätzte die US-Regierung ihn Mitte der 80er Jahre auf 15-17%, während gegenwärtig für die gleiche Zeit sogar 30% behauptet werden.²² Auf Weltmarktpreise umgerechnet, nahm die Rüstungsproduktion nach einer Analyse sowjetischer Experten 62-63% der gesamten Erzeugung des Maschinenbausektors (dem sie zugerechnet wurde) ein.²³

- Mit dem Rückgang der wirtschaftlichen Zuwachsraten begann die Entwicklung der materiellen Lebensbedingungen zu stagnieren. Allein um einen allzu spürbaren Rückgang der Realeinkommen zu vermeiden, mußte die Regierung Jahr für Jahr die Preissubventionen, vor allem für Nahrungsmittel, Kinderkleidung u.a.m. erhöhen, was nur noch durch ungedeckte Kaufkraftschöpfung bei durch das Festpreissystem verdeckt gehaltener inflationärer Tendenz möglich war.

- Zwei bei Gorbatschows Amtsantritt noch nicht lange zurückliegende Ansätze zu Wirtschaftsreformen hatten nichts oder wenig bewirkt. Der von

²⁰ Aganbegian, A.: The Challenge: Economics of Perestrojka, London, Melbourne etc. 1988, Tabellen S. 68 und 73.

²¹ Ekomimika i zizn, No. 7-1991, S.9. Diese Angabe bezieht sich auf 1990, jedoch auch zurückgerechnet fand Gorbatschow bei seinem Amtsantritt bereits eine entsprechend obsoleete Industrie vor.

²² Izvestija vom 16.6.1992, S.3.

²³ Kommunist, No. 1-1991, S.54.

1979²⁴, der mit völlig ungeeigneten Methoden administrativer und direkter Perfektionierung intensivere Ressourcennutzung erzielen sollte, wurde gar nicht erst verwirklicht²⁵; ein nach Breschnew unter dessen Nachfolger Ju. Andropov beschlossenes "Ökonomisches Experiment in großem Maßstab"²⁶ war konzeptionell - wenn auch in anderer Weise als der Beschluß von 1979 - so doch gleichfalls unzulänglich und brachte allenfalls einige eher propagandistisch behauptete als tatsächliche Anfangserfolge.²⁷

- Während der unter Gorbatschow als "Stagnationsperiode" gekennzeichneten, 18 Jahre währenden Breschnew-Ära hatte sich vor allem im Verlauf der 70er Jahre eine teils resignativ-apatheische, teils zynisch-atentistische Einstellung und Haltung erheblicher Teile der Gesellschaft gegenüber Staat und Politik sowie in bezug auf Arbeit und Beruf entwickelt. Sie fand treffenden Ausdruck in dem geflügelten Wort "Der Staat tut so, als bezahle er uns und wir tun so, als arbeiteten wir". So fand der neue Generalsekretär eine durch kollektive Einstellungen und Verhaltensdispositionen geprägte gesellschaftliche Atmosphäre vor, die erneuten Reforminitiativen nicht förderlich war.

Einige Prämissen und Leitlinien für die Realisierung der ökonomischen Perestrojka

"...aber das Leben, seine Dynamik, diktieren die Unerläßlichkeit weiterer Veränderungen und Umgestaltungen, des Erreichens eines qualitativ neuen Zustandes der Gesellschaft im weitesten Sinne des Wortes. Das sind vor allem die wissenschaftlich-technische Erneuerung der Produktion und das Erreichen des höchsten Weltniveaus der Arbeitsproduktivität."²⁸

So umschrieb Gorbatschow auf dem April-Plenum 1985 die höchst anspruchsvolle Aufgabenbestimmung im Bereich der Wirtschaft. Was dazu im einzelnen als erforderlich erachtet wurde und wie das im Prinzip erreicht werden sollte, deutete er gleichfalls an:

"...Übergang auf die Gleise intensiven Wachstums, allseitige Erhöhung der Effektivität...Umgestaltung der Leitung und Planung, der Struktur- und Investitionspolitik...in grundlegender Weise den Arbeitsstil verbessern...Aktivierung des menschlichen Faktors...Verantwortlichkeit und

²⁴ Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 12.7.1979: "Über die Verbesserung der Planung und die Stärkung der Wirksamkeit des Wirtschaftsmechanismus auf die Erhöhung der Produktion und die Qualität der Arbeit", in: Sobranie postanowlenij pravitel'stva SSSR, No.18-1979, S. 390-429.

²⁵ Vgl.z.B.: Bronstein, M.: Improving the Soviet Economic Mechanism, in: Soviet Studies, Nr. 1-1985, S. 1 - 30.

²⁶ Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrats der UdSSR vom 14.7.1983. "Über ergänzende Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte der Produktionsvereinigungen (Betriebe) der Industrie...", in: Sobranie postanowlenij..., No. 20-1983, S. 339-348.

²⁷ Vgl. z.B.: Conert, H.: Wirtschaftsexperimente in der UdSSR - Umriss einer ökonomischen Strategie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Zeitschrift "Das Parlament", No. 46/47-1985, S. 3 - 18.

²⁸ Materialy plenuma... a.a.O. (Fn. 17), S.7.

Disziplin...Kampf gegen Verschwendung und Verluste...rascher Übergang zur Erzeugung neuer Generationen von Maschinen und Ausrüstungen...Verringerung der Materialintensität...entscheidende Verbesserung der Qualität der Erzeugnisse...Erweiterung der Rechte der Betriebe, ihrer Selbständigkeit...Einführung der Wirtschaftsrechnung...Erhöhung der Verantwortlichkeit und Interessiertheit der Arbeitskollektive in Bezug auf die Arbeitsresultate...höhere Anforderungen an die Planung...zugleich Entlastung der Pläne der Betriebe von der Überzahl an Kennziffern..."²⁹

Hinsichtlich dieser Postulate und Absichtsbekundungen wurden in den folgenden Jahren z.T. mehrfache Beschlüsse gefaßt. Aber über eine umfassende, analytisch sorgfältig begründete, sachlich überzeugend fundierte und in sich kohärente ökonomische Reformkonzeption verfügten die Protagonisten der Perestrojka in den ersten zwei Jahren nach Gorbatschows Amtsantritt nicht.³⁰

Das Juni-Plenum des ZK der KPdSU 1987 verabschiedete ein Reformpapier, dem die Funktion einer solchen entscheidungs- und handlungsleitenden Konzeption offenbar zugedacht war³¹, das den angedeuteten Ansprüchen in theoretischer, formaler und sachlicher Hinsicht jedoch nicht gerecht wurde. Auf seiner Grundlage wurden 11 funktionsbereichsspezifische Beschlußtexte ausgearbeitet, die ihrerseits wiederum im Hinblick auf reformpolitische Reichweite, Fundiertheit und Kohärenz hinter dem ZK-Beschluß zurückblieben³² und deren inkonsequente und selektive Umsetzung in die Wirtschaftspraxis ab Anfang 1988 die krisenhaften Keime der sowjetischen Ökonomie zur offenen Eskalation trieben.

Die schwierige und letztlich nicht zuverlässig beantwortbare Frage, ob diese Entwicklung unvermeidbar war, wird später kurz aufgenommen. Da hier der Prozeß der Entwicklung und des Scheiterns der Wirtschaftsreform unter Gorbatschow nicht nachgezeichnet werden kann, seien - unvollständig und stark verkürzt - einige Prämissen bzw. Grundregeln formuliert, von denen ein im Sinne der Postulate Gorbatschows stringenter Reformansatz

²⁹ Ebenda, S. 7 - 12.

³⁰ Das scheint umso erstaunlicher, als Gorbatschows ökonomischer Hauptberater während seiner ersten Amtsjahre, Abel Aganbegjan, einmal in der Zeitschrift EKO mitteilte, daß er und andere kritische Wirtschaftsexperten von Gorbatschow schon längere Zeit vor seiner Wahl zum Generalsekretär regelmäßig zu Konsultationen herangezogen wurden. Aber nach 1985 erwies sich allgemein, daß die Stärke dieser Ökonomen in fundierter Kritik der staatssozialistischen Produktionsweise lag und daß sie zur Entwicklung einer *alternativen sozialistischen Konzeption* entweder nicht motiviert oder nicht befähigt waren.

³¹ "Hauptleitsätze der grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftsleitung"; Text u.a. in: Ekonomiceskaja gazeta, No.27-1987, S. 11 - 14.

³² Ein Grund dafür war, daß diese Texte unter weitgehendem Ausschluß kritischer Wissenschaftler von Experten jener Instanzen der Wirtschaft erarbeitet wurden, um deren Umgestaltung es ging (des Staatskomitees für Preise z.B. für die Preisreform etc.). Eine kritische Bewertung einiger dieser Texte findet sich in meinem in Fn. 4 genannten Buch, S. 154 - 158.

hätte ausgehen müssen. Drei essentials, die Gorbatschow explizit und implizit wiederholt betonte, werden dabei vorausgesetzt:

- die UdSSR soll die Souveränität über ihre Wirtschaft bewahren,
- die staatssozialistische Produktionsweise der UdSSR soll grundlegend transformiert werden, aber nicht in eine kapitalistische,
- Funktionsfähigkeit und Effizienz der Wirtschaft sind entscheidend zu verbessern.

Einige Prämissen:

- Der Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung ist ein langfristiger, rasche durchschlagende Erfolge sind nicht zu erwarten.
- Gleichwohl sind das Gelingen der Umgestaltung und damit längerfristige Erfolge nur möglich, wenn von Beginn an die beschlossenen Schritte konsequent verwirklicht werden. Das bedeutet nicht stures Festhalten an allen begonnenen Maßnahmen, wenn diese sich als generell ungeeignet erweisen, was durch systematische Begleitforschung zu ermitteln ist. Nicht jedes auf kurze Sicht negative Resultat belegt für sich schon die Ungeeignetheit eines Reformelements.
- Der Reformansatz ist ein gradualistischer und differenzierter. Tiefgreifende Änderungen werden nicht abrupt und umfassend, sondern in Etappen verwirklicht. Die Methoden und Maßnahmen in den einzelnen Bereichen der Ökonomie sind der Ausgangslage, den Möglichkeiten und Zielen gemäß verschiedenartig.
- Keine traditionelle kampagnenförmige Propagierung der Reform, die unerfüllbare Erwartungen auslöst!
- Die fundamentale Umgestaltung der sowjetischen Ökonomie umfaßt zwei Aufgabenkomplexe, deren Differenz nicht durch gemeinsame Subsumtion unter den Begriff "Reform" verwischt werden darf. "Reform" bezieht sich auf die Veränderung der Produktionsweise, auf das, was in der UdSSR mit "Wirtschaftsmechanismus" bezeichnet wurde (vor allem das System der Wirtschaftsplanung und -leitung). Zugleich aber müssen die oben bezeichneten strukturellen Disproportionen, die stofflichen Konsequenzen verfehlter Investitionspraxis, die infrastrukturellen Defizite u.a.m. überwunden werden. Die Reformer müssen sich bewußt sein, daß sich die Lösung beider Aufgaben einerseits in gewisser Weise bedingt, daß andererseits eine bestimmte Antinomie zwischen ihnen existiert: die Reform im engeren Sinne führt nicht von selbst zur Überwindung der bezeichneten Defizite, ihr Erfolg setzt diese eher voraus. Sie erheischt aber Methoden der Lenkung ökonomischer Prozesse, die die Reform eher ausschalten will. Das sich so ergebende Dilemma ist nicht unlösbar, stellt an die Verantwortlichen aber hohe Anforderungen.
- Das Reformkonzept in seiner Ganzheit muß politisch von allen einflußreichen Gruppierungen unterstützt werden. Zur Gewinnung einer tragfähigen

gen Mehrheit sind alle Konsequenzen sowohl der Reform wie des Verzichts auf diese auf sachlicher Grundlage öffentlich umfassend zu erörtern. Ist nach intensiven Bemühungen ein entsprechender Konsens nicht erreichbar, müssen die Protagonisten des Projekts bis zur Bildung neuer Mehrheiten auf seine Realisierung verzichten.

Einige Leitlinien:

- Ausgangspunkt der Reform ist ein struktureller, materieller, technologischer etc. Zustand der Wirtschaft, der diese auf dem von den entwickelten kapitalistischen Ökonomien beherrschten Weltmarkt weitgehend konkurrenzunfähig macht. Sich unter diesen Voraussetzungen auf rasche Integration in den Weltmarkt einzulassen, bedeutet mit höchster Wahrscheinlichkeit die Aufgabe der Souveränität über die eigene Volkswirtschaft und die Bestimmung ihrer Entwicklung durch externe Interessen und Einwirkungen.³³

- Das Hauptproblem zügiger Überwindung der zahlreichen strukturellen, materiellen u.a. Mängel der sowjetischen Wirtschaft liegt darin, die enormen dazu erforderlichen Finanzmittel und (mehr noch) sachlichen und personalen Ressourcen verfügbar zu machen. Dazu müßten mehrere Ansätze zugleich unternommen werden:

- Gewährleistung von gezieltem Ressourceneinsatz und größter Sparsamkeit durch sorgfältige Prioritätenbestimmung;

- rasche Entlassung jener Wirtschaftszweige und Teilbereiche aus staatlicher Bevormundung und zugleich Verantwortung, die a) bereits zu rentabler Wirtschaftstätigkeit befähigt sind, die b) in dieser Fähigkeit vor allem durch die administrativ-direktive Planungs- und Leitungspraxis blockiert werden (wie z.B. die Landwirtschaft) sowie c) jene, die mit gezielter Förderung relativ bescheidenen Umfangs Rentabilität erreichen können;

- substantielle Verringerung der Rüstungsausgaben und gezielte Umstellung der Kapazitäten auf anspruchsvolle zivile Forschung & Entwicklung sowie auf Erzeugung vor allem von technisch avancierten Ausrüstungen/Anlagen (neben Fortführung der bereits praktizierten Gebrauchsgüterherstellung);

- konsequente Importsubstitution, vor allem bei Agrarprodukten³⁴ zur Freisetzung von Devisen für die Einfuhr entwicklungsbestimmender Ausrüstungen und Anlagen höchster Prioritätsstufe;

³³ Diese Erfahrung wird durch aktuelle Tendenzen in der russischen Wirtschaft voll bestätigt. War Gorbatschows Vision Weltmarktfähigkeit der verarbeitenden, technologisch anspruchsvollen sowjetischen Industrie, so ist Rußland heute im Interesse der Fähigkeit zur Bedienung der Schuldverpflichtungen zur Steigerung der traditionellen Exporte von Energieträgern, Erdölprodukten und anderen Rohstoffen "um jeden Preis" gezwungen.

³⁴ Vor geraumer Zeit erschienen in der sowjetischen Fach- und Tagespresse ständig Artikel, meist von Agrarfachleuten, die die Möglichkeit substantieller Reduktion der Importe landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu belegen suchten.

- Stimulierung genossenschaftlicher, kommunaler und privater Wirtschaftstätigkeit im kleingewerblichen Bereich, im Bauwesen, im Handels- und Dienstleistungssektor bei gleichzeitiger rechtlicher und faktischer Blockierung parasitärer und anderer Mißbrauchsformen;

- Nutzung von Auslandskrediten und -investitionen, wo ökonomisch nutzbringende, die autozentrierte Reform- und Wirtschaftspolitik respektierende Konditionen gewährleistet sind;

- Ausgehend von der Erkenntnis, daß ökonomisch rationale Wirtschaftstätigkeit erhebliche Eigenständigkeit der Grundeinheiten, der Betriebe, verlangt, zugleich aber von der Einsicht, daß diese in großen Teilen der Industrie infolge unzureichender Voraussetzungen noch nicht im wünschbaren Ausmaß realisiert werden kann, muß die überkommene administrativ-direktive Praxis der Wirtschaftsplanung in einem zielgerichteten Prozeß quantitativ reduziert, institutionell umgebildet und funktional neu konzipiert und umgestellt werden. Analog, aber noch zügiger und tiefgreifender, ist die Planung so zu verändern;

- "Markt" darf nicht vom Unbegriff zur Zauberformel umstilisiert werden. Der Begriff meint seit der Entfaltung des industriellen Kapitalismus eher das Prinzip als den Ort der materiell-monetären Tauschbeziehungen zwischen "unabhängigen Warenproduzenten", ohne die formale ökonomische Rationalität und mithin Effizienz nur höchst eingeschränkt zu gewährleisten sind. Allerdings sollte das Marktgeschehen transparent, kontrollierbar und beeinflussbar sein, wozu Formen, Institutionen und Methoden zu entwickeln sind, deren Träger und Agenten eher gesellschaftliche Organisationen und Gruppen als staatliche Organe sind. Damit diese wirksam sein können, sind vielfältige Formen gesellschaftlichen Produktionsmittelseigentums zu entwickeln. Entsprechendes Privateigentum sollte im wesentlichen auf Sektoren und Bereiche wie die oben genannten beschränkt bleiben.

- In der Phase der Reformverwirklichung werden allerdings staatliche Organe und Instanzen noch Entscheidungs-, Verfügungs- und Lenkungskompetenzen behalten, die sukzessive zu reduzieren und auf gesellschaftliche Institutionen und Gruppen zu übertragen sind. Die Notwendigkeit gleichzeitiger realer Demokratisierung und so begründeter Legitimitätsbeschaffung zum einen, die Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität und der strukturellen und institutionellen Grundlagen sozialistischer ordnungspolitischer Provenienz zum anderen stellen die Protagonisten der Perestrojka im Sinne M. Gorbatschows vor die wohl größte Herausforderung.

Das Scheitern der Wirtschaftsreform unter Gorbatschow

Den LeserInnen wird aufgefallen sein, daß zuletzt anachronistisch argumentiert wurde, so als stünde die Realisierung der wirtschaftsreformer-

schen Konzeption Gorbatschows in der UdSSR noch bevor, als sei sie nicht bereits gescheitert und die SU existiere noch.

Die Auflistung von Prämissen und Leitlinien für eine Reform der staatssozialistischen Produktionsweise, wie sie in Ansätzen und Zielbestimmungen in den Gorbatschow-Zitaten grob angedeutet ist, soll Realisierungsbedingungen verdeutlichen. Damit wird zwar *nicht* behauptet, deren Beachtung hätte Verwirklichung und Erfolg der ökonomischen Perestrojka garantiert. Möglich ist aber der Umkehrschluß, daß nämlich die - empirisch leicht nachweisbare - Mißachtung der Mehrzahl dieser konzeptionellen, politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen eine erfolversprechende Durchsetzung des Projekts unmöglich machte. Eine empirisch fundierte Analyse der Reformentwicklung von 1985 bis 1991 liefert dazu eindeutige Nachweise³⁵. Dafür können hier nur noch zwei Beispiele angeführt werden:

1. Im Verlauf der beiden ersten Jahre der Amtszeit Gorbatschows wurde zwar viel über die Wirtschaftsreform geredet und geschrieben, im strikten Sinne des Begriffs "Reform" aber keine wesentlichen Schritte eingeleitet. Dafür wurde in dieser Phase eine ganze Reihe von Schwerpunktprogrammen beschlossen, die prioritäre Ziele oder besonders ausgeprägte Problembereiche betrafen. Das früheste Programm dieser Art war das zur raschen und umfassenden technologischen Modernisierung des Maschinenbausektors. Diese Priorität war sachlich begründet; sie erheischte jedoch Mittel in einem Umfang³⁶, der nur bei größter Anstrengung und günstigen Rahmenbedingungen aufzubringen war. In ziemlich kurzer Folge wurden jedoch weitere ähnliche Programme beschlossen. Sie waren weder von der finanziellen noch von der materiellen Seite her gedeckt und blieben ganz überwiegend einfach im Stadium papierener Deklarationen.

2. Nach dem XXVII. Kongreß der KPdSU (März 1986) propagierte Gorbatschow verstärkt die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Er sah darin ohne Zweifel eine unerläßliche Flankierung der Wirtschaftsreform. Bremsende Parteifunktionäre und Bürokraten der Wirtschaftsadministration, die frühere Reformansätze obstruierten, sollten aus der Gesellschaft unter Druck gesetzt werden. Zugleich erhoffte Gorbatschow eine aktivierende Breitenwirkung, die die oben angedeutete lähmende gesellschaftlich-politische Atmosphäre überwinden sollte. Daß dieser im Prinzip begrüßenswerte Ansatz jedoch in die Erosion und in den schließlichen Zusammenbruch der staatlich-politischen Ordnung einmündete, war von Gorbatschow (entgegen mancher seiner heutigen Bekundungen) mit Si-

³⁵ Siehe hierzu: Hoffer, Frank: Perestroika. Die unfreiwillige Zerstörung des sowjetischen Gesellschaftszusammenhangs oder warum das letzte Gefecht verloren ging, Marburg 1992.

³⁶ Vorgesehen wurden 200 Mrd R. im 12. FJPI (1886-1990), in dessen Endphase die naturwüchsige Auflösung der überkommenen Planwirtschaft fiel, so daß vom Auslaufen des 12. FJPI niemand mehr Notiz nahm.

cherheit nicht intendiert. Daß diese so ausgelöste Dynamik nicht antizipierbar gewesen sein soll, ist schwer nachvollziehbar. Die eingetretene Entwicklung zeugt vielmehr von purem Pragmatismus und Voluntarismus, von völlig unzureichender konzeptioneller, analytischer, sachlicher Vorbereitung eines zentralen Reformschritts, der eine Dynamik auslöste, die schon bald nicht mehr steuerbar war.

War das Scheitern der Perestrojka in ihrem Ursprungs- und Schwerpunktbereich, der Ökonomie, vorbestimmt und unvermeidbar? Mit einiger Distanz zur Gesamtheit der empirischen Bedingungen argumentiert, nicht; auf einer solchen Ebene lassen sich ex post klug und realistisch erscheinende Alternativszenarien entwickeln. Mit jedem Schritt Verringerung dieser Distanz wird jedoch die Skepsis größer. Zumal wenn man die Gesamtbedingungen der Ausgangslage und die in der Reformphase ausgelösten Widersprüche, aktivierten Gegenkräfte, auftretenden Probleme aller Art zur Kenntnis nimmt, werden so viele dem Projekt entgegenwirkende Faktoren deutlich, daß der Mißerfolg als schlechthin unausweichlich erscheint.

Erstaunlich ist dann vielleicht nur noch, daß es *diese Form* des Mißerfolgs war, die sich durchsetzte. Aber man darf auch nicht verkennen, daß die im Prinzip sicher gebotene³⁷ Dosierung der Eröffnung gesellschaftlicher und politischer Freiheiten zwar möglicherweise die Hegemonie des Bündnisses von radikalliberalen "Westlern", exkommunistischen Konvertiten und gemäßigt russisch-nationalen Antikommunisten verhindert hätte, daß die Alternative aber kaum die offenkundig in keiner Phase mehrheitsfähige Position Gorbatschows ("fundamentale Umgestaltung der gesamten Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage") war, sondern ein Machtkartell aus Reformgegnern und gemäßigten Reformbefürwortern, russischen Nationalisten, der Armee, dem Geheimdienst und den zahlreichen Gruppen Privilegierter der staatssozialistischen Ordnung. Ein Urteil darüber zu fällen, welche der realistischen Alternativen die "bessere", wünschbarere, konstruktivere und perspektivenreichere war, ist mit Anspruch auf Verallgemeinerbarkeit nicht möglich, es wäre zudem verfrüht und nach meiner Überzeugung durch nicht unmittelbar Betroffene auch nicht legitimiert.

³⁷ Plädoyers für dieses Gebot seitens a) ex-sowjetischer und b) durchaus nicht konservativer, gar orthodoxer oder russisch-nationalistischer Gewährsleute sind selten. Aber es gibt sie. Eher implizit beim russischen Vorzeige-Linken Boris Kagarlizky, z.B. in: Russia on the Brink of New Battles, in: New Left Review, No. 192 (1992), S.85-97. Explizit in zwei Interviews mit Prof. Vadim Meshuev, in: Brie.M.u.Böhlke, E.: Rußland wieder im Dunkeln, Berlin 1992, S. 21-30 sowie Dialog, No. 4/5-1992, S. 33-36 (russisch).

Schlußbilanz — DDR

Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik

Von

Günter Kusch, Rolf Montag
Günter Specht und Konrad Wetzker

155 S. 1991. DM 68,-

ISBN 3-428-07143-3

Mit der „Schlußbilanz-DDR“ legt das **Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V.** erstmalig Ergebnisse seiner Forschungsarbeiten einer breiten Öffentlichkeit vor. Ehemalige DDR-Ökonomen legen darin ihr Urteil zum Scheitern der Planwirtschaft im Osten Deutschlands dar.

Das Institut, das aus dem früheren Ökonomischen Forschungsinstitut der Staatlichen Planungskommission hervorgegangen ist, hat sich im Dezember 1990 als privater Verein neu gegründet und unternimmt damit die ersten Schritte auf dem Wege zur selbständigen und unabhängigen empirischen Wirtschaftsforschung.

Das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e.V. will die radikalen Umwandlungsprozesse verfolgen und bewerten, die sich aus dem dreifachen Anpassungsschock für die Beitrittsländer ergeben, nämlich durch

- die deutsche Einigung seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion,
- die damit verbundene Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und die Folgen der Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992 und schließlich durch
- die Öffnung der mittel- und osteuropäischen Länder und die Transformation ihrer Planwirtschaften in die soziale Marktwirtschaft.

Von allen drei Schocks werden tiefgreifende Veränderungen in der industriellen Arbeitsteilung, der Produktion, den Außenhandelsströmen und der Beschäftigung in den Beitrittsländern ausgehen.

Duncker & Humblot · Berlin

Hans Luft

Effizienzschwächen des Staatssozialismus in der DDR und systemimmanente Alternativen

Die gegenwärtige Situation

Nach dem Ende des von Nazideutschland entfesselten II. Weltkrieges gab es überall in Europa - allen voran in Osteuropa - eine lange Phase des wirtschaftlichen Aufbaus. Heute, nach dem Ende des kalten Krieges, sind bei den Verlierern in der zerbrochenen Sowjetunion und in Osteuropa Zerstörung und Bürgerkrieg angesagt. Ein Ende ist noch nicht abzusehen. Da ist der friedliche Umbruch in Ostdeutschland beinahe schon eine positive Ausnahme, aber vom Aufbau ist auch hier noch nicht viel zu spüren.

Verdrängung ostdeutscher Waren vom Binnenmarkt auch bei konkurrenzfähigen Parametern infolge der Übermacht westdeutscher Lieferanten mit ihren nicht ausgelasteten Kapazitäten und das Wegbrechen wichtiger osteuropäischer Märkte haben zu Massenentlassungen und Schließung von Betrieben, Auflösung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften und Stilllegung von mehr als 12 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche geführt. Standorte des Werkzeug- und Textilmaschinenbaus mit über 150-jähriger Tradition wie z.B. im Chemnitzer Raum sind vom Niedergang betroffen, die Krise der Textilindustrie scheint nicht lösbar. Es besteht die Gefahr, daß weite Regionen der neuen Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern, Erzgebirge, Thüringer Wald, Eichsfeld und Lausitz wieder zu Notstandsgebieten werden. Das Armenhaus Deutschlands waren sie schon einmal, allerdings vor 1945.

Aber auch im Gesundheitswesen und in der Wissenschaft überwiegt die "Abwicklung" genannte Schließung von Polikliniken, Forschungs- und Lehrinrichtungen. Der Wohnungsbau gar fiel noch hinter das Niveau der Jahre 1949/1950 zurück. Damals wurden jährlich in der DDR 29 bis 30 000 Wohnungen gebaut, 1991 im Osten Deutschlands nur noch 25 000, 1990 waren es noch etwas über 60 000, 1989 83 361 Neubauwohnungen¹. Und das bei einem Fehlbedarf in ganz Deutschland von 2,5 Millionen Wohnungen, steigenden Mieten und arbeitslosen Bauarbeitern.

¹ Siehe Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 198.

Zukunftsangst und Gewaltbereitschaft

Da also im Osten Deutschlands immer weniger produziert und gebaut wird - während das Bruttoinlandsprodukt in den alten Bundesländern 1991 noch um 3,4 Prozent gewachsen ist (1990 infolge der gestiegenen Nachfrage der Bevölkerung der DDR sogar um 4,7 % statt der prognostizierten 3,7 %), ging es in den neuen Bundesländern um über ein Drittel zurück, wobei an dem Wachstum in den alten Ländern immerhin über 750 000 Pendler und Übersiedler aus dem Osten Deutschlands ihren Anteil haben -, muß dort die Arbeitslosigkeit in ihren offenen und verdeckten Formen finanziert werden. Die Menschen sind über die erzwungene Untätigkeit, darüber, daß seit der Währungsunion fast jeder zweite seinen angestammten Arbeitsplatz verloren hat, keineswegs glücklich. Während die Preise und Verkehrstarife zügig an das westdeutsche Niveau angenähert werden, bleiben Löhne und Gehälter nach wie vor zurück. Diese soziale Unsicherheit führt zu einer Zukunftsangst, wie sie zu DDR-Zeiten unbekannt war. Indiz dafür ist der dramatische Rückgang der Geburten in Ostdeutschland auf etwa die Hälfte des Standes von 1989.

Wie das alles mit der Hinterlassenschaft der DDR erklärbar ist, bleibt das Geheimnis der Boulevardpresse. Auf jeden Fall können die viel beschworenen "Selbstheilungskräfte" des Marktes, die schon im Westen Deutschlands nicht eine heile Welt hinterlassen haben, die ostdeutschen Probleme nicht allein lösen. Sie bedürfen zumindest einer Ergänzung durch die Einwirkung der Gesellschaft von den Kommunen und Regionen über den Staat bis zu den internationalen Gemeinschaften wie z.B. der EG. Dabei steht jedoch der Staat als Träger der Währungshoheit in besonderer Weise in der Pflicht, noch dazu, wenn ihm ein anderer beigetreten wurde.

Viele Firmen aus den alten Bundesländern sind schon aus Konkurrenzgründen nicht unbedingt an der weiteren Existenz von Betrieben mit gleichem Profil im Osten Deutschlands interessiert, höchstens an deren unverschuldeten Immobilien. Lieber lasten sie bei steigender Nachfrage kurzfristig ihre Kapazitäten durch Einstellung von Pendlern besser aus, statt sich mit neuen Betrieben im Osten zu belasten, zumal wenn eine Rezession droht.

Nach Berichten der Bundesbank haben die westdeutschen Unternehmen 1991 670 Milliarden DM angesammelt, investiert wurden aber in Ostdeutschland 1991 nur 41 Milliarden, davon 15 Milliarden von der öffentlichen Hand in die Bereiche Telecom und Energieversorgung. 180 Milliarden DM gingen als Transferleistungen in den Osten, aber eben nicht in die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern zur sozialen Absicherung der Entindustrialisierung, was nicht einmal Steuerzahler schafft. Hier wird das ganze Dilemma des Kapitalismus deutlich, Unternehmen rechnen nur betriebswirtschaftlich, volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Auswirkungen bleiben unberücksichtigt, wie es schon Karl Marx analysierte.

"Gesellschaftlich betrachtet, wächst die Produktivität der Arbeit auch mit ihrer Ökonomie. Dies schließt nicht nur die Ökonomisierung der Produktionsmittel ein, sondern die Vermeidung aller nutzlosen Arbeit. Während die kapitalistische Produktionsweise in jedem individuellen Geschäft Ökonomie erzwingt, erzeugt ihr anarchisches System der Konkurrenz die maßloseste Verschwendung der gesellschaftlichen Produktionsmittel und Arbeitskräfte, neben einer Unzahl jetzt unentbehrlicher, aber an und für sich überflüssiger Funktionen."²

Und trotz dieses dem Kapitalismus wesenseigenen Dilemmas war er gegenüber dem Sozialismus in Europa insgesamt wie auf deutschem Boden überlegen. Woran lag das, was waren die Effizienzschwächen des Sozialismus in seinem frühen Stadium?

Bei einer solchen Analyse fällt auf, daß der ökonomische Rückstand der DDR mit ihren traditionsreichen Industriestandorten gegenüber der Wirtschaft der BRD mit der Zeit insbesondere unter dem Einfluß des Aufkommens und der Verbreitung der Hochtechnologien anwuchs und zu einem immer größeren, schließlich die Existenzkrise der DDR heraufbeschwörenden Dilemma zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei zunehmender Erwartungshaltung der Bevölkerung führte. Aber selbst in den 80er Jahren gab es in der DDR-Wirtschaft nicht nur Stagnation, sondern ernst zu nehmende Innovationen in vielen Bereichen³. Einem veralteten Kapitalstock (Gebäude aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, Maschinen und Anlagen der 30er Jahre) standen andernorts modernste Anlagen aus Importen sowie eigener Produktion in neuen Gebäuden gegenüber. Hohe Qualifikation und die Fähigkeit, auch schwierige Situationen zu meistern, zeichneten die Beschäftigten aus. Und schließlich funktionierte die Wirtschaft auch nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze, wurde sie trotz mancher Bemühungen Außenstehender nicht kaputtgestreikt. Woran lag also der ökonomische Rückstand, was waren die größten Effizienzschwächen des Staatssozialismus am Beispiel der DDR?

Fehlende Konvertibilität der DDR-Mark und Nachfragemarkt

Die erste und zugleich wesentlichste Effizienzschwäche des Staatssozialismus in der DDR war die im Verlaufe der Zeit immer mehr zurückgehende materielle Interessiertheit der Erwerbstätigen, die durch moralische An-

² Karl Marx. Das Kapital. Erster Band. MEW, Bd. 23, Berlin 1969, S. 552.

³ Aus eigenen Untersuchungen kann ich hier nennen die Erneuerung der Wirktechnik für Frottierwaren (nach ihren Erfindern Lindner und Roscher Liropoltechnologie genannt), die Patentierung der ersten Flachrundstrickmaschine über den Diamant-Jacquard-Flachstrickautomaten bis zur elektronisch gesteuerten Flachstrickmaschine Comnit im VEB Kombinat Textima Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz). Im VEB Kombinat Chemieanlagenbau Leipzig-Grimma wurden gemeinsam mit dem Zentralinstitut für Schweißtechnik Halle Schweißautomaten für den Hochdruckapparatebau mit seinen extremen Anforderungen entwickelt.

reize und Betriebsverbundenheit nicht mehr ausgeglichen werden konnten. Es war dies nicht in erster Linie eine Frage des Lohn- und Gehaltssystems gewesen - obwohl die Gleichmacherei zwischen der Vergütung von Produktionsarbeitern einerseits und Meistern, ingenieur-technischem Personal sowie Angestellten andererseits, ohne nun etwa die Spitzengehälter in der BRD rechtfertigen zu wollen, und die Unterwanderung des Tarifsystems bei Sonderbauvorhaben und anderen außerplanmäßigen Maßnahmen ein effektives Wirtschaften hemmte -, sondern eine Folge des Nachfragemarktes mit seinen Defiziten und der fehlenden Konvertibilität der Währung. Beides wurde unmittelbar nach Kriegsende kaum als Mangel empfunden, anders 40 Jahre danach. So ist auch der Enthusiasmus beim Aufbauwerk der Nachkriegsjahre zu erklären. Die sich stabilisierende Versorgung mit Waren des Grundbedarfs bei gleichzeitiger Möglichkeit eines Einkaufs in der HO zu höheren Preisen bis zur vollständigen Abschaffung der Lebensmittelkarten 1958 schufen Vertrauen in die "Ostmark". Schließlich war trotz offener Grenze in Berlin der Wechselkurs in den Westberliner Wechselstuben während der zweiten Hälfte der 50er Jahre bei 1:4 relativ stabil geblieben.

Je weiter aber das Kriegsende und die Entbehrungen der Kriegsjahre in die Vergangenheit rückten, desto mehr stiegen die Ansprüche der Bevölkerung, wurden andererseits die Sozialleistungen zur Selbstverständlichkeit. Immer ärgerlicher und leistungshemmender erwiesen sich angesichts der Warenfülle in westdeutschen Warenhäusern die immer wiederkehrenden Defizite an Industriewaren und lange Wartezeiten wie z.B. für Pkw mit 13 bis 15 Jahren. Parallel dazu installierte sich mit den Intershops Ende der 60er Jahre mehr oder weniger offiziell die DM als zweite Währung, während der DDR-Bürger bei Reisen selbst in RGW-Länder immer deutlicher die Diskriminierung der DDR-Mark spürte. Das erlahmende Interesse am Verdienst in Mark der DDR ging einher mit wachsender auch politischer Unzufriedenheit, zumal sich die vom VIII. Parteitag der SED 1971 beschlossene Hauptaufgabe nach ersten Erfolgen in Stagnation verlief.

Und gerade die effektivitätssteigernde Rolle einer konvertiblen Währung und entwickelter Finanzdienstleistungen wurde bei allen Reformschritten nach dem Bau der Berliner Mauer unterschätzt, obwohl es von Marx und selbst von Lenin genügend Hinweise über die Rolle des Geldes in einer modernen Wirtschaft gab⁴. Das NÖS zeichnete sich z.B. durch ein stark technokratisches Herangehen aus bis hin zu der der Technologiepolitik entnommenen Losung "Überholen ohne einzuholen". Von Schritten zur

⁴ Vgl. die Analyse der Geldfunktionen durch Karl Marx im I. Bd. des Kapital (a.a.O., S. 109 ff.), weiter Kapital Bd. II, MEW, Bd. 24., a.a.O., S. 128/129, wo er vom Geld als stets umsetzbarer Form des Wertes, seiner unmittelbaren Austauschbarkeit und stets schlagfertigen Wirksamkeit spricht. Von den vielen Äußerungen Lenins über die Rolle des Geldes und der Banken sei nur jene in Erinnerung gerufen: "Gelingt es uns, den Rubel für längere Zeit und später für immer zu stabilisieren, so haben wir gewonnen" (W.I. Lenin, Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 409). Gerade das wurde auch in der Perestroika vernachlässigt, ein weiterer Grund für ihr Scheitern.

Herstellung der Konvertibilität der Mark der DDR oder der Vorbereitung leistungsfähiger VEB auf die Börsenzulassung kein Wort.

Auf das Image des NÖS wirkte sich in der Öffentlichkeit auch negativ aus, daß im Unterschied zur antifaschistisch-demokratischen Vergangenheit von Leuschner, Rau und Rumpf, die in den 50er Jahren in der DDR eine entscheidende Rolle in der Wirtschaftspolitik spielten, Apel und Mittag kalte Managertypen waren. Sie wollten die Wirtschaftsreform, Veränderungen in der Wirtschafts- und Leitungsstruktur der DDR mit Befehl erzwingen und gaben sich auch im dienstlichen Alltag keine Mühe hinsichtlich demokratischer Umgangsformen. Der vom VIII. Parteitag der SED 1971 mit der Hauptaufgabe entwickelte Ansatz einer Wohlfahrtsökonomie und die stärkere Orientierung auf die Bedürfnisse der Menschen ging jedoch mit einer Unterschätzung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts einher, das in den 60er Jahren immer gewahrt worden war. Von Konvertibilität der Landeswährung war erst recht keine Rede mehr, die Exportrentabilität der DDR-Waren sank drastisch, weshalb dann in den 80er Jahren kommandowirtschaftliche Methoden ins Extrem gesteigert wurden z.B. durch die Dekadenplanung oder die erzwungene Ablösung von Heizöl durch die heimische Braunkohle, was die ökonomische Situation nur noch verschlimmerte.

Monopolstellung und Dirigismus

In dieser Situation verstärkte sich eine weitere Effizienzschwäche des Staatssozialismus, nämlich die Einschränkung des Wettbewerbs zwischen den Betrieben und der Herausbildung von Monopolen. Anfangs war die Wirtschaft der DDR mehrsektoral, neben einem beachtlichen volkseigenen Sektor gab es Privatbetriebe und zwar in Gestalt der sogenannte einfachen Warenproduktion und der kapitalistischen Unternehmer. In den 50er Jahren kamen im großen Umfang die Genossenschaften in der Landwirtschaft hinzu, nachdem gleich nach dem Kriege im Handel die Konsumgenossenschaften wiedererstanden. Zugleich war es ein Ergebnis der Reformpolitik Mitte der 50er Jahre, daß neben der Fortexistenz von Privatbetrieben diese auch eine staatliche Kapitalbeteiligung aufnehmen konnten, was ihrer Perspektive förderlich schien. Gerade auf dem Gebiet der Konsumgüterindustrie gab es damit einen bestimmten Wettbewerb, der Bevölkerung und Export der DDR gleichermaßen zugutekam. Der 1972 erfolgte Aufkauf der privaten und staatsbeteiligten Unternehmen machte dieser Betriebsvielfalt in der Industrie, die ja auch den unterschiedlichen Vorstellungen der Menschen von ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit gerecht wurde, ein Ende⁵. Zugleich bedeutete die Bildung von Kombinat auch in Zweigen wie der Leichtindustrie mit vorherrschenden Klein- und Mittelbetrieben,

⁵ Auch die in dem 1976 verabschiedeten Parteiprogramm bekräftigte Perspektive der privaten Handwerker und Einzelhändler konnte den eingetretenen Schaden nicht mehr rückgängig machen.

wo sich die Zweigleitung über die VVB als eine lockerere Leitungsart bewährt hatte, die Effektivitätshemmende Zementierung einer Angebotsstruktur mit Alleinanbietern⁶.

Damit verbunden bestand eine dritte Effizienzschwäche im vorherrschenden Dirigismus besonders gegenüber den VEB als den staatlichen Betrieben. Ein leistungsfähiger öffentlicher Sektor erleichtert schon die Durchsetzung einer sozialen Zielsetzungen verpflichteten staatlichen Wirtschafts- und Strukturpolitik, wobei allerdings die staatlichen Betriebe als Marktpartner die notwendige Selbständigkeit haben müssen. Das war bei den VEB nicht der Fall. Einmal wegen der ausufernden Zahl von Plankennziffern und Bilanzen, was die Effektivität der Leitung minderte und zugleich sich widersprechende Wirkungen auslöste⁷, zum anderen wegen zentraler Entscheidungen, die oft aus dem Augenblick heraus getroffen, sich später als undurchführbar oder wenig effektiv erwiesen. Das betraf Ende der 50er Jahre z.B. den Aufbau eines eigenen Flugzeugbaus, der dann abgebrochen werden mußte, die Entwicklung eigener mikroelektronischer Speicherschaltkreise zur Umgehung des COCOM-Embargos oder den Bau des Fährhafens Mukran für die Transporte in die Sowjetunion, die durch die politische Entwicklung überholt wurden.

Angesichts verkümmelter parlamentarischer Demokratie und Tabuisierung des Streikproblems wurden unter dem Gesichtspunkt der Sozialfunktion des Unternehmens gegenüber den Beschäftigten auch Überspitzungen zugelassen, die der Arbeitsdisziplin abträglich waren. Selbst bei Verstoß gegen das Arbeitszeitregime waren Kündigungen fast unmöglich.

Noch Effektivitätshemmender wirkte jedoch das beständige Marktungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, das immer nur zeitweilig und partiell gelöst wurde. Es hatte nicht nur schwerwiegende negative Wirkungen im Bereich der Zirkulation, sondern behinderte auch die Effektivitätssteigerung in der Produktion. Ein genereller Nachfrageüberhang tendiert zur durchgängigen Monopolisierung der Wirtschaft, weil auch Betriebe, die nicht Alleinanbieter oder gar Alleinproduzenten sind, gegenüber den Abnehmern in eine dominierende wirtschaftliche Lage kommen,

⁶ Nicht von ungefähr war die Landwirtschaft der DDR recht erfolgreich, weil es eben dort immer mehrere tausend selbständige landwirtschaftliche Betriebe auf genossenschaftlicher Grundlage gab, was nicht nur staatlichen Dirigismus einschränkte, sondern jeder Betrieb stand immer in einer Wettbewerbssituation.

⁷ Zuletzt hatten die VEB zwischen 120 und 126 Kennziffern zu ermitteln, darunter jährlich wechselnd ungefähr zwei Drittel mit Direktivcharakter. 451 Staatsplanbilanzen von für die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung wichtigen Erzeugnissen wurden von der Staatlichen Plankommission ausgearbeitet und von der Regierung bestätigt, 731 Bilanzen wurden von den jeweiligen Industrieministerien ausgearbeitet und der Staatlichen Plankommission zur Bestätigung eingereicht. In anderer Art gibt es allerdings auch in der Bundesrepublik einen hohen Verwaltungsaufwand, wovon fast 40 Steuerarten, 120 Steuergesetze, 221 Verordnungen und Durchführungsverordnungen, Steuerrichtlinien mit mehr als 1000 Abschnitten und mehr als 1000 Verwaltungsanordnungen Zeugnis ablegen.

sodaß sie sich über ihre Wünsche hinwegsetzen können, ihre vermeintliche Effektivität auf Kosten des Abnehmers geht. Zugleich ist die Zentrale immer wieder vorrangig an einem quantitativen Wachstum interessiert, um Lücken im Angebot schließen zu können, was zu einem regelrechten Zuwachsratenfetischismus führte. So kam es, daß trotz Festlegungen in der Planungsordnung über die Einführung der vier Kennziffern der Leistungsbewertung ab 1983 (Nettoproduktion, Nettogewinn, Produktion für den Binnenhandel, Export) an Stelle der Kennziffer "Industrielle Warenproduktion" diese ihre dominierende Rolle in der Planung mit allen Effektivitätshemmenden Konsequenzen behielt. Trotz Verkündung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Investitionsmittel gab es diese nie. Einmal war es nicht möglich, den Betrieben mehrjährige Normative der Gewinnabführung an den Staatshaushalt vorzugeben, sondern die Beauftragung mit der Gewinnabführung änderte sich Jahr für Jahr entsprechend des Finanzbedarfs des Staates. Zum anderen wurden mitunter - was in der bundesdeutschen Wirtschaft zu Recht unverständlich ist, da durch das Handelsgesetzbuch untersagt - sogar Amortisationen an den Staat im Interesse der Ausgleichung des Staatshaushalts abgeführt, so daß die Betriebe, ob sie wollten oder nicht, für Investitionen und Umlaufmittelfinanzierung Kredite aufnehmen mußten, was heute als sogenannte Altschulden erscheint. Schließlich war wegen der Defizite ein Guthaben in Mark der DDR noch nicht gleichbedeutend mit der Möglichkeit einer Investition. Es kam darauf an, auch den Bilanzentscheid und bei wichtigen Materialien als dessen Folge das Kontingent zu erhalten.

Äußere Belastungen

Hieran wird deutlich, daß die Effizienzschwächen des Sozialismus zumindest in der DDR nicht losgelöst von der politischen Situation und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Belastungen betrachtet werden dürfen. Als solche wesentlichen Belastungen, von denen jede einzelne dreistellige Milliardenbeträge ausmachte, sind zu nennen

- die Reparationen⁸ mit so sinnlosen Auflagen wie Abbau des 2. Gleises und Absägen der Maste an den elektrifizierten Strecken,
- die aus dem kalten Krieg und der Spaltung Deutschlands herrührenden Belastungen wie z.B. Uranerzbergbau unter Ägide der sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft Wismut, kostspieliger Aufbau einer eigenen schwerindustriellen Basis sowie teure Eigenentwicklungen zur Umgehung von COCOM auch im Interesse des Handels mit der Sowjetunion, Bau des Berliner Eisenbahnaußenrings,

⁸ Erinnert sei an die Berechnungen des Bremer Historikers Peters, wonach den von der Bundesrepublik Deutschland an die USA, Großbritannien und Frankreich gezahlten 2,1 Milliarden DM Reparationen 99,1 Milliarden DM gegenüberstehen, die von der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR für die Sowjetunion erbracht werden mußten.

- der Bau der Mauer an der deutsch-deutschen Grenze und die Belastungen durch das Wettrüsten. Allein die Altschulden der Treuhandbetriebe mit etwas über 100 Milliarden Mark liegen in der Größenordnung des zum Zeitpunkt der Vereinigung bei der Nationalen Volksarmee der DDR vorhandenen Bestandes an Waffen und Gerät im Ausmaß von über 90 Milliarden Mark. Aber selbst auf leise Bitten der DDR-Führung in den 80er Jahren zur Begrenzung des Wettrüstens reagierte die sowjetische Führung heftig⁹.

Mit dieser Aufzählung sollen die Effizienzschwächen des Sozialismus nicht relativiert, aber erklärt werden, warum es nicht zur Verwirklichung systemimmanenter Alternativen kam, an welche objektiven Grenzen Reformen im Wirtschaftssystem immer wieder stießen, bis hin zu der Tatsache, daß für eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems seitens der Modrow-Regierung weder Zeit noch die 15 Milliarden DM Solidarbeitrag vorhanden waren. Vielmehr wurde mit besonderer Unterstützung Gorbatschows das Experiment Wiedervereinigung eingeleitet, was schon im Jahre 1991 mehr als das Zehnfache der im Februar 1990 erbetenen Summe kostete. Und es stimmt schon nachdenklich, daß es gerade in der DDR und den osteuropäischen Ländern, die von der Sowjetunion stark dominiert - oder um es höflicher auszudrücken, mit der Sowjetunion politisch eng verbunden und wirtschaftlich stark verflochten waren - zur spektakulären Entsozialisierung kam. Der Untergang der Sowjetunion selbst - einzigartig in seiner Dimension und dem Geheimnis seiner Ursachen - hat noch zusätzliche Schwierigkeiten geschaffen, im Osten Deutschlands sich selbst tragende wirtschaftliche Kreisläufe zu installieren, was wiederum die Chancen, etwas aus der DDR zu bewahren, gemindert hat.

⁹ Siehe hierzu: Claus Dümde. Moabit, Moskau und die Mauer. "Neues Deutschland" vom 7. September 1992, S. 3. Selbst in den 80er Jahren stiegen noch die Verteidigungsausgaben der DDR, allein die offiziell ausgewiesenen um zwei Drittel. Gemessen an dieser Erhöhung ist das Wachstum der Zuwendungen für die Bevölkerung aus dem Staatshaushalt für Wohnungswirtschaft, Aufrechterhaltung niedriger Einzelhandelsverkaufspreise für Waren des Grundbedarfs, Verkehrstarife sowie für Bildung und Gesundheit einschließlich der Zuschüsse für die Sozialversicherung auf das Doppelte so ungerechtfertigt nicht, wie manche Ökonomen heute feststellen (berechnet nach Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, S. 301).

Charles Pauli

Osteuropa: Krise statt Aufschwung?

Das alte gesellschaftliche System ist Vergangenheit. Die Zukunft Osteuropas soll nun vom Kapitalismus, von der Marktwirtschaft gestaltet werden. Doch an deren positiver Gestaltungskraft mehrten sich nach den anfänglichen euphorischen Hoffnungen inzwischen auch im Osten die Zweifel.

Es ist noch gar nicht lange her, da wurde den "Reformländern" eine glänzende Zukunft prophezeit. In einigen Wirtschaftszeitungen war gar von Osteuropa als der "Wachstumsregion der neunziger Jahre" die Rede.

Heute klingt das völlig anders. So kann man beispielsweise neuerdings in Publikationen des Ifo-Instituts, immerhin eines der renommiertesten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, folgendes lesen: "Noch vor zwei Jahren waren die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region viel optimistischer. Die Erwartungen wurden enttäuscht: Produktionssenkung, Inflation und Arbeitslosigkeit erreichen inzwischen zweistellige Werte und stoßen in jedem dieser Länder an eine kritische Grenze".¹

Statt eines Wirtschaftswunders entwickeln sich im Osten derzeit tiefe gesellschaftliche und ökonomische Krisen. Anscheinend führt die "Systemtransformation" genau zu dem Debakel, das Kritiker der Marktwirtschaft kommen sahen. Worin aber besteht denn eigentlich die ökonomische Umwandlung der "Reformländer", warum sind ihre Resultate bisher so ernüchternd und was werden die Perspektiven Osteuropas sein?

Systemtransformation und Stabilisierung

Ausgangspunkt der gegenwärtigen Umgestaltungen ist das zweifelsohne umfassende Systemversagen der Zentralplanwirtschaften unter Einparteieneinherrschaft, das sich bereits gegen Ende der siebziger Jahre abzeichnete. Bis dahin hatten die meisten Ostblock-Staaten durchaus Aufbauleistungen vorzuweisen. Rumänien und Bulgarien vervierfachten zwischen 1955 und 1970 das Pro-Kopf-Einkommen ihrer Bevölkerung, Ungarn und Polen verdreifachten es.² Die Basis dafür war eine überwiegend extensive Ausdehnung der Produktion. Allerdings wurde diese mengenextensive Wirtschaft bald zum Problem: Da eine Intensivierung im Sinne einer Produktivitätssteigerung durch verbesserte Technik nicht ausreichend erfolgte, gerieten die Länder des Ostens bei der notwendigen Differenzierung und Moderni-

¹ Ifo-Schnelldienst 7/92.

² Vgl.: Hannes Hofbauer, in: blätter des iz3w, Nr.175, 1991.

sierung ihrer Produktionsstrukturen in Schwierigkeiten. Stagnative Tendenzen machten sich breit.

Als Reaktion darauf setzten mehrere RGW-Staaten in den achtziger Jahren wirtschaftliche Reformprogramme um. Gorbatschows Perestroika war das im Westen am meisten zur Kenntnis genommene. Aber auch in Ungarn und Polen wurden Maßnahmen zur Effektivierung versucht, die in aller Regel darin bestanden, den Plan als Steuerungsinstrument zurückzudrängen und mehr Marktmechanismen einzubauen. Allerdings endete diese Politik in neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen, da sie ungeahnte Kollisionen zwischen Plan- und Marktsteuerung herbeiführte.

Die Umwälzungen des Jahres 1989, der Zusammenbruch der DDR und der Parteiherrschaften in den übrigen Staaten leiteten einen radikalen Systemwechsel ein. Gerade auch die Wirtschaftsordnung, die im "Realsozialismus" ja die Grundlage und das wesentliche Element des gesellschaftlichen Selbstverständnisses ausmachte, ist ein Hauptfeld dieser Systemumwandlung.

"Der Kapitalismus muß her - und zwar so schnell wie möglich", so beschrieben Journalisten die Stimmung in Polen, Ungarn und in der CSFR. Seither werden dort alle Anstrengungen unternommen, die Grundlagen der kapitalistischen Marktwirtschaft zu installieren.

Neue Gesetze und Verfassungen garantieren das Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln. Die Wirtschaftspolitik ist auf die Förderung des Privatsektors ausgerichtet.

Der Staat schafft die Planung ab und reduziert die öffentliche Finanzierung der bisherigen Staatsbetriebe auf das Unumgängliche.

Die Auflösung des Planes beinhaltet die Freigabe der Preise. Es entstehen Marktpreise, die sich nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bilden.

Um das Privateigentum nicht nur theoretisch, sondern auch faktisch zur Grundlage der Ökonomie zu machen, sollen die bisherigen Staatsbetriebe entweder durch direkten Verkauf oder durch die Umwandlung in Aktiengesellschaften privatisiert werden. Die Marktwirtschaftsideologen in Ost und West sehen derzeit gerade in dieser Privatisierung das Herzstück der Systemänderung.

Eine wichtige Rolle im wirtschaftlichen Denken spielt aber auch die Außenwirtschaft. Die Reformländer wollen sich erklärtermaßen in den Weltmarkt und die "internationale Arbeitsteilung" integrieren und erwarten sich davon wesentliche Entwicklungsimpulse. Sie öffnen deshalb ihre Grenzen für Außenhandel, Kapitalverkehr und für Auslandsinvestitionen.

Neben diesen typischen Transformationsmaßnahmen betreiben die neuen Administrationen zusätzlich eine Stabilisierungspolitik, wie wir sie in den Grundelementen aus IWF-Programmen für unterentwickelte Länder kennen. Dadurch soll verhindert werden, daß der gesellschaftliche Umwand-

lungsprozeß in Auslandsverschuldung und Inflation steckenbleibt. Die Regierungen Osteuropas haben sich deshalb mit dem Internationalen Währungsfonds auf eine Art "Schockprogramm" für ihre Länder geeinigt. Sie verpflichten sich, durch den Abbau staatlicher Ausgaben, durch strikte Sparpolitik und durch exportorientierte Außenhandelsstrategien ihre Währungen zu stabilisieren und dadurch die Möglichkeit für interne und externe Investitionen zu verbessern.

Modelland für die zügige marktwirtschaftliche Umstrukturierung wurde letztes Jahr mehr und mehr die CSFR. Sie betrieb die Reformpolitik in einem solchen Tempo und mit einer derartigen Kompromißlosigkeit, daß in den letzten Monaten sogar Kritik aus dem Westen daran laut wurde. Wirtschaftsforschungsinstitute äußern die Besorgnis, der "Schock" könne zu groß werden und mehr Opfer als notwendig fordern. Andererseits gehört dem starken Mann der Prager Regierung, dem Ministerpräsidenten und Marktfanatiker Vaclav Klaus die uneingeschränkte Bewunderung der konservativen Presse.

Obwohl die CSFR als einheitlicher Staat inzwischen auseinanderbricht und der Umwandlungsprozeß durch die Aufspaltungstendenzen an Fahrt verliert, läßt sich an der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik doch exemplarisch aufzeigen, wie die marktwirtschaftlichen Reformen umgesetzt werden und was ihre Ergebnisse sind:

Die strikte Antiinflationspolitik der CSFR umfaßte drastische Ausgabenbeschränkung des Staates. Im Verlauf des Jahres 1991 wies der tschechoslowakische Föderationshaushalt aufgrund hoher Einsparungen zeitweise sogar Überschüsse auf. Trotz dieser Nachfragedrosselung kam es allerdings zu erheblichen Preissteigerungen: Seit 1.1.1991 sind die Preise freigegeben. Die darauf einsetzende Inflation belief sich im ersten Jahr des "freien Marktes" auf 54%!³

Gleichzeitig wurden die Einkommen systematisch gesenkt. Die Reallohnverluste betrugen 1991 rund 25%. Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt derzeit bei umgerechnet 250 DM. Die niedrigen Lohnkosten sollen sowohl die Entstehungsbedingungen für Privatkapital verbessern - also Investitionen rentabler machen - als auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit auf den Exportmärkten stärken.

Privates Unternehmertum wurde ohne Einschränkung legalisiert. 1991 erfolgte in der ersten, sogenannten kleinen Privatisierung der Verkauf oder die Verpachtung nichtindustrieller Staatsbetriebe, beispielsweise der Gaststätten, Hotels und der Einzelhandelsgeschäfte.

Derzeit läuft die "große Privatisierung", in der staatlicher Industriebesitz in Aktiengesellschaften umgewandelt wird. Um Einheimischen in möglichst großem Umfang die Möglichkeit zum Aktienkauf zu geben, konnte jeder

³ Diese und alle folgenden Daten, sofern nicht anders ausgewiesen, aus: isw - sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V., isw-report Nr. 11.

Bürger der CSFR für tausend Kronen, das sind umgerechnet 60 DM, ein Couponheft mit tausend sogenannten "Investitionspunkten" erwerben (sogenannte Vouchers). Diese Coupons werden dann gegen Aktien eingetauscht. Wieviele Coupons für welche Aktie hingelegt werden müssen, wird in einem aufwendigen Verfahren ermittelt. Zunächst müssen die Couponkäufer ihre Punkte auf maximal zehn von rund 400 zu privatisierenden Firmen verteilen. Ein zentrales Computersystem errechnet dann für jeden Betrieb das Verhältnis von Aktienangebot und Nachfrage und teilt die Aktien in mehreren Runden nach den festgestellten Punktpreisen zu.

Nach anfänglichem Zögern beteiligten sich 8,3 Millionen Bürger der CSFR (von 11,6 Mio. Erwachsenen insgesamt) an dieser Privatisierungsaktion. Die Regierung hatte im besten Fall mit fünf Millionen gerechnet.

Ausländische Investoren können die Privatisierung uneingeschränkt nutzen und sich - natürlich außerhalb des Couponverfahrens - in staatliche Betriebe einkaufen. Mit der Bundesrepublik wurde ein Investitionsschutzabkommen ausgehandelt und unterschrieben.

Alle diese Umstrukturierungen brachten aber nicht den erhofften marktwirtschaftlichen Aufschwung, sondern eine handfeste Rezession. 1991 fiel das Bruttosozialprodukt um 15%. Für 1992 wird ein weiterer Rückgang erwartet. Ganze Industriezweige stehen vor dem Zusammenbruch. Die Zahl der Arbeitslosen explodierte von 40.000 zu Anfang des Jahres auf 520.000 gegen Mitte 1992.

Ein ähnliches Bild ergibt sich in Ungarn: 1990 schrumpfte das Bruttosozialprodukt um 3,3%, 1991 um rund 8%, die Inflationsrate lag 1991 bei etwa 35%. Die Auslandsverschuldung betrug 21,5 Mrd. \$. Allein für die Zinszahlungen aus dieser Schuld mußte Ungarn 18% seiner gesamten Deviseneinnahmen aufwenden. Nimmt man die Tilgungen dazu, bewegt sich die ungarische Verschuldung in einem Bereich der durchaus kritisch werden kann. Am Rande notiert: Ungarn beantragte bereits 1990 die Aufnahme in die EG.

Privatisierung der Pleite

Kernpunkt aller Reformen ist die Umwandlung der ineffektiven Staatsbetriebe in privatwirtschaftliche, gewinnorientierte Unternehmen. Die Wunderwaffe Privatisierung soll dabei sowohl das Problem der Überalterung vieler Produktionsstätten lösen, als auch den betriebswirtschaftlich rationalen Gebrauch erneuerter Produktionseinheiten garantieren.

Derzeit sind die meisten Industrieunternehmen jedoch in folgender Situation: Der Staat hat sie aus der Planung entlassen und mit völlig unzureichenden Mitteln ausgestattet. Viele Betriebe haben nicht einmal das nötige Umlaufvermögen, um die unerläßlichsten Rohstoffe zu bezahlen. Da die Unternehmen trotzdem versuchen, die Produktion wenigstens teilweise aufrechtzuerhalten, machen sie untereinander Schulden und beziehen ihre

Inputs auf Pump. Je verschuldeter sie sind, desto schlechter stehen dann allerdings ihre Chancen in und nach der Privatisierung.

Eine weitverbreitete Erscheinung ist auch das Produzieren auf Halde. Vor allem der Investitionsgütersektor arbeitet nach dem Zusammenbruch seines Absatzes für die Lager, um nicht zusätzliche Massenentlassungen vornehmen zu müssen.

Eine Modernisierung der Betriebe kommt so natürlich nicht zustande - ganz im Gegenteil: Die Unternehmen leben von der Substanz, ihre Investitionstätigkeit geht dramatisch zurück. Statt eines Neuanfangs rückt eher die unausweichliche Pleite näher.

Hier zeigt sich übrigens der ideologische Charakter der Privatisierungsstrategien: Statt vorhandene Produktionskapazitäten weiter zu nutzen, läßt man sie zusammenbrechen, da ihre Nutzung eine gesellschaftliche Koordination und die Bereitstellung von Investitionsmitteln durch den Staat voraussetzt. Rahmenplanung und die Aufrechterhaltung bisheriger Produktions- und Lieferbeziehungen, sowie die staatliche Finanzierung von Betrieben sind aber durch das Postulat der "Marktwirtschaft" verpönt und tabuisiert.

Das ständige Problem des Industriesektors ist also die Tatsache, daß Kapitalismus Kapital erfordert und es größere Kapitalansammlungen und Konzentrationen im Osten - außer beim Staat - nicht gibt. Auch die neuentstehenden Kapitalmärkte helfen da nicht weiter: Weder inländische noch ausländische Banken sind bereit, Geld für Investitionen zu verleihen. Die Zukunftsaussichten sind zu unsicher, um die Risiken der Kreditvergabe abzuschätzen. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, läßt sich derzeit nicht ausmachen, welche Firmen Überlebenschancen haben.

Aber auch die Privatisierungseinnahmen selbst bilden keine Investitionsfonds. Die Einnahmen aus den Aktien- oder Couponverkäufen fließen in der Regel nicht den Firmen, sondern dem Staatshaushalt zu. Doch selbst wenn der Fiskus diese Erlöse weiterleiten würde, ergäbe sich folgende Rechnung: Die CSFR-Privatisierung beispielsweise brachte 8,3 Milliarden Kronen in die Kassen. Die Buchwerte der zu privatisierenden Firmen betragen jedoch runde 260 Milliarden. Daran gemessen machen die Privatisierungseinkünfte gerade etwas mehr als drei Prozent aus - viel zu wenig, um eine Fortexistenz der tschechoslowakischen Industrie auch nur im entferntesten sichern zu können.

Also müssen externe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland hinzukommen. Das ist aber in ausreichendem Umfang bisher nicht annähernd geschehen. Das ifo-Institut errechnet einen jährlichen Kapitalbedarf Osteuropas ohne die ehemalige Sowjetunion von 75 bis 98 Mrd. \$ an Krediten und Direktinvestitionen⁴. Nach neuesten Schätzungen des auf den Osten spezialisierten Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche waren Ende 1991

⁴ Handelsblatt, 8.11.1991.

in Osteuropa lediglich 5 Milliarden \$ in Direktinvestitionen angelegt. Rund 60% davon allein in Ungarn. Die Neuzufüsse des Jahres 1991 - das bisherige Rekordjahr - lagen bei 2,8 Milliarden \$. Nicht nur gemessen am Bedarf, auch im internationalen Vergleich stellt das eine zu vernachlässigende Größe dar. In Spanien wurden 1989 und 1990 12 Mrd. \$ investiert, in Portugal waren es 2,3 Mrd. Nach China flossen allein im ersten Halbjahr 1991 sieben Milliarden \$⁵. Letztlich hatten die Ostblockländer damit in etwa die Bedeutung von mittleren Dritte-Welt-Ländern wie der Türkei, Argentinien oder Chile.

Aus all diesen Gründen zeichnet sich in den nächsten Jahren keineswegs eine Periode der Innovation und des neuen Schwungs ab: Nicht Erneuerung ist das Thema, sondern zumindest partieller Niedergang.

Der Osten in der "internationalen Arbeitsteilung"

Die meisten osteuropäischen Länder besitzen - noch - eine industriell geprägte Wirtschaftsstruktur mit einem breit entwickelten Produktspektrum. Sie stellen Maschinen, Fahrzeuge, Eisen, Stahl und andere Metalle, Erzeugnisse der Luft- und Raumfahrt und der Elektrotechnik her. Dabei liegt die Produktivität jedoch unter dem Niveau des Westens, also unter "Weltmarktniveau". In den letzten Jahrzehnten veralteten zudem die Anlagen. Aber letztlich war der Osten eine industriell entwickelte Region. Monstrukturelle Engpässe, wie sie für unterentwickelte Länder charakteristisch sind, gibt es in Polen, Ungarn oder gar der CSFR nicht.

Dabei waren die Ostblockstaaten aber keineswegs auf weitgehende Autarkie ausgerichtet. Sie versuchten ihre Pläne im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW oder auch Comecon genannt) zu koordinieren. Auf RGW-Ebene entstand dadurch so etwas wie eine Arbeitsteilung im Block der planwirtschaftlichen Länder. Bestandteile des RGW waren ein gemeinsames Energiesystem mit Öl- und Gasleitungen oder gemeinsame Projekte zur Erzverarbeitung. Daneben gab es Produktspezialisierungen in einzelnen Sektoren wie beispielsweise bei Transportmitteln: Straßenbahnen in der CSFR, Autobusse in Ungarn, Zugwaggons in der DDR und schwere Lastwagen in der Sowjetunion. Der Außenhandel der RGW-Staaten war zu 60% Handel innerhalb dieser Wirtschaftsgemeinschaft⁶. Die Länder des RGW waren untereinander verflochten und hatten aufeinander abgestimmte Außenhandels- und damit aber auch Produktionsstrukturen. Verrechnet wurde der gesamte Warenaustausch mit der Kunstwährung "Transferrubel", wobei allerdings das Ziel war, die Handelsbilanzen möglichst auszugleichen und keine großen Überschüsse und Defizite entstehen zu lassen.

⁵ Vgl: Blick durch die Wirtschaft, 6.12.91.

⁶ Vgl: Harald Zschiedrich, RGW: Ende oder Neubeginn, in: Osteuropa - Wirtschaft, Dez. 1990.

Der RGW wurde Mitte 1991 im Zuge der Systemänderung aufgelöst. Die neuen Regierungen machten diesem Überbleibsel der Planwirtschaft schnell und gründlich den Garaus. Sie stellten den gesamten Handel untereinander auf Dollarverrechnung und Dollarzahlung um.

Das vorauszu sehende Ergebnis war der fast völlige Zusammenbruch der bisherigen Wirtschaftsbeziehungen. Dieser Zusammenbruch wiederum verschärfte die internen Krisen. Nach Schätzungen des Wiener Instituts ist der Rückgang des Bruttosozialprodukts in Osteuropa zu einem Drittel vom Schrumpfen des Handels unter den ehemaligen RGW-Ländern verursacht. Zwar konnten Polen und auch die CSFR ihre Westexporte 1991 steigern, doch wurde dadurch der Absatzverlust im Osten nicht wettgemacht. Insgesamt ging beispielsweise bei der CSFR das Exportvolumen um 40% zurück.

Auch hier macht sich wieder der ideologische Charakter des gesellschaftlichen Umbruchs bemerkbar. Statt gewachsene Beziehungen aufrechtzuerhalten, rücken die kapitalistischen Regierungen der Reformländer den "Weltmarkt" als Fetisch in den Mittelpunkt. Statt des anrühigen Transferubels wird der Dollar - echtes Geld stinkt eben nicht - zum Maß aller Dinge, obwohl die RGW-Länder keineswegs über ausreichende Dollarguthaben verfügen, um ihre Außenwirtschaft auf dieser Basis aufrechterhalten zu können.

Wird Osteuropa durch die Integration in den Weltmarkt also zurückgeworfen und tendenziell der Situation von unterentwickelten Ländern angenähert, oder kann Weltmarktintegration in diesem Fall einen Aufschwung und das Aufschließen zu den westlichen Industrieländern ermöglichen?

Erste Erfahrungen deuten bereits an, daß die Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft tiefgreifende Strukturänderungen mit vorwiegend negativen Resultaten nach sich ziehen wird. Der neuentstandene Westhandel Polens, Ungarns und der CSFR setzt sich mit Ausnahmen, wie etwa den Automobilen von Skoda, eher aus agrarischen Gütern und aus einfachen verarbeiteten Konsumgütern zusammen. Die sogenannten "komparativen Vorteile", die nach der Außenhandelstheorie die Güterströme und die Arbeitsteilung bestimmen, scheinen beispielsweise bei Textilien, Glas und Keramik oder Agrarprodukten zu liegen.

Damit stehen die Länder des Ostens aber nicht nur im Konkurrenzkampf untereinander. Sie konkurrieren gleichermaßen mit fortgeschrittenen Ländern der "Dritten Welt", wie etwa Malaysia oder der Türkei und mit südeuropäischen Ländern wie Portugal, Spanien und Griechenland. Besonders zukunftsträchtig ist diese Konstellation nicht. Es handelt sich dabei um einen Kampf in eher stagnierenden Märkten, in denen sich eine Vielzahl von Anbietern tummelt. In allen diesen Bereichen kann ohne großes

⁷ Nachrichten für den Außenhandel, 1.6.1992.

technisches Know-How mit dem Einsatz von Niedriglohnarbeit produziert werden. Eine Modernisierung der bisherigen industriellen Strukturen wird damit keineswegs gefördert.

Die Struktur dieser Länder wird also über die Integration in die Weltwirtschaft eher einer typischen Billiglohn-Zulieferer-Struktur angenähert. Auch die Investitionen aus dem Westen scheinen das zu bestätigen. Die vorliegenden Daten reichen nicht aus, um eine endgültige Aussage über die Schwerpunkte der bisherigen Direktinvestitionen zu treffen. Die vielen einzelnen Meldungen der Wirtschaftspresse deuten jedoch darauf hin, daß das Bild von der verlängerten Werkbank Osteuropa durchaus seine Berechtigung hat. Von wenigen Großeinkäufen wie etwa dem Einstieg von VW bei Skoda abgesehen, handelt es sich bei den Auslandsengagements vorwiegend um zwei Investitionstypen, die auch aus der "Dritten Welt" bekannt sind: Einerseits steigen die Konzerne in die binnenmarktbezogene Produktion ein: Brauereien, Zementwerke, Schuhherstellung, Zigaretten - die Westfirmen versuchen, den Inlandsabsatz im Konsumgüternahen Bereich zu übernehmen.

Der zweite Typus von Investitionen begründet die "Werkbankthese". Er ist auf den Export ausgerichtet und versucht vor allen Dingen von den niedrigen Lohnkosten zu profitieren. Die Lohn Differenzen sind auch die Grundlage, auf der die westdeutschen Unternehmer die Anlagemöglichkeiten im Osten diskutieren.

Perspektiven des Marktes

Was heißt das nun zusammengefaßt? Zunächst: Der Zusammenbruch des Ostens ist der Zusammenbruch untauglicher zentraler Planwirtschaften unter bürokratischer Leitung. Darüber hinaus entwickelt er aber inzwischen eine zweite Realität, die in den nächsten Jahren bestimmend sein wird: Mehr und mehr dokumentiert die Transformationskrise auch das Versagen der Marktwirtschaft!

- Die Privatisierungen sind nicht in der Lage, das nötige Kapital zur Sanierung der bisherigen Staatsbetriebe zu erbringen. Der Niedergang, vor allem der Industrie, setzt sich damit fort. Daneben entwickeln sich nur schwache neue Privatsektoren, die in der Regel nicht ausreichen, um einen Aufschwung und eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung zu tragen. Nach Schätzungen erstellt die Privatwirtschaft in Ungarn derzeit nur etwas über 30% der gesamten Wirtschaftsleistung.

- Auch wenn Auslandskonzerne einige größere Industrieinvestitionen tätigen, werden dadurch lediglich produktive Inseln gerettet oder neu aufgebaut. Ausländisches Kapital schafft keine breite volkswirtschaftliche Basis.

- Allerdings sind auch allzu weitgehende Deindustrialisierungs-Szenarien nicht haltbar. Hier ist übrigens ein wesentlicher Unterschied zur Entwicklung in der ehemaligen DDR. Die osteuropäischen Länder sind durch ei-

gene Währungen davor geschützt, völlig niederkonkurriert zu werden. Unter dem Schild des Währungsraumes und des Wechselkursmechanismus bleibt ein Inlandsmarkt bestehen, der nur von gebietsansässigen Firmen beliefert werden kann⁸. Teile der Konsumgüterindustrien werden sich deshalb früher oder später stabilisieren und erneuern.

Dabei spielen die Auslandskonzerne eine wichtige Rolle. Sie bringen über ihre Investitionen neue arbeitssparende Technologien ein. Das ist einerseits ein erwünschter Faktor der Modernisierung, bedeutet jedoch andererseits unter kapitalistischen Verhältnissen, daß mit diesen Investitionen nur wenige industrielle Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Die Umstrukturierung wird also einerseits alte Industrien verschwinden lassen, andererseits Teile der Konsumgüternahen Produktion mit Auslandskapital durchrationalisieren.

Daneben werden einige exportorientierte Zulieferfirmen von und für Konzerne der EG-Länder entstehen, die in erster Linie Lohnkostendifferenzen ausnutzen.

- Das Ergebnis dieser Transformation wird eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit den entsprechenden sozialen Erschütterungen sein. Die angebliche "Stabilisierungskrise" ist kein kurzes Intermezzo, sondern kann sich zum sozialen Dauerzustand auswachsen. Selbst wenn sich in einiger Zeit wieder Wachstumsraten einstellen werden, gehen die Wachstumserträge an der Bevölkerungsmehrheit vorbei.

Zusätzlich ist bei verschiedenen Ländern ein starkes Ansteigen der Auslandsverschuldung nicht unwahrscheinlich. Eventuell daraus entstehende Zahlungsunfähigkeiten sind zusätzliche Krisenfaktoren.

- Im Osten wird sich aller Voraussicht nach die These bestätigen, daß kapitalistische Systeme dazu tendieren, immer größere Teile der Bevölkerung aus der Produktion auszuschließen und ins Abseits zu stellen. Ähnliche Mechanismen wie in den Reformländern laufen auch bei der weltwirtschaftlichen Integrationsvertiefung in der "Dritten Welt" ab: Eine Effektivierung der marktwirtschaftlichen Produktion zentralisiert das Kapital, schafft einige wenige produktive Einheiten, die zumeist stark auf den Export ausgerichtet sind - und überläßt den Rest der Ökonomie der Verödung.

8

Der Schutz durch die Währung erklärt sich, stark vereinfacht, folgendermaßen: Ein Land kann nur soviel importieren, wie es Devisen erwirtschaften kann oder Devisenkredite bekommt. Da gerade bei Ländern mit unterdurchschnittlicher Produktivität die Exporteinnahmen eng begrenzt sein werden, sind auch nur geringe Käufe im Ausland möglich. Demzufolge kann aber die ausländische Konkurrenz die einheimische Industrie nicht vernichten, da sie eben nur geringe Absätze erzielen kann. Das klassische Mittel, diese Barriere zu umgehen, besteht darin, statt zu exportieren im Land zu investieren und vor Ort zu produzieren.



Mary Kaldor

Der imaginäre Krieg

Eine Geschichte des
Ost-West-Konflikts

Aus dem Englischen von Michael
Haupt und Thomas Laugstien
295 S., br., DM 34,—

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Epochen(w)ende

Der Kalte Krieg ist vorüber. Mary Kaldor, Politologin und engagierte Pazifistin, legt hier eine erste Analyse und Bestandsaufnahme von 45 Jahren europäischer Nachkriegsgeschichte vor, die in einschneidender Weise durch den Ost-West-Konflikt bestimmt waren. Ihr Ziel ist es, die internationalen Beziehungen neu zu denken und den traditionellen, an Machtpolitik orientierten Ansatz zu überwinden. Für Mary Kaldor sind die Supermächte nicht die einzigen Akteure auf der weltpolitischen Bühne; vielmehr betont sie die Bedeutung innenpolitischer Vorgänge und hebt den Einfluß von sozialen Bewegungen und ökonomischen Prozessen hervor. Viele der in diesem Buch entwickelten Ideen sind aus dem Dialog entstanden, der sich während der achtziger Jahre zwischen der Friedensbewegung des Westens und den Demokratiebewegungen des Ostens entfaltet hat. An diesem Dialog hat Mary Kaldor aktiv mitgewirkt. Eigens für die deutsche Ausgabe hat die Autorin ein Vorwort geschrieben, in dem sie die Perspektiven beleuchtet, die sich aus der jüngsten Entwicklung in Osteuropa ergeben.

»Provokativ, erfrischend und zugleich überaus sensibel geschrieben. Mary Kaldors Buch faßt die großen politischen und militärischen Optionen zu einer klaren Perspektive zusammen.« *Charles Tilly*, New School for Social Research, New York

Mary Kaldor lehrt und forscht am *Science Policy Research Unit* (Universität Sussex) und am *United Nations University's World Institute for Development Economic Research* in Helsinki. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Ökonomie der Militärtechnologie und zur Problematik der Ost-West-Beziehungen. Auf Deutsch erschien ihr Buch *Rüstungsbarock* (Westberlin, 1985).

Joachim Heidrich

Die Linken und marxistisches sozialpolitisches Denken in Indien

Es sei paradox, "daß Marx, ein viktorianischer Denker, der in Europa und Nordamerika das Zentrum der Weltbühne und die Arena künftiger Revolutionen erblickte, jetzt offensichtlich von der Bevölkerung in der Dritten Welt als Mentor weit mehr geschätzt wird," meint David McLellan Ende der siebziger Jahre.¹ Nach dem Umbruch in Osteuropa und dessen Rückwirkung auf die Linken in den kapitalistischen Industrieländern gibt die Beobachtung erst recht zu denken.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion veranlaßte weder die Linken Indiens zur Aufgabe des Sozialismusideals, noch vermochte er den Marxismus als eine dort von zahlreichen Intellektuellen vertretene Strömung merklich zurückzudrängen. Er löste auch keine Krise der kommunistischen Bewegung aus. Gleichwohl gibt es aus diesem Anlaß heftige Debatten, in denen - anders als in Europa - die Kritik am modernen Kapitalismus einen zentralen Platz behauptet. Selbsterneuerung der linken Bewegung ist kaum ein Thema, dafür die Frage, wie die Linken ihren Einfluß im politischen Geschehen erhöhen und für eine progressive Entwicklung geltend machen können.

Marxismus als politische Bewegung

Die sozialpolitische Bewegung für die Realisierung der sozialistischen Idee wird in Indien hauptsächlich durch Parteien vertreten, die sich zur kommunistischen Strömung bekennen. Dies sind heute die Kommunistische Partei Indiens (KPI) und die (seit 1964 existierende) parlamentarisch stärker repräsentierte Kommunistische Partei Indiens/Marxisten (KPI/M). Daneben existiert eine militante linksradikale Strömung, die sich 1969 als KPI (Marxisten-Leninisten) etablierten, aber bald in mehrere Gruppen und Richtungen zerfiel. Unter einem Teil dieser Linken hat in jüngster Zeit ein Umdenken eingesetzt. Gemeinsam ist den Linken gegenwärtig ein Suchen nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit.

Die kommunistische Strömung Indiens entstand in den zwanziger Jahren und ist älter als die sozialistische. Letztere formierte sich Mitte der dreißiger Jahre im Rahmen des Indischen Nationalkongresses (INK). Die Sozialisten drängten auf radikale und über den Kapitalismus hinausgreifende Reformen. Aus ihren Reihen gingen etliche führende Persönlichkeiten der

¹ David McLellan, *Marxism After Marx: An Introduction*, London 1979, S. 2.

kommunistischen Bewegung hervor. Im unabhängigen Indien trat die sozialistische Strömung parteipolitisch in mehrfacher Gestalt auf. Sie spielte jedoch - wie Parteien sozialistischen oder sozialdemokratischen Charakters in den meisten süd- und südostasiatischen Ländern - eher eine marginale Rolle in der nationalen Politik. Mit weit größerer Breitenwirkung vertrat der INK Ideen eines zwar vagen, aber mit einem starken antiimperialistischen Akzent versehenen "demokratischen Sozialismus".

Die beiden KPI's bekräftigten auf ihren im Januar bzw. April 1992 abgehaltenen Parteitag - bei unterschiedlicher Wertung der Vorgänge in ehemals sozialistischen Ländern - ihr Bekenntnis zum Sozialismus als politisches Ziel und zur Ideologie des Marxismus-Leninismus. Die Mitgliederzahl der Parteien, vor allem die der KPI/M, ist gestiegen; insgesamt beträgt sie mehr als eine Million. Bei den letzten Parlamentswahlen im Mai/Juni 1991 erhielten beide Parteien mit rund 9 Prozent der abgegebenen Stimmen (6,5 Prozent für KPI/M, 2,5 Prozent für KPI) etwa den Anteil, der auf kommunistische Kandidaten bei den bisherigen allgemeinen Wahlen im selbständigen Indien im Landesdurchschnitt entfiel.

Der Marxismus als politische Strömung ist in Indien nicht nur Oppositionsbewegung. Bereits im Ergebnis der zweiten allgemeinen Wahlen (1957) nach Erringen der Selbständigkeit (1947) kam im Unionsstaat Kerala eine Linkskoalition unter Führung der damals einheitlichen KPI an die Regierung - ein einzigartiger Vorgang in der Geschichte der Entwicklungsländer. Diese Regierung wurde 1959 durch Intervention der Zentralmacht gestürzt. Mehrfach regierten seitdem in Kerala linksdemokratische Koalitionen oder "Einheitsfrontregierungen" in wechselnder Zusammensetzung und mit dominierender oder maßgeblicher Beteiligung der Kommunisten, wobei sich gelegentlich nach 1964 die beiden KP's im Regierungs- bzw. Oppositionslager gegenüber standen. Zu den bleibenden Leistungen linksdemokratischer Regierungen gehört die Anfang 1970 unter KPI-Chefminister R. Menon in Kraft gesetzte radikale Agrarreform. Im nordöstlichen Unionsstaat Tripura regierte seit 1977 für einige Zeit ebenfalls eine Linkskoalition. Im volkreichen Westbengalen, wo die KPI/M schon zwischen 1967 und 1970 an einer Koalitionsregierung beteiligt war, übt seit den Wahlen 1977 ununterbrochen eine Linkskoalition mit der KPI/M als tragender Kraft die Regierungsgewalt aus und betreibt eine pragmatische Politik im Rahmen der indischen Verfassungsbestimmungen.

Sozialismusideal und Nationalismus

Das Sozialismusideal ist in Indien ein tief verwurzeltes Element des antikolonialen Nationalismus. Ihn zeichnete eine starke sozialemanzipatorische Komponente aus. Nationalismus und Sozialismus waren hier nicht Gegensätze, vielmehr ging der Sozialismus aus dem antikolonialen Nationalismus hervor.

Als in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts die antikoloniale politische Bewegung unter dem Einfluß M.K. Gandhis breite städtische und ländliche Schichten einbezog und politische Unabhängigkeit gefordert wurde, entstand das Bedürfnis nach einer Vision der künftigen Gesellschaft. Unterschiedliche Kreise hielten eine gründliche Reform der hervorgebrachten Sozialstruktur für unerlässlich und verstanden die künftige Gesellschaft bei allem Streben nach Modernisierung nicht als Imitation der westlich kapitalistischen Industriegesellschaft mit ihren sozialen Gebrechen. Eine "gerechte Gesellschaftsordnung" war das Ziel, frei von nationaler und sozialer Ausbeutung, und dafür wurde der Begriff Sozialismus üblich - als Synonym für die Hinwendung zu den "Massen" und deren Problemen, für wirtschaftliche und politische Entwicklung, kulturelle Entfaltung und soziale wie individuelle Emanzipation auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung. Diese Vorstellung stand in direktem Zusammenhang mit dem Prozeß, den die Oktoberrevolution 1917 eingeleitet hatte und der in Südasien großen Widerhall fand.

Eine Strömung innerhalb des indischen Nationalismus - oft als Mittelklassen-Radikalismus umschrieben - fühlte sich vom Marxismus angezogen. Ihre Repräsentanten schätzten die wissenschaftliche Weltansicht und Geschichtsauffassung, wurden von der Oktoberrevolution und dem Beispiel des Aufbaus einer neuen Gesellschaft in der Sowjetunion angespornt. Die Hinwendung zur Sowjetunion blieb keineswegs auf Intellektuelle beschränkt. Weite Bevölkerungskreise waren angetan von den humanistischen Idealen und der Betonung von sozialen Fragen angesichts eigener Erfahrungen mit Kolonialismus und Unterentwicklung sowie massenhafter sozialer Degradation. Gegenwärtig wird leicht übersehen oder von Geschichtsbewältigern, die eine postsozialistische Ära herbeireden möchten, geflissentlich negiert, daß sich die "halbasiatische" Sowjetunion in den ersten anderthalb Dekaden ihres Bestehens deutlich sowohl vom zaristischen Rußland als auch von den derzeit meist stagnierenden oder krisengeschüttelten kapitalistischen Staaten abhob. Für die nach Befreiung aus ihrer kolonialen Abhängigkeit strebenden Völker verkörperte sie Vorbild und Hoffnung. Die Achtung gegenüber dem "historischen Experiment" wurde auch nicht durch die spätere Kritik an den politischen Verfolgungen und diktatorischen Herrschaftsformen in der UdSSR ausgelöscht.

Indien und die Sowjetunion

Der Niedergang der Sowjetunion als Weltmacht, der Zerfall der KPdSU und des Staates UdSSR versetzten in Indien nicht nur den Linken einen Schock. Stets hatte man sensibel auf die Vorgänge im Realsozialismus reagiert. Die Ereignisse um die Tschechoslowakei 1968 bildeten eine Zäsur. Die Intervention stieß auf vehemente Kritik und belebte erneut die Kontroversen zur Staatspolitik Indiens, die anlässlich des Grenzkonflikts mit China 1962 begonnen hatten. Auch in der Geschichte der Linken war dies

ein Wendepunkt. Die Ereignisse verursachten zwar keinen Niedergang der kommunistischen Bewegung, doch veranlaßten sie die Abwendung einer beträchtlichen Zahl marxistischer Intellektueller von den kommunistischen Organisationen. Politische und ideologische Meinungsverschiedenheiten begleiteten fortan die Bewegung.

In den achtziger Jahren galt das Interesse vor allem den Reformen in der Sowjetunion. Sie wurden bis in die Reihen der Kommunisten positiv aufgenommen, verhiessen sie doch eine Erneuerung sozialistischer Werte, eine Beschleunigung des sozialökonomischen Fortschritts und die Stärkung des Sozialismus. Ihre Erörterung schloß Überlegungen zu Indiens Entwicklung sowie politische und theoretische Erwägungen ein.² An die Perestroika knüpften manche die Hoffnung, sie könnte - und zwar erstmals seit der Oktoberrevolution - die Perspektive einer gewaltfreien Umwälzung sowie der gesellschaftlichen Entwicklung über das in eine Sackgasse geratene Modell des Staatssozialismus hinaus eröffnen, andererseits eine von Indien angestrebte Alternative zum Weg der industriellen und postindustriellen Gesellschaften des Westens aufzun. Frühzeitig erhoben sich auch kritische Stimmen, die negative Folgen für die Dritte Welt befürchteten.³

Die indische Öffentlichkeit bewegte indes noch ein anderer Aspekt. Seit Jahrzehnten war die Sowjetunion verlässlicher und einflußreicher Partner der Entwicklungsländer in der internationalen Arena. Mit dem nichtpaktgebundenen Indien unterhielt sie enge Beziehungen auf der Basis zwischenstaatlicher Vereinbarungen.⁴ Die Sowjetunion war ein bedeutender Wirtschaftspartner Indiens sowie ein Faktor seiner äußeren Sicherheit. Nach dem Ende des kalten Krieges und der damit verbundenen relativen strategischen Pattsituation müssen neue Entscheidungen zum innen- wie außenpolitischen Kurs getroffen werden. Die Diskussion wird um die mit Nehrus Namen verbundenen Prinzipien der eigenständigen Entwicklung, um den Platz in einer künftigen multipolaren Welt wie um die Haltung zur

² Siehe: R. Shah, *New Horizons of Soviet Policies*, New Delhi 1987; S.G. Sardesai/N.R. Reddy/P.V. Parakal, *Soviet New Thinking and Policies*, New Delhi 1988; S.G. Sardesai, *Gorbachev and India Today*, New Delhi 1989; M. Sen, *Perestroika and India*, New Delhi 1989; R.K. Garg (Hrsg.), *Perestroika and Glasnost. Perspectives for India*, New Delhi 1988; S. Kaviaraj, *Perestroika: Reflections on the Theory of Power*. In: *Social Scientist* (New Delhi), Vol. 17, Nr. 7-8, 1989, S. 50 ff.; A. Rajimwale, *Marxism at a Turning Point*. In: *Mainstream* (New Delhi), 25. Nov. 1989, S. 27 ff.; K. Ray/R. Sundaram, *Socialism at the End of the Century*. In: *Economic and Political Weekly* (Bombay), 21. Juli 1991, S. 1595 ff., 28. Juli 1990, S. 1657 ff.

³ Siehe: S.A. Zaidi, *An Agenda for Disaster. New Soviet Thinking about the Revolutionary Movement in the Third World*. In: *Economic and Political Weekly* (Bombay), 30. Sept. 1989, S. 2209 ff.; V. Athreya, *Perestroika and the Third World: The Changing Status of the Concept of Neocolonialism*. In: *Social Scientist* (New Delhi), Vol. 17, Nr. 7-8, 1989, S. 28 ff.

⁴ Siehe: Ramesh Thakar, *India and the Soviet Union. Conjunctions and Disjunctions of Interest*. In: *Asian Survey* (Berkeley), Vol. XXXI, Nr. 9, Sept. 1990, S. 826 ff.

unmittelbar drohenden globalen imperialen Ordnung in Gestalt der Pax americana geführt.⁵

Die kommunistischen Parteien zum Wandel im Realsozialismus

Beide KP's begrüßten in unterschiedlichem Maß und trotz Vorbehalten die Mitte der achtziger Jahre in der Sowjetunion eingeleiteten Reformen, einschließlich der Schritte zur Demokratisierung, unter der Voraussetzung, daß sie die sozialistische Ordnung stärken würden. Sie unterstützten die praktischen politischen Maßnahmen zur Verminderung von Kriegsgefahr, für Abrüstung und demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung.

Die KPI erhob bei Anerkennen des positiven Grundanliegens der Reformen seit 1988 Einwände gegenüber manche im Namen von Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion vertretene Ansichten. Zu solchen als sozialismusfeindlich bezeichneten Erscheinungen rechnete die Partei das Negieren von sozialen Errungenschaften des Sozialismus, die Darstellung seiner Geschichte als eine Kette von Fehlern und Verbrechen, die Preisgabe des Marxismus-Leninismus als Ideologie der Partei und dessen Religiierung als einer unter anderen geistigen Strömungen, Herabmindern der Rolle der Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus während des zweiten Weltkrieges, das unkritische Propagieren von Marktwirtschaft und kapitalistischen Wachstumsinstrumenten als Mittel zur Überwindung der Stagnation, das Verharmlosen der Funktion transnationaler Monopole und Institutionen des internationalen Finanzkapitals in Entwicklungsländern oder die Aufgabe des Konzepts des Neokolonialismus. Kritik erfuhr das Neue Denken Gorbatschows, da es - auf die theoretische Ebene gehoben - die Realität des Imperialismus, die Widersprüche sowohl zwischen Imperialismus und den sozialistischen Ländern als auch mit der Dritten Welt, die interimperialistischen Widersprüche, die Widersprüche zwischen dem Kapitalismus und dessen eigenen arbeitenden Massen negiere.⁶ Die "Entideologisierung", so hieß es, ersetze den Marxismus-Leninismus durch einen Eklektizismus.⁷

Bald wurde der Vorwurf laut, daß unter Gorbatschows Führung die Reform des Sozialismus nicht zu dessen Erneuerung genutzt, sondern durch Entfernen von den ursprünglichen Positionen eine Entwicklung begünstigt werde, die Chaos, den Zerfall der UdSSR, die Vernichtung der KPdSU und schließlich die Machtübernahme durch antikommunistische Kräfte zur Folge hatte. Den August-Coup wertete die KPI als Verletzung von Demo-

⁵ Siehe: S.D. Muni, *India and the Post-Cold War World. Opportunities and Challenges*. In: *Ebenda*, S. 862 ff.

⁶ *Developments in the Soviet Union and Eastern Europe* (Draft). Adopted by the CEC Meeting in New Delhi, February 12-14, 1992, S. 16.

⁷ *Ebenda*, S. 18.

kratie und Verfassungsgerechtigkeit und eine den marxistischen Handlungsnormen widersprechende Aktion.⁸

Nach Ansicht der KPI ist nicht der Sozialismus am Ende, sondern das von der Sowjetunion praktizierte und von den osteuropäischen Ländern übernommene Modell.⁹ Dieses Schicksal sei keine logische Folge der Oktoberrevolution. Sie wird weiterhin als größter gesellschaftlicher Umschwung im 20. Jahrhundert gewertet, der von allen bisherigen sozialökonomischen Experimenten dem menschlichen Fortschritt den nachhaltigsten Antrieb vermittelte.¹⁰ Die KPI zieht aus der internationalen wie auch nationalen Entwicklung die Lehre, daß die marxistische Theorie mit den Bedingungen Indiens, mit seinem kulturellen Erbe, seinen Traditionen und der Spezifik der gesellschaftlichen Entwicklung verbunden werden muß, um zu einem selbständigen Kurs der demokratischen und sozialistischen Transformation zu finden.¹¹

Die KPI/M setzt andere Akzente. Sie wandte sich öffentlich gegen eine Reihe von ideologischen Positionen, die die KPdSU nach dem 70. Jahrestag der Oktoberrevolution vertrat. Die KPI/M sieht die Ursache für den Untergang des Realsozialismus im Vordringen des Revisionismus. Bei der notwendigen Korrektur von Fehlern nach dem XX. Parteitag 1956 habe der Revisionismus die Oberhand gewonnen, was zur Preisgabe von Grundsätzen des Marxismus-Leninismus und letztlich auch zur "Sozialdemokratisierung" vieler KP's in jüngster Zeit führte. Die KPI/M sieht eine direkte Linie von Chruschtschow über Breschnew und Gorbatschow bis zur offenen Konterrevolution. Sie wertete den August-Putsch 1991 als Versuch, diesem negativen Trend zu begegnen.¹²

Die KPI/M greift zur Begründung ihrer Strategie und Taktik auf die Thesen der Beratungen kommunistischer Parteien von 1957 und 1960 zurück. Zugleich betont sie die Notwendigkeit, damals getroffene Einschätzungen, die sich inzwischen als falsch erwiesen, zu korrigieren. Dazu rechnet sie Aussagen zum Sozialismus als dem bestimmenden Faktor der Weltentwicklung, zur Desintegration des kapitalistischen Systems oder zur Unmöglichkeit einer Restauration des Kapitalismus in sozialistischen Ländern.¹³ Solche Fehleinschätzungen seien einem Subjektivismus und der vereinfachten Auslegung Marxscher Gedanken geschuldet. An die eigene Adresse gerichtete Selbstkritik wird verbunden mit dem Hinweis auf fortwährende Auseinandersetzungen der KPI/M mit rechtsrevisionistischen Illusionen, ahistorischem Umgang mit der Geschichte des Sozialismus im

⁸ Ebenda, S. 20.

⁹ Ebenda, S. 6.

¹⁰ Ebenda, S. 4.

¹¹ Ebenda, S. 27.

¹² Siehe: CPI(M), Resolution on Certain Ideological Issues. Adopted by the Fourteenth Party Congress held at Madras, January 3-9, 1992, S. 19, 26 f.

¹³ Ebenda, S. 4.

Namen der Überwindung des Personenkults mit Stalin, aber auch mit linkssektiererischen Auffassungen, d.h. mit Faktoren, die allesamt der kommunistischen Bewegung enormen Schaden zugefügt hätten. Die KPI/M hält am Begriff der Epoche fest und sieht deren Hauptinhalt weiterhin als Transition vom Kapitalismus zum Sozialismus, d.h. als langfristigen globalen Übergang von der Klassen- zur klassenlosen Gesellschaft. Vier Grundwidersprüche kennzeichneten die Welt von heute: Der Widerspruch zwischen Sozialismus und Imperialismus, zwischen Imperialismus und den Völkern der Entwicklungswelt, interimperialistische Widersprüche und jene zwischen Kapital und Arbeit in den kapitalistischen Ländern. Während jeder dieser Widersprüche zeitweilig in den Vordergrund treten könne, bleibe der zwischen Imperialismus und Sozialismus im globalen Maßstab das dominierende Element.¹⁴

KPI wie KPI/M bezeichnen ihre Wertung der Vorgänge im Realsozialismus selbst als vorläufig und halten gründlichere Analysen für erforderlich.

Die kommunistische Linke zu Indiens Weg

Beide KP's bewerten in der Sache übereinstimmend die Oktoberrevolution als Ausgangspunkt für Prozesse mit weltweiter Wirkung sowie irreversiblen Ergebnissen. Zu letzteren gehört die politische Mobilisierung großer Teile der Gesellschaft und deren aktives Eintreten für soziale und nationale Emanzipation. Folgerichtig ist ihr Zukunftsbild der Menschheit an der Schwelle zum 21. Jahrhundert nach vorn offen. Um die optimistische Perspektive im großen wie die Lebensinteressen der arbeitenden Klassen oder der Völker in den Entwicklungsländern und die Errichtung einer demokratischen Weltordnung zu realisieren, müßten allerdings der Imperialismus bzw. die Strukturen des modernen monopolistischen Kapitalismus gezügelt und überwunden werden. Aus der Haltung leitet sich die Forderung nach internationaler Solidarisierung und Verteidigung des revolutionären theoretischen wie politischen Erbes ab.

In bezug auf Indien vertreten beide Parteien Varianten eines Zwei-Stufen-Schemas der Revolution als Weg zu einer sozialistischen Ordnung. Die KPI bestimmt die Aufgabe der nächstliegenden Etappe als Verteidigung und Erweiterung der Demokratie mittels Massenbewegungen und die Konzipierung sowie schrittweise Verwirklichung eines nationalen Alternativprogramms zur Politik der herrschenden bürgerlichen Kräfte, wodurch die demokratische und sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft unter maßgeblicher Beteiligung der Kommunisten vorbereitet werden soll.¹⁵ Die KPI/M sieht den Inhalt der ersten Etappe im Vollenden ungelöster Aufgaben einer demokratischen Revolution - in antiimperialistischen, antifeudalen und antimonopolistischen Umgestaltungen -, was die Ablösung der

¹⁴ Ebenda, S. 10.

¹⁵ Siehe: Developments in the Soviet Union..., a.a.O., S. 27 f.

gegenwärtigen Herrschaft der "Bourgeoisie- und Grundbesitzerklasse unter Führung der Großbourgeoisie" durch einen Staat der Volksdemokratie unter Führung der Arbeiterklasse verlange.¹⁶

Die Indische Volksfront, hervorgegangen aus der KPI(M-L)-Strömung und vor allem aus der Organisation "KPI(M-L)-Befreiung", nahm auf ihrer Konferenz im Februar 1992 ebenfalls Stellung zu den Vorgängen im Realsozialismus. Diese Gruppierung betrachtet das in Osteuropa und der Sowjetunion gescheiterte Modell als eine erste Phase des Sozialismus. Der Vorgang vermittele allen Fortschrittskräften in der Welt Lehren. Für die Dritte Welt habe sich jedoch im Verhältnis zum Imperialismus nichts geändert, wohl aber das Erfordernis engeren Zusammenschlusses untereinander erhöht. Die Gruppierung bekennt sich zum friedlichen, demokratischen und parlamentarischen Kampf, sofern es die Umstände gestatten, und verbindet ihr Ziel, die Errichtung einer Volksregierung in Indien, mit dem Appell für eine Konföderation linker und demokratischer Parteien.¹⁷

Die plural organisierte Linke Indiens besitzt unterschiedliche strategische und taktische Konzepte. Sie sind Basis und Rechtfertigung für die Existenz separater Parteien. Obwohl Übereinstimmung besteht, daß die Abwehr der aktiver werdenden konservativen Kräfte und all derer, die einen proimperialistischen Wechsel der Staatspolitik wollen, das gemeinsame Handeln aller linken, demokratischen und säkularen Kräfte erfordert, ist eine Einigung nicht in Sicht.

Der Hintergrund

Die unterschiedlichen Vorstellungen reflektieren Meinungsverschiedenheiten, die die gesamte Geschichte der Linken und speziell der kommunistischen Bewegung Indiens durchziehen. Ihre ideellen Wurzeln gehen zurück auf unterschiedliche Standpunkte zur Perspektive bürgerlich demokratischer Bewegungen in Kolonien und abhängigen Ländern sowie zur Rolle der einheimischen Bourgeoisie, wie sie 1920 vor der Komintern von Lenin in den Thesen zur nationalen und kolonialen Frage einerseits und von M.N. Roy in Ergänzungsthesen andererseits vorgelegt wurden.¹⁸ Politische Relevanz erhielten die Fragen beim Übergang zur Eigenstaatlichkeit. In der Auseinandersetzung mit der indischen Realität und unter äußeren Einflüssen - dem Einfluß der KPdSU, der KP Großbritanniens und dem Beispiel der KP Chinas wie der chinesischen Revolution - formten sich die Ansichten der Linkskräfte.

¹⁶ Siehe: CPI(M), Resolution..., a.a.O., S. 32.

¹⁷ Siehe: C. Rajeswara Rao, 4th Conference of IPF and its Position on Important National and International Problems. In: Party Life (Monthly Journal of Communist Party of India), April 1992, New Delhi, S. 5 ff.

¹⁸ Siehe: G. Adhikari (Hrsg.), Documents of the History of the Communist Party of India, Vol. I (1917 - 1922), New Delhi 1971, S. 156 ff., für relevante Texte und kritische Kommentare.

Die KPI unterstützte zunächst die nationalen Kräfte Indiens unter Nehru und betrachtete die nationale Befreiung als Chance für eine progressive Entwicklung. Schon Ende 1947 trat dieser Ansicht eine Mehrheit in der Führung entgegen, die von Scheinunabhängigkeit sprach und die Regierung gar der Kollaboration mit dem Imperialismus bezichtigte.¹⁹ Zwischen 1948 und 1951 vertrat die KPI eine Linie der revolutionären Umgestaltung zur Volksdemokratie, bevor 1951 ein neues Programm die sozialistische Transformation zu einer längerfristigen Aufgabe erklärte und zwischen verschiedenen Schichten der Bourgeoisie differenzierte.²⁰ Seinerzeit gab es in einigen Landesteilen militante Aktionen von Landarmen, Landlosen und Pächtern unter Führung örtlicher kommunistischer Organisationen um elementare ökonomische und soziale Rechte. Sie erreichten besonders großes Ausmaß in der Region Telengana in Südindien. Die spontanen Aktionen waren eine Art "Früh-Maoismus", d.h. sie ähnelten in der Praxis der von Mao entworfenen antiimperialistischen und antifeudalen Strategie mit der Taktik des Bauern-Partisanenkrieges.²¹ Das KPI-Programm von 1951 lehnte unter Hinweis auf die Existenz einer beträchtlichen Arbeiterklasse den "chinesischen Weg" mit Bauernkämpfen als vorrangiger Methode für Indien ab. Doch andauernde Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg kristallisierten sich - gefördert, aber nicht verursacht durch den offenen Konflikt zwischen KPdSU und KP Chinas - Anfang der sechziger Jahre zu programmatischen Plattformen, bis 1964 die organisatorische Spaltung der Partei erfolgte. In diesem Jahrzehnt bildeten Agrarbewegungen den Nährboden für das Aufkommen einer militanten linksradikalen Strömung, die sich nach eigenartiger Auslegung der Kulturrevolution in China zu einer urbanen terroristischen Bewegung ausweitete, doch dort unterdrückt wurde und in mehrere einander heftig befehdende Gruppen zerfiel.

Die traditionelle kommunistische Bewegung Indiens hat unbestreitbar sowjetische Vorbilder. Doch im Gegensatz zu dem verbreiteten Schema einer "Moskauhörigkeit" belegen ernsthafte Untersuchungen schon für die Vergangenheit das ständige Bemühen unter Indiens Linken, Marxsche Ideen mit der indischen Wirklichkeit zu verbinden.²² Selbst die Kolonialbehörden bescheinigten der KPI 1944, eine "nationalistische" Partei zu sein.²³ Im übrigen machte die Partei an historischen Wendepunkten ihre eigene Meinung zur politischen Strategie publik, lange bevor die interna-

¹⁹ Siehe: T.R. Sharma, Communism in India. The Politics of Fragmentation, New Delhi 1984, S. 24.

²⁰ Siehe: Bhabani Sengupta, Communism in Indian Politics, New York/London 1972, S. 26 ff., 98.

²¹ Siehe: Mohan Ram, Indian Communism. Split within a Split, Delhi 1969, S. 2.

²² Siehe: Debi Chatterjee, Marxist Thought in India, Calcutta 1985, S. 24.

²³ Siehe: Shashi Bhairati, Communism and Nationalism in India. A Study in Inter-Relationship, Delhi 1987, S. 226.

tionale Bewegung pluralistische Gestalt annahm.²⁴ Nach der Spaltung 1964 verstand sich die KPI als Teil der Weltbewegung, während die KPI/M ihre Autonomie betonte und erst seit den Achtzigern in größerem Ausmaß an internationalen Treffen teilnahm und Parteibeziehungen ausbaute.

Neue soziale Bewegungen

Die Situation der linken Kräfte änderte sich angesichts der in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend aufkommenden kulturellen, sozialen, feministischen und ökologischen Bewegungen, die meist autonomen Charakter haben und teils radikale Züge tragen. Das Phänomen widerspiegelt eine deutliche Radikalisierung der jungen Generation, die weitgehend außerhalb der herkömmlichen Organisationen der Linken verläuft.²⁵ Zahl- und einflußreich sind Kultur- und Literaturbewegungen und Bildungsorganisationen einschließlich solcher zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und eines rationalen Weltbildes. Sie besitzen oft eine ideologische Affinität zu marxistischen und anderen linken Auffassungen bis hin zu denen der extremen Linken. Besonders ausgeprägt ist die Autonomie von "Nichtregierungsorganisationen" (NGO's), die sich als Freiwilligenvereinigungen oder Aktionsgruppen der Sozialarbeit unter bestimmten Zielgruppen widmen und dabei versuchen, den Staatsapparat zu umgehen oder zu unterlaufen. Sie werden bisher von den KP's als Rivalen angesehen und - vor allem von der KPI/M - wegen ihrer Verbindungen zum Ausland sogar scharf angegriffen.

Seit den späten Siebzigern drängen soziale Bewegungen in den Vordergrund. Das sind zum einen Bauernorganisationen eines anderen Typs als die traditionellen Bauernverbände (Kisan Sabhas), nämlich überwiegend regionale Interessenvereinigungen von kapitalistisch wirtschaftenden Bauern ("Farmern"), die ihre Ansprüche aus der "Benachteiligung" gegenüber den städtischen industriellen Kapitalisten herleiten. Zum anderen sind es Bewegungen von Kastengruppen, die in der Werteskala der bürokratischen Nomenklatur neben den untersten Gruppen als "andere rückständige" ausgewiesen sind (oder werden wollen). Sie fühlen sich aufgrund des Platzes in der traditionellen Hierarchie der indischen (genauer: der Hindu-) Gesellschaft bildungsmäßig und damit bei der Berücksichtigung für den begehrten öffentlichen Dienst benachteiligt und verlangen besondere Förderung.

²⁴ Siehe: Ajoy Ghosh, On India's Path of Development. A Critique of Modeste Rubinstein's Article "A Non-Capitalist Path For Underdeveloped Countries", New Times, July 5 and August 2, 1956. In: Ajoy Ghosh, Marxism and Indian Reality. Selected Speeches and Writings, New Delhi 1989, S. 197 ff. - A. Ghosh war Generalsekretär der KPI von 1951 bis 1962.

²⁵ Siehe: Ashin Vanaik, The Painful Transition. Bourgeois Democracy in India, London/New York 1990, S. 195 ff.

Die konkreten Erscheinungsformen dieser gesellschaftlichen Bewegungen offenbaren sehr spezifische Anliegen der sie tragenden Interessengruppen und stets eine verwirrende Vielschichtigkeit. An der Oberfläche werden die Anliegen zudem durch parteipolitische Interessen überlagert. Dennoch reflektieren die Prozesse tiefer gehende Vorgänge in der heutigen indischen Gesellschaft. In ihnen manifestiert sich das Drängen nach Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und die Tendenz zur Durchsetzung von Normen einer modernen Zivilgesellschaft. Insofern sind die Bewegungen zu einem Agens gesellschaftlicher Veränderungen geworden. Für die Linken Indiens bedeutet dies eine enorme praktische wie theoretische Herausforderung. Ihr haben sich bislang die linken Parteien kaum gestellt, wohl aber Vertreter des "akademischen Marxismus".

Theoretische Herausforderungen

Marxistische Intellektuelle Indiens lieferten theoretische Beiträge von politischer Relevanz zu Themen, die über das von den politischen Parteien beachtete Feld hinausgreifen. Auf kreativ-kritische Weise - und von durchaus kontroversen Standpunkten aus - kommentierten marxistische Wissenschaftler aktuelle Grundfragen ihrer Zeit²⁶, griffen in die Debatte um den Werdegang der Linken im Kontext der nationalen Entwicklung ein²⁷, erörterten fundiert die Evolution und Transformation der kolonialen und postkolonialen Gesellschaft²⁸, oder erschlossen neue Gebiete der politischen Theorie durch Einbringen origineller Denkansätze in die Untersuchung von Staat und Gesellschaft in der kolonialen wie postkolonialen Periode.²⁹

Diese Arbeiten machen Ideen und die Methode von Marx im Kontext der Erfahrungen von Entwicklungsländern theoretisch fruchtbar. Das gebräuchliche englische Medium und die hohe "Exportrate" von geistigem Potential garantieren eine Wirkung über die Grenzen Indiens hinaus.

²⁶ Siehe: K.N. Panikkar (Hrsg.), Prospects of Left Unity, New Delhi 1979.

²⁷ Siehe: Bipan Chandra (Hrsg.), The Indian Left. Critical Appraisals, New Delhi 1983.

²⁸ Siehe: Diptendra Banerjee (Hrsg.), Marxian Theory and the Third World, New Delhi 1985.

²⁹ Siehe: Sudipta Kaviraj, Die Konstruktion des hegemonialen Diskurses kolonialer Machtstruktur. In: Soziale Welt (Göttingen), Jg. 42, 1991, Heft 2, S. 176 ff. - Die Wochenschrift "Economic and Political Weekly" (Bombay) und die Monatsschrift "Social Scientist" (New Delhi) publizieren Aufsätze zu den skizzierten Problemkreisen aus marxistischer Sicht.

Die marxistische Linke in Finnland

Beim 20. Parteitag im Mai 1984 wurde die jahrelang gefürchtete Spaltung der finnischen kommunistischen Partei ein *Fait accompli*. Mit nur einigen Stimmen Mehrheit (184 Delegierte gegen 162) eroberte der rechte Flügel unter Leitung des bisherigen Parteisekretärs Arvo Aalto alle Machtpositionen der Partei. Bei den nachfolgenden Säuberungen wurden 497 Parteiorganisationen ausgestoßen: nicht nur der linke Minderheitsflügel, sondern auch die Anhänger des früheren zentristischen Vorsitzenden Jouko Kajanoja - insgesamt mehr als die Hälfte der Mitgliedschaft.

Die KPFI - einst eine Massenpartei

Wenn auch die siegreiche Aalto-Gruppe in ausländischen Pressekommentaren gewöhnlich als "eurokommunistisch" bezeichnet wurde, war diese Strömung schon in den 60er Jahren entstanden. Zum Teil handelte es sich um den Einfluß der New Left-Ideen auf linke Intelligenz und Parteifunktionäre. Der entscheidende Faktor aber, der zur Bildung von zwei Flügeln innerhalb der KPFI geführt hatte, waren die auseinandergehenden Einschätzungen bezüglich der Einkommenspolitik. Diese gegen Ende der sechziger Jahre von Arbeitgebern, Staatsmacht und Sozialdemokraten tatkräftig betriebene Politik zielte auf langfristige, allgemein verbindliche Tarifabkommen, mit deren Hilfe die Inflation niedergehalten werden sollte. Während die Linke der KPFI diese Einkommenspolitik als Kapitalisten-Intrige bekämpfte und auf Massenbewegung setzte, wollte die Rechte mit dem ihr eigentümlichen Pragmatismus vor allem mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten.

1966 wurde eine Zentrum-Linke-Regierungskoalition (agrарische Zentrumspartei, Sozialdemokraten und Kommunisten) gebildet, in die die kulturradikale "60er-Generation" viele Hoffnungen investierte. Manche erwarteten eine demokratische und linke Wende, doch kam es schnell zu einer bitteren Enttäuschung: Die praktischen Resultate der Regierung von 1966 liefen lediglich auf eine Modernisierung des bis dahin noch agrарisch geprägten finnischen Kapitalismus hinaus, die nur monopolistische Strukturen in der Wirtschaft zu fördern schien. 1971 zogen die Kommunisten sich wieder in die Opposition zurück.¹ Allem Anschein nach hatte der Linksflügel in seiner Kritik Recht, und die Diskussion über die Regie-

¹ Der deutschsprachige Leser kann sich mit den Details vertraut machen bei Ullrich Wagner, *Finnlands Kommunisten. Volksfrontexperiment und Parteispaltung 1966 - 1970*, W. Kohlhammer Vlg., Stuttgart 1971.

rungsteilnahme der Kommunisten führte zu einem weiteren Riß in der Partei.

Die mißlungene Regierungsteilnahme bildete einen der Hauptfaktoren der seit Anfang der siebziger Jahre einsetzenden rapiden Radikalisierung der linken Intelligenz und Studentenbewegung, und zwar in einer Form, die von dem gleichzeitigen westeuropäischen Radikalismus der 68-er-Generation abwich. Im Kielwasser des Linksflügels der KPFI nahmen sie den Marxismus in der Gestalt des sowjetischen Marxismus-Leninismus auf, wie er damals in der Breschnew-Ära vorlag.² Während eineinhalb Jahrzehnten war der Linksflügel der KPFI - gewöhnlich "Minderheitskommunisten" genannt - ein Machtfaktor im politischen Leben des Landes, nicht zuletzt wegen der engen Beziehungen zum "Großen Bruder" KPdSU, dem Herrscher des mächtigen östlichen Nachbarlandes.

Andererseits war der Linkskommunismus keineswegs eine einheitliche Strömung trotz der auf den ersten Blick monolithischen ideologischen Fassade: Er bestand grundsätzlich einerseits aus Gruppierungen der Studenten und linken Intelligenz, andererseits aus Parteikadern, deren ältere Generation schon in der Illegalität gearbeitet hatte.

Dank der starken kommunistischen Partei wich das innenpolitische Bild Finnlands von den übrigen skandinavischen Ländern ab und ähnelte gewissermaßen französischen oder italienischen Zuständen, wo die Kommunisten Massenparteien bildeten. Sozialdemokraten und Kommunisten rangen in der Nachkriegszeit ständig um die Hegemonie in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Nach den Parlamentswahlen 1958 waren die Kommunisten mit 25 % Stimmenanteil momentan die größte Partei des Landes, und der durchschnittliche Anteil während der 50er bis 70er Jahre blieb konstant bei einem Fünftel der Stimmen.

Bei den Wahlen traten die Kommunisten zwar niemals mit eigenem Namen auf, sondern stets als Teil der 1944 gegründeten Demokratischen Union (SKDL). Ursprünglich war die SKDL nach dem Weltkrieg als eine Volksfrontorganisation konzipiert, an der neben den Kommunisten auch die Sozialdemokraten und die Agrarpartei hätten teilnehmen sollen. Als diese sich zurückzogen, bestand die SKDL dann hauptsächlich aus Kommunisten, neben einer Handvoll Linkssozialisten. Geleitet von pragmatischen Erwägungen strebten die Mehrheitskommunisten einen Zusammenschluß von SKDL und KPFI an, um so eine links von der Sozialdemokratie stehende sozialistische Partei zu gründen. Diese Versuche stießen auf harten Widerstand der Linksfraktion, die eine selbständige kommunistische Partei nach leninistischem Muster für unantastbar hielt.

² Nicht umsonst rubrizierte damals Pekka Haapakoski, 'der einzige Trotzkist des Landes', seinen Aufsatz in der *New Left Review* 86 (1974) 'Brezhnevism in Finland'. Der gängige Spitzname für die marxistisch-leninistische Studentenbewegung und den Kulturradikalismus der 70er Jahre war 'Taistoismus', nach der damaligen Galionsfigur des KPFI-Linksflügels, Taisto Sinisalo.

In den 70er Jahren konsolidierte sich die Parteispaltung in einer Weise, die an die gegenseitige Verschanzung von Hugenotten und Katholiken in Frankreich erinnert. Von den 17 Kreisorganisationen blieben acht (darunter die wichtigsten südlichen Industriebezirke) in den Händen der linken Minderheit, während die übrigen unter die Kontrolle der "revisionistisch" abgestempelten Mehrheit gerieten. Einmal in Gang gesetzt, ergriff der Spaltungsprozeß alle Tätigkeiten der KPFI: Es kam zu parallelen Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen, zu zwei Organen (*Kansan Uutiset* für die Mehrheit, *Tiedonantaja* für die Linke) und die Mitglieder der verschiedenen Fraktionen hatten überhaupt nur wenig Kontakt zueinander.³ Dennoch wurde die formale Einheit der Partei während der Periode des Vorsitzenden Aarne Saarinen erhalten, teils aus wahlmathematischen Gründen, teils weil die KPdSU deutlich eine Parteispaltung mißbilligte, die den innenpolitischen Einfluß der KPFI beträchtlich vermindert hätte.⁴ Die linke Minderheit wurde dennoch in die Stellung einer inneren Opposition gedrängt, was in ihren Reihen sowohl zur wachsenden Frustration als auch zur Verhärtung der eigenen Positionen führte.

Die Spaltung 1984 und danach

Die Wahl von Jouko Kajanoja zum neuen Vorsitzenden 1982 löste dann die endgültige Krise aus. Kajanoja bemühte sich nämlich ernstlich um die Vereinheitlichung der Partei und nahm eine "zentristische" Position über beiden Flügeln ein. Die Angst vor der Perspektive, daß die bis dahin niedergehaltene Minderheit mehr Einfluß auf die Partei und die SKDL erhalten würde, bewog Parteisekretär Aalto, der inzwischen zum Führer der Mehrheitskommunisten avanciert war, die Parteispaltung mit allen Mitteln - auch ungesetzlichen - voranzutreiben. Kaltblütig hatte er kalkuliert, daß die vom Linksflügel befreite Partei-Mehrheit bei den nächsten Parlamentswahlen doch genug Stimmen erhalten werde und allmählich die Linke ganz von der politischen Bühne verdrängen könnte.

Das war eine falsche Kalkulation. Nach dem Spaltungsparteitag 1984 mußten alle Teile der KPFI endlose Kalamitäten erleben, die binnen weniger Jahre die ganze politische Szene links von den Sozialdemokraten ka-

³ Die Entfremdung der Fraktionen voneinander war so groß, daß z. B. Anfang der 80er Jahre, als das Minderheitsorgan *Tiedonantaja* Opfer einer neofaschistischen Bombenattake wurde, der Ton der Mehrheitspresse war: Sie haben das verdient!

⁴ Wenn die Minderheitskommunisten, um die Einheit der KPFI zu bewahren, die Einschätzungen der KPdSU in Anspruch nahmen, mußten sie allerdings bei der für die Breshnew-Ära so typischen Nomenklatura-Eigenmächtigkeit die Augen zudrücken. Eine besonders heikle Szene war jene, als der damals mächtige Parteiboss von Leningrad, Grigori Romanow, die Repräsentanten beider KPFI-Strömungen zum sowjetischen Botschafter in Helsinki zum Souper einlud und dann angetrunken dem finnischen Parteivorsitzenden Saarinen mit Beschimpfungen und Drohungen die Weisungen der sowjetischen Bruderpartei zu befolgen befahl. In ihrer Treue gegenüber der KPdSU waren die Minderheitskommunisten in einer Weise blind für die Korruption der Breshnew-Periode, die heute fast unglaublich naiv erscheint.

putt zu zerstören drohte. Die ausgestoßenen Minderheitskommunisten behielten ihre alten Mitgliedsbücher, so daß sie formell noch Mitglieder der einstigen einheitlichen KPFI blieben und sich zu ihren Traditionsverwaltern - unter dem Namen "KPFI-Einheit" - erklärten, während die Aalto-Gruppe die Verschmelzung der Mehrheits-KPFI und der SKDL vorzubereiten begann. Die Minderheitler prozessierten gegen die Aalto-Leute und gewannen in allen Instanzen, obgleich das keine praktische Bedeutung hatte. Die Aalto-Gruppe wiederum versuchte, die Linkskommunisten mit allen Mitteln politisch zu isolieren.

Die Parlamentswahlen 1987 zeigten, daß die Kommunisten nicht mehr die Stellung des einen der "Vier Großen" im finnischen Parteiensystem (neben Konservativen, Zentrumspartei und Sozialdemokraten) genossen: Die Mehrheitler erhielten 9,4 %, die Minderheitler nur 4,2 % der Stimmen.

Neben erdrutschartig schlechteren Wahlergebnissen wurden die Mehrheitskommunisten auch von einem ebenso peinlichen wie lächerlichen Skandal heimgesucht. Weil die Kassen wegen Finanzierung der Spaltungsoperation leer waren, versuchte die Aalto-Gruppe - angespornt von der ökonomischen Hausse des Landes seit Mitte der 80er Jahre -, durch Kasino-Spiel an der Börse Geld zu beschaffen. Sogar in Rennpferde und Kondom-Handel wurden Parteigelder investiert. Da Kommunisten, wenigstens die finnischen, Amateure in der Finanzspekulation sind, führte die ganze Operation zu einem immensen Verlust von 30 bis 60 Millionen Finnmark, und Parteivorsitzender Aalto mußte eiligst in den Ruhestand. Dies paßte auch vielen, der Streiterei müden Mehrheitskommunisten, die in ihrem Vorsitzenden zunehmend einen für das Image der ganzen Partei schädlich gewordenen Polit-Gangster erblickten.

Diese Entwicklungen kamen aber nicht der Linksfraktion zugute. Der Perestroika-Prozeß führte nämlich seit 1985 zum rapiden Verlust früherer Orientierungspunkte der ideologisch immer KPdSU-fixierten Linksfraktion. Schon Gorbatschows Kritik an dem - wie es damals hieß - administrativ-bürokratischen System und die darauf folgenden Enthüllungen über die Verbrechen des Stalinismus, die das noch übertrafen, was in Chruschtschows Zeiten bekannt gemacht wurde, waren ein Schock für viele Linkskommunisten der älteren Generation. Dazu kam, daß die Ideen, auf die man seine kommunistische Identität aufgebaut hatte - wie proletarischer Internationalismus, Marxismus-Leninismus usw. - sich als ideologische Konstrukte entpuppten, die vor der komplizierten Wirklichkeit nicht Stand hielten. Der Zusammenbruch des realen Sozialismus in Osteuropa war ein weiterer Schock. Es wurde für die meisten klar, daß die Fragen, um die die früheren Fraktionskämpfe sich bewegt hatten, nicht mehr den Realitäten der neuen Epoche adäquat waren.

Die Lage heute

Damit aber war der ideologisch-politischen Auseinandersetzung, die das innere Leben der finnischen Kommunisten über zwei Jahrzehnte geprägt hatte, der Boden entrissen. Nach allem in den vorangegangenen 20 Jahren Geschehenen war der Einigungsprozeß gewiß nicht leicht, doch begriff man nun, daß es bei der Einigung um das Schicksal der politischen Linken in Finnland geht. Es gelang also, erträgliche Kompromisse zusammenzubasteln und 1990 auf den Ruinen der KPFI und der SKDL eine neue politische Partei, den Linksverbund⁵ zu gründen.

Gewissermaßen kam der alte Plan der Mehrheitskommunisten, die KPFI in eine linkssozialistische Partei umzuwandeln⁶, zur Erfüllung, aber - dank der Blamage der Aalto-Gruppe - mit dem wichtigen Unterschied, daß auch den früher so geächteten Minderheitskommunisten die Chance geboten wurde, gleichberechtigt an dem Aufbau der neuen Partei teilzunehmen. Der Vorsitzende des Linksverbunds, der Psychiater und Dichter Claes Andersson, hat auch bisher alle Versuche zurückgewiesen, die Mitglieder der neuen Partei in Schafe und Böcke zu teilen.

Allerdings ging es mit den Erben der Kommunisten noch in den Wahlen von 1991 weiter bergab: Der Linksverbund erhielt 10,1 % der Stimmen. Doch der Rutsch scheint vorbei. Zahlreiche Meinungsumfragen (bis Sommer 1992) deuten nämlich darauf, daß der Stimmenanteil des Linksverbunds irgendwo zwischen 9 bis 11 % sich stabilisieren wird. Das bedeutet, daß die Parteilandschaft Finnlands endgültig derjenigen anderer skandinavischer Länder ähnlich geworden ist (sich "normalisiert" hat, wie die Rechte es gern ausdrückt).

Die Trends, die weltweit zum Niedergang der Linken geführt haben, wirken noch ununterbrochen fort, und es wundert nicht, daß es auch dem finnischen Linksverbund schwer fällt, glaubwürdige programmatische Profile zu entwickeln. Das neue Programm soll erst 1995 angenommen werden. Bis dahin tappt man vorwärts, sich auf einen provisorischen Entwurf stützend, der in vagen Formulierungen den Linksverbund als eine pluralistisch-linke Partei "mit rot-grünen Werten" beschreibt, die sich in der Zivilgesellschaft und bei Arbeitnehmern verankert, für Basisdemokratie und gegen Rassismus kämpft.

Doch bleibt dieses alles auf dem Niveau der Deklarationen. Zur Zeit besteht die Daseinsberechtigung des Linksverbunds eher darin, daß die Ex-Kommunisten keine andere politische Heimat gefunden haben. Es fehlen alle ernsteren Analysen der heutigen tiefgreifenden Umbruchsituation. Bezeichnenderweise ist man in der Führung des Linksverbunds sogar über

⁵ Finnische Namensform: *Vasemmistoliiitto*, auf Schwedisch: *Vänsterförbundet*.

⁶ Von den 1600 Basisgruppen des Linksverbunds waren nur 185 neugegründete; die übrigen waren alte Gruppen der KPFI (beider Fraktionen), der SKDL und des Frauenverbandes.

eine so wichtige Angelegenheit uneinig wie den EG-Anschluß Finnlands.⁷ Mindestens bis zum nächsten Parteitag 1995 bleibt der Linksverbund sowohl politisch als auch ideologisch im Provisorischen.

Die einstweilen auf ein paar Tausende zusammengeschmolzene Linksfraktion der KPFI will noch unter dem Namen "Kommunistische Partei Finnlands (Einheit)", also KPFI(E), weitermachen, und zugleich eine Mitgliedsorganisation des Linksverbunds sein; diese doppelte Organisiertheit kann künftig noch zu Problemen führen. Beim letzten Parteitag im Mai 1991 hob der Vorsitzende der KPFI(E) Yrjö Hakanen hervor, daß "Finnland eine erneuerte, starke kommunistische Partei" brauche. Als Momente dieser Erneuerung nannte Hakanen in seinem Bericht die Forderung nach einer "ökologischen Strukturumwandlung", die Anti-EG-Bewegung, die Verteidigung der Neutralität Finnlands und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit.⁸

Diese Ziele unterscheiden sich nicht von denen des Linksverbunds, und die KPFI(E) hat bis heute nicht begründen können, warum eine selbständige kommunistische Partei auch in der heutigen Weltlage noch vonnöten wäre. Der unausgesprochene Grund des Weiterbestehens der KPFI(E) scheint lediglich die Nostalgie der Altkommunisten zu sein, für die das Aufgehen in den Linksverbund psychologisch schwer ist. Von einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit gibt es bis heute nur wenig Spuren. Die Leitung der KPFI(E) war auch unfähig, den Zerfallsprozeß ihres einstigen Vorbildes und Mentors KPdSU zu analysieren. Darum hat sie keine kritische Distanz zu den konservativsten Kräften der Ex-KPdSU einzunehmen vermocht. Als Janajew & Co im August 1991 in Moskau die Macht in ihre Hände zu nehmen versuchten, beeilte sich der Vorsitzende der KPFI(E) Hakanen zu erklären, daß der Coup eine innere Angelegenheit der Sowjetunion sei; Andersson vom Linksverbund demgegenüber mißbilligte ihn.⁹

* * *

Zur Zeit befindet sich Finnland inmitten der schlimmsten Rezession dieses Jahrhunderts, die ganz unerwartet hereinbrach. Das "Wirtschaftswunder" vom Ende der 80er Jahre mit Rekord-Zuwachsraten endete plötzlich 1990,

⁷ Der prominenteste Befürworter des finnischen EG-Anschlusses ist zur Zeit der Parteisekretär Matti Viialainen. Doch die Mitgliedschaft des Linksverbunds ist größtenteils EG-kritisch, und da Viialainen ein notorischer Wendehals ist, dürfte man erwarten, daß er sein letztes Wort noch nicht gesagt hat.

⁸ SKP:n (yhtenäisyys) edustajakokous, 18. - 19.5.1991 Lahti, S. 7 ff.

⁹ Um das Bild der Linken in Finnland abzurunden, sei erwähnt, daß es neben der KPFI(E) noch eine zweite kommunistische Partei gibt, nämlich die Kommunistische Arbeiterpartei (finnisch KTP gekürzt), entstanden ein paar Jahre nach der Spaltung beim 20. Parteitag. Sie ist eine wohl linkssektiererisch zu nennende Mikro-Partei, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus der Kreisorganisation Uusimaa der einstigen KPFI rekrutieren.

als der Warenhandel mit der Ex-UdSSR zusammenfiel und die westlichen Exportmärkte gleichzeitig zu schrumpfen begannen. Kettenreaktionsartig stürzten erst die Immobilienpreise, dann kam es zu einer schweren Bankenkrise, die Arbeitslosigkeitsquote explodierte - im Sommer 1992 betrug sie 12,6 %, lag also höher als in der Ex-DDR¹⁰ - und als Punkt auf dem i wurde die Finnmark schon zweimal abgewertet.

Das Land wird seit dem Frühjahr 1991 von einer Rechts-Zentrum-Koalition, mit Esko Aho als Premierminister regiert, deren Politik starke Elemente des Thatcherismus enthält. Die Regierung Aho will die Inflation mit hohen Zinsen bekämpfen, wobei das so gut gelungen ist, daß der finnische Zinssatz heute der höchste in der ganzen Welt ist (Tageszinsen zwischen 16 und 18 %). Um den Abbau der Staatsverschuldung voranzutreiben, hat die Regierung eine Rotstiftpolitik ohnegleichen betrieben, was natürlich die Kaufkraft im Binnenmarkt noch reduzierte und die ökonomische Rezession verschärfte.

In dieser Lage hat der Linksverbund die Verteidigung des Sozialstaates zur programmatischen Grundlage seiner Oppositionspolitik erklärt. Wie immer, es ist der Kapitalismus, der die Leute zur Abwehr zwingt, und damit auch der Linken wieder ihr Raison d'être gibt.

¹⁰ Pertti Honkanen, Tilastoja työttömyydestä, DSL-Materialien, Helsinki 1992

Frieda Kahlenberg

Mein Neffe war ein "Terrorist"

Gedanken zum Krieg des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk

Mein Neffe Sehmus ist tot, wurde von der türkischen Luftwaffe getötet, als er bereits verwundet war und an keinerlei Kampfhandlungen teilnehmen konnte. Er wurde zusammen mit fünf weiteren Freiheitskämpfern sowie einem Arzt Anfang August in der Nähe der kurdischen Kleinstadt Hazro bombardiert. Verwandte in seiner Heimatstadt Diyarbakir berichteten, sein Leichnam sei völlig verbrannt gewesen, und sprachen von Napalm. Drei Tage nach seiner Beerdigung, als Verwandte und Freunde von ihm Abschied nehmen wollten, ließen die türkischen Besatzer die Zufahrtswege nach Diyarbakir sperren und erklärten die Stadt und die Umgebung zum militärischen Sperrgebiet, weil sie Demonstrationen und Unruhen befürchteten.

Sehmus war ein Terrorist - so der Sprachgebrauch der Türkei und so auch die bei uns noch immer weit verbreitete Meinung über die Mitglieder der PKK, der Kurdischen Arbeiterpartei.

Sehmus ist 25 Jahre alt geworden. Vor einem Jahr hatte er geheiratet - es sollte eine große kurdische Hochzeit werden, doch die türkischen Militärs griffen zu - und weil das Brautpaar entwischen konnte, nahmen sie etwa 60 Angehörige und Gäste fest.

Ich hatte Sehmus kennengelernt, als ich in den 80er Jahren erstmals meine kurdische Familie in Diyarbakir besuchte. Sehmus war damals gerade aus dem Gefängnis freigekommen. Und während ich mir eine gewisse innere Reserve ihm gegenüber eingestehen mußte - die Verteufelung der PKK als terroristisch hat gerade in der BRD vorzüglich funktioniert - konnte ich zugleich feststellen, daß ich mit meiner Zurückhaltung ziemlich allein da stand. So wenig politisiert mir damals viele der Kurdinnen und Kurden erschienen, die ich dort kennenlernte, - niemand von ihnen war bereit, auf Distanz zu ihm zu gehen oder ihn gar als Kriminellen zu betrachten. Sehmus war für sie einer, der es wagte, sich der übermächtig erscheinenden türkischen Besatzungsmacht entgegenzustellen, der nicht demütig vor den Herren buckelte und um einer Karriere willen seine kurdische Identität verleugnete.

Sehmus, dessen Name als Kämpfer der PKK "Welat hebun" ins Deutsche übersetzt "Heimat haben" bedeutet, wurde in seiner Heimatstadt von vielen verehrt und bewundert und von allen - abgesehen von Kollaborateuren - als einer der ihren betrachtet, der ihre Hoffnung auf ein freies Kurdistan verkörperte. Und daß diese Hoffnung mehr ist als ein

bloßer jahrhundertealter Traum, dafür stehen Tausende junge Menschen wie Sehmus, dafür steht die PKK - so zumindest sieht es heute die Mehrheit der Kurden in der Türkei, gleichgültig ob es sich um Alte oder Junge, Männer oder Frauen handelt, um strenggläubige Mohammedaner oder Atheisten, Lehrer, Bauern, Kleinhändler, Arbeiter, Hausfrauen, und unabhängig davon, ob sie Wähler der Regierungsparteien DYP und SHP oder Özals ANAP oder der kurdischen HEP sind. Dies ist die Realität - und letztlich auch der Grund dafür, warum Menschen wie Sehmus in der türkischen Öffentlichkeit als verbrecherische Terroristen und Separatisten diffamiert werden.

Schon bei meinem ersten Aufenthalt in Nordwest-Kurdistan hatte ich die Erfahrung gemacht, daß die Kriminalisierung der PKK-Mitglieder als "Terroristen" als Waffe der psychologischen Kriegführung unter den Kurden kaum wirksam war. Diese Waffe war in erster Linie für den Einsatz in der türkischen Öffentlichkeit und den Ländern der NATO-Partner vorgesehen - mit zum Teil verheerendem und lang anhaltendem Erfolg. Und dies gerade auch in der Bundesrepublik, einem der engsten Partner und wichtigsten Waffenlieferanten der Türkei, einem Staat, den die türkische Regierung nicht all zu sehr drängen mußte, damit er den skandalösen Prozeß gegen PKK-Mitglieder als Angehörige einer angeblichen Terrororganisation eröffnete. Die demokratische Öffentlichkeit, durch die Anti-PKK-Kampagne der "Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD" (KOMKAR) bestärkt, hat - von wenigen Ausnahmen abgesehen - daran keinen Anstoß genommen. Dennoch sind in jüngster Zeit die deutschen Medien im großen und ganzen von der Charakterisierung der PKK als terroristisch abgekommen - zum großen Ärger des türkischen Verbündeten. Stärker als bei den deutschen wirkt die Propaganda bei den türkischen Demokraten nach. Wie viele Horrorgeschichten über die PKK, wie viele von der türkischen Regierung inszenierten und der PKK angelasteten Verbrechen hat es nicht in den letzten Jahren gegeben und wie viele sind schon von den Medien - auch den türkischen - widerlegt worden! Und trotzdem findet man bis weit in die türkische Linke hinein eine kaum zu erschütternde Bereitschaft, jedem angeblichen Beweis für den terroristischen und von außen gesteuerten Charakter der PKK spontan Glauben zu schenken.

Ein weiteres "Argument", das insbesondere immer wieder von türkischen Linken zu hören ist: Die PKK tötete sogar die kurdische Zivilbevölkerung, selbst Kinder! Geht man solchen Behauptungen konkret nach, dann muß man feststellen, daß es sich dabei um militärische Aktionen gegen "Dorfschützer" handelt. Dorfschützer - das sind kurdische Kollaborateure, die, oftmals Kriminelle, vom türkischen Staat bewaffnet und bezahlt werden, um die Dorfbevölkerung auszuspionieren und zu terrorisieren, und die sich der abscheulichsten Verbrechen schuldig gemacht haben. Ja, es stimmt, es ist geschehen, daß in Kämpfen zwischen PKK-Einheiten und den verhaßten Dorfschützern auch unschuldige Kinder getötet wurden.

Aber wer hat sie getötet? Das jüngste Beispiel des Dorfes Cevizdali, Provinz Bitlis, ist kein Einzelfall: Das türkische Fernsehen hat am 3.10.1992 in einem ebenso melodramatischen wie verlogenen Szenarium der PKK die Ermordung von Frauen und Kindern in Cevizdali angelastet. Augenzeugen sagten jedoch aus, und dies wurde weder im Fernsehen, noch in den regierungstreuen türkischen Medien berichtet, daß die türkische Armee in die versammelte Dorfbevölkerung gefeuert hat, nachdem die PKKler zuvor die Dorfschützer aufgefordert hatten, die Waffen niederzulegen und Frieden zu schließen, was von einer Reihe von Dorfbewohnern befragt wurde.

So notwendig die Klärung jedes Einzelfalles im türkischen Propagandakrieg ist, so notwendig ist es auch zu fragen, wer denn die Verantwortung für eine Situation in Nordwest-Kurdistan trägt, die zum bewaffneten Aufstand der Kurden geführt hat? Hat nicht der türkische Staat, als er das Dorfschützer-System errichtete, unschuldige Kinder als Geiseln genommen, ihr mögliches Schicksal, zwischen die Kriegsfronten zu geraten, zynisch einkalkulierend um des Effektes willen, die PKK öffentlich als Kindermörder brandmarken zu können? Dieses System der Dorfschützer ist eine weitere Variante der Politik des "Teile und Herrsche", mit der die türkischen und osmanischen Herren in der Vergangenheit ihre Herrschaft über Kurdistan retten konnten. Nach dem Schicksal von Hunderttausenden von unschuldigen kurdischen Frauen und Kindern, die Opfer ihrer direkten und indirekten Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik wurden, haben sie nie gefragt.

"Seit 1000 Jahren leben Türken und Kurden brüderlich zusammen" - dies zu behaupten, wird die derzeitige Regierung nicht müde. Aber seit Nordwest-Kurdistan im 17. Jahrhundert (!) gänzlich dem Osmanischen Reich einverleibt wurde, wobei beträchtliche Teile Kurdistans bis ins 19. Jahrhundert Autonomierechte behaupten konnten, war das angeblich brüderliche Zusammenleben durch osmanisch-türkische Unterdrückung einerseits und Unabhängigkeitskämpfe der Kurden andererseits geprägt. Immer war ein wichtiger, wenn nicht entscheidender Faktor des Sieges der Unterdrücker ihre erfolgreiche Politik des "Teile und Herrsche", indem sie rivalisierende kurdische Stämme oder Fürstentümer gegen die aufständischen Kurden aufhetzten. Es gibt in der Geschichte viele Beispiele dieser schändlichen und (auch für die Kurden) beschämenden Politik - und leider ist diese Geschichte noch nicht zu Ende, wie man am Beispiel der Dorfschützer oder der Kurdenführer im Irak sieht. Barzani und Talabani beherbergen, wie "Milliyet" (10.10.1992) berichtet, seit längerem hochrangige türkische Offiziere in Erbil im Hauptquartier der Peshmerga. Sie sind an deren Krieg gegen die PKK beteiligt.

Nur wenige Wochen nach den Newroz-Massakern der türkischen Armee im März 1992 haben sich türkische Organisationen von ganz rechts bis links in einer großen Anzeige an die deutsche Öffentlichkeit gewandt, in der sie das tausendjährige Zusammenleben von Türken und Kurden be-

schworen und erklärten, daß es in der Türkei keine Unterdrückung der Kurden gebe, daß vielmehr die neue Regierung "eine grundlegende Demokratisierung des Staats- und Gesellschaftswesens in der Türkei in Angriff genommen" habe. "Unter anderem hat sie die ethnisch-kulturelle Identität der Mitbürger kurdischer Herkunft anerkannt, hat bestehende Hindernisse für die Ausübung ihrer Kultur und Sprache beseitigt und Maßnahmen zur Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lage eingeleitet." Aus diesem Grunde habe Öcalans PKK der Türkei den "totalen Krieg" erklärt. Es gebe keinen Aufstand der Kurden, nur den Terror der PKK, den der türkische Staat bekämpfe. (Vgl. die Anzeige "An die deutsche Öffentlichkeit" in der "Frankfurter Rundschau" vom 10.4.1992)

Selbst ehemalige TKP-Anhänger zeigten sich nach den blutigen Newroz-Ereignissen noch überzeugt vom guten Willen der Demirel-Inönü-Regierung, die Kurdenfrage politisch und mit rechtsstaatlichen Mitteln lösen zu wollen (s. den Beitrag von Aydin Engin im "Freitag" vom 3.4.1992).

Die angekündigten Reformen sind indessen von der Regierung inzwischen auch offiziell "verschoben" worden. "Es gibt keine Investitionen, bevor die Sicherheit im Südosten nicht gewährleistet ist", erklärte Ministerpräsident Demirel am 5.9.1992 gegenüber "Türkiye" und stellte zugleich klar, daß Zugeständnisse hinsichtlich der Anerkennung der kurdischen Sprache, z.B. für bestimmte Fernsehsendungen, in die falsche Richtung wiesen. "Die Türkei ist ein unteilbarer Staat. Wir haben die historische Verantwortung, diese Einheit zu bewahren... Die gegenwärtigen Ereignisse (gemeint ist der militärische Angriff türkischer Einheiten auf die kurdische Stadt Sirnak, d. Verf.) sind nicht entstanden, weil es kein kurdisches Erziehungswesen oder kein kurdisches Fernsehen gibt - sie sind das Ergebnis von Separatismus und Terrorismus."

Nachdem selbst die türkischen Medien an die offizielle Version eines PKK-Angriffes auf Sirnak nicht so recht mehr glauben wollten, bezog die türkische Regierung, wie so oft, die nächste Stellung in der psychologischen Kriegführung. Sie setzte wieder einmal die Behauptung in die Welt, sie verfüge über Beweise, daß die PKK mit Saddam Hussein zusammenarbeite. Natürlich ist diese Propaganda auf "den Westen" gezielt, der in Saddam Hussein den Weltfeind Nummer 1 sieht, in der Absicht, die PKK in diesen Ländern zu isolieren. Aber sie zielt auch auf die türkischen Demokraten und Linken, die nun schlagartig "vergessen", daß die türkische Regierung selbst die Zusammenarbeit mit Saddam Hussein sucht und daß die kurdischen Führer im Irak, Barzani und Talabani, es waren, die eifertig mit Saddam Bruderküsse tauschten, nachdem dieser den Aufstand in Süd-Kurdistan am Ende des Golfkrieges blutig niedergeschlagen hatte. Wieder "vergessen" sie, daß sie schon mit ihrer Behauptung, die PKK arbeite mit Saddam im Golfkrieg zusammen, Schiffbruch erlitten hatten. Ja, sie werden weiterhin wie dressierte Pudel über jedes Stöckchen hüpfen, das ihnen die türkische Anti-PKK-Propaganda vorhält.

Wie läßt sich diese "Vergeßlichkeit", diese mangelnde Lernfähigkeit erklären? Nur mit der Wirksamkeit türkischer psychologischer Kriegführung? Ich glaube nicht. Die Gründe liegen tiefer, hängen mit dem von kemalistischer Ideologie geprägten Selbstverständnis von türkischer Identität zusammen: Nach dem Zusammenbruch des multinationalen Osmanischen Weltreiches wurde die Idee des Türkentums, die Fiktion einer ethnisch homogenen Türkischen Republik, zum Dreh- und Angelpunkt des kemalistischen Staatsverständnisses. Logischerweise ist nach diesem Verständnis keine wie immer geartete Nationalitätenpolitik denkbar, sondern nur die konsequente strafrechtliche Verfolgung und militärische Vernichtung aller Kräfte, die mit Forderungen sei es nach Minderheitenschutz, sei es nach Autonomie oder gar nationaler Selbstbestimmung die Unteilbarkeit und Homogenität der Türkei in Frage stellen und daher sich des "Nationalismus, Separatismus und Terrorismus" schuldig machen. In dieser Frage sind sich türkische Linke mit türkischen Reaktionären einig. Schon die bloße Behauptung, es existiere in der Türkei eine "kurdische Frage", erfüllt - nach diesem Verständnis - den Straftatbestand des Rassismus und Separatismus, - eine Position, die kürzlich der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Güres, in "Milliyet" vertrat, und die ebenfalls kemalistisches Gemeingut ist.

Dies ist das Tabu, die "Lebenslüge" der Türkischen Republik seit ihrer Gründung vor fast 70 Jahren: Sie ist von Anfang an ein Staat der nationalen Unterdrückung gewesen. Ihre Geburtswehen waren begleitet von der Vertreibung der Griechen und Armenier, und ihre ersten Lebensmonate und -jahre waren geprägt von der Verleugnung der Existenz der Kurden, der blutigen Niederschlagung ihrer Aufstände und einer Politik der Zwangsassimilierung.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg war die Gründung dieses türkischen Staates nur möglich unter den Bedingungen der Ost-West-Spaltung, deren Produkt er ist. Warum sollte es nicht denkbar sein, daß nach der Beendigung der Ost-West-Spaltung der türkische Staat seine bisherige Gestalt ändert? Im Interesse aller dort lebenden Völker und ihrer legitimen Hoffnungen auf Frieden, Demokratie, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, die seit Jahrzehnten durch die immensen Rüstungsausgaben und den Staatsterror blockiert werden. Die Türkei gehört nicht den Türken allein. Diese kamen als letzte in das heutige Territorium der Türkei. Dort lebten Hunderte, z. T. Tausende von Jahren vor der gewaltsamen "Landnahme" durch turksprachige Nomadenheere Armenier, Kurden, Griechen, Lasen, Araber usw. In den "tausend Jahren" angeblich brüderlichen Zusammenlebens mit den Türken wurden sie unterdrückt, vertrieben, massakriert, gegeneinander gehetzt, zwangsassimiliert. Doch sie haben keine geringeren Rechte als die Türken. Ohne Gerechtigkeit, ohne Gleichberechtigung für sie, wird es keinen Frieden geben, so wie es in den vergangenen "tausend Jahren" keinen Frieden gab.

Nochmals: Das Neue Denken

Zu Jürgen Reuschs Beitrag in Z 10

Den wesentlichen Anschauungen und Interpretationen, die Jürgen Reusch zum Neuen Denken formuliert, stimme ich zu. Eine andere Meinung habe ich in folgenden Punkten:

Das Neue Denken war kein "historisches Intermezzo" in der langen Reihe des "alten Denkens", des "Steinzeit"-Denkens, des Konfrontations- und Gewaltdenkens, es war und ist der Versuch, sich vom "alten Denken" abzulösen, sich ein zutreffendes Bild von der veränderten Weltsituation zu machen, ist der Versuch, mittels des Neuen Denkens zu neuen Maximen des Handelns zu gelangen.

Das Neue Denken wird das künftige Denken der Menschheit bestimmen, oder das Denken wird überhaupt aufhören, weil das Objekt und mit ihm alle Subjekte dieses größten Menschenspasses in den Feuern der globalen Katastrophen verendet sein werden.

Das Neue Denken kann kein Intermezzo gewesen sein, denn dann müßte der Weltzustand der Jahre 1985 bis 1991 sich inzwischen grundlegend verändert haben; dieser aber dauert an und macht das Neue Denken notwendiger denn je: die Menschheit hat ihre Unsterblichkeit verloren (Gorbatschow)! Auf diesen Zustand ist das Neue Denken gerichtet. Diesen Zustand gab es in der vorgangegangenen Weltgeschichte nicht, natürlich

auch nicht zu Zeiten von Karl Marx.

Jürgen Reusch ist zuzustimmen: Das Neue Denken ist nicht identisch mit Marxismus (S. 89). Zu fragen ist natürlich: nicht identisch mit welchem Marxismus? Mit dem orthodoxen allemal nicht, denn das wäre paradox. Mit dem dogmatischen erst recht nicht, denn Neues Denken ist das genaue Gegenteil.

Das Neue Denken ist jedoch marxistisch insofern, als es dem schöpferischen Denken von Marx folgt, seiner Denk- und Analyseweise, zugewandt der "wirklichen Bewegung der Geschichte" und nicht irgendwelchen Dogmen oder Lehrsätzen. (...)

Über die praktischen Gründe, die die Initiatoren des Neuen Denkens motiviert, ist bei Jürgen Reusch, wie ich meine, Zutreffendes gesagt. Nur - das Neue Denken nahezu ausschließlich auf die seinerzeitige radikale Neuorientierung der sowjetischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zurückzuführen, reicht sicherlich nicht aus, um seine ganze Bedeutung zu erfassen. Richtigerweise wird das Neue Denken von Jürgen Reusch in Zusammenhang mit der Perestroika gebracht, allerdings nicht näher ausgeführt. Jedoch: Das Neue Denken war das Perestroika-Denken, das Denken einer revolutionären Erneuerung des sowjetischen Gesellschaftssystems insgesamt. Gerade diese innere Komponente des Neuen Denkens ließ die Autorität aller Ebenen und Schattierungen gegen die Perestroika auftreten, intrigieren, konspirieren,

sabotieren. Diese innere Komponente des Neuen Denkens war gegen die geistigen Verödungen, politischen Verkrustungen, war auf die Überwindung der autoritären Ein-Partei-Herrschaft, war auf das "Zurück zu Lenin" und auf die Wiedererweckung der demokratischen Potenzen der Oktoberrevolution gerichtet.

Gerade die "innere Dimension" des Neuen Denkens, seine "sozialphilosophische" Dimension, wurde von den Konservativen in der Sowjetunion und in den kommunistischen Parteien bestritten, kritisiert und negiert.

(Zum Beispiel: Honecker und die SED-Führung anerkannten manche Seiten des Neuen Denkens in der Außen- und Friedenspolitik, unterstützten entsprechende Gorbatschow-Initiativen einseitiger und weitreichender Abrüstungsschritte, waren zu Friedenskoalitionen mit Kohl, sogar mit Strauß, bereit, um zu verhindern, daß von deutschem Boden nochmals Krieg ausgehe; aber im Inneren der DDR ließen sie nicht die kleinsten Perestroika-Schritte zu, obwohl dies das Volk der DDR erwartete und wünschte, im Gegenteil: Sie verfolgen eine Politik der totalen Abschottung gegenüber allen sowjetischen Perestroika-Initiativen, was Mißmut verstärkte bis zum massenhaften Aufbegehren im Oktober 1989.)

In westlichen kommunistischen Parteien wurde dem Neuen Denken entgegengehalten, es ersetze originäres kommunistisches Klassendenken durch das Denken in allgemein-menschlichem Interesse.

Sozialist

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten

- ★ Die Diskussionsplattform für die SPD-Linke
- ★ Für Junes, SPD und Gewerkschaften
- ★ Mit Beiträgen aus Politik, Wirtschaft und Kultur
- ★ Erscheint 6 mal jährlich
- ★ Parteimittellos
- ★ Einzelheft 5,00 DM
- ★ Jahresabo 20,00 DM

Heft 3/92 - Juni/Juli

u.a.: Europa, USA-Wahlkampf, Tarifpolitik, Junes

Heft 4/92 -

August/September

u.a.: Rechtsradikalismus, Wirtschaftspolitik, Wohnungspolitik, Sozialdemokratie

Kostenloses Probeheft
erhältlich bei
Sozialist
im Korbchen 10
3400 Göttingen

Ich möchte ein kostenloses Probeheft:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Nicht täglich - aber gründlich



Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

- Nr. 179: Tourismus und Menschenrechte
- Nr. 180: Kolonialismus III - Asien
- Nr. 181: Ökologie und Entwicklung
- Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
- Nr. 183: Nationalismus II

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:
Informationszentrum Dritte Welt,
Postfach 5328, 7800 Freiburg

- ☐ Bitte schickt mir Eure Materialliste
Ich bestelle die **blätter des iz3w**
(acht Ausgaben/Jahr)
- ☐ Im Abonnement
- ☐ als unverb. Probeabo von drei
Ausgaben für DM sfr. 10,-
 - ☐ in bar
 - ☐ per Scheck

Name _____

Straße/Hausnummer _____

Postleitzahl/Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer
Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift _____

Jürgen Reusch hat notwendige Richtigstellungen vorgebracht (S. 92).

In der Sowjetunion wurde von Vertretern des Neuen Denkens erläutert, man könne die Klassenbeziehungen nicht länger unter dem Gesichtspunkt der Konfrontation, als Vernichtungskampf betrachten. In einer Moskauer Debatte im Jahre 1990 wurde dazu ausgeführt: "Die Klassenbeziehungen haben tatsächlich einen solchen (Konfrontations-)Charakter in Krisenperioden der Geschichte, wo eine Klasse ihre positiven Tätigkeitsfunktionen verliert. Eben in diesen und nur in diesen Perioden wird eine Klasse gleichsam zu einem 'Stellvertreter' der Menschheit. In normalen Perioden hingegen ergänzen die Klassen einander und verwirklichen die für die jeweilige Epoche notwendige Produktionsweise, d.h. sie 'arbeiten für die Menschheit' und gewährleisten deren Vorwärtsbewegung." (Nachzu-lesen in "Gesellschaftswissenschaften", Nr. 1-2, 1992, Moskau)

Für diese Gedanken aus der sowjetischen Diskussion spricht die reale Entwicklung der Klassenbeziehungen in der Bundesrepublik Deutschland in den mehr als 40 Jahren Nachkriegsgeschichte. Mit dem besten kommunistischen Willen kann nicht behauptet werden, diese Zeit der Klassenbeziehungen sei eine Zeit gewalttätiger Konfrontationen gewesen. So hart manche Verteilungskämpfe in manchen Tarifrunden auch gewesen sein mögen, Vernichtungskämpfe waren es nicht. (Auch nicht in anderen hochentwickelten kapitalistischen

Ländern.) Ohne in "Sozialpartnerschafts"-Duselei zu verfallen, kann nüchtern festgestellt werden: in den ganz gewöhnlichen, alltäglichen Klassenbeziehungen wirkten eher friedliche Klassen-"Ergänzungen" als vernichtende Klassenkonfrontation. Und diese Klassen-"Ergänzungen" ermöglichten den unerhörten Schub in der wissenschaftlich-technischen Revolution (mit allen konstruktiven und destruktiven Möglichkeiten), brachten nicht zuletzt *das* zustande, was für die Mehrzahl der Menschen in den betreffenden Ländern die realen, greifbaren, neben manchen negativen viele positive Veränderungen ihrer Lebensbedingungen ausmacht.

Jürgen Reusch ist zuzustimmen, wenn er meint, es existiere kein Subjekt eines Neuen Denkens und Handelns mehr in der ehemaligen Sowjetunion bzw. in den Nachfolgestaaten der UdSSR (S. 88). Aber haben sich inzwischen nicht vielfältige neue Subjekte des Neuen Denkens entwickelt? Ist es nicht so, daß der sensationelle Versuch zur Überwindung der Apartheid in Südafrika - ohne gegenseitiges Abschlachten, auf dem Weg von partnerschaftlichen Verhandlungen zu vernünftigen Vereinbarungen zu kommen, zwar nicht ohne zum Teil tragische Komplikationen (die vor aller Welt sichtbar auf das Konto der Kräfte des alten Gewaltdenkens gehen) - auf die Neuorientierung des ANC und der KP Südafrikas im Zeichen des Neuen Denkens zurückzuführen ist?

Und ein zweites Beispiel - neben vielen anderen:

Sind nicht die neuen Ansätze und Wege der lateinamerikanischen Linken, wie sie jüngst auf einer Konferenz von 67 Parteien und Bewegungen in Managua dokumentiert wurden, beredte Zeichen einer Hinwendung zum Neuen Denken? Vor allem, wenn man die zentrale Losung zur Kenntnis nimmt, auf die sich die lateinamerikanische Linke verständigt hat. Diese Losung lautet schlicht und einfach: *Demokratie!* Ein kompetenter Beobachter vor Ort konstatierte: "In der Bündnisfrage sucht die Linke auch ein Zusammengehen mit der nationalen Bourgeoisie, in politischer wie in ökonomischer Hinsicht." Und: "Dem bewaffneten Kampf als Mittel, die Regierungsmacht zu erobern, wird keine Bedeutung eingeräumt. Man setzt auf Regierungswechsel durch Wahlen." (J. Norden, Institut für Datenanalyse, Berlin, in Neues Deutschland, 8.8.92)

Das Neue Denken verbreitet sich - trotz des tragischen Scheiterns seines Initiators im eigenen Lande.

Friedemann Schuster

Marx, Markt, Sozialismus

Michael Schneider, *Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991, 416 Seiten, 48,- DM.

Dies ist eine gute Zeit für zusammenfassende Rückblicke, Gesamtbilanzen. Jedenfalls dann, wenn man sich in seinem Denken dem Marxismus verpflichtet weiß und den Sozialismus nicht einfach ad acta legen will. Eine "Bilanz des Sozialismus" will Michael Schneider mit seinem Buch "Das Ende eines Jahrhundertmythos" liefern. Er endet mit einem Ausblick, der von der Frage eingeleitet wird: "Was bleibt vom Sozialismus?"

Die Frage so zu stellen, unterscheidet dieses Buch allein schon in erfrischender Weise von den weinerlichen Verabschiedungsverlautbarungen von "dem Sozialismus", in denen die Enttäuschung der Autoren die analytische Anstrengung bei weitem überwiegt. Schneider unterzieht sich der Anstrengung des Begriffs, um seine Bilanz in nachvollziehbaren Größen rechnen zu können, das gehört zu den Qualitäten dieses Buches, das sich außerdem durch Sprachmächtigkeit, griffige Formulierungen gerade in den wesentlichen Aussagen auszeichnet.

Es wird nach übergreifenden Gründen, die in der russischen Geschichte liegen können, gefragt, um das letztliche Scheitern der Oktoberrevolution zu verstehen. Schneiders Erklärung rankt sich um den Begriff des "asiatischen Erbes" (oder besser: "asiatischen Unwesens"), das die russische Gesellschaft nach dem tatarischen Joch belastet und tiefen Einfluß auf die besondere Art des russischen

Staates wie der Gesellschafts-entwicklung genommen hat. Unumstritten die Tatsache der jahrhundertlangen Autokratie und der Herausbildung einer Gesellschaft, in der die Entwicklung einer Bürgerklasse von vornherein keine Chance hatte, die dadurch bedingte strukturelle ökonomische und politische Rückständigkeit hinter dem kapitalistischen Fortschreiten Westeuropas, das seit dem 18. Jahrhundert dennoch gleichbleibend das Maß der Entwicklung Rußlands abgibt.

Mit Dutschke ("Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen", 1974) hält Schneider dafür, die russische Gesellschaft hätte nach der Mongolenherrschaft, noch im Befreiungskampf von ihr auf ewig gezeichnet, eine "asiatische" bzw. "halbasiatische Produktionsweise" herausgebildet. Ganz oder halb und welche Hälfte? Die Bruchteilung wie auch der nonchalante Übergang zum nur literarischen Ausdruck der asiatscina erleichtern interpretatorische Willkür bei einem Gegenstand, der unbedingt geklärt zu werden verdient. In der sowjetischen Geschichtswissenschaft, insbesondere nach dem 2. Weltkrieg, war der Forschungsgegenstand "russische Rückständigkeit" unbeliebt, zeitweise geächtet; erst in der Perestrojka-Zeit wurden Forschungsansätze dazu wieder aufgenommen. Immerhin erlaubt schon der wissenschaftliche Stand der russischen Historiographie des 19. Jahrhunderts, kritische Fragen an Schneiders These zu stellen:

D'accord, daß der Angelpunkt des Problems die Rolle des Staates/des Selbstherrschers und seiner Machtmittel ist. Aber ist von Ivan IV. an der Staat nicht "stark" und "schwach" zugleich? Stark genug,

um die Hocharistokratie durch einschneidende Maßnahmen herauszufordern, schwach genug, um jedesmal die Hauptintention der Reformen (so gerade auch Peter I.) zu verfehlen. Denn trotz der Attacken der Zentralmacht gegen die großen Landbesitzer ändert sich weder durch Ivans IV. Einführung der Opricnina noch durch die Aufwertung des Dienstadels unter Peter I. etwas am Bau der Gesellschaft. Im Gegenteil: Die dem Zaren persönlich dienstverpflichteten opricniki als besonderer Stand verschwinden sofort in der Klasse der Grundbesitzer. Die Dienstpflicht erweist sich als das Instabile: Sie wird, von Peter I. noch an die Verleihung von Land geknüpft, schon 1762 wieder aufgehoben; das Stabile, Bleibende ist der Besitz von Land und anhängenden Bauern in den Händen der "Hochwohlgeborenen". Bringt nicht gerade der Verlauf des 18. Jahrhunderts, in dem der grundbesitzende Adel den schwächeren NachfolgerInnen Peters einen Satz Privilegien nach dem anderen entreißt, an den Tag, wie sehr er den Staat seinen Interessen unterordnen konnte? So sehr, daß erfolgreich jeder erste Sproß einer bürgerlichen Entwicklung abgehauen werden konnte? Wegen des Anachronismus der im 18. Jahrhundert durchgesetzten gesellschaftlichen Machtverhältnisse erwies sich der Staat im 19. als nicht mehr reformierbar, wurde benutzt, um mit bürokratischen und offen repressiven Maßnahmen den erreichten Standard aufrecht zu erhalten.

Auch die Geschichte der Bauern ist Teil der besonderen russischen Rückständigkeit: Sie läßt sich vom 16. Jahrhundert an m.M. nicht anders als die ständig wachsende und

bis zur vollständigen Verfügbarkeit getriebene Abhängigkeit vom Grundherrn beschreiben. In das Schema der "asiatischen Produktionsweise" passen allenfalls die staatseigenen Kronbauern, die übrigens besser lebten als diejenigen, denen ihre persönlichen Herren in direkter Willkür und bei steigendem Bedürfnis nach Barem das Mark aussaugten. Bei dieser zerstörerischen Dauerausplünderung der Bauern konnte die russische Dorfgemeinde m.E. nichts weiter sein als eine Not- und Solidargemeinschaft der Armen; auch die Verfügung über einen Teil des Bodens ändert dran nichts.

Aber ob nun "Rückständigkeit" oder "halbasiatische Produktionsweise" - die eigentlich interessierende Frage lautet: War die Oktoberrevolution von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil die Bolschewiki Ernst machen wollten mit dem Sozialismus? Schneider antwortet hier mit einem entschiedenen Ja, eine "demokratische Bauernrevolution" habe auf der historischen Tagesordnung gestanden. Also mehr als 70 Jahre völlig sinnloser Anstrengungen und Opfer? So direkt möchte der Autor das nicht beantworten. Er läßt sich auf die Tatsache der Jahrzehnte der sowjetischen Geschichte ein, beschreibt und gewichtet hier gewissermaßen immanent.

Dabei sieht Schneider die Oktoberrevolution noch von einer zweiten Hypothek belastet, dem "Etatismus", worunter er eine traditionelle Staatsgläubigkeit der zweiten wie der dritten Internationale versteht. Ganz unbestreitbar ist der Autor an einem richtigen Punkt, wenn er in der verselbstständigten staatlichen Macht einen wesentlichen Faktor des Unter-

gangs dieses Versuches zum Sozialismus sieht. Ob dafür aber hauptsächlich ideologische Gründe ausschlaggebend waren, kann bezweifelt werden. Denn auf der Ebene der reinen Schriften spricht von Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich" bis zu Lenins Räteeuphorie in "Staat und Revolution" eher alles dagegen. Zu zeigen, wie sich der Staat mit dem Auf- und Ausbau der sowjetischen Gesellschaft zum Moloch entwickelt hat, bleibt eine Forderung an die Forschung. Die Institutionengeschichte der SU muß noch geschrieben werden; sie sollte Aufschluß geben, ob und wie - im Hinblick auf die immerhin proklamierte sozialistische Entwicklung - die Notwendigkeit demokratischer Reformen aus der gesellschaftlichen Entwicklung selbst zu Tage trat und wie es immer wieder gelang, bei zunehmender Hohlheit der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen, sie von der Tagesordnung abzusetzen.

In Schneiders Darstellung gehen theoretischer Irrtum ("Etatismus" der westlichen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung), historisch falscher Horizont des Handelns der Bolschewiki (proletarische Revolution statt demokratischer Bauernrevolution) und aus der Praxis entstandene, nicht korrigierte Fehlentwicklung (Ausschaltung der nichtbolschewistischen revolutionären Parteien, Entmachtung der Räte) ineinander über. In den Abriß des Jahrzehnts nach der Oktoberrevolution werden viele Ansätze der publizistischen Diskussion der Perestrojka-Öffentlichkeit eingeschmolzen, ohne daß der Autor immer erkennbar zu den Hauptthesen des Buches vermittelt. Dazu rechne ich z.B. das Motiv der Tragödie Lenins, dessen politische

Isolierung in den letzten Lebensjahren, die ein Dramenthema von Schatrow aufgreift, oder die Herausstellung Bucharins als historischem Hoffnungsträger für eine sanftere Alternative zur stalinischen Kollektivierung. Zu fast allen in dieser Diskussion Ende der 80er Jahre aufgeworfenen Fragen und Thesen fehlen nach meinem Wissen gesicherte Ergebnisse - außer dem einen, daß die bis dahin geschriebene sowjetische Geschichte von Entstellungen und Lücken nur so strotzte.

Schneider bedarf eigentlich solcher Ergebnisse nicht, denn seiner Meinung nach hätte niemand diesem rückständigen Rußland in den 20er Jahren das Ziel des Sozialismus setzen dürfen. Dennoch kommt sein Abriß der sowjetischen Geschichte zu achtenswerten Teileinschätzungen. Die sehe ich in den zwiespältigen Leistungen der "nachholenden Industrialisierung" ebenso wie im Fragen nach Gründen für die Aufgabe der rätedemokratischen Ansprüche im Verlauf der Revolution, resp. der 20er Jahre, dies durchaus auch unter der Last des zaristischen Erbes. Dennoch stören immer wieder ärgerliche Inkonsistenzen: In den 20ern "mutiert" Lenin in Schneiders Sicht "vom Rätesozialisten zum Etatisten", was sich nur schwer mit der These vom prinzipiellen Etatismus der Bolschewiki in Einklang bringen läßt. Einleuchtend und tauglich scheint mir jedoch Schneiders Prinzip, in jeder Etappe der sowjetischen Geschichte auch die schrecklichen Fehler der Kommunisten in die Darstellung einzubringen, andererseits keineswegs die Anteile der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder an den historischen Zwangslagen der SU zu verschwei-

gen und die historischen Defizite, die aus der russischen Rückständigkeit stammen, nicht außer acht zu lassen.

Manchmal läßt sich mit Händen greifen, wie sehr der Autor vom Zugang zu Quellen (oder besser: zu vorarbeitenden Untersuchungen) abhängig war und wie ungleichmäßig diese heute noch vorhanden sind. Bei der Darstellung des 2. Weltkriegs nimmt die Frage der "Kollaboration", wozu Schneider auch den Waffenhandel und den Handel mit strategischen Rohstoffen zählt, ohne die Hitler den Krieg nicht hätte führen können, einen breiten Raum ein. Die Untersuchung von Jörg Friedrich, auf die er sich hier bezieht, verdient es in der Tat, bekannt gemacht zu werden.

Auch wenn sie nicht immer zur Arbeit am Detail vermittelt sind, bilden die großen Gedankenlinien des Buches reiches Material und Anreiz zu jeder aktuellen strategischen Diskussion. Allein Schneiders These: Die von der Oktoberrevolution ausgehende Entwicklung hat in die Sackgasse geführt, insofern sei der Rückzug aus dem Anspruch, "den" Sozialismus aufbauen zu wollen, ein Fortschritt - ist in jedem Falle eine heilsame Provokation, die die Wirklichkeit enorm für sich hat und kein nostalgisches Nachseufzen erlaubt, wo es nur um nüchterne Bestandsaufnahme gehen kann. Was von den 70 Jahren bleibt, ist nach Schneider die "nachholende Modernisierung", auf deren Basis sich nun die nachholende politische bürgerliche Entwicklung vollziehen kann. Was aber, wenn der im Buch angeführte rotzige Satz Brzezinskis in die Wirklichkeit umgesetzt wird, die Sowjetunion sei "ein führendes Mitglied der Dritten Welt"? Wenn

also die Zerstörung des aufgebauten Produktionspotentials weitergeht, wirtschaftliche Strukturen weiterhin zerschlagen werden, auf politischer Ebene keine demokratische Entwicklung zustandekommt? Was bedeutet das für den Zustand der heutigen Welt, in der Schneider entscheidende ökologische wie soziale Probleme ungelöst sieht? Sind wir nicht bis jetzt noch alle gewohnt, die relative Stabilität der europäischen Verhältnisse nach dem 2. Weltkrieg, die wesentlich dem Machtfaktor Sowjetunion zu verdanken war, stillschweigend für die Erreichung aller politischen Ziele vorauszusetzen?

Schneiders Programm, um "den Generalstreik der Natur" gegen den Menschen ebenso zu vermeiden wie "Verteilungskriege von ungeahnter Wucht" zwischen reichen und armen Ländern, verlangt den Übergang zu einer "planvollen Politik selektiven Wachstums und Schrumpfens", eine neue Weltwirtschaftsordnung und in den reichen Ländern sinnvolle Reformen der Arbeitsgesellschaft, die Vollbeschäftigung ebenso einschließen wie eine selbst- oder mindestens mitbestimmte Tätigkeit des einzelnen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, kurz alles, was auch vor dem epochalen Wandel der Kräfteverhältnisse in der Welt von vorgeschobenen linken Positionen in den entwickelten Ländern des Kapitalismus vertreten wurde. Diesem Forderungskatalog kann man nur zustimmen.

Dennoch ist nicht zu übersehen: Der Schlußteil des Buches hängt in dünner Luft. Hier rächt sich Schneiders anfängliche Aufteilung der Marxschen Theorie in den - guten und weiter gültigen - analytischen und den - verzichtbaren -

"eschatologischen" Teil, der wesentlich daraus bestehe, daß Marx an die welthistorische Mission des Proletariats glaubte. Da Schneider so die Frage nach dem Subjekt des im Vorspann zitierten berühmten Satzes "Die Menschen machen ihre Geschichte selbst..." als Religionsersatz abgetan hat, sind seine Forderungssätze bis in die Grammatik subjektlos, ein Ausweis für Vokabelkenntnis die Bemerkung, daß heute "die Gesellschaft" zum "historischen Subjekt" werde. Was Schneider über die in allen Gesellschaftsformen notwendige Vergesellschaftungsfunktion des Marktes sagt, leidet mindestens an Bruchstückhaftigkeit; auch hier scheint manches dem Kontext der unabgeschlossenen Diskussion der Perestrojka-Ökonomen entnommen zu sein. Letztlich aber hat der Autor nicht den Markt, sondern die trotz allem Marktgerede doch in erheblichem Maß regulierte und gesteuerte Ökonomie mancher westeuropäischen Länder, einschließlich der Bundesrepublik, als Vorbild vor Augen. Wobei die Zähmung der wildwüchsigen kapitalistischen Marktökonomie durch "Gesetze, staatliche Interventionen, gewerkschaftliche Gegenmacht" dann eben doch mit einer soliden Zweidrittelmehrheit des verfluchten Etatismus erfolgt.

Keine Frage, daß es so war und es, trotz veränderter Rand- wie Binnenbedingungen, gut wäre, wenn es in dieser Art weiterginge. Das aber ist nicht zu erwarten. Von bereits festgestellten, der Bildung von Gegenmacht höchst hinderlichen Tendenzen wie der Segmentierung des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft, von der entfallenen relativen Weltstabilität einmal abgesehen - welche Barrieren aufgebaut werden

können gegen ein solidarisches Handeln im Sinne von Schneiders Globalstrategie, kann man gerade an der Konditionierung der mediennutzenden Bevölkerung für "unsere" Beteiligung an künftigen Kriegen in aller Welt studieren, ebenso an der vollkommen gelungenen Verengung der Diskussion akutester Weltprobleme auf den Paragraphen 16 GG. Wieviel politische und aufklärerische Phantasie, Verständigung von aus ganz verschiedenen Lebenssituationen Kommenden, mit höchst verschiedenen unmittelbaren Bedürfnissen sich Herumschlagenden nötig sein wird, um derartige Strategien zu durchbrechen und eine Entwicklung umzudrehen, in der viele einzelne gegen andere einzelne in anderen Interessen- und Bedürfnislagen ausgespielt werden, läßt sich gerade erraten. Daß aber die Anstrengung zur Sammlung dieser vielen verschiedenen "Subjekte" gemacht, gewagt werden muß, gehört m.M. in jede grundsätzliche Überlegung zur heutigen Situation. Wir stehen da ganz am Beginn

Elvira Högemann-Ledwohn

Asche für Phönix

Jürgen Kuczynski, *Asche für Phönix. Aufstieg, Untergang und Wiederkehr neuer Gesellschaftsordnungen. Eine vergleichende Studie zu Feudalismus, Kapitalismus und "Realem Sozialismus". Mit einem Nachwort von Georg Fülberth, PapyRossa Verlag, Köln 1992, 121 Seiten, 16,80 DM.*

Natürlich stieß die Studie wie auch schon Kuczynskis frühere Schriften zu dieser Thematik bei mir auf großes Interesse. Mittlerweile nehmen die seit 1989 erschienenen Arbeiten in seinem Gesamtwerk, wie G. Fülberth in seinem Nach-

wort zurecht feststellt, "eine eigenständige Abteilung" ein. (128). Diesmal sucht der Autor mit Mitteln des Historikers durch Vergleiche der verschiedenen Gesellschaftsformationen in der Geschichte Antworten für den totalen Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" zu finden. Es geht im wesentlichen darum, wie der Feudalismus in der Skavenhaltergesellschaft, der Kapitalismus im Feudalismus und der Sozialismus als "Mischgesellschaften beginnen, beginnen müssen" (10). Die Schrift enthält drei Teile: "Der Übergang in der römischen Skavenhaltergesellschaft Westeuropas zum Feudalismus" - Teil 1 (S. 15-47); "Norditalien und England in der Transformationsperiode vom Feudalismus zum Kapitalismus" - Teil 2 (S. 47-77) und "Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" - Teil 3 (77-105).

K. gelangt in seiner Analyse über die Herausbildung des Feudalismus in Westeuropa zu der Schlußfolgerung, daß er "das Produkt des Neuen (ist), das sich in zwei untergehenden Gesellschaftsordnungen entwickelt (hat), der römischen und der germanischen..." (44). Für den Sozialismus wird es nach seiner Meinung "eine ganz ähnliche Problematik geben" (ebd.). Hier zieht der Autor folgendes Fazit: "Übergänge von einer Gesellschaftsformation zur anderen ... geschahen stets auf reformerischem Wege oder mittels Kriegen. Klassenkämpfe, Revolutionen der Unterdrückten spielten nie eine entscheidende Rolle" (61). Der Kapitalismus wurde "zwar ebenfalls nicht durch eine Revolution eingeführt, aber durch eine Revolution für Jahrhunderte stabilisiert" (73). Doch, so meine ich, sind und blei-

ben Revolutionen "Lokomotiven der Geschichte", sind Ausdruck unversöhnlicher gesellschaftlicher Widersprüche und zugespitzten Klassenkampfes. Sicherlich sind Reformen zur Veränderung der Gesellschaft unerlässlich. Doch können sie Revolutionen nicht "ersetzen".

Der Autor betritt m.E. in Teil 3 "Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" Neuland. Er stellt zunächst allgemein fest: "Die Transformation von kapitalistischen Gesellschaften in die neue Form einer Gesellschaft, die wir in der Sowjetunion und China, in Osteuropa und einigen anderen Ländern der Welt beobachten konnten, fand teils auf dem Wege von Revolutionen, teils in Form von Export aus Ländern, die durch eine Revolution gegangen waren, statt" (79). Nach meiner Ansicht widerspricht K. zu recht der im Geschichtsverständnis des Marxismus/Leninismus gängigen Doktrin: Es gibt keinen Export des Sozialismus bzw. der Revolution. Die DDR war in erster Linie das Ergebnis der Nachkriegsgeschichte, genauso wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Siegermächte bestimmten letztendlich in ihren Besatzungszonen den Kurs der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Die Westmächte stülpten den Westzonen ihr System über. Die Sowjetunion handelte im Prinzip nicht anders.

Das wird m. E. zu wenig im Teil 3 der Studie "Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus" berücksichtigt. Der Autor geht zwar gründlich auf die Verhältnisse der DDR ein. Das bürokratische Kommandosystem führte nach seiner Ansicht zu "einer Lähmung der Motivation der Menschen. Und vielleicht ist dies die schwerste Anklage, die man gegen das Regime

der SED-Führung machen muß" (83). Der Autor verweist zum anderen auf grundsätzliche Mängel und Fehler der Wirtschaftspolitik der DDR - vor allem hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Sein genereller Vorwurf lautet: "Statt sich auf eine Mischung sozialistischer und kapitalistischer Elemente zu beschränken und dabei viel mehr kapitalistische Elemente der Marktwirtschaft aufzunehmen, übernahmen sie noch einen Gutteil des feudalen Absolutismus und stellten so eine der Demokratie, zu deutsch: der Volksherrschaft, tödliche Mischung dar" (94).

Sicherlich trifft vieles zu, was der "Altkommunist" Kuczynski im Rückblick und auf Grund seiner Erfahrungen über die Verhältnisse in der DDR schreibt und sogar scharf kritisiert. Nur - die DDR war aber trotz auch eigenständiger Entwicklungen von Anfang an Glied in der Kette sowjetischer Politik. Sie war in die Bündnisse des Warschauer Paktes und des RGW eingebunden und nur "beschränkt" souverän bzw. handlungsfähig. Sie war auch in der Zeit der Gorbatschow-Ära von den politischen Entscheidungen der sowjetischen Führung abhängig. Die objektiv destabilisierende Wirkung der Perestroika auf die DDR ist nicht zu übersehen. Zurecht meint in diesem Zusammenhang G. Fülberth in seinem bemerkenswerten Nachwort: "Es wird weiterer Anstrengungen des Historikers - und dieser Historiker sollte wieder Jürgen Kuczynski sein - bedürfen, herauszufinden, ob die Politik des damaligen Generalsekretärs der KPdSU von Anfang an notwendig zum Scheitern verurteilt war, ob sie zwar richtig konzipiert wurde, aber

in der Niederlage enden mußte, weil sie zu spät erst eingeleitet werden konnte, oder ob ihr Scheitern nur ein scheinbares, in Wirklichkeit aber durchaus im Sinne des Erfinders war?" (108).

Der Zerfall der UdSSR zeichnete sich m.E. Jahre zuvor ab - und zwar wie einst in Rom. Das römische Kaiserreich zerfiel von der Peripherie zum Machtzentrum bei gleichzeitigem Vertrauensschwund der Bürger in den römischen Staat. Der Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" kündigte sich ebenfalls durch äußere Zerfallserscheinungen an. Veränderungen der realsozialistischen Machtstrukturen - hier vor allem in Polen und dann in Ungarn - und die sich abzeichnende Niederlage in Afghanistan brachten dies zum Ausdruck. Zugleich nahm die Kluft zwischen der Nomenklatura und dem Volk unübersehbar zu und beschleunigte den Zerfallsprozeß.

Diese Studie ist ein origineller und interessanter Exkurs bis in die jüngste Vergangenheit - wo wichtige Fragen offen bleiben mußten bzw. sicherlich auch nicht bewußt gestellt bzw. ausgeklammert wurden. Sie hilft zweifelsohne, weitere Antworten über den so schnellen und totalen Zusammenbruch des realen Sozialismus zu finden bzw. zumindest zu erkennen.

Fritz Krause

Harte Standpunkte - offene Fragen

Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen, W. Runge Verlag, Hamburg 1992, 96 Seiten, 19,80 DM.

Mit der vorliegenden Broschüre meldet sich der Gefangene Nr. 1 des deutschen Imperialismus zu

Wort, ein Mann, der keinen Zweifel daran läßt, daß er seinen Lebensweg, der vor über 80 Jahren im Arbeitermilieu des Saarlandes begann, als Kommunist zu Ende gehen wird. Unter der Fuchtel der Westberliner Kerkermeisterin Limbach (SPD) soll dem früheren Staatsratsvorsitzenden der DDR und Generalsekretär des ZK der SED mit fadenscheinigen Anklagen von einem als Reaktionär bekannten Richter nun der "rechtsstaatliche" Prozeß gemacht werden. Damit sollen 40 Jahre DDR und die Alternative des sozialistischen Versuchs in Deutschland auf die Anklagebank. Die Konzernchefs, die politische Klasse Bonns und ihre Medienmandarine durften sich zwar in dem Triumph sonnen, daß sie in der Lage waren, die Jelzinsleute zur Fälschung medizinischer Gutachten, zum Bruch des Asyl-Rechtes und zur gewaltsamen "Überstellung" Erich Honeckers aus der chilenischen Botschaft in Moskau in das Gefängnis Berlin-Moabit - dem Häftling bestens bekannt aus der Zeit des Faschismus - zu veranlassen. Und die Bonner Machthaber vermögen es sicher auch, den Verhafteten angesichts seiner Krankheitsprognose in ihrem Gefängnis sterben zu lassen. Aber sie werden nicht in der Lage sein, mit Erich Honecker jene Schau abzuführen, die ihnen als Kompensation zu ihrem Crash-Kurs im Osten vorschwebte. Denn der Häftling wird gegenhalten und nach Maßgabe seiner Kräfte der DDR und der sozialistischen Sache zur Gerechtigkeit verhelfen. Was immer man gegen H. haben mag, diese Haltung verdient Respekt und Solidarität und kann auch keinen Moment vergessen werden, wenn man sich mit dem

vorliegenden Text kritisch auseinandersetzt.

Der Text besteht aus drei Teilen. Im Hauptteil werden auf 60 Seiten Meinungen zur jüngsten Entwicklung, zur Nachkriegsgeschichte, zur DDR u.a. vorgetragen. Es folgt ein Teil, in dem sich H. mit Verleumdungen gegen ihn als antifaschistischen Widerstandskämpfer und Zuchthausgefangenen auseinandersetzt. Der Anhang schließlich enthält Erklärungen und Stellungnahmen vom 1.12.1989, vom 1.3.1990 und vom 21.5.1991, in denen sich E.H. zu seiner Verantwortung in den von ihm ausgeübten Funktionen bekennt, seine Fehler selbstkritisch benennt, sich gleichzeitig entschieden gegen jegliche Kriminalisierung wendet und seine Solidarität mit den wegen ihres Einsatzes für die DDR Verhafteten und Verfolgten ausdrückt. Bedauerlicherweise unterließ die damalige DDR- bzw. PDS-Führung deren Veröffentlichung.

Nachfolgend soll auf den ersten Teil der Publikation eingegangen werden. Nicht völlig eindeutig ist die durchgehende Authentizität des Textes, da ja der Titel keinen Autoren ausweist. Dies könnte auf eine journalistische Bearbeitung oder aber auch auf juristische Vorsicht deuten. Der Verleger datiert die Entstehungszeit des Manuskripts auf Ende 1991. Aber der Textvergleich verweist auf den gestreuten Zeitraum des 2. Halbjahres 1991. In dieser Zeit befindet sich der Autor als gesundheitlich schwer angeschlagener fast 80jähriger Mann in der Moskauer Botschaft Chiles. Vor allem was die Beurteilung der Entwicklung der damals noch formell existierenden UdSSR betrifft, ist der Verfasser äußerst zurückhaltend und lebt wohl auch

außerhalb der Moskauer Realität. So wiederholt er noch die alten Glaubenssätze wie: "...aber die sowjetischen Kommunisten werden erneut ihre revolutionäre Probe bestehen". Oder: "Die Sowjetunion wird den Sozialismus verteidigen, das ist sie ihrer Geschichte und der Zukunft der Völker der Sowjetunion und der Menschheit schuldig." (44) Dafür gibt es aber nach dem August 1991 keine Anhaltspunkte mehr. Zu diesem Ereignis fehlt übrigens jeglicher Hinweis. Erst im Mai 1992 verfügt der Verleger über das Manuskript und kann sich an die Drucklegung machen, wobei der Lektoratsstandard kaum den gängigen Maßstäben genügt. Seit Ende 1991 muß also das Manuskript einen nicht ganz unkomplizierten Weg zurückgelegt haben.

Von Interesse ist in erster Linie die Sicht des früheren Staatsratsvorsitzenden auf den Untergang der DDR und deren Ursachen. Der Verfasser erwähnt Informationen aus Washington aus dem Jahre 1987, wonach die sowjetische Politik bereit sein werde, die DDR als Preis für das "Haus Europa" zu zahlen. Aber der DDR-Führung fehlte - wie den meisten Kommunisten auch - trotz der Eindeutigkeit der Botschaft der Glaube. Schließlich konnte auch an eine Finte gedacht werden, um Mißtrauen zu schüren. "Wir glaubten an die gegenseitigen Bündnisverpflichtungen, die niemandem das Recht gaben, die DDR aufzugeben, und wir glaubten an die Festigkeit dieses Bündnisses, an die Ehrlichkeit der Verbündeten, die mit uns nie und nirgendwo über die Möglichkeit der Aufhebung der deutschen 'Zweistaatlichkeit' sprachen." (7) Noch für den Oktober 1989 macht

H. für sich und seine Politbürokollegen geltend, das Spiel noch nicht durchschaut zu haben, "das zu einer völligen Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt führte" (8). Aber spätestens seit der Bukarester Zusammenkunft der Chefs der Warschauer-Pakt-Staaten im Sommer 1989, worüber H. an anderer Stelle schreibt (28), und der Grenzöffnung durch Ungarn mußte einem Politiker wie H. doch klar gewesen sein, was anstand. Oder war die prosowjetische Subalternität aus früheren Zeiten so verinnerlicht, daß man auch das Auseinandergehen der Interessen mit Gorbatschow nicht wahrhaben wollte und sich deshalb auch eigenen strategischen Optionen verweigerte? Welche Alternativen hat oder hätte es damals überhaupt gegeben? Im nachhinein ist klar, daß es sie nur gegeben hätte, wenn es in Moskau zu einer Wende der Politik gekommen wäre und wenn die DDR-Regierung solche Tatsachen hätte schaffen können, daß sich die UdSSR ihren Verpflichtungen aus der Vier-Mächte-Vereinbarung nicht hätte entziehen können. Aber wäre sie dazu nach dem Stand der Verflechtung der Apparate und Kommandostrukturen überhaupt in der Lage gewesen? Auf die seltsame Passivität der DDR-Führung zwischen Sommer und Oktober 1989 wird mit keinem Wort eingegangen.

Stattdessen werden von H. die Wendemaßnahmen vom Oktober 1989, was ja immerhin gegenüber dem vorherigen Schleifenlassen ein Versuch war, die Initiative wieder in die Hand zu bekommen, unreflektiert als "falsch" bezeichnet. Und im Unterschied zu seinen diplomatischen Äußerungen zur sowjetischen Führung - Ausnahme:

Schewardnadse -, macht er nun aus seiner Abneigung, ja seiner auch emotional aufgeladenen Feindschaft gegen jene, die nach dem Versagen seines Kronprinzen Egon Krenz diesen Versuch unternahmen (Gysi, Modrow u.a.), keinen Hehl. So sehr seine Verbitterung über die auch von der damaligen Führung der SED bzw. PDS mitgetragene Hetz- und Verleumdungskampagne, inklusive dem Parteiausschluß und der beginnenden Strafverfolgung und Kriminalisierung der Repräsentanten des alten Regimes und auch ihm selbst, verständlich ist, müßte doch von H. im Interesse der Zukunft Augenmaß verlangt werden. Wenn er Gysis Vorwurf von der stalinistischen und reaktionären Partei SED harsch entgegentritt, ist das als deren früherer Generalsekretär und auch aus sachlichen Gründen sein gutes Recht. (22, 41) Wenn er aber schreibt: "Die 'Erneuerer' von 1989/90 wurden objektiv, ob sie es wollten oder nicht, zu Wegbereitern der Konterrevolution" (35), dann zeugt dies nicht nur von einem äußerst verengten Blick auf die Ereignisse, sondern bewegt sich von der anderen Seite her auf einer ähnlichen Ebene wie die Äußerungen Gregor Gysis.

Bei den Ereignissen von 1989/90 handelt es sich für H. "um eine Konterrevolution", "deren Sieg durch den systematischen Abbau des Einflusses der marxistischen Partei erleichtert wurde" (10), ermöglicht durch eine "radikale Änderung der Weltpolitik", die wiederum durch die Änderung der militärischen Kräfteverhältnisse bedingt war. (11) Dies ist für ihn eine Niederlage im weltweiten Klassenkampf, nicht aber ein Scheitern des bisherigen Sozialismus-Modells

und dies schlägt er denn auch als Interpretationsmuster der Ereignisse vor. Damit bleibt für eine ernsthafte Sozialismus-Diskussion kaum noch Platz.

Für den Sozialismus sieht er zwar Defizite, Schwächen, Versäumnisse und er benennt auch an verschiedenen Stellen durchaus selbstkritisch, was für die DDR und den RGW hätte anders gemacht werden können. Aber er entzieht sich der Bilanzierung einer Situation, in der sich mit einem verlangsamten Wachstumstempo die Kluft zum Westen und Fernosten vergrößerte und sich dies mit seinen Folgewirkungen eben in einer Gesellschaftskrise verdichtete. Stattdessen registriert er: "Offensichtlich waren wir dem 'Ansturm' der Dritten-Weg-Theorien, der Postulierung eines nicht definierten demokratischen Sozialismus... nicht gewappnet." (25) Oder: "Die Vorstellungen über einen sogenannten dritten Weg haben zu dieser Katastrophe geführt." (45) Woraus für ihn folgt: "Der Reformismus ist derzeit die Hauptursache für die Zersetzung unserer Bewegung, die größte Gefahr." (25)

Auf der anderen Seite sieht er das SPD-SED-Papier nach wie vor als einen positiven Beitrag zum neuen Denken (24), stellt aber dann fest, daß niemand hätte damit rechnen können, "daß die sozialistischen Länder auf dem Altar des neuen Denkens geopfert würden". (26) Ambivalent drückt sich auch seine Haltung gegenüber der Perestroika aus, wohl vor allem, weil ihre Etappen nicht auseinandergehalten werden.

Wie schon erwähnt, taucht die Erörterung von Rettungsalternativen nur sporadisch und meist verdeckt auf oder gar resignativ: "Wie hät-

ten wir unsere Macht verteidigen sollen? Mit der NVA? Es wäre Selbstmord gewesen." (26) Warum aber? Wegen der subalternen Einordnung der NVA in die sowjetisch hegemonialisierten Militärstrukturen? Wegen der politischen Unzuverlässigkeit der bewaffneten Kräfte? Wegen des Zusammenspiels von KGB, CIA und BND mit der inneren Fronde wie dann in Rumänien? Offene Fragen und keine Antworten. Helsinki und die Friedenspolitik werden von H. gewürdigt, es finden sich aber nur vage Äußerungen dazu, daß damit eine grundlegend neue Situation für die DDR entstanden war, der die innenpolitischen Verarbeitungs- und Sicherheitsstrategien kaum genügen.

H.s ungebrochene Option für den Sozialismus lebt noch von jenem einst in der deutschen Arbeiterbewegung tief verwurzelten Verständnis eines gesetzmäßigen Ablaufs der Geschichte und der unlösbaren Grundwidersprüche des Kapitalismus. (6) Und zum Sinn der DDR: "Die reale sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung für mehrere Generationen erlebbar gemacht zu haben, das war ein Beitrag zur zukünftigen Menschheitsgeschichte, die sich in Richtung Sozialismus bewegen wird." (78) Dem wird, wer Sozialist geblieben ist, sicher zustimmen können - ganz im Unterschied zu jenen Benotungen linker und marxistischer Kräfte in Deutschland, die H. in Verkenntung der Situation glaubt vornehmen zu müssen. (41 ff.)

Man kann sich nur wünschen, daß Erich Honecker noch Zeit, Kraft und Möglichkeiten findet, seine Erfahrungen an der Spitze des ersten sozialistischen Staates auf

deutschem Boden und seine Analyse des Untergangs im Klartext zu Papier zu bringen. Das ist er den kommenden Generationen von Sozialistinnen und Sozialisten schuldig. Aber jeder neue Tag in der Haft der deutschen Rachejustiz rückt dies in weitere Ferne.

Heinz Jung

Perestroika als Paralyse- rung des Sowjetsystems

Frank Hoffer, *Perestroika. Die unfreiwillige Zerstörung des sowjetischen Vergesellschaftungszusammenhangs. Oder warum das letzte Gefecht verloren ging*. Metropolis-Verlag, Marburg/L. 1992, 236 Seiten, 39,80 DM.

Neben und nach Hansgeorg Conerts "Ökonomie des unmöglichen Sozialismus" (Münster 1990) hat der Rezensent unter der Literatur zum Thema der vorliegenden Studie von Frank Hoffer beim Bemühen, den Ursachen und dem Prozeß des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Realsozialismus auf die Spur zu kommen, die meisten, wohl auch kritischer Überprüfung standhaltenden Einsichten zu verdanken. Die Studie ist im Diskussionszusammenhang mit Conert entstanden. Ihr Verfasser, Jahrgang 1958, steht als antikapitalistischer Westlinker ohne kommunistische Affinitäten dem Prozeß im Osten kritisch gegenüber und möchte vor allem einige Gedanken dazu beisteuern, "was angesichts der sowjetischen Realität bei zukünftigen Träumen berücksichtigt werden müßte" (12). Das Fehlen traditionsbedingter nostalgischer Verklärung ist dabei der Realitäts-erkenntnis ebenso dienlich wie die Abwesenheit prokapitalistischer bürgerlicher Rechthaberei.

Für Hoffer ist die Perestroika im wesentlichen der gescheiterte Versuch einer Modernisierung des Sowjetsystems durch Implementierung von Strukturelementen des modernen Kapitalismus. Damit wird die innere Funktionslogik des sowjetischen Realsozialismus untergraben und zerstört. "Es war nicht der bürokratische Widerstand gegen die Reformen, sondern gerade die reale Wirksamkeit der von Gorbatschow eingeleiteten Veränderungen, die den Zusammenbruch - , wenn nicht auslöste, so doch zumindest dramatisch beschleunigte." (221) Im Blick auf den friedlichen Verlauf der Systemzerstörung bzw. des Zusammenbruchs "muß man wohl von einer - möglicherweise unfreiwilligen - Glanzleistung Gorbatschows sprechen" (223). Mit dem Systemwechsel, im August 1992 besiegelt, erfolgt freilich nicht der Übergang in die "normale" Gesellschaft, worunter in Rußland das Wunschbild einer zivilisierten Form des Metropolenkapitalismus verstanden wird. Denn dieser Kapitalismus ist das Produkt einer langen Geschichte und einer internationalen Ausbeutungs- und Herrschaftsposition. Was ansteht, ist vielmehr ein peripherer Beutekapitalismus. - So könnte man in aller Kürze die Grundargumentation Hoffers zusammenfassen.

Hoffers Studie besteht aus zwei Teilen: Im ersten Teil erörtert er die methodisch-theoretischen Zugänge zur Analyse der Sowjetgesellschaft und bringt die von ihm präferierte Moderne-Konzeption in Anwendung (Abschn. 1-4); der zweite Teil besteht aus einer Bestandsaufnahme der Krisensituation Mitte der 80er Jahre und der Analyse und Schilderung der verschiedenen Phasen der Perestroika

bis zum Systemwechsel. Wie Belege und Literaturverzeichnis ausweisen, ist der Hauptteil seiner Quellen angelsächsischer Herkunft. Hinzu kommen einige Monate Studienaufenthalt vor Ort während der Zusammenbruchsperiode. Aus der Nutzung der Aussagen forciert russischer, ungarischer oder polnischer Befürworter der kapitalistischen Restauration entsteht mitunter ein negativ überzeichnetes Bild der sowjetischen Vergangenheit und (damaligen) Gegenwart. Der Zugang zu den seriöseren sowjetischen Quellen erfolgt in der Hauptsache über die angelsächsische Sowjetologie, die den Systemantagonisten immer am schärfsten im Visier hatte und so denn auch die strategisch und operativ wirksam gewordenen Szenarios liefern konnte.

Ein genereller Vorzug der Studie ist ihre historische Betrachtungsweise und Bewertung. So kann Hoffer auch überzeugend darstellen, daß sich die Totalitarismuskonzeption als völlig ungeeignet erwiesen habe, Realität und Wandel der Sowjetgesellschaft zu erfassen. Auf der anderen Seite gilt dies auch für die Konvergenz-Theorien. Aber auch Lieblingslegenden einiger Linker hält er nicht für tragfähig, so besonders den extensiven Umgang mit dem Begriff Stalinismus: "Von einem Stalinismus ohne Stalin zu sprechen und damit nahezulegen, es habe nach seinem Tod keinen qualitativen Bruch in der Herrschaftspraxis gegeben, hält einer historischen Überprüfung nicht stand." (16) Alle Richtungen hätten vor 1989 den Legitimationsverlust bzw. die tiefgehende politische Entfremdung gegenüber den sowjetischen Herrschaftsformen unterschätzt. Dies sei wohl auch bei

Gorbatschow selbst der Fall gewesen. Freilich erst das Wirtschaftschao seit 1988 habe den Boden für den Umschlag des Mißmuts in systemfeindliche Massenstimmungen geschaffen.

"In der Sowjetunion ist es nicht gelungen, längerfristig stabile eigene Werte und Normen als konsensuale Grundlagen der Gesellschaft zu schaffen." Maßstäbe seien die "Leistungen der entwickelten kapitalistischen Länder" geblieben. (25) Gefehlt habe auch ein sich selbst tragender Rationalisierungszwang - im Westen wirksam als durch die Konkurrenz erzwungenes zweckrationales Handeln. Hieraus resultierte die systemische Ineffizienz, die vor allem zur Niederlage auf ökonomischem Gebiet geführt habe. Grundsätzlich habe das Sowjetsystem nach anderen Regeln als der Westen funktioniert. "Die Implementierung westlicher 'Viren' setzte diese Regeln außer Kraft und führte in kürzester Zeit zum Kollaps des Systems." (36)

"Kommandowirtschaft" sei eine nur bedingt richtige Charakterisierung. Tatsächlich sei eine "hierarchisch vorgeprägte bargaining Struktur" bestimmend gewesen (56). Auf der anderen Seite habe die Existenzangst als der "große Disziplinator der kapitalistischen Ökonomien" gefehlt (61). Hoffer sieht u.a. auch aus diesen Gründen die sowjetische Ökonomie weder als eine Tauschwert- noch als eine Gebrauchswertökonomie an. Freilich verkürzt Hoffer die Moderne-Problematik auf die Rationalisierungsgesichtspunkte und verliert so die Integrationsaspekte und den generellen Charakter des Sozialismus als politisch formierter Gesellschaft und als Alternative innerhalb der Moderne aus dem Blickfeld. Dies zeigt

sich besonders bei der Beurteilung der sozialen Mobilität, der sozialstrukturellen Änderungen, der sozialen Homogenitätsparameter u.a. Nach durchaus heroischen und produktiven Phasen, in denen die ursprüngliche Akkumulation als Aufbau des Sozialismus erschienen sei, sei das Sowjetsystem in das Stadium seiner Erschöpfung und systembedingten intellektuellen Degradation geraten, in dem ineffiziente Vergesellschaftungsmechanismen "von einer zunehmend inkompetenten Führung gesteuert" worden wären (109). In der Systemkonkurrenz sei die Sowjetwirtschaft wie ein Auto ohne 4. Gang gewesen, das, um einigermaßen mitzuhalten, immer mit Vollgas im 3. Gang habe fahren müssen - mit höherem Benzinverbrauch, Verschleiß usw.

Die Metamorphosen der Perestroika sind inzwischen schon viel beschrieben worden. Hoffers Dreiphasen-Einteilung ist jedoch durchaus plausibel. Als erstaunlich vermerkt er, daß die Protagonisten den Wechsel ohne die geringste kritische Selbstreflektion vollziehen, was ja bis heute auch für Gorbatschow gilt, der die derzeitige für sein Volk und die fortschrittliche Menschheit überwiegend unerfreuliche Realität als von ihm bewußt gewolltes Resultat ausgibt, sich aber wohl nicht einzugestehen in der Lage ist, daß er dann seine sozialistischen Anhänger fortlaufend getäuscht und belogen hat. Da man ihm aber Arglist nicht unterstellen mag und auch die Auswahl zwischen Scharlatanerie, Naivität und durch Medientalent verdeckte intellektuelle Unbedarftheit nicht gerade schmeichelhaft ist, beliebt es nicht wenigen, das Urteil weiter in der Schwebe zu halten, indem der

gute Mensch als Opfer der Verhältnisse gesehen wird.

Mit den Phasen wechseln die Themen und Entscheidungsfragen:

1. Phase (1985/88) als die Zeit der konservativen Reformen mit Verbesserung der Planwirtschaft, Erneuerung der Partei, Glasnost. Gorbatschow wird von einer breiten Reformbereitschaft der Partei und der Apparate, inklusive der Bürokratie, getragen. Da sich aber Erfolge nicht einstellen bzw. kein aktueller Spielraum für Verbesserungen besteht, treibt Gorbatschow als Äquivalent für die Intelligenz Glasnost, also die Konstituierung einer sich der Kontrolle der Partei entziehenden Öffentlichkeit, voran.

2. Phase (1988/90) als die Zeit der rastlosen Reformen mit sozialistisch regulierter Marktwirtschaft, sozialistischer Demokratie, Rätenschaft bei führender Rolle der Partei ohne Verfassungsartikel, sozialistischem Pluralismus. Mit der Entmachtung der Partei wird die bestehende soziale und politische Regulationsweise ausgehebelt. Umschlagspunkt: 19. Parteikonferenz im Sommer 1988. Aber es wird keine neue geschaffen. In der Ökonomie kommt es zur rapiden Verschlechterung der Versorgungslage, zur gallopiierenden Inflation, Staatsverschuldung, Finanzkrise. Es zeigt sich nun: "Mit der von ihm selbst forcierten Entmachtung der Partei und dem Angriff auf die zentralen Bürokratien hatte Gorbatschow sich der einzigen beiden Durchsetzungsinstrumente beraubt, die in der sowjetischen Gesellschaft vorhanden waren." (198) "Das durch Glasnost und vehemente Kritik an der Partei erzeugte ideologische Vakuum wurde in der intellektuellen Debatte zunehmend durch eine kritiklose Westorientierung" und in

den Randrepubliken durch verstärkten Nationalismus ausgefüllt. (199)

3. Phase (1990/91) als Zeit der rastlosen Reformen mit liberaler Marktwirtschaft, Demokratie, Verbot der Partei, antikommunistischem Pluralismus. Noch 1990 hätte die Führung "über die notwendigen Machtmittel verfügt", um die "zentrifugalen Kräfte zu bändigen", sie aber nicht eingesetzt. (200) Aus Furcht vor dem Rückfall in die Vergangenheit, dem Verlust internationalen Prestiges, einschneidenden Entscheidungen o.a.? Dies bleiben unbeantwortete Fragen. "War die erste Phase der Kampf innerhalb des Apparats, die zweite der Kampf gegen den Apparat, so war die dritte eine Phase ohne handlungsfähigen Apparat." (202) Das Rudergestänge des Staatsschiffes war zerbrochen, womit Gorbatschow zum "handlungsunfähigen Führer in einem paralysierten System" geworden war. (220)

Es versteht sich, daß mit dieser Rezension nur einige Hauptlinien der Darstellung Hoffers nachgezogen werden können, bei weitem aber nicht die Vielfalt der Fakten, Argumente usw. zum Tragen kommen kann.

Bleibe anzumerken, daß die außenpolitischen Aspekte sowie die Systemkonkurrenz nur eine untergeordnete Rolle spielen, was zwar die Konzentration auf die innere Entwicklung ermöglicht, aber die realen Abläufe nur reduziert erklären kann. Wenig behandelt sind auch Fragen der Ideologie, wie z.B. die Rolle des neuen Denkens, ohne die aber der subjektive Faktor, d.h. hier das Totalversagen der sowjetischen Führung, wenn man Verrat

nicht unterstellen will, nicht hinreichend durchleuchtet werden kann.

Heinz Jung

Letzter Schnappschuß von bundesdeutscher Sowjetologie

Dietrich Geyer (Hrsg.), *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1991, 256 Seiten, 48,- DM.

In dieser von Dietrich Geyer herausgegebenen Sammlung berichten zehn bundesdeutsche Ostwissenschaftler über die "Umwertung der sowjetischen Geschichte". Ihr Blick ist auf die öffentliche sowjetische Geschichtsdiskussion gerichtet und darauf, welche Konsequenzen die sowjetische Geschichtswissenschaft daraus zog. Daß es sich um eine klare Schlußbilanz handelt - der jüngste Text des Bandes ist im Juli 1991 geschrieben -, ist ein verlegerischer Glücksfall, dem an Qualität nicht alle Beiträge gerecht werden. Dies gilt für die Überblicksartikel zur "russische(n) Intelligenz in der sowjetischen Gesellschaft" (Dietrich Beyrau), zur Nationalitätenfrage (Uwe Halbach) und russischen Emigration (Karl Schlögel). Die meisten Beiträge jedoch liefern reichliche Information über den Stand der Diskussion für den Zeitraum bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

Für die Institution Geschichtswissenschaft in der SU macht Geyer erst das Jahr 1988 als das der "Neubesinnung und Selbstkritik" aus. Den Zeitverzug erläutern seine Informationen zur ebenso autokratischen wie immobilen Struktur des akademischen Forschungsbetriebes. Hoffnung setzt G. in die Rückkehr derjenigen Historiker in ihre

alten Institute, die in den 70er Jahren angefeindet wurden und deren - im Gefolge des 20. und 22. Parteitags der KPdSU begonnene - Forschungsarbeit zur Geschichte der UdSSR im Moment der Fertigstellung wieder eingezogen und deren Forschungsgruppe aufgelöst worden war (Volobuev u.a.). Er vermerkt, trotz des politischen Hin und Her um das Archivgesetz, den rasch gestiegenen Umfang an Dokumentenpublikationen, sowohl in Fach- wie allgemeiner Publizistik, die Entstehung von Vereinigungen Junger Historiker außerhalb der Akademie (zur seit 1984 diskutierten Gründung eines Historikerverbandes der SU kam es nicht), wie auch Ansätze zur Überwindung eines alten Forschungsdefizits: Die Forschungsrichtung Allgemeine Geschichte, mithin die Untersuchung der eigenen Entwicklung im Kontext der europäischen und Weltgeschichte, sei in der SU immer Stiefkind gewesen. Neuerdings mögliche Kontakte, z.B. zur Schule der Annales, weisen auf eine fruchtbare Umorientierung.

Die Artikel von Manfred Hildermeier ("Revolution und Revolutionsgeschichte") und Benno Ennker ("Ende eines Mythos? Lenin in der Kontroverse") betreffen beide den gleichen Gegenstand, auch Eberhard Müllers "Blick zurück im Zorn?! Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und Neue Ökonomische Politik" greift die Fragen der politischen Grundentscheidungen in der Frühgeschichte der SU noch einmal auf. Alle beschäftigt die Frage, ob und inwieweit die sowjetischen Diskutanten der 80er/90er Jahre die Oktoberrevolution grundsätzlich in Frage stellen. Dieser Maßstab entspricht der traditionellen

Richtung der hiesigen Sowjetologie und hat sich inzwischen insoweit erledigt, als daraus keine Namen von freiheitlich-demokratischen, resp. antisowjetischen Hoffnungsträgern mehr gewonnen werden müssen.

So legt Hildermeier den Akzent darauf, daß sowohl die historische Zunft wie auch Gorbacev in seiner Rede zum 70. Jahrestag 1987 die Oktoberrevolution und das sozialistische Ziel nicht grundsätzlich in Frage gestellt hätten - hingegen sehr wohl zur gleichen Zeit eine Fülle von Publizisten. Im wissenschaftlichen Bereich betrafen die Korrekturen am Geschichtsbild hauptsächlich Details, die größten Fälschungen seien weitgehend korrigiert worden; mit der Wiedereinsetzung der Historiker um Volobuev sei die russische Rückständigkeit als Forschungsansatz wiederentdeckt und zugelassen worden. Volobuevs anderthalb Jahrzehnte unterdrücktes Buch (Die Wahl des gesellschaftlichen Entwicklungsweges: Theorie, Geschichte, Gegenwart, Moskau 1987; russ.) wird vorgestellt: "Fraglos erreicht es ein Abstraktionsniveau und eine Breite des Horizonts, die der stark faktenorientierten, Innovation im Material statt im Zugang suchenden sowjetischen Geschichtswissenschaft schon abhanden gekommen zu sein schien." (48)

Volobuev geht davon aus, daß der Kapitalismus in Rußland nicht zu einer entfalteten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft geführt hat, sondern daß es sich um ein Land des "zweiten Aufgebots" auf mittlerem Entwicklungsniveau gehandelt habe. V. bestimmt die Situation 1917 als offen: Die "Wahl zum Sozialismus" war möglich. (Kein Zufall, daß Gorbacev vor 1991

diese Wortprägung immer wieder gebrauchte.) Daß sie getroffen werden konnte, wurde durch die russische Rückständigkeit erleichtert, da sie dem Proletariat gegenüber der unterentwickelten Bourgeoisie ein strategisches Übergewicht verschaffte.

Es entspricht Hs. Prämissen, daß er die Positionen, die davon ausgehen, die unterentwickelten russischen Verhältnisse hätten den Weg zum Sozialismus von vornherein nicht erlaubt, als die fortgeschritteneren präsentiert. Daraus entsteht eine Theorie über die Oktoberrevolution, die auf die Formel eines (westlichen) Buches gebracht wird: "Die Utopie an der Macht". Da die realen Verhältnisse zum Aufbau des Sozialismus nicht taugten, hätte die Partei/Stalin "künstliche Versuche" unternommen, ihn herbeizuführen, und seien dabei zwangsläufig bei gewaltsamen Mitteln gelandet. Es ergibt sich so eine zwingende Abfolge von Oktoberrevolution, Kriegskommunismus, Stalinismus und Zusammenbruch der SU; was dazwischen war, kann nur als von vornherein gescheiterter Versuch, mit der Realität ins Reine zu kommen, gewertet werden.

Diese Argumentation vertieft der Beitrag von Eberhard Müller. Vorbildhaft zitiert wird der Philosoph A. Cipko, der Kollektivierung und Stalinsche Befehlswirtschaft in idealer Linie auf den Kriegskommunismus und diesen geradlinig auf die Marxsche Utopie zurückführt. Durch frohlockende Zitate teilt M. dem Leser mit, Lenin und die übrigen Parteiführer hätten "ihre vom Gleichheitsideal gebildeten Mitbürger" in das "Chaos eines brudermörderischen Krieges" mitgerissen. Indem M. die Erfolge der Forschung an den in der Publi-

zistik erreichten Kühnheiten mißt, kommt z.B. der Bürgerkriegshistoriker Ju. Poljakov schlecht weg, weil er zwar die Tragik des brudermörderischen Krieges anerkenne, dennoch in der sozialen Ungerechtigkeit, den aufgestauten Problemen Rußlands die Ursache für sein Entstehen und seinen Verlauf sehe.

Ms Darstellung der 80er-Jahre-Diskussion um die Neue Ökonomische Politik der 20er setzt mit dem berechtigten Hinweis auf ihren weitgehend legitimatorischen Charakter für die anstehenden Wirtschaftsreformen ein. Hier unterstützt M. die Standpunkte, die die NÖP als ökonomisch ineffizient, gescheitert und (zwangsläufig?) in die Stalinsche Befehlswirtschaft einmündend sehen. Abgemahnt wird der Bucharin-Biograph Stephen Cohen, da er "als williger Schutzengel" für die NÖP aufgetreten sei und ihr "ergreifende Zeugnisse" ausgestellt habe.

Der Beitrag von Stephan Merl "Kollektivierung und Bauernvernichtung" bleibt in der beschriebenen Perspektive. Seine These lautet, daß die Kollektivierung zur Industrialisierung des Landes nicht nötig war. Er schließt sich damit einer bestimmten Richtung in der sowjetischen Diskussion an und wendet sich gegen die westlichen Autoren, die - wie z.B. Raupach - die Kollektivierung zwar nicht rechtfertigen, aber sie doch im Sinne der ökonomischen Entwicklung der SU für funktional ansehen. Ms Darstellung kommt über das publizistische Niveau nicht hinaus, was insbesondere bei dem versuchten Nachweis, die Kulaken der 20er Jahre seien keine Klasse gewesen, zu beklagen ist. Die sogenannten "Kollektivierungshistori-

ker", die offenbar Forschungsergebnisse vorgelegt haben, sind ihm eine Fraktion unter anderen Diskutanten. Näher zur Wissenschaft steht seine Würdigung der Diskussion um die Zahl der Opfer der Kollektivierung. Die Schätzungen schwanken zwischen 15-16 Millionen Toten auf der einen und 5-7 Millionen auf der anderen Seite. M. neigt der unteren Grenze zu, die gleichwohl schrecklich genug ist.

Obwohl zeitlich anschließend, bildet Henning Schröders Artikel "Stalinismus von unten?" einen scharfen methodischen Einschnitt. Er selbst charakterisiert seine Methode als der "revisionistischen Schule" zugehörig. Entstanden in der angelsächsischen Forschung, inzwischen auch vertreten in der Bundesrepublik, will sich diese Schule durch einen sozialgeschichtlichen Ansatz von den Traditionalisten der bundesdeutschen Sowjetologie unterscheiden, die - nach dem Beispiel etwa des Klassikers v. Rauch - die sowjetische Gesellschaft nur als "Objekt einer ideologisch dominierten Politik" begreifen.

Schröder nimmt die "innergesellschaftliche Mobilität" der Vorkriegszeit in den Blick. Kennzeichnend sei der "Aufstieg von Teilen der Arbeiterklasse in bürokratischen Hierarchien", der soziale Abstieg der Kulaken und Privathändler, der massenhafte Zug von Bauern in die Stadt, zugleich die Wanderung von Arbeitern von einer Stadt in die andere. Die KPdSU sei oft nicht in der Lage gewesen, diese elementaren Prozesse zu kontrollieren, sie mußte reagieren und informelle Kompromisse eingehen.

Zu den Wanderungen: Der erste Fünfjahrplan sah eine Vergröße-

rung der Industriearbeiterschaft um ein Drittel vor, de facto verdoppelte sie sich. Zwei Drittel der Berufsanfänger der dreißiger Jahre kommen vom Land. In den Städten liegt das Verhältnis von Zuzug und Wegzug bei 3:2, der größte Teil davon sind Bewegungen von Stadt zu Stadt. In diesen Flutbewegungen der Bevölkerung lösen sich die alten Belegschaftsstrukturen auf, die alte Arbeiterklasse wird fragmentiert. S. sieht die Wanderungen von Stadt zu Stadt als individuellen Protest, Suche der "alten" Arbeiter nach besseren Lebensbedingungen. In der komplexen Umbruchsituation stehen für die städtischen Neulinge Akkulturationsprobleme im Vordergrund, für einen Teil der Arbeiterklasse die reale Aussicht auf Aufstieg in Leitungsfunktionen (neu entstehende und in durch Repressionen vakant gewordene). Dies letztere bietet eine soziale Basis für die politische Führung, die dennoch angesichts des unübersichtlichen Wandels in der Gesellschaft "nervös" ist. Gleichzeitig hemmt das Durcheinanderdriften der Massen den Protest von unten.

Zum Funktionieren von Partei- und Staatsapparat: Es habe keine monolithische Führungsschicht gegeben, der Apparat setzte sich aus regionalen und an Institutionen gebundenen "feudalen Herrschaften" zusammen, die jeweils die allgemeinen Vorgaben ihren Bedingungen anzupassen versuchten. Dagegen wird kampagnenartig mobilisiert oder werden Repressionen angewandt. Dieses Erklärungsmuster schreit geradezu nach der Erforschung der konkreten Interessengegensätze. Ob daraus ein neues Stalinismus-Modell entsteht, muß der Marsch durch die Quellen zeigen. Insbesondere die Organisati-

onsreformen der KPdSU von 1929-30 und 1934, die S. unter dem Stichwort "Dysfunktion des Parteiapparats" behandelt, scheinen in ihrem Schwanken zwischen dezentralisierter Organisationsform, Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder in die täglich zu lösenden Leitungsfragen und der dann gewollten straffen Leitung von oben Schlüsselereignisse für die Demokratiefrage in der sowjetischen Gesellschaft.

Die Forschungslage zum "Großen Vaterländischen Krieg" stellt Bernd Bonwetsch dar. Da Militärgeschichte ohne Einbindung in die Akademie betrieben wurde, war es gelungen, schon zur Chruscev-Zeit eine um Realismus bemühte Geschichte des Krieges zu veröffentlichen. Die ab 1973 erscheinende Neudarstellung litt jedoch wieder am schönfärberischen Haupttrend der Dekade, so daß 1987 eine 10-bändige "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges" in Auftrag gegeben wurde, für die es keine Tabus mehr geben sollte.

Als einen Schwerpunkt der Diskussion, auch der publizistischen, hebt B. die Vorgeschichte des Krieges ab dem Münchner Abkommen hervor. Er zitiert kurz das Meinungsspektrum zum Hitler-Stalin-Abkommen, das sich nun nicht mehr vom westlichen unterscheidet. Neue Dokumente seien zu diesem Punkt nicht veröffentlicht, wenn man von den Berichten der sowjetischen Auslandsvertreter absieht, die Ingrid Fleischhauer in "Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie" (Ffm 1990) ausgewertet hat.

In diesem Zusammenhang mahnt B. dringend die Veröffentlichung einer Rede an, die Stalin am 5.5.41 vor Absolventen der Militärakade-

mie gehalten hat und die in den einschlägigen Publikationen, apokryph zitiert, als Beweis für die These herangezogen wird, der Pakt sei ein Mittel von Stalins offensiver Expansionsstrategie gewesen.

Auch in diesem Themenbereich ist es, wie in den anderen behandelten, noch notwendig, die Opfer zu zählen. Wahrscheinlich sei die von Chruscev genannte Zahl von 20 Millionen Kriegstoten auf sowjetischer Seite zu niedrig; jetzt umlaufende Schätzungen, die auf das Doppelte kommen, rechneten allerdings auf Basis der Volkszählung von 1939, deren Zahlen erst zu überprüfen seien. Sehr schmerzhaft für die betroffene Öffentlichkeit immer noch die Frage, warum die Verluste der Roten Armee so viel höher gewesen sind als die der Wehrmacht. Allein die Publikation des Zahlenverhältnisses gefallener deutscher und sowjetischer Soldaten von 1:3 (oder 4) habe zu einem "Aufschrei" geführt. B. referiert Gründe wie das Halten der Fronten um jeden Preis (auch durch "Sperrereinheiten" im Rücken der Soldaten) und die auf breiter Front vorgetragenen Angriffe, fügt aber auch diesen Punkt zu den Desideraten der Forschung.

Angeichts des Offenbleibens der meisten Fragen kann man nur hoffen und inständig wünschen, daß die begonnenen Forschungen weitergeführt werden. Die Chance, zu sicheren Einsichten in die eigene Geschichte zu kommen, sollte verteidigt werden - auch aus dringenden politischen Gründen. Es wäre fatal, wenn das gemeinsame sowjetische Erbe in der Bearbeitung durch die nationalen Geschichtswissenschaften der Nachfolgestaaten auch noch zum aktuellen Zankapfel würde.

Wohin die (bundes)deutsche Ostwissenschaft geht, ist ebenso eine offene Frage.

Elvira Högemann-Ledwohn

Umbruch zur Neuzeit

Manfred Kossok, 1992. *Die Welt an der Schwelle zur Neuzeit*, Edition Leipzig, Leipzig 1992, Farbtafeln, Abb., 212 Seiten, 75,- DM.

Die vom herannahenden (und nun schon fast zur Neige gehenden) "Kolumbus-Jahr" ausgelöste Flutwelle von Publikationen und Sendungen hat uns überwiegend mit geistigen Erzeugnissen überschwemmt, deren Charakter zu einem großen Teil mit den Stichworten sensationalistisch, personalisierend-heroisierend, pauschal verdammend oder glorifizierend u.ä. umschrieben werden kann. Rar dagegen sind Untersuchungen, die sich einer strukturellen und weltgeschichtlichen Perspektive verpflichtet fühlen. Manfred Kossoks jüngstes Werk kann innerhalb der zuletzt genannten Kategorie von Neuerscheinungen zum Kolumbus-Jahr zweifellos zu den am stärksten zu beachtenden gerechnet werden. M. Kossok, international hochrenommiertes Ex-DDR-Historiker, der in Leipzig von 1976-1990 das "Interdisziplinäre Zentrum für Vergleichende Revolutionsforschung" leitete, ist kürzlich nun auch vom Bannstrahl der neuen Inquisitoren und Exorzisten getroffen worden. Obwohl noch jüngst die "Evaluierung" des 62-jährigen Geschichtswissenschaftlers sein "hervorragendes wissenschaftliches Niveau" bestätigte, wurde vom zuständigen sächsischen Kultus- und Bildungsministerium eine sofortige Suspendierung vom Dienst - also faktisch ein Berufsverbot - ausgesprochen.

In dem vorliegenden, übrigens sehr reichhaltig bebilderten, großformatigen und insgesamt opulent ausgestatteten Werk möchte K. die Tat des Kolumbus in einen breiteren zeitlichen und räumlichen Kontext stellen und damit erklärbar machen, warum seit ca. 1500 die europäische Hegemonie über die erstmals hergestellte Welt als einheitlichem Zusammenhang möglich werden konnte. Die seither zu datierende "Europäisierung der Weltgeschichte" resultiert vor allem daraus, daß die "wirtschaftliche, geistige und politische Macht (Europas) die erste in der Menschheitsgeschichte (war), die eine wirklich globale Ausdehnung gewann" (8). Nicht unähnlich dem von E. Wolf (Völker ohne Geschichte, urspr. 1982) gewählten Verfahren, beginnt K. zunächst mit einem welthistorischen "tour d'horizon" hinsichtlich der gesellschaftlichen, ökonomischen und technischen Konstellationen in den wichtigsten Weltregionen um 1500: China, Japan, Vorderasien-Indien, Subsaharisches Afrika, Altamerika. In wenigen präzisen Strichen skizziert er die jeweilige gesellschaftliche Struktur und die politischen Herrschafts- und Regimeformen, um von hier aus die Potenzen dieser jeweiligen Formationen zu territorialer Expansion zu erläutern. In fast allen Fällen sind interne Widersprüche, Bürgerkriege oder despotische Herrschaftsformen, ökonomisch-technische Stagnationserscheinungen oder eine gewisse interne Sättigung und starker Isolierungswunsch u.ä. ausschlaggebend für die Unfähigkeit bzw. die Nichtbereitschaft zu weiterer territorialer oder maritimer Expansion gewesen. Es folgt dann ein längeres Kapitel über Europa um 1500, das nach einigen allgemeinen

Bemerkungen die Situation in den wichtigsten Staaten jener Zeit (von Portugal, Kastilien über England, die Niederlande bis hin zu Polen und Rußland) umreißt. Eine Konkretisierung und Zuspitzung erfährt diese Betrachtung in der dann folgenden Analyse der wichtigsten italienischen Stadtstaaten: Venedig, Genua, Florenz. Ihr Beitrag (im Sinne von Vorarbeit und aktuellem Anteil) an den Entdeckungs- und Expansionsfahrten wird sehr deutlich herausgearbeitet. Erst vor dem Hintergrund dieses breit ausgemalten Beziehungsgeflechts zeitlicher, sachlicher und regionaler Natur wird "die Tat des Kolumbus" mit all ihren historischen Licht- und Schattenseiten, den zahlreichen Facetten der Umbruchssituation zwischen Mittelalter und Neuzeit und vor allem ihr schwer zu fixierender Ort im Spannungsverhältnis zwischen religiösem Eiferertum und grenzenloser Geld-/Machtgier gezeichnet. In einem Kapitel über den "neuen Menschen" und das "neue Denken" in der Renaissancepoche werden die Veränderungen in den geistigen und mentalen Dispositionen bei relevanten Bevölkerungsteilen der damaligen Zeit thematisiert, nicht ohne die Formen verzerrten Selbstverständnisses der Renaissance-Intellektuellen und Humanisten (etwa in Bezug auf die strikte Abgrenzung vom Mittelalter) zu korrigieren. Trotz zahlreicher Aspekte der Kontinuität zu der vorangegangenen Periode und der vielen Kompromisse zwischen dem Alten und dem Neuen ist das Moment des Bruchs mit der Vergangenheit auf verschiedenen Ebenen zu konstatieren. "Keine Sphäre der gesellschaftlichen Existenz von der Wirtschaft und Technik über die Sozialstruktur und die profane Le-

bensweise bis in die Höhe der Kultur, Kunst, Sprache und Philosophie blieb von den hereinbrechenden Wandlungen verschont. Die horizontal-globale Expansion Europas verband sich mit der vertikal-globalen Veränderung seiner materiellen, politischen und geistigen Strukturen." (164). In einem letzten Kapitel schließlich reflektiert K. die Folgen und Wirkungen des Jahres 1492 für Europa, die Welt und die damalige Zukunft, wobei allerdings der durch die Entdeckung und Unterwerfung Amerikas ermöglichte Aufstieg Spaniens zur universellen Monarchie und der ersten Weltmacht jener Periode - mit all seinen Widersprüchen, machtpolitischen und wirtschaftlichen Konsequenzen - im Vordergrund der Betrachtung steht.

Alle Kapitel vermitteln - in knapper Form - eine Fülle wichtiger, gut aufbereiteter Informationen, die den Charakter des Umbruchs der Epoche facettenreich und stilistisch glänzend beleuchten. Deutlich wird, daß die Auffindung der "Neuen Welt" "nur eines jener Kettenglieder in der Fülle von Prozessen und Veränderungen (war), die uns berechnen, die Zeit des ausgehenden 15. Jahrhunderts als die Schwelle zur Neuzeit zu bezeichnen." (7). Und überzeugend wird dargetan, daß Europas Hegemonie nicht nur auf seiner inneren Dynamik beruhte, sondern begleitet war (sein mußte?) von einer Stagnation, einem Rückfall oder einer temporären Schwäche anderer Gesellschaften/Imperien im außereuropäischen Bereich. Insistiert man aber auf der von K. selbst aufgeworfenen Leitfrage, weswegen aus einem zurückgebliebenen "Appendix Asiens" (d.h. Europa) die hegemoniale Region der nun entste-

henden Welt werden konnte, so fällt auf, daß diese Problematik auf allgemeiner Ebene nur relativ knapp (66-72) abgehandelt wird und die Antworten zudem vergleichsweise abstrakt oder nur stichwortartig-kurz ausfallen: "Aufstieg, Aufbruch, Erwachen Europas bildeten das Resultat des komplexen Zusammenspiels von ökonomischen, technologischen, sozialen, politisch-institutionellen und kulturell-geistig-wissenschaftlichen Faktoren. Keiner dieser Faktoren ist von den anderen isolierbar oder in eine hierarchische Abhängigkeit zu bringen; das gilt sowohl für die zeitliche wie ebenso die strukturelle Dimension." (72). Es fragt sich allerdings, ob die völlige theoretische Abstinenz gegenüber "hierarchischen Abhängigkeiten" nicht einem Verzicht auf Erklärung bzw. theoretische Deutung nahekommte; auch das spezifische Ineinandergreifen der unterschiedlichen Faktoren, das zum europäischen Expansionsprozess und zur europäischen Welteroberung geführt hat, ist mit der relativ unverbundenen Aufzählung von einzelnen Faktoren - Entfaltung der Produktivkräfte ("fast explosionsartige Dynamik", 70), hoher Grad von Monetarisierung/Kommerzialisierung der Produktions- und Austauschverhältnisse, Vorhandensein relativ autonomer Städte, Ansätze von Kapitalakkumulation bzw. Kapitalanhäufung sowie schließlich dem Übergang zum frühneuzeitlich-modernen Staat - meines Erachtens noch nicht geleistet. Indes ist gerade auch umstritten, ob auf breiter Front eine "technische Revolution" im 14. und 15. Jahrhundert in Europa stattgefunden hat oder ob nur bestimmte, für die Expansion entscheidende Sektoren sich dynamisch entwickelten, wie z.B. die

Feuerwaffentechnologie, die Schiffsbaukunst, der Bergbau etc. Auch ist keineswegs ausgemacht, daß mit der Renaissance eine "philosophisch-wissenschaftliche Revolution" (69) einhergegangen ist. Viele ernsthafte Autoren sprechen sogar von einem relativen Stillstand der wissenschaftlichen Entwicklung während der von Renaissance und Humanismus geprägten Periode des 15. und frühen 16. Jahrhunderts. Es fällt ferner auf, daß die "spätmittelalterliche Krise" und die durch sie angestoßenen ökonomischen und sozialstrukturellen Veränderungen als wesentliche Ausgangsbasis der europäischen Aufbruchstimmung nur sehr knapp gestreift werden; auch in der Frage der mittel- und langfristigen Auswirkungen der "Entdeckung"/Eroberung der "Neuen Welt" und des errichteten frühkolonialen Ausbeutungssystems auf die Entfaltung des Kapitalismus in Europa scheint eine strukturge-schichtliche, d.h. vor allem auch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Sichtweise gegenüber der Analyse dynastisch-nationaler Kräfte-rela-tionen nach Meinung des Rezen-senten eher unterbelichtet zu sein (191-206).

Dennoch soll mit diesen wenigen kritischen Notizen nicht in Abrede gestellt werden, daß der prächtige Band - ein vorzügliches Weihnachtsgeschenk im ausgehenden Kolumbus-Jahr - sowohl von Fach-Historikern wie auch historisch interessierten Laien mit großem Gewinn studiert werden kann.

Dieter Boris

Ursprünge der Conquista

Dieter Boris: *Ursprünge der europäischen Welteroberung*, Distel Verlag,

Heilbronn 1992, 200 Seiten mit zeitgenössischen Illustrationen, 26,80 DM.

Der Medienrummel in der Bundesrepublik Deutschland zur 500. Wiederkehr der Entdeckung und Eroberung Amerikas im Jahr 1492 durch Kolumbus war bisher beachtlich und wird sich zum 12. Oktober, dem Jahrestag der Entdeckung, noch steigern. Zwei große Serien im Stern und Spiegel zu Jahresbeginn, etliche Features, Kaminplaudereien und nicht zuletzt zwei Spielfilme über Leben und Abenteuer des Kolumbus sind hier zu nennen.

Der Erkenntnisgewinn über Ursachen und Triebkräfte der ersten Phase der europäischen Expansion war dagegen eher bescheiden. Die Person Kolumbus als Held oder Schurke, Histörchen und Geschichten bestimmten weitgehend das mediale Bild. Auch der wissenschaftliche Ertrag war bisher gering, da sich die historische Forschung in der Bundesrepublik offensichtlich nicht besonders für diesen Zeitraum interessiert. Vielleicht liegt es daran, daß weder die Mittelalterexperten noch die Experten der Neuzeit sich hierfür zuständig fühlen.

Daher ist es wahrscheinlich kein Zufall, daß ein Soziologe sich die Mühe gemacht hat, das detaillierte historische Material theoretisch-methodisch zu verarbeiten und in einem soziologischen Essay einen Gesamtentwurf zu den Ursprüngen der europäischen Welteroberung vorzulegen.

Die Studie von D. Boris gibt im ersten Kapitel einen Überblick über verschiedene Erklärungsansätze des Entdeckungsphe-nomens und formuliert aus der Kritik dieses

eklektischen Sammelsuriums die theoretisch-methodische Orientierung für die eigene Arbeit. Eine soziologische bzw. sozio-ökonomische Erklärung der europäischen überseeischen Expansion müßte nach D. Boris folgendes leisten: "Einmal die mitwirkenden gesellschaftlichen sozio-ökonomischen, politischen und psychischen Triebkräfte a) systematisieren und b) diese in eine gewisse hierarchische Ordnung bringen oder sie ihrer jeweiligen Relevanz entsprechend gewichten und c) ihr Verhältnis zueinander und ihr Zusammenwirken zu bestimmen versuchen." (S.29)

Das zweite Kapitel ist der "Spätmittelalterlichen Krise" - als dem allgemeinsten Ursprungs - und Ausgangspunkt der europäischen Expansion - gewidmet. Allgemeine Charakteristika sind hier die Rückgänge der Agrarproduktion und der Bevölkerung und ihre Wirkung auf alle Klassen und Stände des späten Mittelalters sowie die gegensteuernden Maßnahmen zentralstaatlicher Instanzen.

Das dritte Kapitel dient der regionalen und zeitlichen Konkretisierung. Es wird die Situation in Kastilien/Aragón und Portugal als den Herkunftsländern der ersten europäischen Weltoberer untersucht.

Das vierte Kapitel stellt die spezifische Dynamik des internationalen Handelskapitals und seines großen Anteils an den außereuropäischen Expansionen in den Mittelpunkt.

Das fünfte Kapitel erörtert die geistigen und technologischen Voraussetzungen der europäischen Horizontenerweiterung auch im geographischen Sinn.

Im sechsten Kapitel erfolgt ein Perspektivwechsel, da hier gefragt wird, warum China (stellvertretend

für andere außereuropäische Hochkulturen) an den Entdeckungen und Eroberungsprozessen des 15. Jahrhunderts nicht aktiv teilgenommen hat. Dieses Kapitel dient auch der grundlegenden Reflexion über die zentrale Aussage der Studie, daß die spezifische Verbindung von frühneuzeitlichem Staat und Handelskapital die Sprengkraft in Europa zur Entdeckung und Eroberung Amerikas bildet.

Im abschließenden siebten Kapitel wird ein Blick auf die zeitlich unmittelbaren, aber regional und ökonomisch sehr unterschiedlichen Folgen des frühen Kolonialismus auf Europa, insbesondere im Hinblick auf die Genesis des modernen Kapitalismus geworfen. Diese Streitfrage wird entrollt an der schon seit dem Beginn unseres Jahrhunderts existierenden Kontroverse, ob die kolonialen Eroberungen wesentlich und beschleunigend auf die Entwicklung des Kapitalismus gewirkt hätten (Sombart) oder unwesentlich und eher negativ zu beurteilen seien (Weber).

Die zentrale Perspektive der Studie ist die Untersuchung der historisch konkreten Verbindung von frühneuzeitlichem Staat - mit den absolutistischen Protagonisten Spanien und Portugal - und dem internationalen Handelskapital - primär aus den oberitalienischen Städten als Pflanzstätten frühkapitalistischer Entwicklung. Diese Allianz entwickelt sich aus der spätmittelalterlichen Krisis des Feudalsystems und bietet allen Beteiligten (Krone, Adel und Fern-Handel) einen Ausweg aus einer blockierten Situation.

"(Es) geht ... weder vorwärts noch rückwärts. Europa lebt von der eroberten Position; die Front der Wirtschaft ist stabilisiert.. (Es) tritt

der Okzident deutlich in eine Periode, da man mehr zu erhalten als neu zu schaffen gewillt ist, und wo eine verbreitete soziale Unzufriedenheit den Wunsch und sogleich die Unfähigkeit zeugt, einen Zustand zu verbessern, der den Menschen nicht mehr ganz zusagt." (So eine von D. Boris zustimmend zitierte Aussage von L. Pirenne).

Auf dem Tiefpunkt der Krise kommt es zu einer Vielzahl staatlicher Eingriffe und Regulierungen, die gleichzeitig einen Machtverlust des lokalen Adels bedeuten. Diese Eingriffe geschehen allerdings nicht, um das feudale System zu stürzen, sondern um es zu schützen. Damit ist der beginnende Absolutismus ein wiederentfaltetes, erneuertes System der Feudalherrschaft. Er ist der neue politische Rückenschild einer bedrohten Nobilität (S.50).

Auch der Fernhandel leidet unter sinkenden Profiten und einer generellen Nivellierung seiner Gewinnspannen. "Als Ursache dieser offenbar lang anhaltenden Schwäche des Handels (vor allem des damaligen internationalen Handels) können meines Erachtens (D. Boris) - neben der Vielzahl großer kriegerischer Auseinandersetzungen wie z.B. dem 'Hundertjährigen Krieg' zwischen England und Frankreich ... vor allem fünf Momente in Betracht gezogen werden: a) die Funktionsweise des Handelskapitals unter vorkapitalistischen Bedingungen, b) die Auswirkungen des verringerten Mehrproduktes im agrarischen Bereich auf den Handel, c) die Tendenzen zu einem 'städtischen Protektionismus', d) die Ansätze der 'Nationalisierung' der Außenhandelspolitik und e) die Umstrukturierung des Warensorti-

ments im internationalen Handel." (S.79)

Auch der Adel war in einer vielschichtigen Bewegung: Zum ersten war er ein Bewahrer und Restaurator alter Privilegien, zum zweiten war er von einer sozialen Polarisierung bedroht und zum dritten war er an ausgreifenden ökonomischen und kriegerischen Aktivitäten interessiert. Dies galt vor allem für die zweit- und drittgeborenen Söhne adliger Familien, die zum Teil aus edlen aber verarmten Familien stammten (S.69).

Der niedere Adel war daher in der Conquista überproportional vertreten. Jeder vierte Conquistador stammte aus dieser Schicht.

Diese Skizze einiger zentraler Aussagen der Studie muß an dieser Stelle genügen, um den interessierten Leser und die Leserin zur Lektüre zu reizen.

Obwohl die Studie mit knapp zweihundert Seiten notwendigerweise nicht alle Aspekte ausleuchten kann und ihren Schwerpunkt auf die systematische Untersuchung von Wirkungszusammenhängen legt, seien hier doch drei Momente genannt, die mir etwas zu knapp abgehandelt sind.

Die erste Bemerkung bezieht sich auf die Reconquista - die Wiederoberung der iberischen Halbinsel von den maurischen Reichen, die 1492 mit dem Fall Granadas abgeschlossen war. Dieser Fall Granadas bedeutete auch das Ende eines langjährigen Tributsystems, das die spanischen Königreiche den maurischen Kalifaten aufzwingen konnten. Dieser Fall Granadas schnitt die iberische Halbinsel vom arabischen Handel und dem Gold Nordafrikas ab, d.h. der finanzielle Druck in den vereinigten Königrei-

chen nahm enorm zu. Ebenso ist zu vermuten, daß bestimmte staatliche Verwaltungs- und Finanzinstrumentarien von den ehemaligen maurischen Reichen übernommen wurden, die eine sehr aktive Handelspolitik betrieben hatten. Dies würde auf die These einer beschleunigten Herausbildung frühneuzeitlicher Staatlichkeit als Ergebnis der spanischen Wiedereroberung der iberischen Halbinsel hinauslaufen.

Die zweite Bemerkung bezieht sich auf die Konkurrenz zwischen Portugal und Kastilien/Aragon. Es ist bestimmt kein Zufall, daß den Portugiesen 1488 die Umrundung der Südspitze Afrikas gelang und sie damit ihren Seeweg nach Indien geöffnet hatten. Spanien als direkter Nachbar und Konkurrent kam damit unter einen direkten Zugzwang, möglichst schnell und direkt einen Seeweg nach Indien zu finden.

Die dritte Bemerkung bezieht sich auf die schon seit ca. 1400 laufende Eroberung der Inseln (die Kanaren und Azoren), die auch als erste Phase der Conquista bezeichnet wird. Hier findet schon im kleinen das statt, was später bei der Eroberung Amerikas im großen Stil praktiziert wird. Dieser Vorphase wird in der Studie kein Platz eingeräumt.

Wer an einer systematischen Betrachtung der Ursprünge der europäischen Welteroherung interessiert ist, den wird die Studie von Dieter Boris anregen. Mir ist es so gegangen.

Peter Hiedl

Utopie und Zukunft

Bernhard Maleck, Stefan Bollinger, Auf der Suche nach der Zukunft. Über Macht und Ohnmacht des Utopischen. Herausgegeben und mit einem Beitrag von Eva Maleck-Lewy, Institut für Politikwissenschaft der Humboldt Universität, Berlin 1992, 2 Teile, zus. 246 Seiten, Institutsausgabe.

Auch im Osten sind die Publikationsmöglichkeiten für gute und wichtige linke Literatur dünn geworden. Deshalb freut sich der interessierte Leser, wenn er derartiger Titel wenigstens noch in der hektographierten Form des Klein- und Eigenverlags habhaft werden kann.

Hier wird der Versuch unternommen, unter Verarbeitung der Realität und des Zusammenbruchs des Sozialismus einen Beitrag zur Utopie- und Zukunftsdiskussion zu leisten: Auf der Suche nach neuen sozialistischen Perspektiven am Ende des Jahrtausends. Es handelt sich eher um Essays als um eine systematische Abhandlung. Dies erhöht die Lesbarkeit. Für die Autoren ist nicht das Zeitalter der Utopie zu Ende, wohl aber, und damit stehen sie im Hauptstrom der gegenwärtigen linken Kritik, der um die Eigentumsfrage zentrierten Emanzipationsentwürfe.

Der Situationsbeschreibung nach der Wende (Abschn. 1) folgt ein Abriss zum utopischen Denken in der Menschheitsgeschichte (Abschn. 2). Es schließt sich die Erörterung der Frage nach den sozialen Subjekten progressiver Änderungen an (Abschn. 3) - von ihnen stark in den neuen sozialen Bewegungen vermutet und auf eine radikaldemokratische Alternative abzielend. Dabei wird auch die

marxistische Zukunftsdiskussion bis 1989 in der BRD verarbeitet. Abschnitt 4 ist dem Sozialismus-Begriff heute gewidmet, u.a. auch mit einer angesichts der Ergebnisse relativ unkritischen Rezeption der Gorbatschow-Politik. In einem Exkurs (Abschn. 5) wird die Problematik der feministischen Utopie in der ostdeutschen Frauenbewegung aufgerollt. Im Schlußabschnitt steht das Plädoyer für eine humanistische Politik unter den Auspizien emanzipatorischer Zielsetzungen und durchgehender Demokratisierung. Insgesamt ein wichtiger Beitrag für die Perspektivendiskussion - nicht nur im Osten.

H.Ju.

Bucheingänge

Uwe-Jens Heuer/Gerhard Riege (Hrsg.), Neues Deutschland. Neue Verfassung?! Pahl Rugenstein Nachf., Bonn 1992, 142 Seiten, DM 16,80.

Die Schweiz der Zukunft. Flexibel rund um die Uhr. Ursachen und Konsequenzen der kapitalistischen Flexibilisierungsstrategien, Standpunkte 3, hrsg. von der Schweizerischen Vereinigung für Marxistische Studien (Effingerstr. 4a, CH-3011 Bern), VMS-Verlag, Bern 1992, 112 Seiten, sFr. 16,00.

Die Grünen (Hrsg.), Ingrid Kurz-Scherf, "Nur noch Utopien sind realistisch" - Feministische Perspektiven in Deutschland, Pahl Rugenstein Nachf., Reihe Impulse, Bd. 2, Bonn 1992, 136 Seiten, DM 9,80.

Das Ende des sowjetischen Entwicklungsmodells. Beiträge zur Geschichte der sozialen Konfrontationen mit dem sozialistischen Akkumulationskommando, Materialien für einen neuen Antiimperialismus,

Nr. 4, Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Strasse (Rote Str. 10, 3400 Göttingen), Berlin und Göttingen 1992, 324 Seiten, DM 25,00.

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik (halbjährlich), Heft 23 mit dem Schwerpunkt: Krise des Sozialen. Armut - Sozialpolitik, Juli 1992 (Postfach 652, CH-8026 Zürich), 188 Seiten, sFr. 15,00.

Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung (zweimonatlich), Red.: Thomas Neumann, Gaby Zipfel, Nr. 1 - Juni/Juli 1992, 96 Seiten (Vertrieb Extra Verlag, Langgasse 24, 6200 Wiesbaden), je Heft DM 18,00 (im Abo DM 16,00).

NACH DEM ZUSAMMENBRUCH DES REALSOZIALISMUS: INTERNATIONALER KAPITALISMUS UND NEUE WELTORDNUNG

Band 10 der Reihe IMSF-Forschung und Diskussion; ISBN 3-888077-96-1

Beiträge von Joachim Bischoff, Dieter Boris, Michael Brie, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Horst Heininger, Henning Melber, Jörg Huffscheid, Uwe Kremer, Dorothee Piermont u.a.

Themen: Die Linke nach dem Zusammenbruch des "Realsozialismus" - Neue Bezugspunkte sozialistischen Denkens: Die "one world" des Kapitals: unilateral oder konsortial? Was wird aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR? Nord-Süd: Vom Gegensatz zum Dauerkonflikt?

140 Seiten; 15 DM

Bestellungen an IMSF e.V., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M. 1

OST-WEST informationen

Viermal jährlich zu aktuellen Fragen
in den Staaten Osteuropas und der
ehemaligen Sowjetunion

Authentische Beiträge und Original-
dokumente aus den Staaten des
Ostens und Südostens

Die Alternative zur gleich-
geschalteten Ost-Berichterstattung

Heft 1/92: Gewerkschaften im Osten - ein neuer Beginn? (1)

Heft 2/92: Gewerkschaften im Osten - ein neuer Beginn? (2)

Heft 3/92: Arbeit ohne Bosse - Kooperativen in Ost und West

Heft 4/92 (erscheint im Oktober): Schwerpunkt CSFR

Beiträge von/Interviews mit:

A. Isajev, T. Kuzmanic, M. Lazic, S. Licht, E. Mandel, R. Mocnik, K.
Modzelewski, J. Moneta, A. Novak, J. Pinior, M. Pupovac, V. Votava u.v.a.m.

Bestellungen an:

Ost-West-Gegeninformationen, c/o Dezentrale, Prokopig. 2/I,
A - 8010 Graz, Österreich. Preis: ÖS 35,- pro Nummer incl. Porto

Welt im Umbruch – Wer MACHT was?

Pierre Bourdieu
**Die verborgenen
Mechanismen
der Macht**
Schriften zu Politik &
Kultur 1

Hrsg. von Margareta
Steinrück
176 Seiten; DM 29,80

»Das Leben ändern,
das müßte auch hei-
ßen, die vielen kleinen
Nichtigkeiten zu än-
dern, die das Leben
ausmachen und die
heute gänzlich als Pri-
vatangelegenheiten
angesehen werden.«

Samir Amin
Das Reich des Chaos
Der neue Vormarsch
der Ersten Welt
156 Seiten; DM 24,80

»Die Einmischung des
Nordens in die Ange-
legenheiten des Süd-
ens ist unter jedem
Aspekt negativ. Nie
werden die westlichen
Armeen den Völkern
Asiens, Afrikas und
Lateinamerikas Frie-
den, Wohlstand oder
Demokratie usw. brin-
gen.«

Karl-Heinz Joepen
**Die Knechtschaft der
Gewissensbisse**
oder warum es keine
Umweltpolitik gibt
220 Seiten; DM 29,80

»Wir tun alles, den Im-
perialismus von Sach-
lichkeit und Sach-
zwang zu bewahren,
mit dem uns verant-
wortungsunwillige
Politiker in Schach
halten.«

VSA-Verlag Hamburg

Impressum

"Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Wiesbaden) und Harry von Barga, Joachim Bischoff, Ulrike Bohnenkamp, Ulrich Briefs, Olaf Cless, Monika Domke, Rainer Eienkel, Heike Flessner, Wolfgang Gehrcke, Jörg Heimbrecht, Johannes Henrich von Heiseler, Jörg Hufschmidt, Stefan Isensee, Heinz Jung, Peter Jung, Jörg Jungmann, Fritz Krause, Stefan Krull, Steffen Lehnndorff, Anja Maschinsky, Hans-Joachim Müller, Norman Paech, Lothar Peter, Jürgen Reusch, Ursula Schumm-Garling, Susanne Schunter-Kleemann, Alexandra Wagner, Harald Werner, Dietmar Wittich.

Redaktion: Klaus D. Fischer, Johannes Henrich von Heiseler, Heinz Jung.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementspreis (vier Hefte) beträgt 45,- (incl. Versandgebühr). Das Einzelheft kostet DM 15,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 501 02, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. 069/739 29 34.

Satz: Su Sanne und kdf.

Gestaltungskonzept: Udo Tremmel.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß: 30.09.1992

Autorinnen und Autoren

- Prof. Dr. Dieter Boris** - Marburg, Soziologe, Hochschullehrer
Prof. Dr. Hansgeorg Conert - Bremen, Ökonom, Hochschullehrer
Prof. Dr. Georg Fülbert - Marburg, Politikwissenschaftler/Historiker, Hochschullehrer
Prof. Dr. Erich Hahn - Berlin, Philosoph
Prof. Dr. Joachim Heidrich - Potsdam, Politikwissenschaftler
Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer - Berlin/Bonn, Jurist, MdB, rechtspolitischer Sprecher der Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste
Dr. Peter Hiedl - Essen, Soziologe, Universitätsangestellter
Dr. Elvira Högemann-Ledwohn - Köln, Slavistin, Journalistin
Günther Judick - Velbert, Historiker
Dr. Heinz Jung - Weilrod/Ts., Ökonom, Mitherausgeber und Redakteur von Z
Dr. Frieda Kahlenberg - Offenbach, Soziologin, Journalistin
Dr. Sabine Kebir - Berlin, Philosophin, Privatdozentin
Prof. Dr. Manfred Kossok - Leipzig, Historiker
Dr. Fritz Krause - Frankfurt/M., Historiker, Mitherausgeber von Z
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski - Berlin, Wirtschaftshistoriker
Prof. Dr. Hans Luft - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler
Dr. Gert Meyer - Marburg, Soziologe
Vesa Oittinen, Phil. lic. - Helsinki, ehemaliger Redakteur von Tiedonantaja, Forscher
Dr. Charles Pauli - München, Ökonom, Wirtschaftsjournalist
Dr. Michael Schneider - Hünfelden-Nauheim, Schriftsteller
Friedemann Schuster - Frankfurt/M., Journalist

Programm **quer**schnitt

WIR FRAUEN '93 Taschenkalender

288 Seiten, DM 11,80
ISBN 3-89438-046-2

Edith Laudowicz (Hg.)

Fatimas Töchter Frauen im Islam

197 Seiten, DM 19,80
ISBN 3-89438-051-9

Florence Hervé (Hg.)

Frauenzimmer im Haus Europa

242 Seiten, DM 24,-
ISBN 3-89438-051-9

Peter Wahl (Hg.)

Warum Montezuma nicht Europa entdeckt hat Europa und die Dritte Welt

236 Seiten, DM 24,-
ISBN 3-89438-029-2

Lutz Hoffmann

Die unvollendete Republik Zwischen Einwande- rungsland und deut- schem Nationalstaat

241 Seiten, DM 24,-
ISBN 3-89438-002-0

G. Preuschoff/A. Preuschoff

Gewalt an Schulen Und was dagegen zu tun ist

156 Seiten, DM 18,-
ISBN 3-89438-049-7

Ludwig Elm/Dietrich Heither/
Gerhard Schäfer (Hg.)

Füxe, Burschen, Alte Herren Studentische Korporatio- nen vom Wartburgfest bis heute

370 Seiten, DM 24,80
ISBN 3-89438-050-0

Kurt Faller/Reinhard Hahn/
Rainer Zeimentz (Hg.)

Dem Haß keine Chance Hoyerswerda, Hünxe, Rostock

Wie ist die Gewalt zu stoppen?
Wo liegen ihre Ursachen?
Etwa 150 Seiten, ca. DM 14,80
ISBN 3-89438-052-7

Jürgen Kuczynski

Asche für Phönix

Aufstieg, Untergang u. Wiederkehr
neuer Gesellschaftsordnungen
121 Seiten, DM 16,80
ISBN 3-89438-041-1

Neugierig? Fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 u. 44 62 40, Fax 0221/ 44 43 05